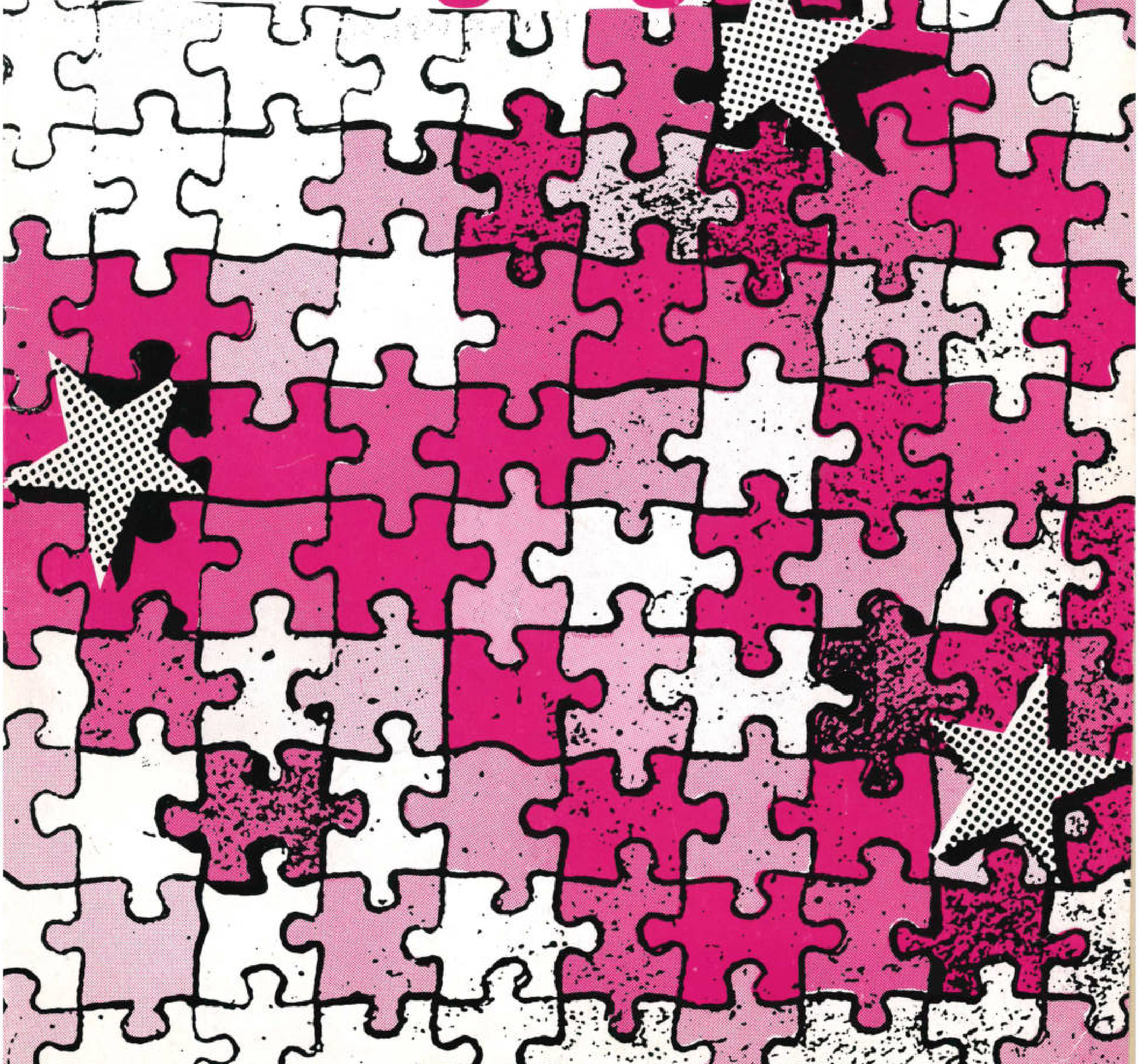
graswurzel revolution
Für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft

Soziale Verteidigung



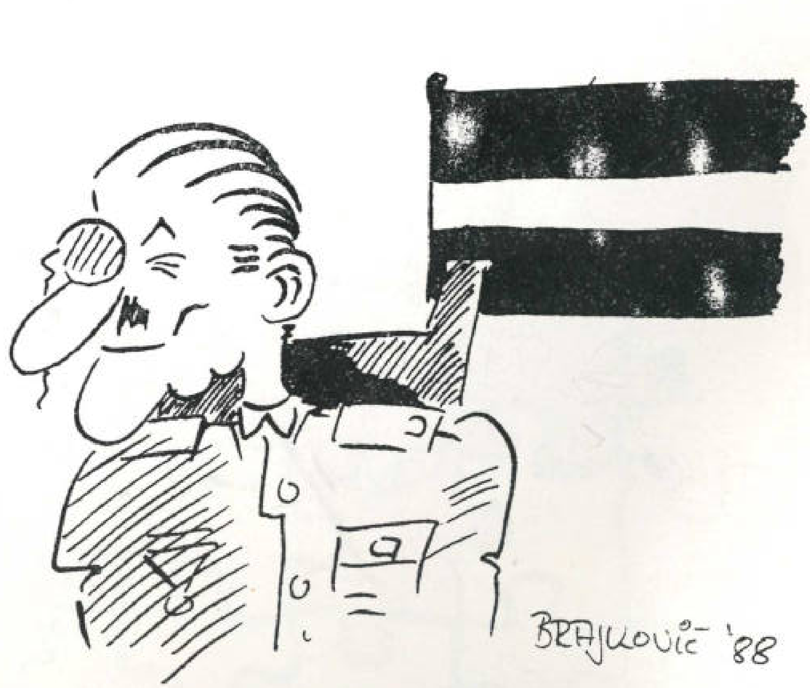
C 4025 E Sonderheft DM 6,– Nr. 123/124

Der Tag des Generals

Der General saß zusammengekauert und hilflos in einer Ecke des Aufzugs. Den Kopf hatte er auf die Hände gestützt. An seinem linken Ohr tickte die Armbanduhr regelmäßig vor sich hin; wenigstens diese kleine Maschine funktionierte.
Seit der Aufzug lautlos zwischen zwei Stockwerken zum Stehen gekommen war, saß der General so da, seit fast einer Stunde. Als er den Glaskasten mit der Aufschrift "Nur bei Gefahr" eingeschlagen hatte, befand sich dahinter nichts. Was auch immer dort hätte sein sollen - es war entfernt worden.
Der Wachposten, der in der Eingangshalle aufgestellt war, hatte von alledem keine Ahnung; die Wache, die den General begleitete, saß hilflos und zussammengekauert in der gegenüberliegenden Ecke des Aufzugs.
Es war kein guter Tag gewesen. Die schon vorher aufgezeichnete Erklärung des Generals hatte um zehn Uhr gesendet werden sollen. Die glücklichen BürgerInnen, die sich um zehn Uhr in den staatlichen Rundfunk einschalteten, konnten die Fortsetzung einer Unterhaltungsserie hören. Irgendwie, irgendwo waren die Bänder verwechselt worden.
Der General war nicht zufrieden. Er beschloß, die Erklärung dann mittags live zu verlesen. Der Radiosender sollte sofort beginnen, dies der Bevölkerung mitzuteilen. Sechs Kilometer von der Rundfunkstation entfernt kam die Limousine des Generals plötzlich · zum Stehen. Jemand mußte es versäumt haben, den Kühler instandzuhalten.
Es hätte Stunden gedauert, ein vorbeifahrendes Auto zu beschlagnahmen. Benzin wurde nämlich an die meisten BürgerInnen nicht ausgegeben, und es war weit und breit kein anderes Auto zu sehen. Der General und sein Wachposten hatten begonnen zu Fuß zu gehen. Eine Frau brauste auf einem Fahrrad vorbei. Lachte sie, oder war es das Rattern der Räder auf Straßen, die in letzter Zeit in einem dauernden Zustand des Verfalls zu sein schienen? Die Armbanduhr des Generals tickte unerbittlich weiter. Plötzlich wurde der Aufzug von einem gewaltsameren, organischen Geräusch erschüttert. "Sorry, Sir", zuckte der Wachposten zusammen, "aber das Kantinenessen war etwas seltsam."

Oh, es war kein guter Tag! Irgendetwas war im Gange, das wußte der General. Solche Tage wie heute wurden häufiger. Aber was konnte er dagegen tun? Die, die dafür verantwortlich waren, blieben unsichtbar. Die Gesichter der BürgerInnen waren alle ausdruckslos. Der General hatte ihre Gesichter monatelang beobachtet. Welche von ihnen waren die SaboteurInnen, die VerschwörerInnen? Alle und keine/r. Der General fühlte sich nie entspannt. Er konnte nicht mehr schlafen und brauste oft gegenüber seinen eigenen Soldaten auf. Sogar deren Gesichter hatten angefangen, einen verschlossenen Ausdruck anzunehmen.
Der General beschloß, bis zu seiner Rettung seine Lage auszunutzen, um sich zu erholen. Abgesehen von der Bedrohung, die von einem von Blähungen geplagten Wachposten in einem begrenzten Raum ausging, fühlte er sich verhältnismäßig sicher. Doch was war das? Violinen? Ja, richtig! Ein Schwall schrecklicher Musik begann, sich aus einem Lautsprecher zu ergießen, der irgendwo in der Decke des Lifts versteckt war. Die Lautstärke wuchs zu einem erbarmungslosen, verzerrten Lärm an. Es hörte nicht auf. Der General knirschte mit den Zähnen, hielt sich dio Ohren zu und kauerte sich tiefer in seine Ecke.
Es war kein guter Tag!

aus: Capital Defence, Canberra Peace Makers, GPO Box 1875, Canberra Act 2601, Australia
Übersetzung: D.Sterzer



Editorial

Liebe LeserInnen,

die 3. Auflage unseres Sonderheftes "Soziale Verteidigung" ist da!

Nachdem die ersten beiden Auflagen (von 1981 und 1985) schon seit längerer Zeit vergriffen sind, haben wir uns entschlossen, rechtzeitig zum Kongreß "Wege zur Sozialen Verteidigung" im Juni 1988 eine aktualisierte 3. Auflage herauszubringen.

Nicht nur die starke Nachfrage nach diesem Themenheft, sondern auch das derzeit allgemein wachsende Interesse an Sozialer Verteidigung haben uns zu dieser Neuauflage motiviert. Nicht zuletzt ist es unser Anliegen, neue Fragen aufzuwerfen und die Diskussion ein Stück voranzubringen.

Angesichts steigender Rüstungsausgaben, Modernisierungen und Nachrüstungen von Waffensystemen (trotz des INF-Abkommens zwischen den Supermächten), Plänen zur Wiederbelebung der Westeuropäischen Verteidigungsunion und vor allem auch des unverhohlenen Engagements von Nato und Warschauer Vertrag in Ländern der sog. "3. Welt" erscheint es angebracht, die Diskussion um Alternativen zur militärischen Gewalt verstärkt zu führen. Soziale Verteidigung ist die einzige Alternative, die gewaltlose Konfliktlösungsmechanismen an die Stelle des Militärs setzt und daher die einzige, die dem Ziel einer vollständigen Abrüstung entspricht.

Den größten Teil dieses Heftes haben wir neu gestaltet.

Im Einführungsteil werden Ideen und Wirkungsweise von Sozialer Verteidigung dargestellt und durch einige Fallbeispiele (z.B. Kapp-Putsch, CSSR 1968) veranschaulicht.

Der Teil "Wege zur Sozialen Verteidigung" beinhaltet in erster Linie Artikel, die sich von verschiedenen Standpunkten her mit der Frage auseinandersetzen, wie Soziale Verteidigung hier und heute konkret in die Praxis umgesetzt werden kann. Von vielen TheoretikerInnen, auch einigen Autoren in diesem Heft, wird Soziale Verteidigung als ein eher baukastenartiges Versatzstück gesehen, das problemlos an die Stelle der militärischen Verteidigung gesetzt werden kann. Wir GraswurzlerInnen sind dagegen der Meinung, daß die Problemstellung "Soziale Verteidigung mit oder gegen den Staat" eindeutig antistaatlich beantwortet werden muß. Zu sehr verknüpft ist sie doch mit der Frage, was wir überhaupt verteidigen wollen.

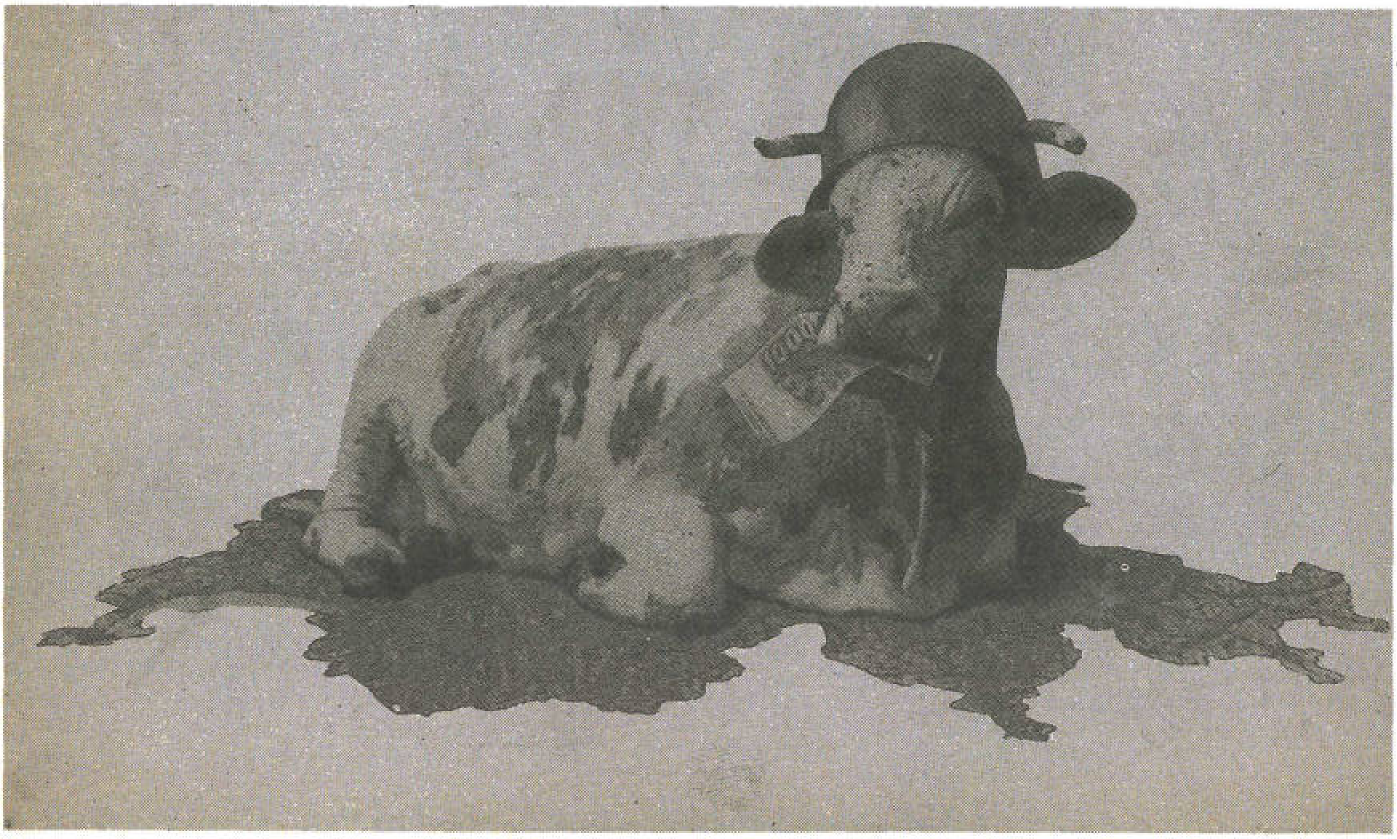
Soziale Verteidigung stellt unserer Ansicht nach bestimmte Anforderungen an die Gesellschaft, die sich ihrer bedienen will. Ein auf Ausbeutung und Gewalt basierender Staat, in dem Gehorsam und Disziplin, nicht Eigenverantwortlichkeit und Autonomie die höchsten BürgerInnen-Tugenden sind, wird nie in der Lage sein, auf sein Militär zu verzichten. Und daher ist es auch nicht möglich, Soziale Verteidigung von oben, durch die Regierung einführen zu wollen. Gerade jetzt, wo die Hinwendung zum Stellvertreter-Prinzip unter den Linken wieder stärker ausgeprägt ist, ist es an der Zeit, unseren Graswurzelansatz der Veränderung von unten wieder verstärkt in die Diskussion zu bringen.

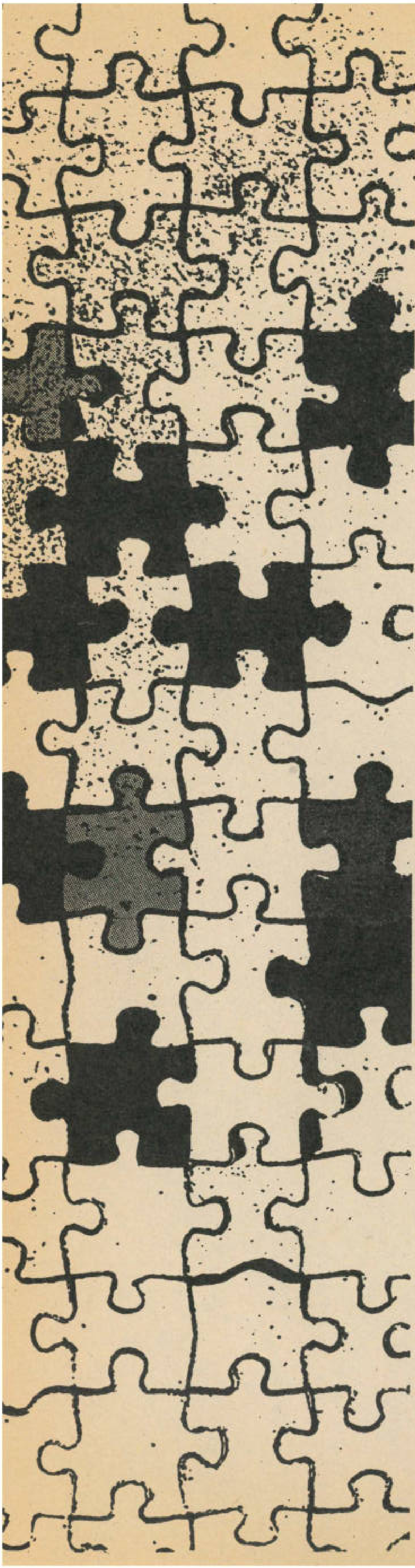
In diesem Sinne soll der dritte Teil anreißen, was zu Sozialer Verteidigung aus unserer (Graswurzel-)Sicht gesagt werden kann. Die Tatsache, daß die BRD als Nato-Mitglied bei vielen Konflikten am Kriegsgeschäft beteiligt ist, zwingt uns dazu, verstärkt über die Anwendungsmöglichkeiten des SV-Modells nachzudenken - auf Fälle, bei denen der Staat, in dem wir leben, nicht der Angegriffene, sondern der Aggressor ist. Sicher wird dazu in diesem Heft noch nicht alles gesagt, ebenso wie eine Kritik an Sozialer Verteidigung aus patriarchatskritischer Sicht erst am Anfang steht. Uns geht es darum, daß über das klassische Verständnis von Sozialer Verteidigung hinaus neue, weiterführende Aspekte entwickelt werden.

Wir freuen uns, auch einige Frauen als Autorinnen gewonnen zu haben, wenngleich es immer noch viel zu wenige sind. (Übrigens haben wir bei den AutorInnen, die sich - zumindest sprachlich - in ihren Artikeln nur auf männliche Menschen bezogen, etwas nachgeholfen und beiden Geschlechtern zu ihrem Recht verholfen.)

Den AutorInnen und allen, die an der Fertigstellung dieses Hefts beteiligt waren, möchten wir sehr herzlich für ihre Mühe danken.

die Redaktion





Inhalt

Einführung

Wege zur Sozialen Verteidigung

Der Ernstfall ist heute!



Soziale Verteidigung - die einzige Alternative zum Militär

Eine Einführung

In Abgrenzung zu militärischen Verteidigungsstrategien und unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Entwicklungen in Europa vermittelt Roland Vogt einen Überblick über Grundformen, Probleme und Voraussetzungen Sozialer Verteidigung. (Red.)

Kurzdefinition:

Soziale Verteidigung ist der Widerstand mit gewaltfreien, nichtmilitärischen Mitteln gegen einen militärischen Aggressor von innen (Putsch, Staatsstreich) oder außen (Intervention, Invasion).

Motive:

Diese "Wehrpolitik ohne Waffen" wurde entwickelt, um sowohl die Gefahr der Selbstauslöschung der Menschheit als auch die Angst vor der Wehrlosigkeit im Falle militärischer Abrüstung ("Wehrlosigkeitssyndrom") überwindbar zu machen.

In der Bundesrepublik Deutschland soll Soziale Verteidigung nicht nur eine Antwort geben auf die Frage: "Was tun, wenn die Russen kommen?", sondern auch auf die Frage: "Was tun, wenn die Amerikaner bleiben und gegen unseren Willen auf unserem Territorium lebensgefährliche Massenvernichtungsmittel lagern bzw. provozierende Kriegsszenarien einüben?"

In anderen Regionen (z.B. Palästina) könnte Soziale Verteidigung zum Konzept für die Überwindung militärischer Besetzung werden; zugleich kann sie helfen, vorhandene Strukturen, mit denen sich ein Volk oder eine regionale Bevölkerung identifiziert, gegen einen Übergriff von innen oder außen zu behaupten ("verteidigen").

Angesichts der neuerlichen Tendenzen der Westeuropäer, ein großmächtiges imperiales Zentrum zu schaffen, müssen wir uns darauf einstellen, daß eines Tages Menschen in anderen Weltregionen die Frage stellen: "Was tun, wenn die Europäer kommen bzw. (beispielsweise im Südpazifik) bleiben?" Rechtzeitig gestellt könnte eine Vorfrage aus der Sicht einer Bewegung für ein ziviles (nichtmilitärisches) Europa lauten: "Was tun, wenn die Militärgroßmacht Westeuropa kommt - bzw. Was tun, um sie zu verhindern?"

Reichweite:

Soziale Verteidigung ist kein "Uhu-Alles-verteidiger". Wie früher die militärische Verteidigung, kann sie in bestimmten Fällen Erfolg, in anderen Mißerfolg haben oder über längere Zeit zu einem Untentschieden führen. Es hat in der Geschichte Situationen gegeben und es kann auch in Zukunft dazu kommen, daß militärischer Widerstand wegen der eigenen Schwäche nicht ratsam (z.B. Ruhrkampf 1923) oder aus der Sicht der politischen bzw. militärischen Führung unerwünscht sein (z.B. CSSR 1968) kann. Oder es liegt auf der Hand, daß militärische Gegenwehr Massenselbstmord oder gar Weltmord (Omnizid) wäre. In solchen Fällen ist es ratsam, über ein Konzept zu verfügen, das einen Ausweg jenseits von Zerstörung, Selbstmord und Unterwerfung zeigt.

Zum Begriff:

Das Konzept der Sozialen Verteidigung läuft auf eine Entkoppelung der Politik von militärischer Gewalt hinaus und eröffnet so den Weg zu einem nichtmilitärischen Friedensbegriff. Insofern ist es ein ziviles bzw. zivilistisches (1) Konzept. In den angelsächsischen Ländern heißt es folgerichtig 'Civilian Defens(c)e'. Im Deutschen und Holländischen wurde der Begriff 'Soziale Verteidigung' eingeführt, um Verwechslungen mit der Zivilverteidigung bzw. dem "Zivilen Bevölkerungsschutz" zu vermeiden. Soziale Verteidigung im Sinne von Gesellschaftsverteidigung geht auf den norwegischen Friedensforscher Johan Galtung zurück. Er hatte erkannt, daß in der Verteidigungsdebatte der 50er und 60er Jahre über die Frage, wie verteidigt werden sollte, die Frage, was zu verteidigen sei, vernachlässigt wurde. Mit der üblichen Antwort, man müsse "sein Land" verteidigen, gab sich Galtung nicht zufrieden. Er entdeckte in ihr vielmehr zwei Dimensionen: die territoriale und die soziale.

"Territoriale Verteidigung bedeutet, daß Gebiete verteidigt werden, sozusagen Quadratmeter; soziale Verteidigung ist Verteidigung dessen, was man als Lebensweise bezeichnen könnte"(2).

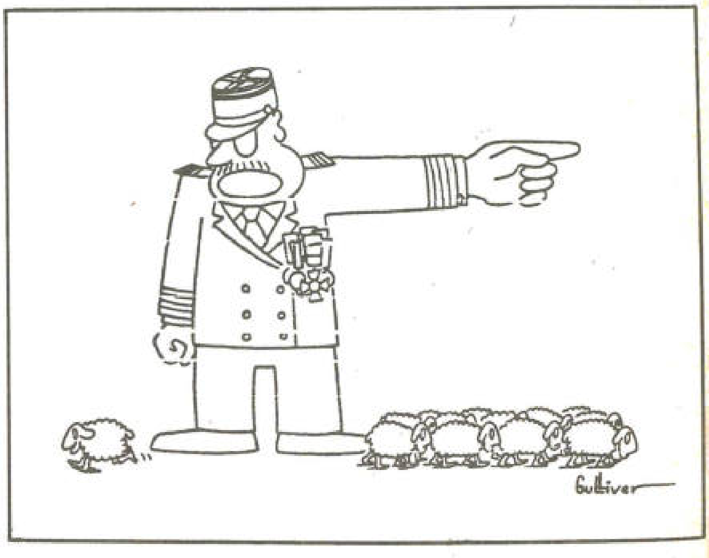
Vom nichtmilitärischen Widerstand zur Sozialen Verteidigung

Soziale Verteidigung (SV) im Sinne planvollen, vorbereiteten gewaltfreien Widerstands einer Nation hat in der Geschichte niemals stattgefunden. Es gibt jedoch eine Fülle von Beispielen nichtmilitärischen Widerstands mit gewaltfreien Kampfformen. Sie sind von den SV-Forschern in Fallstudien untersucht und dann zum Konzept der SV weiterentwickelt worden.

Perestroika und Gewaltfreiheit

Die Pioniere der Sozialen Verteidigung haben nach dem Zweiten Weltkrieg erkannt, daß die atomare Abschreckung der untaugliche Versuch war, Kriegsverhinderung ohne Machtverzicht zu betreiben. Machtausübung - sei es im Namen der "Freiheit" oder der "Gleichheit" - wurde von den Architekten der atomaren Abschreckung höher veranschlagt als Kriegsverhinderung.

Um dies zu verschleiern haben die Machthaber die Frage, was denn geschehe, wenn Abschreckung versage, einfach verdrängt. Ein wachsender militärisch-publizistischer Komplex hatte mit einer Art kollektiver Gehirnwäsche, die heute noch nachwirkt, Erfolg: Die meisten ZeitgenossInnen sind der magischen Formel erlegen, wonach das Gleichgewicht des Schreckens den Frieden verbürge. Als höchste Kunst der Sicherheits-





Was tun, wenn die Amerikaner bleiben? Foto: D.Baltzer

politik gilt es, das "Gleichgewicht" durch Rüstung stabil zu halten.

Erst die zynische Aufkündigung der Gleichgewichtsdoktrin durch die Reagan-Administration und das laute Nachdenken einiger US-Regierungsberater über Erstschlagsstrategien und die Gewinnbarkeit eines langanhaltenden Atomkriegs (!) brachten die Öffentlichkeit in Bewegung. Daraus ist nicht nur die Neue Friedensbewegung entstanden, sondern ist auch das hervorgegangen, was "Neues Denken" in der Politik genannt wird:

"Aus der Unmöglichkeit einer militärischen - d.h. nuklearen - Lösung internationaer Differenzen ergibt sich eine neue Dialektik von Stärke und Sicherheit. Sicherheit kann nicht mehr durch militärische Mittel hergestellt werden - weder durch nukleare Waffen und Abschreckung noch durch die unablässige Perfektionierung von 'Schwert' und 'Schild'."

Soweit Michael Gorbatschow in "Perestroika"(3). Was folgt daraus? Für Michael Gorbatschow:

"Die kontinuierliche Herabsetzung des Niveaus des strategischen Gleichgewichts..., aus dem nukleare und andere Massenvernichtungswaffen völlig verbannt werden sollten."

Immerhin! Für Gorbatschow und Egon Bahr folgt daraus aber auch die Doktrin von der "gleichen Sicherheit" bzw. der "Sicherheitspartnerschaft".

"Aus Gegnern...müssen Partner werden, die gemeinsam nach Wegen suchen, die universale Sicherheit zu gewährleisten" (4).

Gemeint sind militärisch "gesicherte" Wege. Es ist verblüffend, daß "Neues Denken" bei diesem radikalen Ausgangspunkt nicht zu radikalen Schlußfolgerungen führt.

Ein anderer Machtbegriff

Der Sozialen Verteidigung liegt ein anderer Macht- und Sicherheitsbegriff zugrunde als der auf Gewaltmitteln beruhenden Macht- und Sicherheitspolitik der Nationalstaaten herkömmlicher Prägung. Selbst ein militärischer Machthaber (Besatzer oder Putschist) kann keine Herrschaft entfalten, wenn die Bevölkerung ihm Zusammenarbeit und Gehorsam verweigert. Machtausübung ist nur möglich bei freiwilliger Bereitschaft der Machtunterworfenen, Herrschaft (auf Zeit) hinzunehmen.

Das Problem der Herrschaftseliten der beiden Blocksysteme ist, daß sie den status quo nicht infragegestellt wissen wollen (wenn man von einigen Erstschlagsstrategen und atomaren Kriegsgewinnlern des Pentagon absieht); das kann dann heißen: Rüstungsverminderung ja, Machtverzicht auf keinen Fall. Resultat: Abschreckung und "Sicherheitspartnerschaft" auf niedrigerem Rüstungsniveau als bisher. Aufteilung der Herrschaftssphären wie bisher. Das Problem ist, daß die Habenden die Rechnung ohne den Wirt, ohne die Habenichtse gemacht haben. China, die Länder der "Dritten Welt" und (West)europa finden sich mit dieser Definition von Stabilität nicht ab und wollen die Karten neu gemischt sehen.

Was nun? Helfen würde ein neuer Macht- und Sicherheitsbegriff. Die Bedrohungsmacht eines anderen imponiert mir nicht, wenn ich weiß, daß ich aufgrund meiner Widerstandsbereitschaft und -fähigkeit meiner eigenen Selbstbehauptung sicher bin. Dieser Machtbegriff hat weniger mit Macht über andere als mit Macht über mich selbst, nichts mit Ausbeutung, aber viel mit Selbstgenügsamkeit zu tun. Es ist der Macht- und Sicherheitsbegriff der gewaltfreien Aktion.

Westeuropa könnten z.B. die eventuellen Machtverschiebungen am Persischen Golf ziemlich gleichgültig sein, wenn es sich nicht einreden würde, von dem Öl dieser Region abzuhängen. Zivil hängt es nur zu einem geringen Prozentsatz davon ab. Militärisch, in bezug auf die Kriegsführungsfähigkeit "des Westens", in weit größerem Ausmaß, wenn man der worst case analysis folgt, daß die Sowjetunion durch vorgeschobene Posten in der Lage sein könnte, dem "Westen" die Ölzufuhr abzuschneiden. Wenn nun Westeuropa einer anderen Energieversorungspolitik (Bevorzugung regenerativer Energien, einheimischer Energiequellen, sparsamer Umgang mit Energie z.B.) und einer anderen Verteidigungskonzeption folgen würde, bedürfte es keiner Flottenpräsenz am Persischen Golf. Selbstgenügsamkeit, Autonomie, Fähigkeit zur nichtmilitärischen Selbstbehauptung wären die Antwort eines Zivilen Europa auf die Herausforderungen der wachsenden Zerstörungskräfte und der Fähigkeit zur Weltvernichtung.

Grundformen der Sozialen Verteidigung

Mit der Entwicklung von Konzepten nichtmilitärischer, gewaltloser Verteidigung wurde für die Konfliktaustragung zwischen Staaten und Gesellschaften fruchtbar gemacht, was die Arbeiterschaft schon vor gut hundert Jahren im Übergang von der Ma-

schinenstürmereizum Streik entdeckt hatte: Daß der Gegner machtlos ist, wenn ihm Zusammenarbeit und Gehorsam entzogen werden. Der gemeinsame Nenner für eine Reihe gewaltloser Kampfweisen ist die Verweigerung bzw. der Entzug von Diensten, Mitteln, Kenntnissen, die für den Gegner Bedeutung haben, sowie die Drohung mit dem Abbruch der Beziehungen. So ist der Streik der Entzug der Arbeitskraft, Meuterei der Entzug von Arbeitskraft und Gehorsam. Bei höherentwickelten, stark arbeitsteiligen Gesellschaften kann der Entzug von Informationen als Kampfmittel eine große Rolle spielen. Die Formen der Nichtzusammenarbeit dürfen aber weder mechanisch noch isoliert angewandt werden. Ausschlaggebend für die Wahl der Mittel ist immer die Wirkung auf das gegnerische System. Die erkenntnisleitende Fragestellung lautet: Inwieweit tragen die Mittel des Widerstandes dazu bei, die Absichten des Gegners zu durchkreuzen und sein System zu schwächen, bei gleichzeitiger Stärkung bzw. geringstmöglicher Schwächung des eigenen Systems?

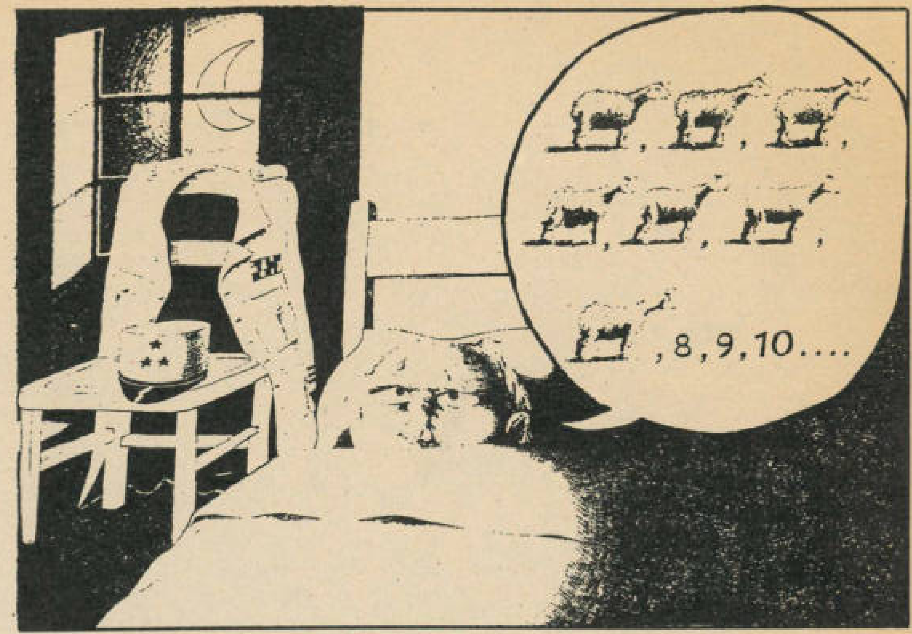
Im Prager Widerstand von 1968 wurde diese Aufgabenstellung erkannt, indem die eigene Wirtschaft schädigende Streiks unterblieben, jedoch Streiks, die die Interessen der Sowjetrussen berührten (Urangruben, Transportwesen), durchgeführt wurden.

Eine weitere Grundform sind die Maßnahmen öffentlicher Konfrontation. Sie müssen geeignet sein, den Konflikt ins gegnerische Lager zu tragen. Beispiele: Besetzung von Straßen, Brücken; Umzingeln gegnerischer Fahrzeuge; offensive Diskussionen mit den Besatzern. Wichtige Forem für solche Konfrontationen sind internationale Organisationen (UNO, ILO, aktuelle Verhandlungsrunden) sowie die Botschaften oder sonstige Einrichtungen der Angreifer im eigenen und in anderen Ländern. Optimal sind Protestveranstaltungen im Land des Aggressors (wie während des Vietnamkrieges in den USA und in Ansätzen immerhin auch auf dem Roten Platz in Moskau während der CSSR-Invasion.)

Als dritte Grundform sind die rein demonstrativen Aktionen (Demonstrationen, Streiks) zu nennen. Sie dienen der Stärkung der eigenen Widerstandskraft; ihre Außenwirkung erschöpft sich meist in der bloßen Darstellung einer Haltung oder eines Standpunktes. Oft sind sie auch Vorstufe zu Maßnahmen öffentlicher Konfrontation, oder sie werden angewendet, wenn Konfrontation oder Weigerung zu riskant sind.

Gewalt des Gegners

Die Gewaltlose Aktion ist der historische Vorläufer und zugleich - in abgewandelter Form - integraler Bestandteil der Sozialen Verteidigung. Bei gewaltfreiem Widerstand gerät der Gegner in Schwierigkeiten, wenn er die Anwendung von Gewalt zur Brechung des Widerstandes gegenüber den eigenen Truppen, seinem Heimatland und der Weltöffentlichkeit rechtfertigen will. Wie sehr die Gewaltlosigkeit der TschechoslowakInnen die Sowjetpropaganda in Verlegenheit brachte, zeigt vor allem der klägliche



Versuch, dem besetzten Land gewalttätige Absichten unter Hinweis auf angeblich entdeckte Waffenlager zu unterschieben. Gewaltloser Widerstand macht massive Unterdrückung auf längere Sicht unwahrscheinlich, weil ihre politischen Kosten (der Durchführung und Rechtfertigung) zu hoch sind. Vor allem begrenzt gewaltloser Widerstand die Mittel der Gewalteskalation des Eindringlings. Ein Atomschlag auf Hamburg zur Brechung des Widerstandes einer sich gewaltlos verteidigenden Bundesrepublik ist unwahrscheinlich. Die Erfahrungen zeigen, daß die Hemmschwelle, gewaltfrei handelnde Menschen zu töten, erheblich höher liegt als in kriegerischen Auseinandersetzungen. Außerdem muß der Gegner die Folgewirkungen solcher "erfolgreich" durchgeführten eindeutigen Unrechtshandlungen bedenken:

- die Wirkungen auf den Widerstand, der sich durch das mögliche Schaffen von Märtyrern verstärken könnte;
- Die Wirkung auf die internationale Staatengemeinschaft. Bei seiner sowieso geschwächten Wirtschaft könnte er sich wohl keine scharfen Reaktionen des Auslandes leisten.
- Die Wirkung auf seine innenpolitische Situation, in der die Opposition gestärkt werden würde und eine Sympathie- und Solidaritätswelle einsetzen könnte.

Mit dem Wissen um diese Wirkungen wird bei der SV deshalb auch ganz gezielt freiwillig Leid auf sich genommen. In der Verantwortung der/des Einzelnen liegt es nun, abzuwägen zwischen der Gefahr, die sie/er dabeiläuft, und der Wirkung, die sie/er damit zu erzielen hofft.

Gewaltlosigkeit auf der Höhe der Technologie

Es wäre ein Mißverständnis, stellte man sich die Gewaltlosigkeit im Rahmen der Sozialen Verteidigung als "Hunger- und Sitzstreik der Nation" vor. Soziale Verteidigung, die wirksam sein will, muß vielmehr auf die technologische Höhe der Zeit gebracht werden.

Am besten wäre es, würden wir unser angeblich so attraktives Industriesystem in der Weise sichern, daß es im Ernstfall ohne zerstört zu werden für "Unbefugte" unbrauchbar gemacht wird. Die Faustregel müßte lauten: Entfernen des kleinstmöglichen Teils, das die größte Unbrauchbarkeit schafft. Dies könnte durch widerstandsfähige und -bereite Vertrauensleute in den Betrieben, vielleicht auch teilweise durch Computersteuerung geschehen.

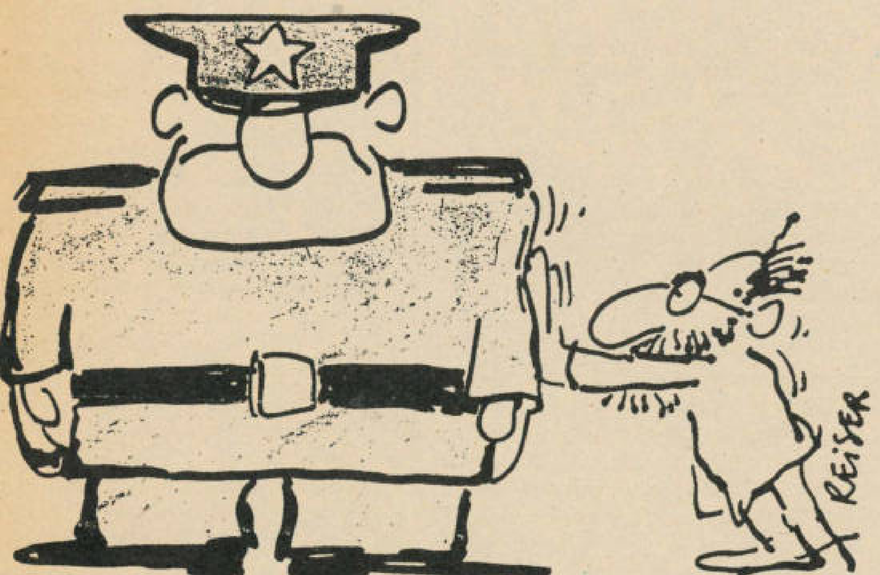
Eine entscheidende Rolle für den Widerstand spielt, das haben die Ereignisse in der CSSR 1968 bekräftigt, die Sicherstellung der Kommunikation unter den Widerstand Leistenden. Der von "legalen Untergrundsendern" aus betriebene Rundfunk stellte in den Tagen nach dem Militärüberfall vom 21. August 1968 den einzigen kontinuierlichen Kontakt zwischen den legalen Regierungs- und Parteiorganen und der Bevölkerung dar. Der Rundfunk wurde zum technischen Garanten für die Aufrechterhaltung des Widerstandes. Daß dies gelang, hängt u.a. mit einer Besonderheit des Prager Rundfunks, einer Rundsteueranlage, zusammen, die von außen zu bedienen war. Um solche Erfahrungen systematisch umzusetzen, müßte das gesamte Kommunikationssystem bei uns unter dem Aspekt widerstandspolitischer Nutzungsmöglichkeiten durchanalysiert werden. Auf diesem Gebiet wartet viel Arbeit für zivile TechnikerInnen und es gibt hier einen Berührungspunkt zu den "Techno-Kommandos" im Sinn des Afheldtschen Entwurfs (5). Vor allem in technischer Hinsicht bedarf Soziale Verteidigung der sorgfältigen Planung. Sobald sich eine Gesellschaft für die Soziale Verteidigung als Konzept für den "Ernstfall" entschieden hat, muß sie ihre Gesamtorganisation auf die neue Verteidigungsform einstellen. Es wäre ungerecht,

hierin eine "Formierung" der Gesellschaft zu Lasten der "Pluralität" zu sehen. Denn das würde von der Tatsache ablenken, daß unsere Gesellschaften gegenwärtig als vernichtungsträchtige Kriegsgesellschaften formiert und konditioniert sind.

Gesellschaftliche Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung

Erfolg wird die Soziale Verteidigung nur dann haben, wenn sie so angelegt ist, daß Spontaneität und Improvisationsgabe der Massen im "Ernstfall" die Lücke des Nichtvorausplanbaren ausfüllen. Mehr noch: das Moment der Verplanung ("jede/r muß wissen, was sie/er im Ernstfall zu tun hat") muß zugunsten von Spontaneität und Improvisationsgabe der Widerstand leistenden Bevölkerung zurücktreten.

Die PlanerInnen und politischen FührerInnen müssen es "aushalten", daß nur ein Rahmen vorgegeben werden kann; die schöpferische Ausfüllung bleibt den AkteurInnen überlassen. Nur so kann der Gefahr entgangen werden, in konkreten Situationen die Wirkung falsch zu erkennen und fehlzusteuern. Es gibt hier Parallelen zur Revolution (6): Entscheidend wird die Grundhaltung der Massen sein und diese kann nicht durch Übungen im Stil von NATO-Manövern erzeugt werden.



Die "Übungsfelder", auf denen die für die Soziale Verteidigung erforderliche Grundhaltung erworben werden kann, sind vielmehr gesellschaftliche Auseinandersetzungen von der Art der Platzbesetzung in Wyhl, der Freien Republik Wendland oder Hausbesetzungen. Wenn dies so festgestellt wird, dann geschieht das nicht, um solche Konflikte im Sinne der Sozialen Verteidigung zu instrumentalisieren, sondern um auf eine Verwandtschaft zwischen diesen Formen des Sozialen Angriffs und der Sozialen Verteidigung aufmerksam zu machen. Im Larzac, in Marcholsheim, in Wyhl und in Gorleben traten der Staat, Industrieunternehmen und Elektrokonzerne wie fremde Eindringlinge auf. Sie hatten die Legalordnung auf ihrer Seite und/oder leiteten das Recht zum Eingriff in die Natur und Lebenswelt der Region aus abstrakten Verpflichtungen im Namen der Gesamtgesellschaft ab (Verteidigung der Nation, Arbeitsplatzbeschaffung, Energiesicherstellung), ähnlich wie Interventionsmächte ihre Operation mit dem höheren Interesse ihres (Bündnis-)Systems begründen ("Bestand der sozialistischen Staatengemeinschaft", "Lebensinteressen des Westens").

Widerstand konnte sich nur entfalten auf der Grundlage tief verwurzelter Identifikation mit dem zu verteidigenden Gut: "die Heimat", die bisherige Wirtschafts- und Lebensweise, schließlich die Lebens- und Überlebenschancen der bedrohten Gattung. Die Entsprechung dazu war in der Tschechoslowakei 1968 die Identifikation mit dem tschechoslowakischen Erneuerungsprozeß, in Norwegen im Kampf gegen die Gleichschaltung durch das Quisling-Regime die Verankerung in der skandinavischen "Familiendemokratie".

Der Gedanke der Einübung gilt jedoch nicht nur für die Grundhaltung der Sozialen Verteidigung, sondern auch im Hinblick auf das Erlernen der erforderlichen sozialen, organisatorischen und technischen Fähigkeiten.

Die Abhaltewirkung der Sozialen Verteidigung

Durch die Ankündigung eines umfangreichen gewaltfreien Widerstandes sollen Aggressoren abgehalten werden. Dieses Abhalten (Dissuasion) ist die gewaltfreie Entsprechung der militärischen Abschreckung. Im Unterschied zur militärischen Abschreckung ist die Soziale Verteidigung jedoch ohne das Risiko der Selbstvernichtung praktikabel. Die SV muß damit rechnen, daß potentielle Aggressoren Warnungen ignorieren oder unterschätzen und dann die Probe auf die Widerstandsankündigung zu bestehen ist. Dabei wird angenommen:

1. Kein Aggressor hat das Ziel, ein Volk unterschiedslos auszurotten;
2. zu den militärischen, wirtschaftlichen und ideologischen Aggressionszielen gehört in erster Linie die soziale Kontrolle des angegriffenen Gemeinwesens.

Diese Annahmen scheinen zumindest bei allen in Europa vorstellbaren Aggressoren plausibel zu sein.

Die abhaltende Wirkung soll nun dadurch eintreten, daß dem Aggressor auf fünf Feldern Kosten in Aussicht gestellt werden:

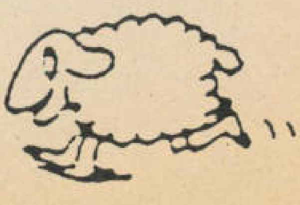
1. Personalkosten durch den Aufwand für militärisches und ziviles Besatzungspersonal;
2. wirtschaftliche Kosten durch Einbußen im Handel mit dem angegriffenen Land;
3. Mobilisierung der Gegnerschaft Dritter, Handels- und Kulturboykott etc;
4. Legitimationsverlust durch Kritik und Widerstand bisheriger Parteigänger;
5. Verlust der persönlichen Identität der Aggressoren, die durch ihr Handeln in Widerspruch geraten zu ihrem Selbstverständnis.

Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration

Sollte es trotz dieser "Abhaltewirkung" der Sozialen Verteidigung zu einem Einmarsch kommen, besteht die wichtigste Aufgabe der Bevölkerung darin, die eigene Lebensform zu erhalten. Das heißt trotz und neben Demonstrationen, Streiks und anderen spektakulären Aktionen - deren Zweck es ist, den Gegner am Erreichen seiner Ziele zu behindern und die Besatzungssoldaten zu verunsichern - muß die Bevölkerung unbedingt die eigene Versorgung und die Funktionstüchtigkeit der wichtigen Institutionen (z.B. kommunale Selbstverwaltung) sicherstellen. Das bedeutet weitgehend nicht mehr und nicht weniger, als unter unnormalen Verhältnissen wie gewohnt weiter zu arbeiten, und alle Anweisungen der Besatzer zu ignorieren. Es sollen weiterhin die Gesetze und Verfahren Anwendung finden, die vor dem Einmarsch galten. Der Friedensforscher Theodor Ebert hat für dieses - für die SV sehr wichtige - Verhaltenden Begriff "dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration" geprägt.

Kontinuität der Regierung

Die Vorsorge für die verfassungsmäßige Kontinuität von Legislative und Exekutive ist zugleich auch Beitrag zur Gestaltung der Rahmenbedingungen des Widerstandes und



zu dessen Organisation und Leistung. Im Aggressionsfalle werden Kabinett und Parlament eine Verbreiterung ihrer Basis suchen. Dies kann z.B. durch eine Allparteienregierung oder "Volksregierung" geschehen. Das Parlament könnte z.B. "ins Volks geholt" werden und so öffentlich in großem Rahmen tagen. Die Bildung einer Exilregierung müßte (trotz der damit verbundenen Probleme) in Erwägung gezogen werden. Das Vorhandensein und Funktionieren der staatlichen Organe ist zudem auch für die Fälle wichtig, in denen mit dem Aggressor verhandelt werden muß und verhandelt werden sollte.

Sieg und Niederlage der Sozialen Verteidigung

Grundsätzlich wäre der "Sieg" der Sozialen Verteidigung darin zu sehen, daß der Besatzungsmacht die Kosten des Unternehmens zu hoch werden, und sie sich wieder zurückzieht. Die Soziale Verteidigung rechnet jedoch auch damit, daß unter dem Eindruck des gewaltfreien Widerstandes und der anwachsenden Kosten der Unternehmung die interne Opposition im Lager des Aggressors so zunimmt, daß die Regierung in Bedrängnis gerät und sich evtl. sogar ein Machtwechsel vollzieht. Die größten Gefahren für die SV sind opportunistische Anpassung und Kollaboration (ebenso wie Sabotageakte und patriotische Vergeltungsmaßnahmen). Eine Niederlage, d.h. der Verlust der Kontrolle der sozialen Institutionen an die Besatzungsmacht müßte nicht endgültig sein. Die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung könnte sich im Laufe weniger Jahre erneuern, so daß die Wiedergewinnung der Selbständigkeit möglich erscheint (7).

Ausblick: Soziale Verteidigung im Europa von heute

Auf dem Höhepunkt der Neuen Friedensbewegung sah es so aus, als sei die Zeit für eine umfassende und tiefgreifende Entmilitarisierung reif. Die Waffenentwicklung hatte zu einer Krise des militärischen Denkens und zu einem Verfall des öffentlichen Vertrauens in die militärische Verteidigung beigetragen. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß nicht nur die politischen Eliten unfähig oder unwillig sind, daraus Konzequenzen abzuleiten. Offensichtlich haben sich in der Menschheitsentwicklung die Denkgewohnheiten so sehr auf die Realität der wachsenden Destruktivkräfte eingestellt, daß es viel leichter ist, daran anzuknüpfen und Krieg und Rüstung zu "retten" als Menschheit und Schöpfung VOR Krieg und Rüstung.

Das Alternativkonzept der Sozialen Verteidigung wird in Westeuropa ähnlich wie die Ideen zur "Pazifistischen Volksverteidigung" in den dreißiger Jahren (9) in den Orkus des Vergessenwerdens abgedrängt werden, wenn von seinen BefürworterInnen nicht erkannt wird, in welcher Situation wir uns zur Zeit in Westeuropa befinden:

Nach einer Phase der Ratlosigkeit haben die politischen Eliten einen neuen supranationalen Konsens in der Verteidigungsdebatte gefunden, der auf ein zur Abschreckung in alle Himmelsrichtungen fähiges Westeuropäisches Reich hinausläuft. D.h., selbst wenn es gelingen würde, die BRD auf Soziale Verteidigung umzustellen, müßte damit gerechnet werden, daß diese Entscheidung im Rahmen der EG bzw. Europäischen Union wieder revidiert würde. Selbst das neutrale Österreich, in dessen Umstellung auf SV sich VordenkerInnen dieses Konzepts mit besonderer Liebe hineingeträumt haben, strebt den Anschluß an die EG an und hat ihn meines Wissens bisher nicht von der Bedingung abhängig gemacht, die EG möge Zivilmacht bleiben.

Soziale Verteidigung und zivile Gemeinschaft

Entwicklungsgeschichtlich befinden wir uns in einer Phase, in der die Frage aufgeworfen werden kann, ob wir - wenigstens in Europa - nicht an dem Punkt angelangt sind, an dem wir dazu übergehen können, unsere Militärdemokratien in Zivildemokratien umzuwandeln. Die EG ist in Begriff, den umgekehrten Weg zu gehen, d.h. den zivilen Status zu verlassen und in einen militarisierten Großstaat umgewandelt zu werden. Dieser Prozeß wäre anzuhalten und umzukehren, wenn es gelänge, ein zündendes Gegenkonzept zu entwickeln und aufzuzeigen, daß es für das Wohlergehen der EuropäerInnen und der übrigen Menschheit mehr zu bieten hat als seine abschreckende Weltmacht Europa. Nur im Kontext einer noch zu stiftenden "zivilistischen Bewegung" hat das Konzept der Sozialen Verteidigung eine Entfaltungschance. Nach meiner festen Überzeugung könnte dies der Gedanke einer zivilen Gemeinschaft weitgehend autonomer Regionen sein.

Voraussetzung für die angestrebte "Zivilität" ist: - das Erwecken eines zivilen Bewußtseins (politischer Zivilismus), - die Entfaltung ziviler Kraft, - die Ausübung und institutionelle Absicherung ziviler Macht, - die zivil-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft (Konversion), - Bekämpfung aller Imperialismen (insbesondere Aufgabe überseeischer Besitztümer, Dominions, Testgebiete durch die Europäer), - Überwindung von Ausbeutung (Mensch-Mensch, Mensch-Natur, Erste Welt-Rest der Welt).

Zivilität ist mehr als der Gegenbegriff zum Militärischen. Gemeint ist die Verknüpfung ziviler, staatsfreier Strukturen, sozusagen ein Netz von Gegenstaatlichkeit bzw. Nichtstaatlichkeit. Zivilität wird zunehmend auch in ostmitteleuropäischen Ländern gesucht und ist dort ein Reflex auf das angemaßte Politikmonopol des Staates bzw. der Staatspartei.

Zivilität und Zivilmacht zielen auch auf die Entkernung des Staates als Gewaltinstanz. Regelungs- und Schutzfunktionen des Staates sollen davon unberührt bleiben.

Die Frage der Durchsetzung (Verankerung) von Zivilmacht ohne Gewalt ist nicht gelöst. Sie ist aber m.E. lösbar, wenn an die Stelle staatlicher, machthierarchischer Strukturen gesellschaftliche, dezentrale basisdemokratische Regelkreise treten.

Gewaltfreiheit und Macht

Zu überwinden ist die noch in der Gestalt Gandhis angelegte Spaltung von Gewaltfreiheit und staatlicher Machtausübung. Gandhi hat gewaltfreie Kampagnen im Sinne der "reinen Mittel" geführt und die "unreine" gewaltorientierte Politik im Sinne des Staatsaufbaus und der Ausübung von Staatsfunktionen anderen überlassen mit der Folge, daß es keine Konzepte und keine Garanten für Gewaltabbau in den Institutionen gab (bis hinzu klassischer Akkumulation von Gewalt in der Zentrale des neuen Staates, zu militärischer Annexion und zur Zündung eines atomaren Sprengsatzes durch Indien).

Ich halte dafür, daß wir diese Spaltung zu überwinden trachten und als das Feld der Bewährung hierfür die Verhinderung einer Militärmacht Westeuropa und die Entwicklung (statt dessen) einer nichtmilitärischen zivilen Gemeinschaft betrachten.

Die in Kreisen der AnhängerInnen Sozialer Verteidigung heiß diskutierte Frage, ob Soziale Verteidigung amtlich oder selbstorganisiert einzuführen sei, verliert in einer zivilen Gemeinschaft weitgehend ihre spalterische Kraft. Schon im nationalen Rahmen, so haben Fallstudien gezeigt, ist erfolgreicher ziviler Widerstand gegen Usurpatoren am ehesten zu leisten, wenn "das einfache Volk" und die Staatsbediensteten die Machtanmaßung des Eindringlings oder Putschisten einhellig durch Nichtzusammenarbeit und Ungehorsam zurückweisen. Nichts spricht dagegen, sowohl die Völker der Europäischen Gemeinschaften als auch die Bediensteten ihrer Institutionen mit der Wirkungsweise ziviler gewaltfreier Selbstbehauptung vertraut zu machen.

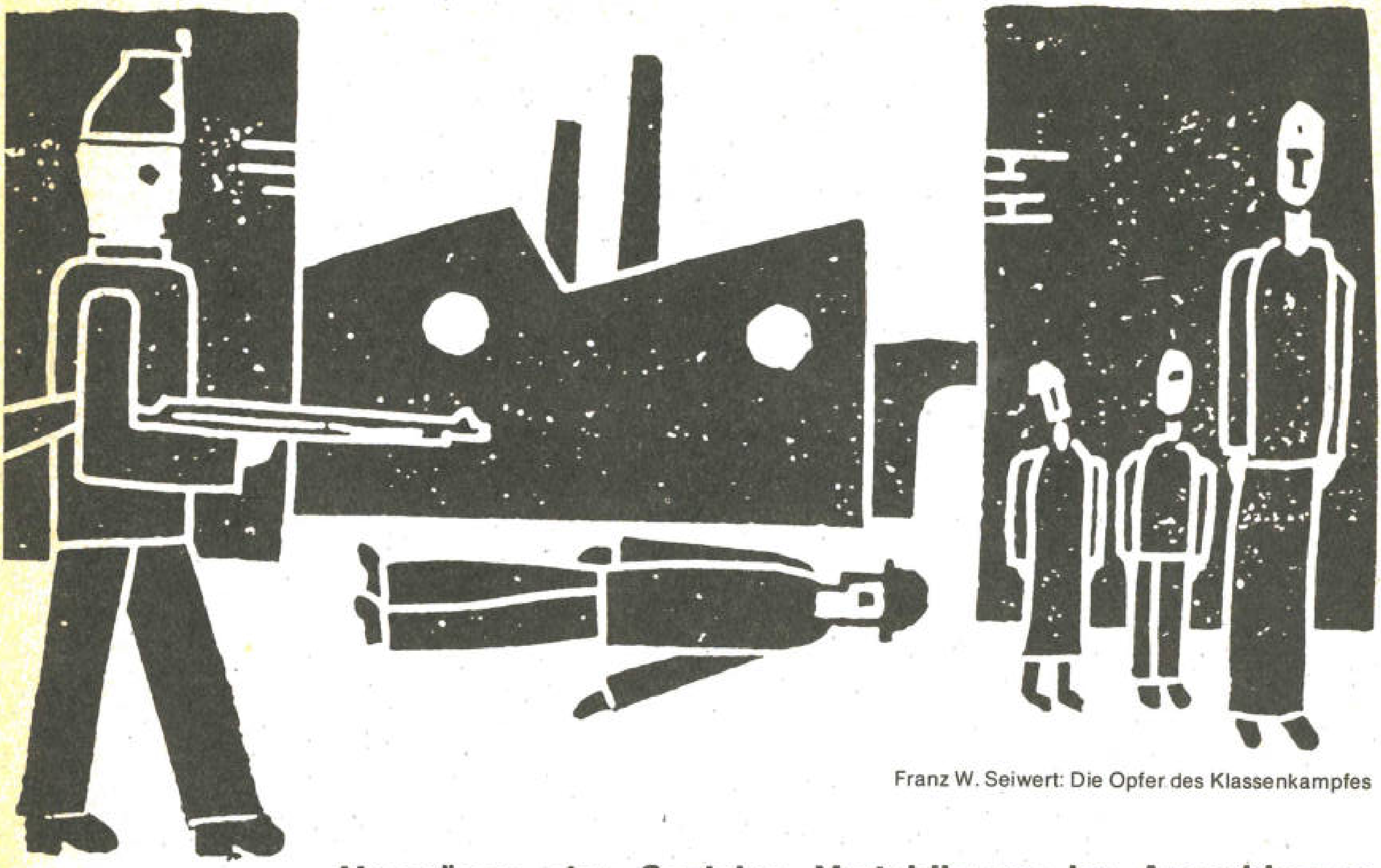
Es kommt aber darauf an, hierfür jetzt die Weichen zu stellen. Wenn es nach der deutsch-französischen Brigade zum integrierten EG-Korps und schließlich zur Neuauflage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (Neo-EVG) kommt, wird die Frage, ob Soziale Verteidigung mehr über ein Amt oder mehr selbstorganisiert von der Basis her eingeführt werden soll, zum reinen Spielmaterial der Geschichte werden.

Roland Vogt

Anmerkungen:

1) Egbert Jahn, Kommunismus und was dann? Zur Bürokratisierung und Militarisierung des Systems der Nationalstaaten, Hamburg 1974 Gernot Jochheim, Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion, Stuttgart 1986
2) Johan Galtung, "Zwei Konzepte der Verteidigung - territorial und sozial, in: Gernot Jochheim, Soziale Verteidigung, Düsseldorf 1988, S. 17
3) Michael Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution, München 1987, S. 179 f
4) Gorbatschow, a.a.O., S. 181
5) Horst Afheldt, Verteidigung und Frieden, München 1976 Horst Afheldt, Defensive Verteidigung, Hamburg 1983
6) vergl. Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Politische Schriften I, 2. Aufl. 1966, hg. von Ossip Flechtheim, S. 135 ff, hier S. 181 f

7) Klaus Lange-F0eldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte, Tübingen 1983, S. 78
8) Gernot Jochheim, Soziale Verteidigung, Düsseldorf 1988



Franz W. Seiwert: Die Opfer des Klassenkampfes

Ursprünge der Sozialen Verteidigung im Anarchismus

Gewaltfreie Verteidigung der Revolution

Die anarchosyndikalistische Bewegung in den 20er und 30er Jahren beschäftigte sich mit der Frage, wie revolutionäre Prozesse verteidigt werden können. In ihren Kreisen wurden erstmals Modelle gewaltfreier Verteidigung entworfen. (Red.)

In diesem Beitrag ist beabsichtigt, wesentliche Gesichtspunkte der Diskussion über die Verteidigung der Revolution in der anarchosyndikalistischen antimilitaristischen Bewegung in den 20er und 30er Jahren unseres Jahrhunderts darzustellen. Den Hintergrund für diese Diskussion waren die russischen Ereignisse nach 1917 mit Bürgerkrieg und Interventionskrieg, in denen sich der junge sowjetische Staat durch das Aufstellen eines Roten Heeres und durch den Aufbau einer Geheimpolizei einerseits der Konterrevolution zu erwehren suchte, andererseits aber die antiautoritären revolutionären Strömungen ausschaltete.

Daß dies Konsequenzen für den weiteren Verlauf der sowjetischen Entwicklung haben würde, erkannten nicht nur Anarcho-SyndikalistInnen. Doch waren sie aufgrund ihres revolutionären Zieles einer herrschaftsfreien Gesellschaft und aufgrund ihres entschiedenen Antimilitarismus in besonderer Weise theoretisch und praktisch herausgefordert. In der Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen gelang es dann auch in diesen Kreisen, alternative Modelle zur gewaltsamen Verteidigung revolutionärer Prozesse gedanklich zu entwickeln. Dabei traten Pierre Ramus, Albert de Jong und Arthur Müller-Lehning hervor.

Die damaligen Überlegungen haben einen miteinander verbundenen doppelten Stellenwert. Zum einen trugen sie dazu bei, eine Lücke in der revolutionären Theorie zu schließen. Denn die Frage der Verteidigung der Revolution war bis dahin eigentümlich unreflektiert geblieben. Indem Ramus, de Jong und Lehning nun aber eine Verteidigungsstrategie auf der Grundlage gewaltloser Aktionen formulierten - und das ist der andere wichtige Gesichtspunkt-, leisteten sie einen bahnbrechenden Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Theorie gewaltloser Konfliktaustragung überhaupt.

Dies bedeutet nicht, daß die genannten Theoretiker einer Richtung sogenannter "prinzipieller" oder "doktrinärer" Gewaltlosigkeit zuzurechnen wären. Subjektiv begründeten sie ihre Gewaltlosigkeitsvorstellungen, wie noch zu sehen sein wird, im Rahmen von Gewaltvermeidungsstrategien mit Nützlichkeitserwägungen. Diese Einschränkung schließt jedoch nicht aus, daß die damaligen Überlegungen objektiv außergewöhnliche Beiträge zur Entwicklung eines theoretischen Elements zur gewaltlosen Konfliktaustragung gewesen sind.

Theoretische Lücke: Die Verteidigung der Revolution

Bis zum 1. Weltkrieg waren Praxis und Aktionsmodelle von MarxistInnen, AnarchistInnen oder SyndikalistInnen grundsätzlich auf den sozialen Angriff abgestellt. Wenn sich die strategischen Konzeptionen auch teilweise gänzlich voneinander unterschieden, so war es doch das gemeinsame Ziel, die Herrschaftssysteme der bestehenden kapitalistischen Nationalstaaten in ihren Institutionen und Agenturen zu treffen und letztlich zu überwinden.

Eine Frage blieb in all jenen Jahrzehnten vielfältiger aktionistischer Praxis und theoretischer Reflexionen merkwürdigerweise undiskutiert, die Frage nämlich, mit welchen Mitteln eine sich entwickelnde revolutionäre Gesellschaft zu verteidigen sei. Diese Frage hätte sich nur erübrigt, wenn zu Recht hätte angenommen werden können, daß sich eine Revolution gleichzeitig in allen Ländern vollziehen würde.

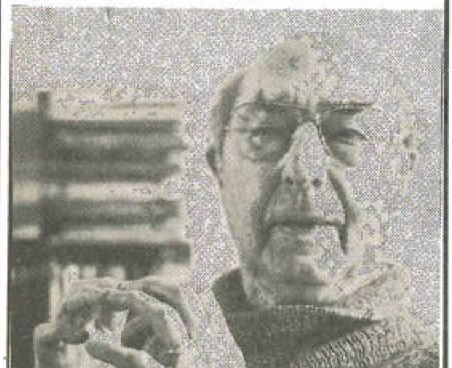
Immerhin hatte Friedrich Engels das Problem indirekt schon relativ früh thematisiert. Das Scheitern der proletarischen Aufstände der Jahre 1848/1849 war für ihn der Anlaß gewesen, sich systematisch mit militärischen Fragen auseinanderzusetzen. Das erste Ergebnis dieser Beschäftigung mit der Militärfrage war ein Szenario: In einem nicht abgeschlossenen Aufsatz untersuchte Engels 1851 die Möglichkeiten zur Verteidi-

Biographisches

Albert de Jong (1891-1970) war Stenograph. Seine publizistischen und organisatorischen Aktivitäten waren - mit Ausnahme der Diskussion über die Verteidigung der Revolution - im wesentlichen auf den niederländischen Raum begrenzt.



Pierre Ramus ist das Pseudonym für den österreichischen Anarchisten Rudolf Großmann (1878-1942). Ramus hat ein wechselvolles Leben mit langjährigen Auslands- und Gefängnisaufenthalten geführt. In den 20er-Jahren gab er die Zeitschrift "Erkenntnis und Befreiung" heraus. 1921 erschien sein wichtigstes Buch: "Die Neuschöpfung der Gesellschaft durch den kommunistischen Anarchismus".



Arthur (Müller) Lehning wurde 1899 geboren. Er lebt in Amsterdam. Schon in jungen Jahren publizierte er grundlegende Beiträge über Anarchismus, Syndikalismus, Antimilitarismus (u.a.propagierte er die "industrielle Dienstverweigerung") und avantgardistische Kunst. Als antiautoritärer Publizist und Herausgeber der Werke von Bakunin genießt er über die libertäre Bewegung hinaus internationales Ansehen. Wer mehr über ihn und von ihm wissen will, die/der lese unbedingt das Sonderheft der GRASWURZELREVOLUTION "Sozialgeschichte des Antimilitarismus" (Nr.117/118). Hier sind mehrere theoretische Beiträge von Arthur Lehning wiedergegeben.

Landes, um es okkupieren zu können, vorerst dezentralisiert, aufgeteilt und zerstreut werden muß. Diese Notwendigkeit tritt aber nur dann ein, wenn sich der einfallenden Armee k e i n vergleichsweise kompakter Massenkörper mit Waffen in den Händen entgegenstellt, sondern ein wohl föderativ miteinander verbundenes, sonst aber über das ganze Land verstreutes Widerstandselement des passiven Ungehorsams darbietet, welches die sozial-wirtschaftlichen Mittel der Obstruktion, der Sabotage und des passiven Widerstandes vereint zur Anwendung bringt".(10)

"Anarchistische Gesellschaft kennt keinen kollektiven Feind"

Die Zerstreuung der eingefallenen Armee begünstigt ein weiteres Element des Widerstandskonzepts. Eine anarchistische Gesellschaft kennt nämlich keinen kollektiven "Feind", sondern differenziert eingefallene Heere bezüglich ihrer sozialen Zusammensetzung. Diese Soldaten werden zum Ziel der antimilitaristischen Aktionen durch die betroffene Bevölkerung, wobei ihnen die Möglichkeit geboten wird, in der neuen Gesellschaft einen Platz einzunehmen. Allein die "befehligenden Elemente" will Ramus, sofern sie nicht alsbald ihre Funktionen aufgeben, strenger behandelt sehen, eine Überlegung, die eine für AnarchistInnen naheliegende Haltung offenbart. Zwar verneint Ramus auch in diesem Fall physische Gewaltanwendung, aber er befürwortet die "sozialwirtschaftliche Methode der Ächtung, des Boykotts und jedweder Unterbindung persönlicher und dringlicher Hilfe wie Dienstleistungen" (11), wobei er allerdings - und das ist nicht widerspruchsfrei - auch die Verweigerung von Lebensmitteln einbezieht. Als weiteres Element eines solchen Widerstandes muß schließlich die Internationalisierung des Kampfes gegen den Aggressor durch Streik und Boykott hinzutreten.(12)

Ramus hat sein Verteidigungskonzept auf einen Begriff gebracht; er nannte es "antimilitaristisch-sozialwirtschaftliche Selbstverteidigung".(13) Diese Terminologie entspricht seiner Umschreibung gesellschaftsverändernder Handlungsmodelle als "sozialwirtschaftliche Aktion". Ihr lag die Überlegung zugrunde, daß die Anwendung der Unterdrückungsmittel von Herrschenden das Funktionieren der sozialwirtschaftlichen Beziehungen einer Gesellschaft zur Voraussetzung hat. Das Zerstören dieser sozialwirtschaftlichen Zusammenhänge, was nach Ramus' Vorstellungen auch von Minderheiten geleistet werden kann, trifft somit mittelbar die Herrschaftsmechanismen selbst.(14)

Ramus' gedankliche Skizze eines Konzeptes Sozialer Verteidigung hat weitergewirkt; denn solche Überlegungen begegnen uns knapp zwei Jahre später erneut, als das I.A.M.B. (Internationale Anti-Militaristische Bureau, s.unten) die Arbeiter an der Ruhr zum gewaltlosen Widerstand auffordert, und am Ende der 20er Jahre in einer Diskussion der I.A.A. über die Verteidigung der Revolution.

Diskussion über die Verteidigung der Revolution in der I.A.A.

Die "Internationale Arbeiter Assoziation" (I.A.A.) war auf einem internationalen syndikalistischen Kongreß im Dezember 1922 in bewußter Anlehnung an den anarchistischen Flügel der I. Internationale gegründet worden (15) und vereinigte syndikalistische Organisationen von zunächst neun nationalen Verbänden, zu denen im Laufe der Jahre weitere hinzutraten. Sie war das Ergebnis von Konflikten mit der Komintern und deren Versuchen, eine kommunistische Gewerkschaftsinternationale aufzubauen. Hierbei hatte es sich erwiesen, daß die Bolschewisten nicht gewillt waren, die Eigenständigkeit des revolutionären Syndikalismus anzuerkennen.

Die Diskussion über die Verteidigung der Revolution nahm 1928 ihren Ausgangspunkt auf dem Kongreß der Assoziation in Lüttich, wo ein Tagesordungspunkt dem Antimilitarismus gewidmet war. Es kam die Frage auf, mit welchen Mitteln revolutionäre Errungenschaften zu verteidigen seien. Insbesondere der Franzose Lucien Huart argumentierte, daß in dem Entscheidungskampf gegen Staat und Militarismus die Gewalt nicht zu vermeiden sei. Er ging davon aus, daß sich die Revolution gleichfalls mit Gewalt gegen konterrevolutionäre Angriffe verteidigen müsse.(16)

Gewalt für RevolutionärInnen nicht anwendbar

Um eine eingehendere Diskussion auf dem folgenden I.A.A.-Kongreß vorzubereiten, rief der I.A.K-Pressedienst, der gemeinsam von der IAA und dem 1921 in Den Haag gegründeten Internationalen Anti-Militaristischem Bureau herausgegeben wurde, zu einer publizistischen Diskussion auf, die im Mai 1929 Arthur Müller-Lehning mit dem Beitrag "Der Antimilitarismus und die Verteidigung der Revolution" (17) begann. Sein Hauptargument war dies: Es sei widersinnig, industrielle und militärische Dienstverweigerung individuell und massenhaft zu propagieren, wenn man der Meinung sei, die Revolution müsse mit gewaltsamen und militärischen Mitteln verteidigt werden. Wolle das Proletariat diese Mittel also selbst anwenden, müsse es alle Vorbereitungen treffen, sie im Ernstfall auch gebrauchen zu können, und sie bis dahin nur der Anwendung durch die Bourgeoisie entziehen.

Für die Revolutionäre gebe es mithin nur diese Alternative:

"Entweder unternimmt man alle Anstrengungen, die Arbeiterklasse zu bewegen, jegliche Kriegsproduktion zu stoppen und die Bewaffnungs- und Kriegsindustrie lahmzulegen, oder man ist bestrebt, gleichfalls über dieselben Mittel zu verfügen, um die Bourgeoisie mit eigenen Mitteln zu bekämpfen."

Die Mittel der Bourgeoisie aber sind "Maschinengewehreinheiten, Flammenwerfer, Panzer, Flugzeuggeschwader und Brand- und Giftgasbomben"(18). Aus dem Umstand, daß die Militärtechnik sich fortwährend spezialisiert und von Fachleuten ge-

handhabt wird, schließt A. Müller-Lehning, daß es für die Revolutionäre zunehmend schwieriger wird, diese Mittel zu gebrauchen. Ihr Gebrauch würde Bürgerkrieg mit all den Folgen eines zwischenstaatlichen Krieges bedeuten.

"Vom sozialistischen, vom menschlichen Standpunkt aus sind diese Mittel für Revolutionäre eigentlich nicht anwendbar",

stellt der Verfasser fest.(19) Eine Reaktion von L. Huart auf den Artikel von A. Müller-Lehning erscheint beinahe ein Jahr später. In einem Beitrag "Werden wir die Revolution verteidigen müssen?" stellt er noch einmal die bekannten Argumente dar, zeigt aber mittelbar auch eine Schwäche der Position von Müller-Lehning auf. Dieser habe zwar auf die Untauglichkeit gewaltsamer Aktionen zur Verteidigung der Revolution hingewiesen, selbst aber kein Konzept entwikkelt, mit welchen Mitteln soziale Verteidigungsprozesse stattdessen ausgetragen werden sollen.(20)

"Die Macht des Staates beruht auf der Passivität des Volkes"

In der Dezembernummer 1930 des I.A.K.-Pressedienstes reagieren Albert de Jong und Arthur Müller-Lehning mit einem gemeinsamen Aufsatz "Die Soziale Revolution und die antimilitaristische Taktik"(21). Die Frage, ob eine Revolution verteidigt werden müsse, ist auch aus ihrer Sicht selbstverständlich zu bejahen; für sie tut sich aber drängender das Problem auf, "ob dazu die Mittel des modernen Krieges noch brauchbar und angemessen sind". Es gelte, eine Antwort darauf zu finden, "wie und auf welche Weise wir die Revolution verteidigen sollen, und vor allem, verteidigen können, so daß die Ziele dieser Revolution auch wirklich erreicht werden".

Bei der Beantwortung dieser Frage gehen Albert de Jong und Arthur Müller-Lehning von dem Gesichtspunkt aus, was die bestimmenden Faktoren einer siegenden Revolution seien. Ihre Antwort lautet:

"1. Die Vernichtung des Staates;

2. das Beherrschen des ökonomischen Lebens durch die ökonomische Organisation der Arbeiter;

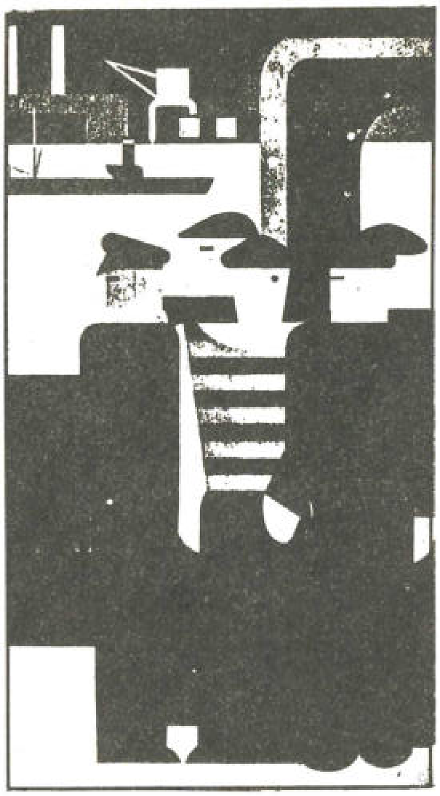
3. der moralische Einfluß der Revolution und die Unterstützung der Revolution durch die Volksmassen"(22).

Hiervon nun leitet sich die Position der I.A.K.-Sekretäre ab:

"Die Macht des Staates beruht hauptsächlich auf der Passivität des Volkes, auf dessen passiver Mitarbeit. Bei einem wohlorganisierten, passiven Widerstand fällt der Staat zusammen. Das angemessene Mittel, den Staat zu vernichten, ist, ihn aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschalten. Gegenüber der militärischen Gewalt der modernen Kriegstechnik hat die Arbeiterklasse kein anderes Mittel als die ökonomische Wehrhaftigkeit"(23).

Der Faschismus "vertagt" die weitere Diskussion

Eine grobe Präzisierung dieses noch sehr generellen Hinweises findet sich wenig später



Gert Arntz: Schifferstreik

dann in dem Manuskript einer umfänglichen Resolution "Krieg, Revolution und Taktik", die Albert de Jong für den Kongreß der I.A.A. vom 16.-21. Juni 1931 in Madrid abgefaßt hat. Dort heißt es:

"Wenn die Konterrevolution eventuell aus dem Ausland, trotz all dieser Maßnahmen (des antimilitaristischen Kampfes nämlich, d.V.) doch noch in der Lage sein würde, zu versuchen, die Revolution auf militärischem Wege zu unterwerfen, dann hat sich die Arbeiterklasse zu vergegenwärtigen, daß die nationale Verteidigung der Revolution ebenso nationalen Selbstmord bedeutet wie die Verteidigung des Vaterlandes, während die Revolution gleichzeitig selbst im Militarismus untergehen würde. Die Arbeiterklasse muß sich bereithalten:

1. keinen einzigen Befehl des Militärs zu befolgen;

2. jeden Uniformierten vollkommen zu boykottieren;

3. jede Arbeit in jedem Betrieb konsequent zu verweigern, wenn die Leitung nicht völlig in den Händen der Arbeiter selbst ist;

4. bei der militärischen Besetzung einer Fabrik oder eines Betriebes unmittelbar in den Streik zu gehen;

5. das Erbringen aller Abgaben, in welcher Form auch immer, an die Militärs zu verweigern;

6. der militärischen Macht durch Verweigerung von Mitarbeit und Gehorsam auf alle möglichen Weisen entgegenzuarbeiten."(24)

Wenn auch Tagesordnungspunkt, so wurde das Problem der Verteidigung der Revolution in Madrid aus Zeitmangel nicht behandelt. Das Thema verlor sich schließlich angesichts der zunehmenden faschistischen Gefahr in Europa, der 1933 die Berliner Zentrale der I.A.A. zum Opfer fiel, die zunächst nach Madrid und 1934 nach Barcelona verlegt wurde. So blieb es bei diesem Ansatz zu einem stark an Verweigerungsaktionen orientierten Modell von Sozialer Verteidigung.

Gernot Jochheim

Anmerkungen:

1) Friedrich Engels, Die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Krieges der Heiligen Allianz gegen Frankreich. In: F.E.:Ausgewählte militärische Schriften, Bd.1, Berlin 1958, S.207 ff.

2) Hier sei insbesondere hingewiesen auf: Henriette Roland Holst, De strijdmiddelen der sociale revolutie, Amsterdam 1918. Eine Zusammenfassung der Thesen von H. Roland Holst ist nachzulesen bei: Gernot Jochheim, Gewaltlosigkeit in der proletarischen Revolution. Der Beitrag von Henriette Roland Holst zur Klassenkampftheorie während des 1. Weltkriegs. In: Wege des Ungehorsams. Jahrbuch II für libertäre und gewaltfreie Aktion, Politik und Kultur, Kassel 1986, S.139-155 (Verlag WeZuCo)

3) Einzelheiten siehe bei Gernot Jochheim, Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung, Frankfurt und Assen 1977.

4) Als wesentliche Schriften von Bart de Ligt in den 20er Jahren seien genannt: Directe Aktie. De Antimilitaristen van de daad op de Vredeskongres van het I.V.V., 10.-15. December 1922. Een stem in de woestijn, Andijk (w) 1922. Anarchisme en Revolutie. Beschouwingen naar aanleiting van het Anarchisten-Congres de Berlin, 25.-31.Dec.1921, Baar 1922. De antimilitaristen en hun strijdwijzen, Den Haag 1921. Nieuwe vormen van oorlog en hoe die te bestrijden, Huis ter Heide 1927. Die spätere wesentliche Publikation von Bart de Ligt ist: The conquest of violence. With an introduction by Aldous Huxley, London 1937.

5) Deutschsprachig publiziert als: Streitplan gegen Krieg und Kriegsvorbereitung. In: IAK-Pressedienst, No. 152 (15.2.1935), S.1-8. Teilweise wiedergegeben im Sonderheft "Sozialgeschichte des Antimilitarismus" der GRASWURZELREVOLUTION (Heft 117/118).

6) Zur Geschichte und zum theoretischen Verständnis der WRI siehe den Aufsatz von Wolfram Beyer im bereits angesprochenen Heft 117/118 der GRASWURZELREVOLUTION "Sozialgeschichte des Antimilitarismus".

7) Ramus starb am 27. Mai 1942. Die Skizze seines Lebensganges findet sich in: Dictionary Biographique du Mouvement Ouvrier International. Publie sous la direction de Jean Maitron et Georges Haupt.. Vol. I, Autrich, Paris 1971, S.243/44.

8) Pierre Ramus, Militarismus, Kommunismus und Antimilitarismus. Thesen zu einem Referat für den Internationalen Antimilitaristenkongreß in Haag im März 1921. Uerdingen am Rhein o.J. Auszug im Sonderheft der GRASWURZELREVOLUTION "Sozialgeschichte des Antimilitarismus" (Heft 117/118)

9) ebenda, S.15.

10) ebenda, S.20.

11) ebenda, S.21.

12) vgl. ebenda, S.21/22.

13) ebenda, S.22.

14) vgl. ebenda, S.23.

15) Zur Geschichte der I.A.A. siehe: I.A.A.-zehn Jahre Internationaler Klassenkampf. Gedenkschrift zum zehnjährigen Bestehen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin 1932, sowie Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim am Glan 1969, S.334-340, und Angela Vogel, Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung, Berlin 1977.

16) vgl.Presdienst I.A.K., No 27 (20.5.1929).

17) Presdienst I.A.K., No 27.

18) ebenda.

19) eben da.

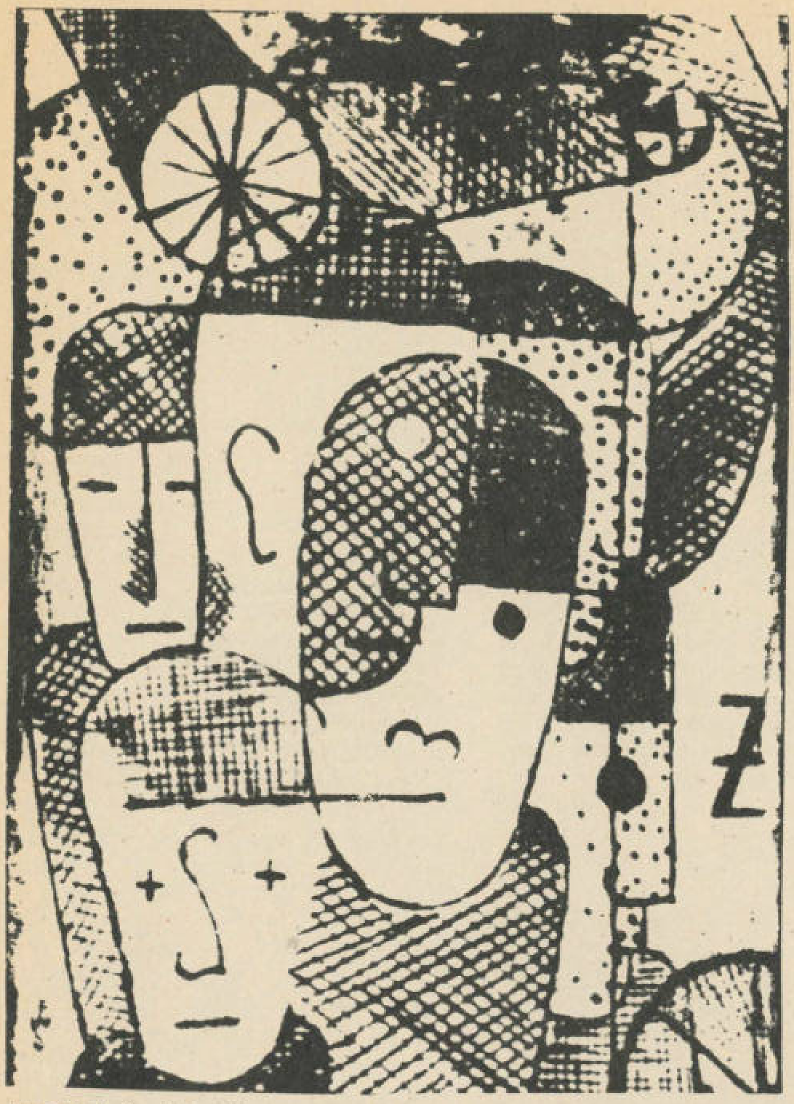
20) Nämlich in: Le combat Syndicaliste, No.30 (Feb./März 1930), La voix Libertaire, No.67 (7.Juni 1930); Le Flambau, No.36,37,38 (Juli,August,September 1930).

21) Presdienst I.A.K., No.61(15.12.1930). Vollständig publiziert im GRASWURZELREVOLUTION-Heft 117/118 "Sozialgeschichte des Antimilitarismus".

22) ebenda.

23) ebenda.

24) ebenda.



Franz W. Seiwert: Betriebsorganisation

gung einer siegreichen Revolution - interessanterweise - in einem (Hervorhebung durch den Verfasser) Land, und zwar in Frankreich (1).

Nun ist es in diesem Zusammenhang nicht notwendig, die Überlegungen von Engels zu verfolgen. Er blieb 1851 wie auch in späteren Jahren bei der Würdigung militärischer Ereignisse grundsätzlich in militärtechnischen und militärstrategischen Überlegungen, also in Kategorien gewaltsamer Konfliktaustragung stecken, was er selbst allenfalls für innergesellschaftliche Formen des Klassenkampfes relativierte.

Dies muß verwundern. Aber diese Verwunderung gilt nicht nur Engels oder Marx. Sie gilt weitgehend den maßgeblichen Strömungen der marxistischen Bewegung, der es nicht gelungen ist, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mechanismen der ureigenen Kampfformen der Arbeiterklasse wie Demonstrationen, Streiks, Boykott, Dienstverweigerung, Selbsthilfeeinrichtungen etc. angemessen zu analysieren. Denn neben ihrem zumeist sozialökonomischen Bezug war ein wesentlicher Faktor dieser Kampfformen ihre weitgehende Gewaltlosigkeit, ihre "Gewaltarmut". Dieser analytische Mangel dokumentiert einen verhängisvollen Prozeß ausgelassener Lernschritte.

Die Folge: Die Sozialdemokratie entfremdete sich von basisorientierten Aktionen; und die autoritäre Richtung der Arbeiterbewegung sowie später die staatssozialistischen Länder, die die Begriffsbildung von der "Macht der Arbeiterklasse" oder der "Macht des Volkes"! so häufig und gern verwenden, haben gerade diese Macht ebenso oft verkannt wie selbst bekämpft. Hier sei nur an die fatale Praxis des bewaffneten Aufstandes in den 20er Jahren erinnert sowie an die aktionistische Ohnmacht und Phantasielosigkeit der kommunistischen Bewegung gegenüber dem Faschismus. Und es sei hingewiesen auf die gewaltsame Niederschlagung verschiedener Arbeiteraufstände gegen die Parteibürokratien und auf die Intervention von fünf Warschauer-Pakt-Staaten gegen den tschechischen Reformsozialismus. Irrationaler Glaube an die Gewalt, Verkennung des Machtzuwachses der Herrschenden und des Militärs durch die Entwicklung der Vernichtungsmittel, Ignorieren der möglichen Kampfmittel des Volkes - diesen Zusammenhang symbolisiert schließlich selbst Salvadore Allende auf jenem letzten Photo, das ihn mit Stahlhelm und Maschinenpistole als einsamen Mann in seinem schon von Bomben getroffenen Präsidentenpalast zeigt.

Gewaltkritik und Gewaltlosigkeitsanalyse

In Nebenströmungen des Marxismus allerdings - hier sei als herausragendste Vertreterin Henriette Roland Holst (2) genannt -, vornehmlich aber in der anarchistischen, syndikalistischen und dann anarcho-syndikalistischen Bewegung hatte es seit je gegenüber der revolutionräen Gewaltideologie Vorbehalte gegeben (3). Dabei wurden folgende Gesichtspunkte vorgebracht:

- die Erscheinung der sich selbst erfüllenden Prophezeiung bei der Propagierung des bewaffneten Kampfes, was zur Folge hätte, daß alternative Aktionsformen von vorneherein vernachlässigt würden;
- die Eigengesetzmäßigkeit organisierter Gewaltanwendung hinsichtlich der Verfestigung autoritärer Strukturen in der nachrevolutionären Phase;
- der technische Charakter der Gewaltanwendung, der die humanen revolutionären Ziele verschüttet;
- die zunehmende technische Unterlegenheit bewaffneter revolutionärer Bewegungen insbesondere in hochorganisierten Gesellschaften aufgrund der Entwicklung der Vernichtungsmittel.

In der antiautoritären Bewegung und in der von ihr im wesentlichen geprägten antimilitaristischen Bewegung blieb es jedoch nicht bei dieser Kritik an der revolutionären Gewaltanwendung.

Als Beleg sei im Folgenden zusammenfassend der bedeutende Beitrag von Bart de Ligt zum antimilitaristischen Aktionsverständnis wiedergegeben. Denn er war es insbesondere, der seit dem Beginn der 20er Jahre auf der Grundlage soziologischer, sozialpsychologischer und geschichtsphilosophischer Gesichtspunkte die traditionellen Mittel des Klassenkampfes in ihren Wirksamkeiten untersuchte und als Ergebnis ein neues Gewaltlosigkeitsverständnis formulierte. (Man könnte es als "materielles" bezeichnen.) (4)

In der Terminologie moderner Konflikttheorien formuliert, belegte de Ligt folgendes:

- Die gewaltlosen (direkten) Aktionen sind nicht Ausdruck einer passiven, sondern einer höchst aktiven Haltung.
- Gewaltlosigkeit ist eine von der Basis ausgehende Form der Machtentfaltung, bei der gesellschaftliche Macht nicht mit physischen Gewaltmitteln oder mit der Möglichkeit zu deren Anwendung identifiziert wird.
- Gesellschaftliche Konflikte sind als Lernprozesse zu verstehen. Lernen müssen die Herrschenden ebenso wie die AkteurInnen und die in einem Konflikt weniger betroffenen Gruppen. Gewaltanwendung verhindert solche Lernprozesse.
- Der gesellschaftliche Gegner soll nicht existentiell bekämpft werden, sondern in jener sozialen Rolle, die er bei der Verhinderung von gesellschaftlichen Fortschritt einnimmt.
- In den von den RevolutionärInnen angewendeten Kampfformen müssen die gesellschaftlichen Ziele sichtbar werden

(Ziel/Mittel-Relation).

- Neben der Praktizierung von Verweigerungsaktionen müssen daher in besonderem Maße konstruktive Aktionen entwickelt und praktiziert werden.

- Die zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen Organisation begünstigt gewaltlose Aktionsformen.

Aktionsplan gegen Kriegsvorbereitung

1934 - im Rahmen der WRI-Konferenz (War Resisters International - Internationale der Kriegsdienstgegner) im englischen Ort Welwyn/Hert - publizierte de Ligt einen breitgefächerten Aktionsplan gegen Krieg und Kriegsvorbereitung auf der Grundlage der Gewaltlosigkeit, in dem alle gesellschaftlichen Schichten zur aktiver Kriegsbekämpfung aufgefordert wurden (5).

Der Reflexionsstand, wie er sich etwa in der ersten Hälfte der 20er Jahre herausbildete, hatte im wesentlichen jene Erfahrung zur Grundlage, die in den Auseinandersetzungen des Klassenkampfes und der antimilitaristischen Aktionen gewonnen worden waren, also in Aktionsformen des sozialen Angriffs. In der Debatte über die Verteidigung der Revolution vollzog sich nun ein weiterer intellektueller Schritt, eine schöpferische Weiterentwicklung des theoretischen Klassenkampfverständnisses: Die bekannten Aktionsformen wurden auf eine anders geartete Konfliktstellung übertragen, nämlich auf die Situation der Verteidigung einer neuen sozialen Ordnung. Dieses Konfliktmodell wird heute entsprechend als Soziale Verteidigung bezeichnet. Ein solcher Transfer machte es notwendig, Aktionsformen zu verändern und neue Widerstandshandlungen zu erdenken.

Die soziale Revolution und ihre Verteidigung bei Pierre Ramus

Am Rande des 3. Internationalen Anti-Militaristischen Kongresses 1921 in Den Haag vollzog sich die Gründung einer Organisation, die langfristig in der internationalen antimilitaristischen Bewegung von weitreichender Bedeutung werden sollte. Kurz vor dem Kongreß (22.-26. März) hatte sich in Bilthoven um den englischen Quäker Kees Boeke eine Gruppe sogenannter "Absolutisten", nämlich prinzipiell gewaltloser Antimilitaristen zusammengefunden, die sich auf der Grundlage folgender Formel selbständig organisierten:

"Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir sind daher fest entschlossen, keinerlei Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller Kriegsursachen zu kämpfen":

Diese Internationale nannte sich zuerst nach dem Esperantowort für Frieden "Paco". 1923 verlegte sich ihre organisatorische Zentrale von Bilthoven nach London und nannte sich seither "War Resisters International"(WRI).(6)

Russische Revolution als Herausforderung

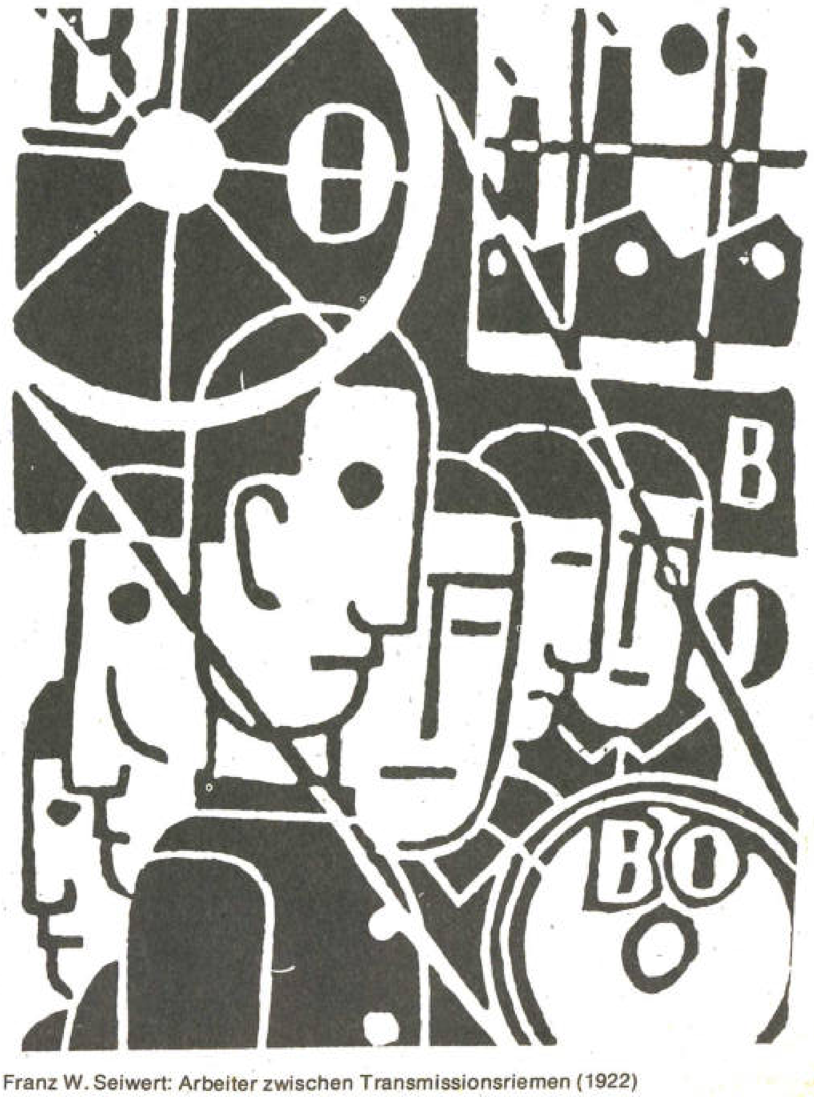
Der Den Haager Kongreß des Jahres 1921 brachte die erste Diskussion über die Erscheinung des Militarismus auf internationaler Ebene nach der Russischen Revolution. Zu dieser Thematik machte Pierre Ramus, der maßgebliche österreichische Anarchist - mit bürgerlichem Namen Rudolf Großmann -, die weitgehendsten Ausführungen. Ramus, der 1878 in Wien geboren war (7), hatte wie viele Anarchisten ein wechselvolles Leben mit langjährigen Auslands- und Gefängnisaufenthalten hinter sich. Auch auf dem Kongreß war er illegal anwesend, weshalb seine Ausführungen zum Thema "Militarismus, Kommunismus, und Antimilitarismus" verlesen wurde. (8)

Die gewichtigste Herausforderung für die antimilitaristischen AnarchistInnen ist in diesen Jahren der Fortgang der Russischen Revolution, in der sie nicht nur kritisch das Herstellen eines staatlichen Prinzips bemerken, sondern auch die Errichtung militaristischer Institutionen unter der Losung "Bewaffnung des Proletariats". Hier setzt Ramus an. Er kritisiert an der Losung zunächst, daß sie ein einheitliches proletarisches (hier als subjektiv zu verstehendes) Klasseninteresse voraussetzt - eine Unterstellung, die er mit dem Verhalten der Arbeitermassen beim Ausbruch des Weltkrieges widerlegt sieht. Aber selbst für den Fall, daß die Losung die "Bewaffnung einer bestimmten Gruppe oder revolutionären Parteirichtung" meint, bestreitet Ramus deren emanzipatorische Qualität. Besteht doch die Gefahr der Verselbständigung einer solchen Gewaltorganisation. Denn es gibt

"keinerlei Garantie für die revolutionäre Beständigkeit und Verläßlichkeit einer solchen mit Waffengewalt ausgestatteten Minoritätsgruppe des Proletariats... - ebensowenig für die Lauterkeit und Ergebenheit der sie befehligenden Führer und Machthaber zugunsten der revolutionären Sache und nicht ihrer Sonderinteressen."(9)

Nun wäre aber die radikale Militarismuskritik von Ramus unglaubhaft gewesen, wenn er nicht für eben die drängendste revolutionäre Frage seiner Gegenwart eine Antwort hätte geben können. Die antimilitaristischen AnarchistInnen sahen als Bedingung für die Verwirklichung ihrer revolutionären Prinzipien die Beseitigung des Militärs an. Ramus' zentrale These ist nun diese:

"Eine anarchistisch-kommunistische Gesellschaft setzt somit dem Einzug, der sog. Invasion fremder Truppen keinerlei militärischen Widerstand entgegen, kann es nicht tun, da eine solche Gemeinschaft keinen Militarismus, keine Waffenindustrie besitzt. Sie weiß aber auch, daß die Invasion selbst der stärksten Armee eine Nichtigkeit darstellt gegenüber der eigenen Bevölkerungsdichte und diese Armee, wenn innerhalb eines


Franz W. Seiwert: Arbeiter zwischen Transmissionsriemen (1922)

Der Kapp-Putsch 1920

Generalstreik gegen die Militärdiktatur

Nur eineinhalb Jahre nach der deutschen Novemberrevolution 1918 putschten reaktionäre Militärs gegen die noch junge Republik. Weil die Arbeiterklasse (1) in den vorangegangenen Jahren eine große Streikfähigkeit entwickeln konnte, wurde der Putsch binnen weniger Tage durch einen Generalstreik niedergeschlagen. Der folgende Artikel beschreibt zunächst die Entwicklung der Streikfähigkeit als Grundlage des Widerstandes vor dem Putsch, dann die unterschiedlichen sozialen Auseinandersetzungen unmittelbar nach dem Putsch und geht zum Abschluß kritisch auf die Diskussion um den Widerstand gegen den Kapp-Putsch 1920 als Beispiel für Soziale Verteidigung ein. (Red.)

Der sozialdemokratisch dominierte erste gesamtdeutsche Rätekongreß beschloß kurz nach der Novemberrevolution Ende 1918, Wahlen für ein bürgerliches Parlament durchzuführen, welchem dann die politische Macht abgegeben werden sollte. Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsstruktur wurden von den SPD-Mehrheiten innerhalb der Räte verzögert und entschärft. Alle anderen linken Parteien, die Unabhängige Sozialdemokratie (USP) und der kommunistische Spartakusbund, der sich Ende 1918 zur KPD konstituierte, kritisierten dies als Fortsetzung der während des Krieges praktizierten sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik mit Staat und Kapital. Heraus kamen lediglich am 15.11.1918 eine "Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands", unsere bis heute allseits bekannte "Sozialpartnerschaft", und folgende Zugeständnisse: Anerkennung der Gewerkschaften als Arbeitnehmervertretung, Koalitionsfreiheit, 8-Stunden-Tag, kollektiv einheitliche Arbeitsverträge. Fast alle Belegschaften und Mitglieder des sozialdemokratisch orientierten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) akzeptierten dies zunächst, bis auf eine Bergarbeiterzeche von Thyssen in Hamborn/westliches Ruhrgebiet. Die Arbeitenden dort wählten Belegschaftskommissionen und streikten für Lohnerhöhungen und eine 7-Stunden-Schicht. Gleichzeitig trennten sie sich von den alten Gewerkschaften und traten der syndikalistischen "Freien Vereinigung" (ab Ende 1919 Freie Arbeiter-Union Deutschlands, FAUD) bei, die dezentral organisiert war, Gewerkschaftsbürokratismus bekämpfte, in den Betriebsräten die Keimzelle einer freien Gesellschaft sah und daher keine parlamentarischen Körperschaften mehr benötigte. Um ihren Streik auszuweiten, zogen die Hamborner Bergleute in großen Demonstrationszügen zu benachbarten Zechen des westlichen Ruhrgebiets zwischen Duisburg und Essen. Diese Mittel, Arbeitsverweigerung gekoppelt mit direkter Aktion, waren für den Anarchosyndikalismus typisch. Die Hamborner Streikbewegung war nur der Auftakt einer Streikwelle, die daraufhin das gesamte Ruhrgebiet erfaßte. Höhepunkt und Abschluß dieser Streikbewegung waren die direkten Aktionen der ebenfalls syndikalistisch orientierten Dortmunder Bergleute von Januar bis Mai 1919. Mitte Januar begannen sie selbständig, eine Sechs-Stunden-Schicht in direkter Aktion unmittelbar durchzusetzen:

"Es war nicht ganz einfach gewesen, denn die Betriebsleitung hatte nach Ablauf der sechs Stunden die Schächte versperrt und die Förderbänder abgeschaltet. Als die Förderkörbe nicht erschienen, begannen die Bergarbeiter aber, die Verkleidung zu den Kohle- und Fahrschächten wegzureißen und die Fahrklappe gewaltsam zu öffnen."(2)

Alte Betriebsräte wurden nun abgesetzt, die Betriebe besetzt und bald fuhren 40 Zechen im Revier, mehr als die Hälfte der Betriebe im Kohlebergbau, die Sechs-Stunden-Schicht. Erst Anfang April schlugen die verdutzte Polizei und Reichswehr die Bewegung nieder, die SPD und die Zentralgewerkschaft (ADGB) machten im Gefolge der Bajonette ein Zugeständnis der 7,5-Stunden-Schicht. Ein darauf einsetzender Generalstreik dauerte bis Anfang Mai und die Arbeitenden blieben auch danach streikfähig, ihre dezentrale Organisationsstruktur konnte nicht militärisch zerschlagen werden.

Spartakus und Noske

In Berlin kam es unterdessen im Januar 1919 zu einem etwas überstürzt durchgeführten bewaffneten Aufstand (Spartakus-Aufstand), der von Teilen der frisch gegründeten KPD durchgeführt wurde. SPD-Reichswehrminister Noske sammelte daraufhin in Potsdam Freiwillige (sog. "Freikorps"), die er unter Führung von Offizieren der kaiserlichen Armee stellte. Mit diesen Truppen schlug er den Aufstand blutig nieder, war verantwortlich für den Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und rehabilitierte die politische Machtstellung der reaktionären Militärs, auf die die SPD in den folgenden Niederschlagungen der rheinländischen Streikbewegung und der bayerischen Räterepublik nicht mehr verzichten konnte. Noske hatte sich damit aber sein eigenes Grab geschaufelt, denn als er Anfang 1920 mit der durch den Versailler Vertrag der Siegermächte vom Juni 1919 verlangten Reduzierung der Reichswehr incl. Freikorps von 450.000 Mann auf 100.000 Mann beginnen wollte, sagte der Oberbefehlshaber der Reichswehr, General von Lüttwitz, einfach "nein" - und vorbei war die Macht der Sozialdemokratie. Da zunächst an eine Reduktion der Marine gedacht war, war es die Marinebrigade Ehrhardt, die den Kapp-Putsch am 13.3.1920 einleitete. Große Teile des Offizierkorps der Reichswehr unterstützten den Putsch aktiv, andere Teile passiv, d.h. mit der Begründung "Reichswehr kämpft nicht gegen Reichswehr" wehrten sie sich nicht, sondern setzten die Reichswehr im übrigen für die Bewahrung von "Ruhe und Ordnung" ein. Das war natürlich gegen Abwehrkämpfe der Arbeiterbewegung gerichtet und daher eine große Hilfe für die Putschisten. Federführend für diese Linie der passiven Unterstützung waren General v. Seeckt und der Chef der Reichswehr für das Ruhrgebiet, General v. Watter.



Generalleutnant Freiherr von Lüttwitz im Gespräch mit Reichswehrminister Noske

Spaltung der KPD

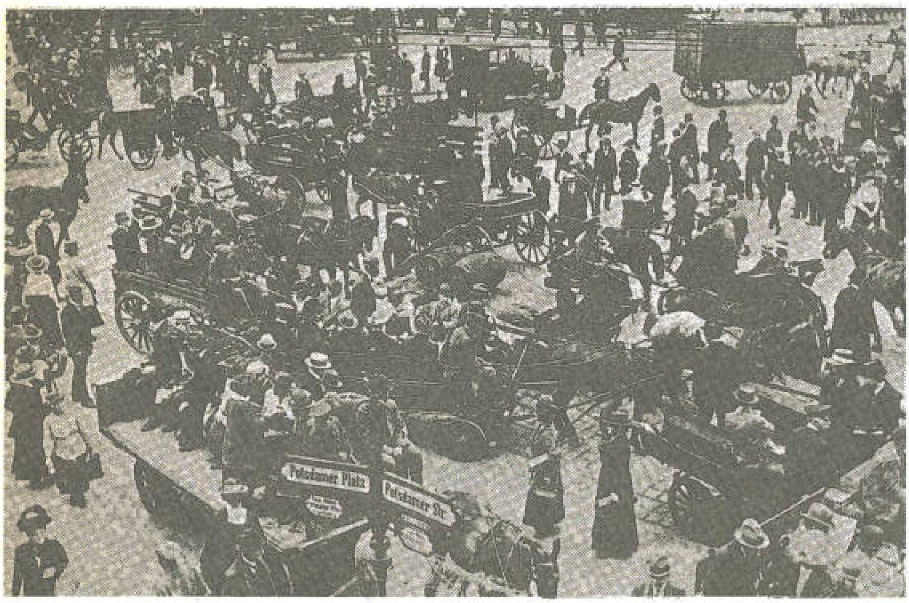
Auf der Seite der Arbeiterbewegung führte im Laufe des Jahres 1919 die unterschiedliche Bewertung des Spartakus-Aufstands zu einer reichsweiten Spaltung der KPD. Die KPD-Zentrale unter Levi entschied sich nun für den Parlamentarismus und schloß die für den sofortigen bewaffneten Kampf eintretenden Linkskommunisten aus der Partei aus. Im Ruhrgebiet bildeten diese eine eigene Gewerkschaft, die Allge-

Verordnung!

§ 1. Die Rädelsführer, die sich der in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, werden ebenso wie die Streikposten mit dem Tode bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 16. März 1920, nachm. 4 Uhr in Kraft.

Der Reichskanzler
Kapp



Generalstreik in Berlin

meine Arbeiter-Union. Am Vorabend des Kapp-Putsches waren also die radikalsten und daher die Aktionen der Arbeiterbewegung prägenden Gewerkschaften aus unterschiedlichen Traditionen hervorgegangen:

"Die Unionisten postulierten den bewaffneten Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft sowie die Diktatur des Proletariats als Übergangsform zur klassenlosen Gesellschaft, während die Syndikalisten den sozialen Generalstreik und die Abschaffung des Staates favorisierten."(3)

Kapp-Putsch und das Versagen der Regierung

Am frühen Morgen des 13.3.1920, kurz bevor Reichskanzler Bauer, Reichspräsident Ebert und einige sozialdemokratische Minister (u.a. Noske) aus Berlin vor den Putschisten flüchteten, wandten sich diese an die Arbeiterklasse und riefen zum Generalstreik auf. Nachdem sie selbst in den beiden vorhergehenden Revolutionsjahren das reaktionäre Militär rehabilitiert, den Aufbau von Freikorps gefördert und beide gegen die Arbeitenden brutal eingesetzt hatten, um die Macht zu behalten, schämten und entblödeten sich diese sozialdemokratischen Schlächter der Arbeiterklasse nicht, sich an letztere zu wenden, als es ihnen - logische Folge ihrer eigenen Politik - selbst an den Kragen ging. Generalstreik war nun plötzlich nicht mehr "Generalsunsinn" - ein alter Spruch des Genossen Bebel. Das konnte doch alles nicht ernst gemeint sein! Und es war auch nicht ernst gemeint. Noch am selben Tag, bei der ersten Zwischenstation ihrer Flucht in Dresden, verleugnete die Reichsregierung erstmals gegenüber dem dortigen General Maercker den Generalstreikaufruf und wandte sich mit folgenden Worten an die Öffentlichkeit:

"Das Volk wird verhungern, wenn neue Wirren die Wirtschaft und den Verkehr unterbinden."

Auf einer Pressekonferenz am 16.3. - Kapp war noch immer an der Macht - bestritten die SPD-Minister ihren Generalstreikaufruf erneut. General Maercker begann währenddessen Verhandlungen mit der Putschistenregierung, deren Position sich auf Grund des reichsweit einsetzenden Generalstreiks am 15.3. (der 13.3. war ein Samstag) rapide verschlechterte. Ergebnis: Kapp und v. Lüttwitz konnten ungehindert abziehen, bekamen sogar noch ihre Pension; v. Seeckt wurde Reichswehrchef; die Brigade Ehrhardt wurde nicht aufgelöst, sondern in die Reichswehr integriert, die dann geschlossen gegen die Streikenden vorging! Durch die Verleugnung des Generalstreiks konnte auch Putschistenunterstützer General v. Watter im Ruhrgebiet seinen Posten behalten. Wie während des Putsches setzte er danach die Reichswehr im Ruhrgebiet unter der Parole "Ruhe und Ordnung" gegen die Streikenden ein und konnte sich auf die Verlautbarungen der rechtmäßigen Regierung stützen.

Generalstreik in Berlin

Von den vielfältigen, regional unterschiedlichen Organisationsformen des Generalstreiks können die zwei Streikformen, die sich in den wichtigsten Gebieten des Reiches, im Ruhrgebiet und in Berlin, entwickelten, hier in der Darstellung genügen: Bereits am 13.3. riefen alle Berliner Gewerkschaftsführungen zum Generalstreik auf. Da in Berlin die konzentrierteste Ballung von Reichswehrformationen des ganzen Reiches stand, entwickelte sich kein bewaffneter Aufstand. Der Generalstreik wurde vollständig geführt, d.h. auch alle lebenswichtigen Bereiche (Wasser-, Licht-, Elektrizitäts- und Gaswerke) wurden bestreikt. Das hatte den Vorteil, daß die Putschisten die ganze Zeit damit beschäftigt waren, wenigstens den Betrieb der lebenswichtigen Bereiche selbst aufrechtzuerhalten. Technische Nothilfe und Streikbrecherkolonnen mußten ständig in die entsprechenden Betriebe geführt werden. Der Druck des entschlossen geführten Streiks wirkte sich in verschiedene Richtungen aus: zunächst spaltete er das Militär. Immer mehr Truppen und Kommandeure verweigerten sich den Putschisten:

"es wurde erkennbar, daß bei längerer Fortexistenz der Putschregierung auf der einen, Fortdauer des Generalstreiks auf der anderen Seite der Kampf von Truppe gegn Truppe, der in der Putschnacht so sorgsam vermieden worden war, unter dem Druck der Widerstandsbewegung gegen den Putsch erzwungen werden würde."(5)

Solange Regierung und Putschisten gegeneinanderstanden, mußte die Reichswehr befürchten, daß antiputschistische Truppen - vor allem die niederen Ränge und das Fußvolk - in Handlungszwang geraten würden und ihre Waffen den Arbeitenden

geben würden oder selbst am Aufstand mitmachen könnten. Erst nach der Niederschlagung des Putsches konnte die Reichswehr einig gegen die Streikenden vorgehen. Des weiteren wirkte der Streik auf die Staatsbeamten, auf deren Mithilfe die Putschisten angewiesen waren. Die Ministerialverwaltung führte keine Putschistenbefehle aus, die Reichskassenverwaltung enthielt den Putschisten jeglichen Geldzufluß. Dies war für die Putschisten umso enttäuschender, als die Beamten zwar in dem noch jungen Deutschen Beamtenbund (DBB) gewerkschaftlich organisiert, aber personell fast vollständig aus der Kaiserzeit übernommen worden waren. Die Gesinnung der Beamten war also gleich der der Putschisten. Warum verweigerten sie dennoch? Weil der sofort überzeugend geführte Generalstreik die Aussichtslosigkeit des Putsches selbst bei Mithilfe der Beamten offenbarte und die Beamten daher befürchten mußten, bei Rückkehr der alten Regierung entlassen zu werden.

Obwohl die Gewerkschaftsführer nach dem Sturz der Kapp-Putschisten am 17.3. nichts unversucht ließen, um die radikalisierte Arbeiterschaft zum Abbruch des Generalstreiks zu bewegen - u.a. bot Legien (ADGB) der USP eine rein sozialistische Regierungsbildung SPD/USP an, welche die USP jedoch ablehnte - streikte diese noch eine volle Woche weiter und erreichte immerhin den Rückzug der Reichswehr aus Arbeitervierteln Berlins und die Absetzung des Reichswehrministers Noske, den die rückkehrende Bauer/Ebert-Regierung zuerst halten wollte. Die Reichswehr hatte bereits in einigen Stadtteilen begonnen, Streikende offen niederzuschießen oder nach Standgerichten zu töten, weshalb die Arbeitenden in diesen Tagen des Streiks weniger auf den Straßen, sondern in den Betrieben oder zuhause waren und damit dem Zugriff der Reichswehr nicht unmittelbar ausgesetzt blieben.

Generalstreik im Ruhrgebiet und Rote Ruhr-Armee

In den Städten des Ruhrgebiets wurden noch am 13.3. Demonstrationen durchgeführt, auf denen der Generalstreik beschlossen wurde. Meist lösten sich diese Demonstrationen jedoch nicht auf, sondern zogen vor das örtliche Gefängnis, um GenossInnen aus den Revolutions- und Streikbewegungen zu befreien. Mancherorts wurden auch Polizeistationen gestürmt oder den reaktionären Einwohnerwehren anhand von gefundenen Listen Hausbesuche abgestattet, um an deren Gewehre zu kommen. Somit bewaffnet, griffen die Arbeitenden entschlossen lokale Freikorps- und Reichswehrkasernen oder Truppentransporte, die durchs Ruhrgebiet rollten, an. Das war möglich, weil die Präsenz der Reichswehr und Freikorps im eigentlichen Revierzentrum nicht sehr stark war. Die meisten putschistischen Truppen lagen in Randstädten des Reviers oder in der etwas abgelegenen Garnisonsstadt Münster, von der aus General v. Watter die Einsätze kommandierte. Münster war ohne starke Industriearbeiterschaft, daher konnten die dortigen Truppen sofort ins Ruhrgebiet geschickt werden. Solche und ähnliche Truppentransporte verzögerten sich infolge des Streiks der Eisenbahner, der noch am Putschsamstag einsetzte. Deshalb konnte innerhalb weniger Tage das gesamte Ruhrgebiet durch die streikenden und bewaffneten Arbeiter befreit werden. Besonders blutige Kämpfe gab es dabei in Dortmund und Remscheid. Sobald sie jedoch an die dem Ruhrgebiet vorgelagerten Städte kamen, stockte der Volkskrieg der Arbeitenden und wurde zum Stellungskrieg gegen die Reichswehr entlang der nordwestlichen Linie Dinslaken/Wesel und der südöstlichen Hagen/Unna. Die spontane bewaffnete Aufstandsbewegung bildete die sog. "Rote Ruhrarmee", die zu ihrer stärksten Zeit ca. 50.000 Mitglieder hatte (noch ungesicherte Zahlen und Berechnungen


Auf zum Generalstreik!

An alle Arbeiter, Angestellte u. Beamte! Männer und Frauen!

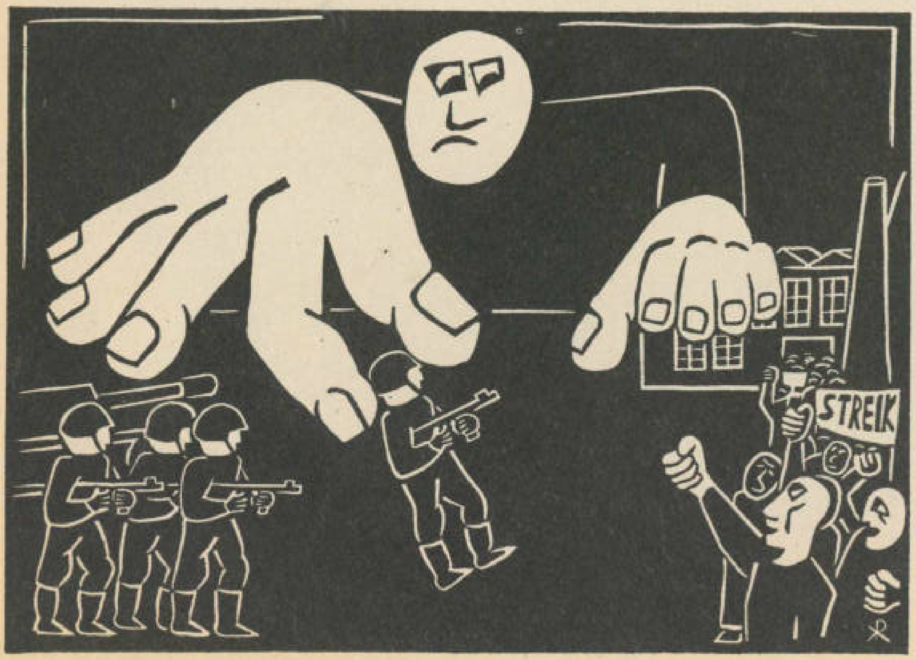
Die deutsche Republik ist in Gefahr

der gesamte Arbeiterschutz ist bedroht

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände

Für den Inhalt verantwortlich: C. Legien, S. Aufhäuser

nennen dabei ca. 45% FAUD-Mitglieder und ca. 54% ADGB-Mitglieder; in der FAUD gab es damals viele KPD- und USP-Doppelmitgliedschaften und eine der KPD nahestehende FAU-Gelsenkirchen). Die Kampfleiter der Ruhrarmee kamen zum geringeren Teil aus der USP, meist waren dies jedoch Linkskommunisten. Von den Anarchosyndikalisten gehörte niemand der Kampfleitung an (6). Je länger der bewaffnete Kampf dauerte, je mehr er notwendigerweise als Stellungskrieg geführt wurde, desto mehr Probleme gab es, desto aussichtsloser wurde er für die Rote Ruhrarmee. Waffen- und Munitionsmängel machten sich bemerkbar und nachdem nach der Niederlage der Putschisten der Generalstreik im restlichen Reichsgebiet abbröckelte - am längsten dauerte er noch in Berlin und in Mitteldeutschland (Chemnitz und Leipzig, Hochburg der KPD) - konnte die Reichswehr geschlossen und einig gegen den Aufstand vorgehen.



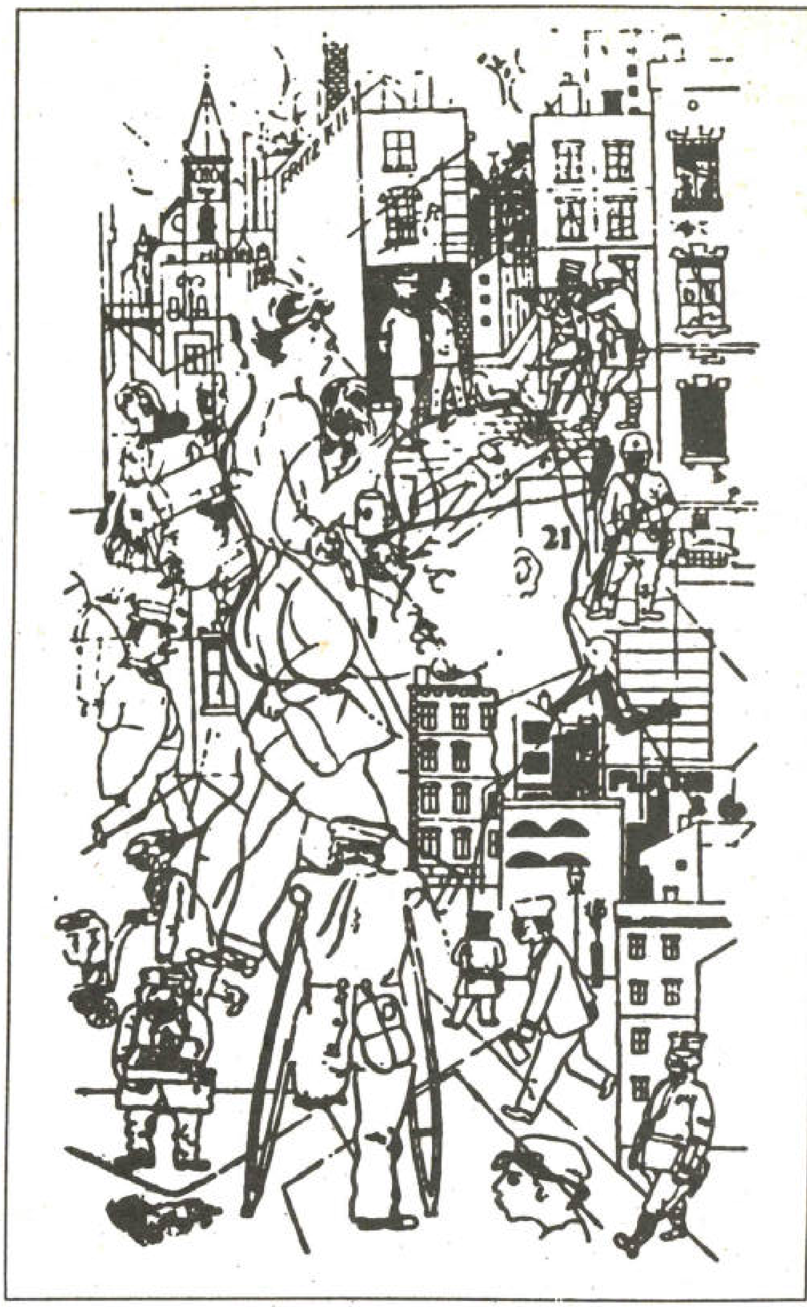
Sozialer oder politischer Generalstreik?

Unter "politischem" Generalstreik wurde ein Mittel zur politischen Machtergreifung verstanden, "politisch" meinte letztlich also staatsbezogene Politik. Dagegen wurde vom Anarchosyndikalismus der "soziale" Generalstreik gesetzt, um die Vergesellschaftung von Politik und die sofortige Abschaffung aller staatlichen und politischen Körperschaften zu betonen.

Sogenannte "Aktionsräte", später "Vollzugsräte", übernahmen zunächst die kommunale politische Verwaltung in den befreiten Städten und Gemeinden und waren nach örtlicher Parteistärke von Funktionären der SPD/USP/KPD besetzt. Die USP- und KPD-Funktionäre gingen nicht daran, diese nicht-gewählten Vollzugsräte durch in den Betrieben gewählte Arbeiterräte zu ersetzen und dann die Betriebe zu enteignen. Die Ausrede war, daß erst der bewaffnete Kampf reichsweit entschieden sein müsse, bevor an

die planmäßige Sozialisierung der Industrie gegangen werden könne. Dies entsprach ihrem Verständnis von politischer Revolution im Gegensatz zur sozialen Revolution des Anarchosyndikalismus. Anders das syndikalistisch orientierte Mülheim: am 24.3. wählten die Arbeitenden in den Betrieben ihren Vollzugsrat, der daraufhin den politischen Proporzvollzugsrat der Stadt ablöste und die Sozialisierung einleitete. In der noch verbleibenden kurzen Zeit des Aufstands bis zur militärischen Niederschlagung Anfang April konnte immerhin noch die Mülheimer Straßenbahn kollektiviert, d.h. von den Arbeitenden selbstverwaltet werden. Und auch in Dortmund waren die betrieblich gewählten Vollzugsräte entscheidendes Organ der Arbeitenden, weshalb die syndikalistischen Bergarbeiter die Kampftradition der Streikbewegung von 1918/19 wiederaufnahmen und die Sechs-Stunden-Schicht fuhren. Größtes Problem der Vollzugsräte waren die Sicherung der Lohnfortzahlungen der Streikenden sowie die Nahrungsmittelkanppheit.

Nach der Niederlage Kapps verhängte die Reichsregierung eine Lebensmittelblockade des Ruhrgebiets und die Reichsbank boykottierte Zahlungen an Ruhrgebietsbanken. Notgeld mußte gedruckt werden. Infolge der hermetischen Abriegelung des Ruhrgebiets, die durch den Stellungskrieg erzwungen wurde, war diese Blockadetaktik sehr effektiv und zermürbend. Frauen protestierten im Revier gegen die drohende Hungerkatastrophe und zu allem Überfluß hatten sie kein Geld, weil das Gehalt der in der Ruhrarmee kämpfenden Männer unmittelbar an die Front gebracht wurde, wo die Männer überhaupt nichts damit anfangen konnten. Ja sie waren sogar gezwungen, bei Bauern am Rande des Reviers Vieh und Lebensmittel zu beschlagnahmen und letztere pfiffen auf das Geld, das sie dafür bekamen. Hier zeigt sich drastisch die patriarchale Arbeiterkultur, in der es schlicht undenkbar war, Gehälter den Frauen der Familie zu überlassen.



George Grosz: Querschnitt. Federzeichnung 1920

Linkskommunismus gegen Anarchosyndikalismus

Am 24.3. begannen in Bielefeld Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Vollzugsräte, weil die militärische Lage für die Ruhrarmee aussichtslos geworden war. Folgender Kompromiß wurde geschlossen: Selbstauflösung der Ruhrarmee, Beibehaltung der Arbeiterortswehren anstelle der Polizei, Verzicht der Regierung auf den Einmarsch der Reichswehr. Weder die wiedererstarkte Reichswehr noch die Kampfleiter der Roten Ruhrarmee hielten sich jedoch an das Abkommen. Die linkskommunistischen Führer der Ruhrarmee handelten nach der Devise: bewaffneter Kampf bis zum Sieg oder Untergang, die Ergebnisse des Bielefelder Abkommens wurden den Truppen der Ruhrarmee gar nicht mitgeteilt, so daß diese gar nicht mitentscheiden konnten (7). Sicher hätte die Reichswehr das Abkommen sowieso gebrochen, sicher wäre aus Rache viel Blut im Revier geflossen, aber auch sicher nicht soviel, wie nach der militärischen Niederlage der weiterkämpfenden Roten Ruhrarmee und dem folgenden brutalsten Vandalismus, den die Reichswehr dann entfaltete. Eine rechtzeitige Auflösung der Ruhrarmee hätte viele Beteiligte schützen können und vor allem die Organisationsstrukturen und die Streikfähigkeit der Bewegung aufrechterhalten. Diese wurden jedoch durch die militärische Niederlage völlig zerschlagen. Hier rächt sich die Strategie der Linkskommunisten aus der Tradition der bewaffneten Aufstandsbewegung der Spartakisten. Innerhalb der FAUD hat die gewaltlose Fraktion nach der Niederlage die Taktik des bewaffneten Kampfes der Linkskommunisten sowie die Beteiligung von FAUD-Mitgliedern an der Roten Ruhrarmee scharf kritisiert und eine Beendigung der Doppelmitgliedschaften von FAUD-Mitgliedern bei Parteien gefordert.

Es ist hier nicht der Ort, die Brutalität der militärischen Niederschlagung des Aufstands durch die Reichswehr zu schildern. Angemerkt muß an dieser Stelle jedoch werden, daß die faschistische Bewegung in der Folgezeit an diesen Sieg von Freikorps und Reichswehr anknüpfen konnte und andererseits ein Teil der Ursachen für die Beantwortung der Frage, weshalb gegen die faschistische Machtergreifung kein vergleichbarer Generalstreik zustandekam, schon in der militärischen Zerschlagung der Streikfähigkeit im Ruhraufstand 1920 gesucht werden muß.

Lehren aus dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch für aktuelle Konzepte sozialer Verteidigung

Von heutigen VertreterInnen Sozialer Verteidigung wird der Widerstand gegen den Kapp-Putsch als historisches Beispiel für die Wirkungsmöglichkeiten sozialer Verteidigungsformen angesehen. Kann auch dieser Einschätzung mit einigen Einschränkungen - ein Teil der Verteidigung wurde nicht mit gewaltlosen ökonomischen Kampfmitteln, sondern bewaffnet geführt - hierzugestimmt werden, so muß doch der staatsorientierte Blick, der aus heutiger Sicht auf die damaligen Erfahrungen geworfen wird, kritisiert werden. So schrieb beispielsweise Theodor Ebert, der heute für eine staatlich verordnete Soziale Verteidigung via ein dem Verteidigungsministerium angegliedertes Bundesamt eintritt und ein Widerstandsrecht für BeamtInnen gegen verfassungswidrige Anweiseungen fordert, schon 1968 zum Kapp-Putsch:

"Die Nichtzusammenarbeit der Beamten und der Generalstreik der Arbeiter im Kapp-Putsch führten infolge der schlechten Vorbereitung des Putsches zu einem Blitzsieg, aber der improvisierte Widerstand entsprach nicht ganz der oben (von Theodor Ebert, A.S.) modellhaft skizzierten Strategie der 'dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration'."(8)

Diese Einschätzung ist, gelinde ausgedrückt, eine Verschleierung von Tatsachen: der Widerstand entsprach nicht nur "nicht ganz", sondern überhaupt nicht dem Ebert'schen Modell dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration, er war sogar das glatte Gegenteil. Dynamische Weiterarbeit hätte die Siegchancen der Kappisten um einiges erhöht, weiterarbeitende Verwaltungsbeamte hätten selbst ohne unmittelbare Kollaboration in den neuen Staat integriert werden können. Wie allerdings die Kollaborationsverweigerung der Beamten bei deren reaktionärer Gesinnung hätte aussehen sollen, ist mir schleierhaft. Weiter analysiert Ebert:

"An die Stelle des Generalstreiks hätten wahrscheinlich Massendemonstrationen zu treten, die eine ähnliche moralische Wirkung hätten wie der Streik, aber ohne dessen gefährliche Folgen für die Versorgungslage."(9)

Das ist nun der Versuch, aus den Erfahrungen des materiell wie moralisch wirksamen Generalstreiks die wirkungslose, weil nicht an der Grundlage von Herrschaft ansetzende Demonstration vorzuschlagen. Damit hätte sich Soziale Verteidigung allerdings selbst aufzugeben. Den Kappisten hätten Demonstrationen anstelle des Generalstreiks nur ein müdes Lächeln entlockt, noch dazu wären in Berlin Masssendemonstrationen durch die Reichswehr brutal zusammengeschossen worden. Natürlich ist ein Generalstreik immer ein Risiko für die Versorgungslage. Wie allerdings oben gezeigt, war gerade der vollständige Generalstreik gut genug, um die Putschisten mit der Sicherung der Versorgung in lebenswichtigen Bereichen zu beschäftigen. Dadurch fällt die Verantwortung für die mangelnde Versorgung, sollte sie dennoch eintreten, eindeutig auf die Gegenseite und kann nicht - wie im Ruhrgebiet geschehen - zum Argument und Druckmittel gegen die sozialrevolutionäre Bewegung werden. Weiter:



"Ohne die Verdienste der Arbeiter während des Kapp-Putsches schmälern zu wollen, muß man heute doch feststellen, daß die strategische Schlüsselstellung in der damaligen Auseinandersetzung von der Bürokratie behauptet wurde und daß der Generalstreik ohne den Widerstand der Beamten nicht den notwendigen raschen - wenn auch nur konservativen und wenig nachhaltigen - Erfolg hätte haben können."(10)

Nur um den Beamtenwiderstand herauszustreichen, wird hier von Theodor Ebert völlig auf den Kopf gestellt, was in den obigen Teilen dieses Aufsatzes deutlich zutage tritt: die Beamtenverweigerung war Folge des Generalstreiks und nicht umgekehrt, entscheidend war der sofort angekündigte und unmittelbar einsetzende Generalstreik. Er erst verdeutlichte den Beamten, daß mit der Putschistenclique nichts zu gewinnen und selbst der Arbeitsplatz - eine unglaubliche Vorstellung für Beamte - zu verlieren ist. Wie damals sind BeamtInnen heute, insbesondere RegierungsbeamtInnen eine mindestens konservative Herrschaftskaste, die niemals von selbst an so etwas wie Widerstand denken würde. Ein Verweigerungsrecht gegen verfassungswidrige Befehle schwört die BeamtInnen noch einmal auf die Verfassung ein und garantiert praktisch gar nichts, wenn nicht sozialrevolutionärer Widerstand von unten die Grundlage dafür schafft, die BeamtInnen zu spalten. In dieser Überbewertung der Verweigerung der Regierungsbeamten im Kapp-Putsch kommt ans Tageslicht, was die gesamte Ebert'sche Konzeption Sozialer Verteidigung ausmacht: letztendlich das Mißtrauen in die Wirksamkeit von Verteidigungsmaßnahmen selbständiger sozialrevolutionärer Bewegungen und deren Aktionsformen - noch heute vertritt Ebert die dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration gegen den Generalstreik oder vergleichbare Widerstandsformen (heute müßte der zivile Ungehorsam an diese Stelle treten).

Dem entspricht, daß sich Ebert in der historischen Bewertung des Widerstandes für die den Generalstreik prägenden anarchosyndikalistischen Minderheiten nicht interessiert. Dabei wäre es außerordentlich aufschlußreich, gerade am Beispiel Kapp-Putsch die Fähigkeit revolutionärer Minderheiten zu untersuchen, eine Bewegung zu entfachen, die immerhin fähig war, einen Militärputsch niederzuschlagen. So ist gegen Theodor Eberts Konzeption Sozialer Verteidigung abschließend zu sagen, daß selbst die Verteidigung republikanischer Errungenschaften beim Kapp-Putsch nur wirksam von Gruppen durchgeführt werden konnte, die ganz andere gesellschaftliche Ziele verfolgten, getreu dem Spruch Bakunins:

Diejenigen, die immer nur das Mögliche fordern,
erreichen gar nichts.
Diejenigen, die aber das Unmögliche fordern,
erreichen wenigstens das Mögliche!

Alfons Schwab

Anmerkungen:
(1): Obwohl auch Frauen an den Auseinandersetzungen beteiligt waren, wird in diesem Artikel bewußt die männliche Sprachbezeichnung meist beibehalten, um den männlich dominierten und patriarchalen Charakter von Organisationen, Bewegungen und Armeen historisch nicht zu verwischen.
(2) Horst Stowasser, Leben ohne Chef und Staat, Frankfurt 1986, S.144.
(3) Ulrich Klan/Dieter Nelles, "Es lebt noch eine Flamme" - Rheinische Anarchosyndikalist/innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1986, S.70f. Mit "Unionisten" waren die Linkskommunisten gemeint. Das Buch von Klan/Nelles bildet die Grundlage für einen Teil der nichtzitierten Angaben in diesem Artikel.
(4) Erhard Lucas, Märzrevolution 1920, Bd. 1, Frankfurt 1974, S.95 .Die drei Bände von Lucas zur Märzrevolution, bes. Bd. 1 und 2 bilden die Grundlage für den anderen Teil der nichtzitierten Angaben in diesem Artikel.
(5) ebenda, Bd.1, S.230.
(6) vgl. Klan/Nelles, S.89f. und Lucas, Bd.2, S.63-95. Die Zahlen sind deshalb mit größter Vorsicht zu genießen, weil sie aus Gefallenenlisten hochgerechnet wurden und aus den angegebenen Gründen der Doppelmitgliedschaften.
(7) Lucas, Bd.3, S.143.
(8) Theodor Ebert, Soziale Verteidgung - eine Alternative zur 'Vorwärtsverteidigung"? Ein Forschungsbericht (1968) in: ders.: Soziale Verteidigung. Bd.1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie, Waldkirch 1981, S.19f.
(9) ebenda, S.20.
(10) ebenda, a.a.O., S.20.

Gegen Gleichschaltung und Judenverfolgung

Soziale Verteidigung gegen den Faschismus

Der Faschismus wird von GegnerInnen der Sozialen Verteidigung häufig als ein Beispiel genannt, wo gewaltfreier Widerstand in jedem Fall aussichtslos gewesen wäre. Dietmar Böhm zeigt demgegenüber an den Beispielen Norwegens und Bulgariens, daß selbst unter diesen extremen Bedingungen Methoden Sozialer Verteidigung zu Erfolgen führen konnten. (Red.)

Im Jahre 1964 veröffentlichte die deutsch-amerikanische Philosophin Hannah Arendt ein Buch über den Prozeß gegen den SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, mit dem Titel: "Eichmann in Jerusalem - Ein Bericht von der Banalität des Bösen". In diesem Buch berichtet Arendt, selbst Jüdin, ausführlich über den Prozeß und die ihm zugrundeliegenden Verbrechen Adolf Eichmanns, die perfekte Organisation der Judenvernichtung durch das nationalsozialistische Regime und seine vielen HelferInnen. Arendt stellt u.a. die Deportation der Juden aus allen europäischen Ländern dar. Dabei machte sie eine erstaunliche Feststellung:

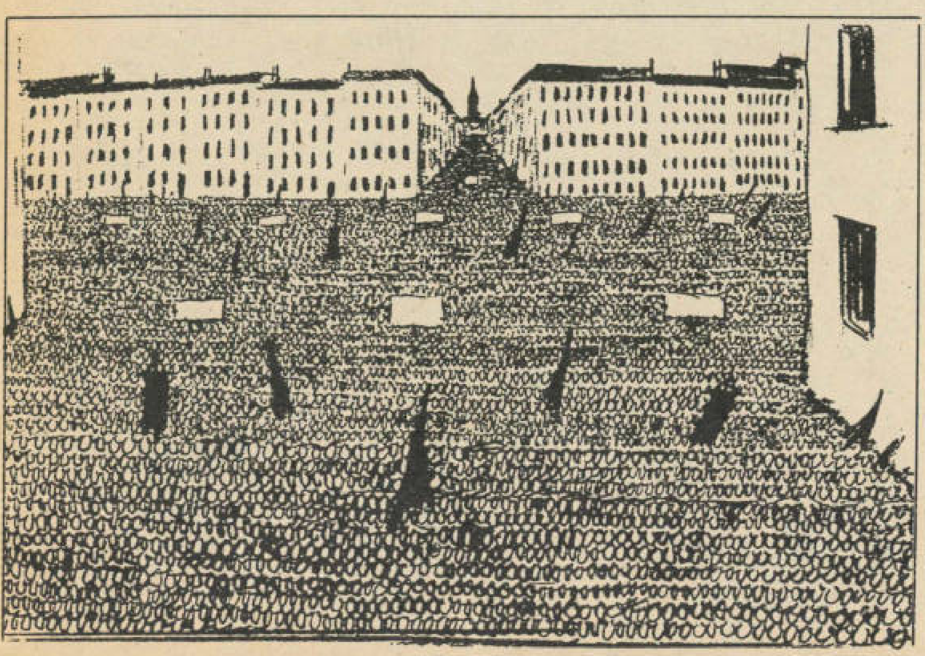
"Wenn es hart auf hart kam, verfügten die Nazis, wie sich zeigte, weder über genug Personal noch über die entsprechende Willenskraft, um 'hart' zu bleiben. Gerade bei den Leuten in der Gestapo und der SS paarte sich Rücksichtslosigkeit keineswegs mit Härte; auch die Rücksichtslosesten unter ihnen zeigten eine erstaunliche Neigung umzufallen, sobald sie mit entschlossenem Widerstand konfrontiert waren."

Unter "entschlossenem Widerstand" versteht Hannah Arendt gewaltfreien, offenen Widerstand. In ihrem Bericht belegt sie am Beispiel Dänemarks(1) und Bulgariens genau, wie offener Widerstand aussah und welche Erfolge diese Aktionen hatten.

Den Widerstand gegen die nationalsozialistischen Unterdrücker genau zu untersuchen ist für die Theorie-Bildung der Sozialen Verteidigung außerordentlich wichtig. Denn eines der Hauptargumente gegen die Soziale Verteidigung ist, daß die ganze Strategie gewaltfreien Widerstandes spätestens dann zusammenbricht, wenn es sich bei den Besatzern um besonders brutale Unterdrücker handelt. Als Beleg für diese These wird immer der Nationalsozialismus angeführt, ein Beleg, der nicht nur von großer Unwissenheit über die Zeit zwischen 1933 und 1945 zeugt, sondern gezielt eingesetzt wird, um die Widerstandsaktionen, die es gab, als Ausnahmeerscheinungen abzuqualifizieren und das eigene Gewissen wegen Nichtstun zu entlasten

Norwegen - Beispiel für dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration

Norwegen wurde am 9.April 1940 durch deutsche Truppen besetzt. Die norwegische Regierung beschloß, militärischen Widerstand zu leisten. Dieser Widerstand zog sich bis zum 10.Juni 1940 hin. Die norwegische Regierung und der König bildeten in London eine Exilregierung, die für das freie Norwegen sprach. Über BBC erreichten die norwegische Bevölkerung regelmäßig Nachrichten von ihrer Regierung und der Appell, die Loyalität zur alten Gesellschaftsordnung nicht aufzugeben. Dieser Appell, vom norwegischen König Hakoon VII. mitgetragen, bildete eine wichtige Grundlage für den Widerstand gegen die unliebsamen Besatzer.



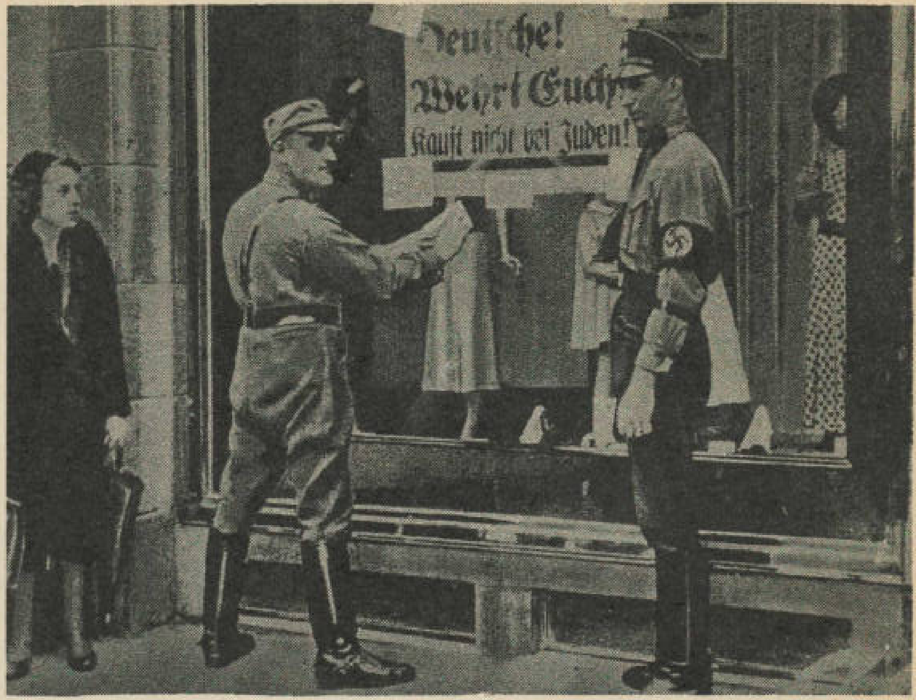
Werner Heldt: "Aufmarsch der Nullen" 1933/34

Quisling - Regime ohne Basis

In Norwegen selbst proklamierte sich Vidkun Quisling, der Chef der "Nasjonal Samling" (der norweg. Nationalsozialisten, kurz: NS) zum Regierungschef. Diese Partei konnte zu keinem Zeitpunkt auch nur in Ansätzen eine größere Basis im norwegischen Volk erringen und war im Parlament nicht vertreten. Da Quisling auch bei einigen Deutschen nicht wohlgelitten war, gelang es führenden norwegischen Repräsentanten, die Ablösung dieser "Regierung" und die Einberufung eines Administrationsrates zu erreichen, der die Befugnis hatte, die Verwaltung nach den alten Gesetzen des Landes weiterzuführen. Das Interesse der Deutschen an einer solchen Regelung war das nach Ruhe und Ordnung. Für die NorwegerInnen ergab sich so die Möglichkeit, den Widerstand langsam und gezielt aufzubauen. Doch die Deutschen merkten bald, auf welches Spiel sie sich eingelassen hatten. So versuchten sie, einen "Reichsrat" aus bedeutenden Norwegern zusammenzubringen, der den König und die Regierung im Exil zum Abdanken bringen sollte. Aber weder Hakoon VII. noch die Regierung dachten daran, ihre Posten zu verlassen, schließlich waren beide durch Volksabstimmung gewählt. Die Antwort des Königs und der Regierung auf die Bitte zurückzutreten, wurde zum Auftakt des Widerstandes gegen die Besatzer.

Widerstand auf allen Ebenen

Zunächst beschlossen die vier großen norwegischen Parteien (Arbeiterpartei, Konservative, Liberale, Bauernpartei), ihre eigenen Ziele zurückzustellen und einen gemeinsamen Arbeitsausschuß zu bilden, der in kürzester Zeit von allen relevanten Kräften Unterstützung bekam. Der von Hitler in Nor-



Judenverfolgung in ganz Europa

wegen eingesetzte Reichskommissar, Terboven, reagierte darauf mit aller Schärfe. Im September 1940 verkündete er die Auflösung des Reichsrates und die Bildung von kommissarischen Staatsräten, die alle NS-treu waren. Alle Parteien bis auf die "National Samling" (NS) wurden verboten, König und Regierung für abgesetzt erklärt. Damit war klar, daß nun die NS systematisch die Macht in die Hände bekommen sollte. Sie versuchte, einen völkischen Ständestaat nach deutschem Vorbild aufzubauen.

Aber sowohl die Deutschen als auch die NS hatten nicht mit dem Mut und der Widerstandskraft der norwegischen Bevölkerung gerechnet. Gustav Heckmann, ein ausgezeichneter Kenner des norwegischen Widerstandes, schreibt:

"So setzte auf allen Ebenen der sozialen und staatlichen Pyramide der Widerstand ein: anfangs beim König, jetzt bei der Sportjugend. Die nächsten Schritte geschahen von Führern des kirchlichen Lebens, von höchsten Richtern und von den Lehrern."

Das Ziel des zivilen Widerstandes war es, eine Widerstandsfront aufzubauen und Kollaboration entgegenzuwirken.

Zipfelmützen und Büroklammern - Symbole des Widerstands

Es begann mit symbolischen Widerstandsaktionen. Die Bevölkerung trug norwegische Flaggen an der Kleidung; überall tauchten Zeichen wie H VII (Hakoon VII.) oder das Victory-Zeichen auf. Im Winter 1940/41 trugen die NorwegerInnen rote Zipfelmützen als Symbol des Widerstandes, die sogleich verboten wurden. Die Menschen gingen daraufhin dazu über, Büroklammern an ihre Kleidung zu heften, was soviel ausdrücken sollte wie "wir halten zusammen". Schülerinnen trugen ganze Halsketten aus Büroklammern. Und auch sie wurden verboten. Es war ein aussichtsloser Kampf der deutschen Besatzer. Sobald ein Symbol verboten wurde, tauchte ein neues auf. Der nie nachlassende symbolische Widerstand zeigte der Bevölkerung, wie einheitlich und geschlossen der Kampf gegen die Besatzer geführt wurde. Dieses Bewußtsein ermöglichte den nächsten Schritt.

Der erste Jahrestag der Besatzung am 9. April 1941 bot sich an, um die Macht des Widerstandes zu demonstrieren. Natürlich untersagten die Nazis alle Demonstrationen und Veranstaltungen, es kümmerte sich aber niemand darum. Mit der Begründung, die Deutschen würden ebenfalls der Gefallenen gedenken, wurden landesweit Aktionen geplant. Eine Untergrundzeitung berichtete einen Tag später:

"Die ruhige Aktion am 9. April gelang vollkommen. Es war ein schönes Bild, wie einmütig die Parole, eine halbe Stunde lang die Arbeit ruhen zu lassen, befolgt wurde. Straßen, Straßenbahnen und Wirtshäuser waren leer. Auf den Arbeitsplätzen ruhte die Arbeit."

Als in Oslo im Frühjahr 1941 eine Ausstellung über die Hitler-Jugend gezeigt wurde, gaben die zuständigen Stellen den Befehl, daß sich alle Schulklassen diese Ausstellung anzuschauen hätten. Und die Schulklassen kamen und gingen auch tatsächlich durch die Ausstellung - aber alle mit gesenktem Kopf und in einem solchen Tempo, daß jedem klar war, was die SchülerInnen von dieser Ausstellung hielten.

Husten und Räuspern verboten

Boykottaktionen waren an der Tagesordnung. Als die Kinos in Vorfilmen die Bombardierung Rotterdams durch die Deutschen zeigten, entstanden Tumulte in den Kinos, bis die Aufführungen abgebrochen werden mußten. Daraufhin wurde zum Kinostreik aufgerufen mit dem Erfolg, daß z.B. in Oslo nur noch 30% der normalen BesucherInnen kamen und diese ein solches Benehmen an den Tag legten, daß die "kommissarischen Staatsräte" folgende Reaktionen des Publikums unter Strafe stellten: Lachen, sinnloser Beifall, Getrampel, Pfeifen, Husten und Räuspern. Kann sich eine Besatzungsmacht und ihre Helfer noch mehr lächerlich machen?

Im Mai 1941 bekam Reichskommissar Terboven einen Brief von 43 Berufsverbänden, indem gegen die Politik der Besatzer wie auch der NS protestiert wurde. Terbovens Reaktion: Er erklärte alle Berufsverbände für illegal und befahl ihren Umbau in nationalsozialistische Berufsverbände mit NS-treuen Führern. Doch was passierte? Es wurde die Parole ausgegeben: "Raus aus den Verbänden!" Und so standen die neuen Führer bald mit ihren Verbänden da - ohne Mitglieder. Bei den Rechtsanwälten traten 80%, bei den Ärzten ebenfalls 80%, bei den Ingenieuren 70% aus. Aber wie sollten die neuen Machthaber kontrollieren, wenn niemand zum Kontrollieren da war? Der Politologe Lutz Metz berichtet, daß bis zum Oktober 1941 "in allen kommissarisch geleiteten Verbänden 90% der Mitglieder formell den Austritt erklärt" hatten.

Widerstand der Lehrer

Die bekannteste Widerstandshandlung geschah bei dem Versuch, die Lehrerorganisation gleichzuschalten. Dieser Versuch war eine der ersten Handlungen des nun doch im Februar 1942 zum Ministerpräsidenten ernannten Vidkun Quisling. Der norwegische Professor für Geschichte, Magne Skodvin, stufte diese Aktion als den "wichtigsten gewaltlosen Kampf des norwegischen Widerstandes" ein.

Was war geschehen? Quisling kündigte in einem Gesetz die Schaffung eines NS-Lehrerverbandes an. Diesem mußten alle Lehrer beitreten. Er wurde von dem Stabschef der "Hird", der norwegischen SS, geleitet. Alle Lehrer mußten per Unterschrift erklären, die SchülerInnen künftig nach den Prinzipien des Nationalsozialismus zu erziehen. Auf einer geheimen Versammlung beschloß eine Gruppe von Volks- und Oberschullehrern in Oslo, dem widersprechende Erklärungen abzugeben, in denen u.a. der Satz enthalten war:

"Ich kann die Teilnahme an der Erziehung der norwegischen Jugend gemäß den für die 'Nasjonal Samling Ungdomsfylling' festgelegten Richtlinien vor meinem Gewissen nicht verantworten."

Die anderen Lehrer-Kollegen wurden aufgefordert, ebenso eigenhändig dieses Schreiben an die zuständigen Stellen mit Namen und Anschrift zu senden. Skodvin geht davon aus, daß dieser Aufforderung 90% der 14.000 Lehrer nachkamen. Sofort wurde mit der Entlassung der Betroffenen gedroht, sollten sie diese Erklärung nicht umgehend zurücknehmen. Alle Lehrer erschienen dessen ungeachtet weiter an ihren Arbeitsplätzen und gaben trotzdem nach den alten Regeln und Gesetzen Unterricht. Daraufhin kündigte das Ministerium die Schließung der Schulen

wegen Brennstoffknappheit an. Aber überall erklärten sich Eltern und SchülerInnen bereit, selbst für die Kohlen zu sorgen und fügten gleichzeitig ein Protestschreiben, das ebenso persönlich gehalten war, an Quisling hinzu. Diese Aktion wurde von ca. 200.000 Eltern durchgeführt.

Quisling kapituliert

Schließlich griff die NS zu härteren Maßnahmen und schickte ca. 1000 Lehrer in Straflager und KZs, wo sie härtesten Schikanen, Schwerstarbeit und geringstem Essen ausgesetzt waren. Doch auch dies konnte den Widerstand nicht brechen. Von den verhafteten Lehrern erklärten sich zunächst 32 bereit, den Beitritt zum "Laerersamband" zu vollziehen. Die anderen wußten, daß ihre Familien von der Gesellschaft unterstützt wurden und konnten so in diesem Bewußtsein ihren Widerstand fortsetzen.

Bereits Ende April 1942 kapitulierte das Quisling-Regime. Es gab folgende Erklärung ab: Der Unterricht solle überall wieder aufgenommen werden und alle Lehrer - ob sie wollten oder nicht - seien automatisch Mitglied im NS-Lehrerverband. Darauf gingen alle Lehrer wieder in die Schule. Dort erklärten sie vor der Klasse:

"Diese beiden Dinge - die Mitgliedschaft im Norges Laerersamband und meine Unterrichtstätigkeit - lassen sich nicht miteinander vereinbaren."

Sie versprachen ihren SchülerInnen, weiterhin ihrem Gewissen zu gehorchen und nicht dem neuen Regime. Und wie reagierte Quisling?

"In einer Rede an der Oberschule von Stabbek im Mai 1942 geriet Quisling in Rage und warf den Lehrern vor: 'Ihr habt mir alles zerstört'".

Die verhafteten Lehrer kamen zum Teil erst 8 Monate nach der Gefangennahme frei. Ca. 150 von ihnen wurden früher entlassen, nachdem sie aufgrund der vielen Entbehrungen so geschwächt waren, daß sie doch die Erklärung unterschrieben hatten, woran sich jedoch niemand hielt.

Gesellschaftlich getragener Widerstand

Auch die norwegische Kirche leistete ihren Beitrag zum Widerstand. Der Versuch, NS-treue Pastoren und Bischöfe einzusetzen, scheiterte. In einer Erklärung weigerten sich die Bischöfe und Pfarrer, mit einer Regierung zusammenzuarbeiten, die "zur Gewalt auch noch das Unrecht hinzufügt". Daraufhin wurde die Staatskirche in ihrer bisherigen Form aufgelöst, aber alle Pfarrer versahen ihren Dienst weiter. Etliche Pfarrer wurden verhaftet. Zwei von ihnen starben in KZs. 35 Pfarrer kamen erst 1945 aus dem KZ frei.

Von den ca. 1700 in Norwegen lebenden Juden konnten ca. 900 über die grüne Grenze nach Schweden fliehen. 734 Juden wurden in die Konzentrationslager deportiert.

Alle Widerstandshandlungen ab der Jahreswende 1941/42 wurden in enger Absprache mit der Exil-Regierung vollzogen. Dazu baute sich der norwegische Widerstand zwei Organisationen auf: für den zivilen Widerstand die "Sivorg", für den militärischen Widerstand die "Milorg", die bis zum Kriegsende bestehen blieben und gut funktionierten. Neben den zivilen und gewaltfreien Aktionen gab es während der ganzen Besatzungszeit von der "Milorg" organisierte Überfälle und Sabotageaktionen gegen die Besatzer. Der britische Militärhistoriker B. Lidell Hart berichtete über ihre Wirksamkeit:

"Es stellte sich heraus, daß die gewaltsamen Widerstandsaktionen meistens nicht sehr wirkungsvoll gewesen waren und ihnen (den Deutschen, D.B.) nicht sonderlich zu schaffen gemacht hatten."

Auch beim norwegischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zeigte sich, daß er von der ganzen Gesellschaft getragen wurde. Im Gegensatz zu Dänemark äußerte er sich jedoch prinzipiell und nicht nur zu dem speziellen Problem der Judenverfolgung. In Norwegen arbeitete sowohl ziviler als auch militärischer Widerstand im Auftrag der Exil-Regierung und der Bevölkerung. Der zivile Widerstand steigerte sich vom spontanen symbolischen bis zum organisierten Widerstand.

Das, was später unter dem Begriff "Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration" in die Fachliteratur eingegangen ist, wurde in Norwegen ausführlich praktiziert. Die Lehrer arbeiteten weiter, aber nach den alten Gesetzen und nicht im Sinne des Nationalsozialismus.

Ein weiterer Bestandteil der Sozialen Verteidigung, der ständige Kontakt zwischen Regierung und Bevölkerung, war in Norwegen während der gesamten Besatzungszeit Realität. Alle Aktionen wurden mit der Exil-Regierung abgesprochen.

Die Deutschen hatten sich wohl kaum träumen lassen, daß ein Volk sich so wenig durch Panzer und Maschinengewehre beeindrucken lassen würde. Sie waren während der ganzen Okkupationszeit nie in der Lage, das ganze Land in ihre Macht zu bekommen, sondern mußten immer wieder erkennen, wie hilflos sie angesichts des Mutes und der Phantasie dieser Menschen waren.

Bulgarien - gewaltloser Widerstand gegen den Faschismus

Hannah Arendt beschreibt die Situation Bulgariens so:

"Mehr als irgendein anderes Balkanland hatte Bulgarien Anlaß, dem nationalsozialistischen Deutschland dankbar zu sein, denn es hatte auf Kosten Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands sein Territorium beträchtlich erweitert."

1941 trat Bulgarien dem Bündnis Deutschland-Italien-Japan bei. Dementsprechend groß war auch der Einfluß, den die Deutschen auf die Politik in diesem Land ausübten. Und die bulgarische Regierung unternahm bereits vor dem Beitritt zum Dreier-Pakt einiges, um es den Nationalsozialisten recht zu machen. So brachte sie 1940 ein "Gesetz zum Schutze der Nation" im Parlament ein. Ganz offensichtlich dienten hier die Nürnberger Rassegesetze als Grundlage. Vorgesehen waren für die bulgarischen Juden die Aberkennung des Wahlrechts und der bulgarischen Staatsbürgerschaft sowie Einschränkungen im alltäglichen und wirtschaftlichen Leben.

Für Minderheitenrechte

In einem der wenigen Berichte über die Ereignisse in Bulgarien schreiben die beiden Autoren Ruckhaberle und Ziesicke:

"Kaum hatten sich erste Gerüchte über das bevorstehende Gesetz herumgesprochen, setzten zahlreiche Proteste aus allen Teilen der Bevölkerung ein."

Schriftsteller schrieben dem Parlamentspräsidenten, Textilarbeiter, Tischler, Straßenhändler, Rechtsanwälte, Ärzte und die Synode der bulgarisch-orthodoxen Kirche - alle waren sich darin einig, daß dieses Gesetz eine Schande für die bulgarische Gesellschaft bedeutete und daß es nie verwirklicht werden dürfte. Sie schrieben Telegramme und Bittbriefe an die zuständigen Minister und Abgeordneten oder verteilten Flugblätter.

In einem Telegramm einer Gruppe von Straßenhändlern heißt es:

"Das bulgarische Volk hat die Minderheiten stets geachtet und ihnen die Möglichkeit für eine bessere Existenz eingeräumt. Wir protestieren gegen jegliche Gesetze für die Einschränkung der Rechte der Minderheiten."

Bei allen Appellen fällt besonders auf, mit welcher Deutlichkeit die Menschen darauf hinwiesen, daß es in der bulgarischen Gesellschaft eine Tradition des Schutzes und der Rechte von Minderheiten gibt.

Dessenungeachtet wurde das Gesetz im November 1940 vom Parlament verabschiedet und vom bulgarischen Zar unterzeichnet. Die deutsche Regierung wechselte genau zu dieser Zeit ihren Missionschef in Bulgariens Hauptstadt Sofia aus. Hitler kritisierte in einem Gespräch mit seinem Außenminister Ribbentrop, daß "auf dem Balkan die allerschlappsten Beamten" Dienst täten. Der neue Missionschef A.H. Beckerle, ein überzeugter Nazi, sollte die bulgarische Polizei bei der Umsiedlungsaktion der Juden in Konzentrationslager unterstützen. Nach dem Inkrafttreten des "Gesetzes zum Schutze der Nation" nahm der Sturm der Entrüstung nicht ab. Die bulgarische Kirche blieb ebenfalls nicht ruhig. So vertrat ihr Metropolit die Auffassung, daß es nicht darum gehen könne, einen günstigen Zeitpunkt abzuwarten, um zu protestieren:

"Wir müssen unsere Meinung jetzt sagen".

Welle der Solidarität

Der Innenminister, zuständig für die Judenverfolgung, scheute sich nicht, sofort mit der Unterdrückung des Protestes zu beginnen und erließ ein entsprechendes Gesetz, mit dessen Hilfe er hoffte, die Aktionen im Keim ersticken zu können. Der Widerstand konzentrierte sich im weiteren auf zwei Ebenen. Zum einen gingen die AntifaschistInnen dazu über, Sabotageaktionen durchzuführen. Zum anderen fand eine Solidarisierungswelle mit den verfolgten Juden statt. In einem Polizeibericht aus dieser Zeit heißt es:

*"Mit dem **C'Gesetz zum Schutze der Nation' gilt für die Juden nach 21 Uhr Ausgangsverbot. Trotzdem halten sich viele Juden nicht an diese Verordnung, sowohl in der Provinz als auch in Sofia".*

Dies zeigt auch, daß sich die Juden selbst nicht ihrem Schicksal fügten, sondern den Kampf mit den hitlertreuen Kräften Bulgariens und den Nazis aufnahmen. Die Einführung des Judensterns durch die bulgarische Regierung belegt diese These ebenfalls. Arendt schreibt:

"Aber auch dies (die Einführung des Judensterns, D.B.) führte nur zu weiteren Enttäuschungen (der Deutschen, D.B.), zunächst deshalb, weil das Abzeichen, wie pflichtschuldig nach Berlin gemeldet wurde, ein ' allerdings nur kleiner Judenstern' war, ferner weil die meisten Juden ihn einfach nicht trugen, und schließlich, weil diejenigen, die ihn trugen, 'soviel Sympathiekundgebungen seitens der irregeleiteten Bevölkerung erhielten, daß sie jetzt direkt stolz auf ihr Abzeichen sind'(...) Woraufhin die bulgarische Regierung die Verordnung einfach aufhob."



Judenverfolgung: In Bulgarien konnte sie verhindert werden

Nachdem die bulgarische Regierung nun zur Ausführung des Judenabtransportes überging und einen "Judenkommissar" ernannte, kamen aus dem Untergrund konkrete Anweisungen zum Widerstand. In einem Flugblatt heißt es:

"Erheben wir uns zum Kampf für die Verteidigung unserer jüdischen Mitbürger. Lassen wir keinerlei Ausschreitungen und Verfolgungen gegen sie zu. Schickt Protestschreiben und Telegramme an die Regierung und ihre Handlanger."

Und in einem Aufruf an die jüdische Bevölkerung des Landes wurden diese aufgefordert:

"Bildet gemeinsam Komitees von Juden und Bulgaren! Helft mit allen Kräften und allen Mitteln, versteckt und steht vom Feind verfolgten Kräften bei."

Der Unmut wächst

Die Unruhe in der Bevölkerung griff weiter um sich. Die Deutschen drängten auf die Deportation der Juden. Sie erklärten sich sogar bereit, den Abtransport zu übernehmen. Und die Deutschen wußten auch warum: Der Unmut in der Bevölkerung machte in der Zwischenzeit vor den eigenen Beamten nicht halt. Der deutsche Gesandte Beckerle bemerkte hierzu in einer Stellungnahme:

"Bei allen Maßnahmen gehen die bulgarischen Behörden allerdings wenig streng vor, was darauf zurückzuführen ist, daß die Bevölkerung sich im großen und ganzen dem Judenproblem gegenüber verständnislos verhält."

Im Januar 1943 traf SS-Hauptsturmführer Dannecker als "Berater für Judenfragen" in Sofia ein. Seine Aufgabe sollte es sein, den Abtransport der Juden aus Mazedonien und Thrazien zu organisieren, die von Bulgarien besetzten Gebiete, in denen es keinen so ausgeprägten Widerstand gab. Dies geschah dann auch. 11343 Juden aus den erwähnten Gebieten wurden mit Zügen und Schiffen nach Treblinka deportiert und dort umgebracht.

Dem Judenkommissar Dannecker war das aber zu wenig. So ließ er die bulgarische Regierung die Deportation von 8000 Juden anordnen. Wie üblich sollte von der Vorbereitung der Aktion niemand erfahren. Doch durch Zufall drang die Nachricht an die Öffentlichkeit. Am 8.3.1943 erfuhren die Bürger von Kjustendil - so Ruckhaberle/Ziesicke - "einer Stadt in der Nähe der jugoslawischen Grenze, daß alle 940 jüdischen Bürger (ihrer Stadt, D.B.) deportiert werden sollten."

Ein Sturm der Entrüstung brach los. Nach Beratungen unter der Bevölkerung wurde sofort eine Delegation von drei Bürgern nach Sofia geschickt, um gegen die Maßnahmen zu protestieren. Zur gleichen Zeit trafen weitere Protesttelegramme in der Hauptstadt ein. Schließlich sah sich der Innenminister gezwungen, mit der Delegation aus Kjustendil zusammenzutreffen. Der Druck auf die Regierung wurde immer stärker. Am 9. März 1943 ließ der Innenminister bekanntgeben, daß die in den Lagern zusammengezogenen Juden wieder freizulassen seien. Dies geschah am 10. März 1943.

Die Deportation wurde beschlossen

Ende März 1943 hielt sich ein Teil der bulgarischen Regierung zu einem geheimen Staatsbesuch in Deutschland auf. Die Nazis forderten die Bulgaren auf, nun endlich die Deportation zu vollziehen. Das Drängen der Deutschen zeigte Wirkung. In einem Plan des bulgarischen Judenkommissars legte dieser die Deportation von 48.000 Juden nun fest. Am 22. Mai 1943 wurde den Juden der Stadt Sofia mitgeteilt, daß sie innerhalb von drei Tagen die Stadt zu verlassen hätten. Man wollte sie aufs Land bringen, ehe die vollständige Abschiebung beginnen sollte. Sofort nach Bekanntwerden der Deportationspläne wandten sich 23 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an den Zaren und baten ihn, die Deportation zu verhindern. Ruckhaberle/Ziesicke berichteten:

Bulgarien: Geschichtlicher Hintergrund

Nach der Befreiung von der türkischen Herrschaft 1877/78 wurde Bulgarien nach 500 Jahren wieder ein unabhängiges Land. Im 1. Weltkrieg unterstützte es Deutschland-Österreich und mußte in der Folge Teile seiner Gebiete an Rumänien, Jugoslawien und Griechenland abtreten. Die sehr starke kommunistische Bewegung, die von 1919 bis 1923 sogar die Regierung stellte, unterlag 1935 vorläufig den rechten Kräften, die mit der Unterstützung des Königs (bulgarischen Zaren) eine faschistische Regierung bildeten. Unter ihr wurde erneut die enge Zusammenarbeit mit Deutschland gesucht; Hauptinteresse Bulgariens war wohl die Rückgewinnung der verlorenen Landesteile. Eine Teilnahme am Krieg gegen Rußland, das seit dem russisch-türkischen Krieg von 1877/78 als Befreier Bulgariens galt, wurde allerdings abgelehnt. Innere Schwierigkeiten hatten die Faschisten von Anfang an mit Partisanengruppen, die gegen das Regime kämpften. Als Deutschland 1943 seine erste schwere Niederlage im Krieg hinnehmen mußte, organisierten sich diese eher zersplitterten Oppositionsgruppen schnell zu regulären Einheiten einer sich formierenden Volksbefreiungsarmee. Diese besetzte am 9. September, als Verbände der Roten Armee bereits die bulgarische Grenze überschritten hatten, Sofia, stürzte die Faschisten und bildete eine Übergangsregierung. (1946 wurde die VR Bulgarien ausgerufen mit Georgi Dimitroff - der den Deutschen bekannt sein sollte, weil er 1934 als Mittäter beim Reichstagsbrand angeklagt war, aber in einem aufsehenerregenden Prozeß seinen Freispruch durchsetzen konnte - als ersten Ministerpräsidenten.) (Red.)

"Bekannte Juden suchten Kontakt zu Politikern, sprachen mit Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes, mit Schriftstellern und Künstlern, mit Würdenträgern der bulgarischen Kirche."

Die Sofioter Juden planten eine Demonstration gegen die Anordnung der Regierung. Eine Frau berichtete:

"Die Nacht war nicht vertan. Die ganze jüdische Straße brodelte förmlich. Die Nachricht (von der Demonstration, D.B.)...wurde von Mann zu Mann weitergegeben."

In einem Zeitungsbericht heißt es dazu später:

"Die Hauptstadt hatte niemals einen solchen erschütternden Marsch gesehen, an dessen Spitze Frauen mit ihren kleinen Kindern auf dem Arm gingen, und in deren Reihen neben Männern und jungen Burschen auch schwächliche alte Leute schritten. Sie marschierten dafür, daß man sie am Leben ließ,... daß sie wie alle bulgarischen Bürger für ihre Heimat arbeiten konnten."

Der Zug wurde immer größer und marschierte Richtung Schloß. Plötzlich griff berittene und zu Fuß marschierende Polizei mit Säbeln und Stöcken ein. Viele Menschen wurden verletzt und verhaftet. Die DemonstrantInnen erreichten das Schloß nicht mehr. Anfänglich schien die Aktion nichts bewirkt zu haben. Der Staat begann mit der Umsiedlung der Sofioter Juden auf das Land. Aber die Menschen gaben nicht klein bei. In einem Flugblatt der Arbeiterpartei wurde die Bevölkerung aufgefordert, keine Deportationen zuzulassen und mit dem Protest nicht nachzulassen:

"Protestiert persönlich und durch Delegationen, Briefe und Protestschreiben gegen die Inhaftierung der Juden und ihre Verschikkung ins Ungewisse".

Ganz offensichtlich ist dies geschehen. Denn in einem Bericht, keine drei Wochen später, stellte der Polizeiattaché an der deutschen Botschaft, Hoffmann, fest, daß in der folgenden Zeit nicht mit der endgültigen Verschickung der bulgarischen Juden in die Konzentrationslager zu rechnen sei. Und in einem Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin vom August 1943 heißt es:

"In diesem Zusammenhang ist besonders darauf hingewiesen worden, daß es die aus der Hauptstadt entfernten Juden verstanden hätten, weite einflußreiche Kreise Bulgariens für ihr Schicksal zu interessieren und stimmungsmäßig für sich zu gewinnen. Es dürfte daher nicht nur aussichtslos, sondern vom allgemein politischen Standpunkt aus sogar gefährlich sein, in der Judenfrage im derzeitigen Augenblick Schritte zu unternehmen."

Dies war sicherlich der Durchbruch im Widerstand gegen die Pläne der Regierung. Nach dem Tod des bulgarischen Zaren im August 1943 und der mehrmaligen Umbildung der Regierung geschah nichts mehr in Sachen Judendeportation.

Ruckhaberle und Ziesicke kommen in ihrem Bericht zu dem Ergebnis:

"Viele Juden sind in Bulgarien zwischen 1941 und 1943 umgekommen, als antifaschistische Widerstandskämpfer, Partisanen, politische Gefangene, aber kein einziger mußte sterben, weil er Jude war."

Gewaltfreier Widerstand war effektiver

Die Situation Bulgariens in dieser Zeit ist - wie anfangs betont - nicht mit der Norwegens gleichzusetzen. Man kann davon ausgehen, daß Bulgarien in diesen Jahren fest in deutscher Hand war, wenn es formal auch nicht besetzt war.

Und trotzdem konnten weder die bulgarische Regierung noch die deutschen Helfer mit dem Widerstand fertig werden. Der Widerstand gegen die Verfolgung der jüdischen MitbürgerInnen war spontan und direkt. Zwischen dem bewaffneten und dem gewaltfreien Widerstand gab es keinen theoretischen Streit, wer wohl mit seinen Aktionen effektiver sei. Deutlich wird in den vorliegenden Berichten und in den aus dieser Zeit vorhandenen Schriftstücken sowohl der bulgarischen Behörden wie auch der Nazis, daß die entscheidenden Impulse zur Rettung der Juden durch gewaltfreie Aktionen kamen. Besonders die Demonstration der über 10.000 Menschen in Sofia im Mai 1943 löste internationales Aufsehen und damit Druck auf die bulgarische Regierung aus.

Auch in Bulgarien wurde der Widerstand von fast der gesamten Gesellschaft getragen: von der Kirche, der kommunistischen Partei, den Intellektuellen und den Juden selbst. Nach nur zwei Jahren Widerstand erkannte die Regierung, wie ernst es der Bevölkerung mit ihrem Protest war. Die Herrschenden begriffen, daß sie einer generellen Auseinandersetzung nur schwer gewachsen gewesen wären. Wichtig war auch, daß es sich bei den durchgeführten Protestaktionen um "einfache" Aktionen handelte, die von allen mitgetragen werden konnten und nicht viel Aufwand erforderten.

"Es wäre heute von größtem praktischen Nutzen für Deutschland, nicht nur für sein Prestige im Ausland, sondern für eine Wiedererlangung des inneren Gleichgewichts, wenn es mehr derartige Geschichten zu erzählen gäbe. Denn die Lehre solcher Geschichten ist einfach, ein jeder kann sie verstehen. Sie lautet, politisch gesprochen, daß unter den Bedingungen den Terrors die meisten Leute sich fügen, einige aber nicht. So wie die Lehre, die man aus den Ländern im Umkreis der 'Endlösung' ziehen kann, lautet, daß es in der Tat in den meisten Ländern 'geschehen konnte', aber daß es nicht überall geschehen ist. Menschlich gesprochen ist nicht mehr vonnöten und kann vernünftigerweise mehr nicht verlangt werden, damit dieser Planet ein Ort bleibt, wo Menschen wohnen können." (Hannah Arendt)

Dietmar Böhm

Anmerkung:
(1) Ein weiteres Beispiel ist der antifaschistische Widerstand in Dänemark, der den meisten dänischen Juden das Leben rettete. Dieser Teil des Artikels mußte aus Platzgründen leider weggelassen werden. Wer durch die Verweise des Autors neugierig geworden ist, findet in der Literaturliste weitere Lesetips.

Zum Weiterlesen:

Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem - Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1986
Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982
zu Dänemark:
Aage Bertelsen, Oktober 1943, München 1960
Ubig/Ziess-Lawrence, Die Rettung der dänischen Juden, in: Gewaltfreie Aktion 68/69/70, Berlin 1986,. S.59 ff.
Rüdiger Eckert, Die politische Struktur der dänischen Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1969
zu Norwegen:
Lutz Mez, Ziviler Widerstand in Norwegen, Frankfurt 1976
Gustav Heckmann, Sieg ohne Waffen.Bericht über den norwegischen Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht, in: Neue Sammlung 6 (1966), S.46-65
Magne Skodvin, Gewaltloser Widerstand in Norwegen während der deutschen Besetzung, in: Adam Roberts (Hg.), Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren, Göttingen 1971, S.87-107
zu Bulgarien:
Dieter Ruckhaberle/Christiane Ziesicke, Rettung der bulgarischen Juden 1943, in:
Bericht 1983, hrsg.v.d. Staatlichen Kunsthalle Berlin
Martin Gilbert, Endlösung, Reinbek 1982

Prager Frühling gegen Moskauer Frost



August 1968: Russische Panzer in den Straßen von Prag

Ein "klassisches" Beispiel Sozialer Verteidigung

Eines der wichtigsten Beispiele für die Wirksamkeit Sozialer Verteidigung ist der Widerstand des tschechoslowakischen Volkes gegen die Invasoren der "sozialistischen Bruderstaaten" im August 1968.

Zwanzig Jahre lang hatte sich die Tschechoslowakei auf den Fall der Verteidigung gegen einen Angriff aus dem Westen vorbereitet. Sie verfügt über eine starke Rüstungsindustrie und sie leistete ihren Beitrag zur Bündnisverteidigung so glaubwürdig, daß eine Stationierung sowjetischer Truppen in diesem Frontstaat zur NATO nicht für erforderlich erachtet wurde. Die TschechoslowakInnen meinten, ihre Lektion aus der Zerschlagung ihres Staates durch Hitler-Deutschland gelernt zu haben - eine erneute Okkupation wie im Jahre 1938 schien ausgeschlossen.

Doch dann kam der 20. August 1968 und nichts stimmte mehr: der militärische Einmarsch kam nicht aus westlicher, sondern aus östlicher Richtung. Die Interventen waren nicht die als Feinde definierten NATO-Staaten, sondern fünf Staaten aus dem eigenen Bündnissystem. Auf diesen Fall war das Land nicht vorbereitet. Die intensive Art, wie es dennoch "zivilen" Widerstand leistete, löste weltweit Verblüffung aus.

Passiver oder aktiver Widerstand?

Mindestens ebenso groß wie die Ratlosigkeit angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei seit der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 war in aller Welt die Unsicherheit, wie das, was die Bevölkerung des soeben besetzten Landes der Weltöffentlichkeit vorführte, am treffendsten zu nennen sei. Die Mühe des Begreifens spiegelte sich in der Unklarheit des Begriffs wider. Da wurde von passiver Resistenz und dem Bestreben des Rundfunks, "aktiven Widerstand zu verhindern" - gemeint war gewaltsame Aktionen zu verhindern -, einmal vom Widerstand im Sinne Schweijks und dann wieder im Sinne von Jan Hus berichtet. Eine Zeitung, die wie die Moskauer "Prawda" in den Straßen Prags die Konterrevolution sich entlarven sah, sprach bemerkenswerterweise vom "stillen Krieg".

Ziviler, gewaltloser Widerstand

Davon hebt sich eine Schlagzeile in "Le Monde" ab:

"Der gewaltlose Widerstand der Bevölkerung ist in erstaunlichem Maße weit verbreitet und wirksam".

Michel Tatu, nach Prag entsandter Sonderkorrespondent der Zeitung, beschreibt den Sachverhalt, der einige Berichterstatter fast ebenso irritiert zu haben scheint wie die Besatzer:

"Insgesamt ist der Widerstand gewaltlos, aber wesentlich aktiver und wirksamer als es allgemein vorausgesehen worden war".

In diesem "gewaltlos - aber" ist ein Vorurteil auf den Begriff gebracht, dessen Überwindung das Verhalten der CSSR-Bevölkerung nahelegt: daß gewaltloser Widerstand "passiv" sei, aktiv und wirksam dagegen nur gewaltsame Gegenwehr.

Die erste Widerstandsaktion, von der aus Prag berichtet wird, war eine Art Reflexhandlung. Der Direktor des neueröffneten Zivilflughafens Ruzyne soll, nachdem er die Landung sowjetischer Transportmaschinen bemerkt hatte, angeordnet haben, die Nervenzentrale des gesamten Flughafens und damit Strom, Gas, Wasser, Heizung, Ventilation und Luftdruckregelung auszuschalten. Gleichzeitig soll er allen Dienstkräften, die wegen des bevorstehenden Dienstschlusses (gegen 22 Uhr) im Begriff waren, nach Hause zu gehen, die Weisung erteilt haben, ihre Plätze wieder einzunehmen und diese zu verteidigen; er selbst soll sich geweigert haben, auf den Befehl eines Kollaborateurs seinen Arbeitsplatz zu verlassen und das Versteck der Schaltzentrale preiszugeben, das nur fünf Personen bekannt gewesen sein soll. Die Besatzer, so heißt es in der nach Augenzeugenberichten zusammengestellten Darstellung, hätten drei Tage gebraucht, um das Geheimnis zu lüften. Selbst wenn diese Widerstandsaktion so nicht stattgefunden haben sollte, wäre sie doch gut erfunden.

Dynamische Weiterarbeit?

Am 26. August wurde berichtet, das Land gehe seinem schnellen wirtschaftlichen Ruin entgegen. Demgegenüber hat Theodor Ebert behauptet, die TschechoslowakInnen hätten angesichts der Problematik des Generalstreiks, der schließlich wegen seines totalen Erfolges hätte zusammenbrechen müssen, dessen dialektische Umkehrung gefunden: die dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration. Sie hätten ihre Macht darin erkannt, daß sie ihre normalen sozialen Rollen mit kämpferischer Energie weiter ausübten und jede Anordnung der Besat-

zungsmacht als unrechtmäßig mißachteten.

Diese Deutung wird gewiß den RundfunkmitarbeiterInnen gerecht, die mit gutem Beispiel vorangingen, indem sie unter den abenteuerlichsten Bedingungen an ihren Arbeitsplätzen ausharrten oder sich neue Arbeitsplätze in geheimen Studios schufen. Sie mag auch für das Verhalten eines Teils der politischen Führung zutreffen. Gerade im wirtschaftlichen Bereich konnte sich das "Konzept" der dynamischen Weiterarbeit allem Anschein nach aber nicht durchsetzen. Bereits am zweiten Okkupationstag mußte sich die Nationalversammlung gegen in einigen Orten vorbereitete Streiks wenden: "Sie sind unwirksam. Sie schädigen in erster Linie unsere Völker, unsere Wirtschaft...". Trotz im einzelnen einander widersprechender Berichte muß davon ausgegangen werden, daß die Arbeit nach dem psychischen Schock, den die Okkupation der Bevölkerung zugefügt hatte und nicht zuletzt wegen des Zusammenbruchs des Verkehrsnetzes in den ersten zwei bis drei Tagen im großen und ganzen zum Erliegen kam. Dafür spricht unter anderem, daß in der ersten Sitzung der Regierung nach dem Moskauer Kompromiß Vorschläge zur Wiederaufnahme der Produktion erörtert werden mußten.

Über zielbewußte Streiks wurde von den Nachrichtenorganen der CSSR wenig berichtet. Möglicherweise haben die Massenmedien die Verbreitung von Streiknachrichten aus Sorge vor einer um sich greifenden Arbeitsniederlegung in den ersten Tagen zurückgehalten.

Eine bewußte Ausnahme von dem Gebot, an den Arbeitsplätzen zu bleiben, haben die Bergleute einer Urangrube gemacht. Sie beantworteten die Besetzung ihres Landes mit einem mehrtägigen Streik; durch eine Protestresolution brachten sie zum Ausdruck, daß sie das tschechische Uran (wohl das Produkt tschechischer Herkunft, an dem die UdSSR am stärksten interessiert war) unter der Erde für am sichersten hielten.

Generalstreik als Proteststreik

Ein am 26. August im tschechoslowakischen Rundfunk gesendeter gemeinsamer Aufruf von Nationalversammlung, Regierung und Zentralgewerkschaft weist auf die einzig sinnvolle Funktion des Generalstreiks in der Situation der besetzten CSSR hin:

"...daß die Veranstaltung einer kurzfristigen, wenige Minuten dauernden Arbeitsniederlegung als symbolisches, vereinigendes Element des Widerstandes gegen die Okkupation...wirkt."

Von dieser Möglichkeit, in einer Demonstration des gemeinsamen Protestes aller Werktätigen die Einheit im Widerstand zu bekräftigen und zu bekunden, hat die Prager Bevölkerung bereits am ersten Okkupationstag Gebrauch gemacht. Genau um zwölf Uhr stand der gesamte Verkehr in Prag still; die BürgerInnen der Hauptstadt folgten in eindrucksvoller Geschlossenheit dem Aufruf der Kultur- und KünstlerInnenverbände, einen Proteststreik von zwei Minuten abzuhalten. Am zweiten und dritten Okkupationstag wurde der Protest-Generalstreik, beginnend um zwölf Uhr, jeweils um eine Stunde ausgedehnt.

Maßnahmen öffentlicher Konfrontation

Aus den frühen Morgenstunden des ersten Invasionstages sind Verhaltensweisen bekannt, aus denen hervorgeht, daß zwei wesentliche Aufgaben Sozialer Verteidigung spontan erkannt worden sind:

1. die Notwendigkeit, die vorrückenden Truppen aufzuhalten und in ihren Operationen zu behindern (Defensiv- und Schutzmaßnahmen),
2. die Nutzung der Chance, auf die fremden Truppen positiv einzuwirken (Offensivmaßnamen).

Im Sinne der ersten Aufgabenstellung haben die EinwohnerInnen eines Dorfes an der Upa gehandelt. Es gelang ihnen, einen russischen Konvoi, dem auch Panzer angehörten, durch einen neunstündigen Sitzstreik aufzuhalten und schließlich zu einem zeitraubenden Umwegzu nötigen. Vor allem bei einem überraschenden militärischen Einfall in ein zum Widerstand entschlossenes Land ist der Massensitzstreik zum Aufhalten vorrückender Truppen eine hervorragende situationsgerechte Maßnahme, um für wichtige Institutionen und EntscheidungsträgerInnen Zeit zu gewinnen; zugleich führt der Sitzstreik den Interventionssoldaten das Mißverhältnis zwischen ihrem Vorgehen und der Haltung der Widerstand leistenden Bevölkerung drastisch vor Augen.

Offensiver Widerstand wurde durch das Mittel der Diskussion geleistet. Aus Prag und Bratislawa wird von Jugendlichen berichtet, die gleich am ersten Tag Panzer umringten, um mit der Besatzung zu diskutieren. Aus Bratislawa wurde der Fall von DiskutantInnen bekannt, die dem Befehl eines russischen Offiziers, auseinanderzugehen, nicht einmal Folge leisteten, als dieser eine Warnsalve abgefeuert habe.

Kein "Kampfmittel" war so sehr wie die Diskussion junger TschechoslowakInnen mit den Panzerbesatzungen geeignet, einen Keil ins Bewußtsein der teilweise sehr jungen Invasionssoldaten zu treiben und sie zu potentiellen Verbündeten und positiven Informationsträgern zu machen. Der Rundfunk hatte die Parole verbreitet, man solle den Soldaten erklären, daß sie unnütz gekommen seien, daß die Intervention ein Unrecht sei, ein Verbrechen ihrer Regierungen. Daß Bürger unmittelbar nach der Ankunft der fremden Truppen das Gespräch suchten, zeigt, daß sie spontan zu unterscheiden wußten zwischen dem Menschen, vielleicht auch dem brüderlichen Sozialisten, und dem Befehlsempfänger, der, in eine Uniform gesteckt und in einen Panzer gezwängt, eine sehr unglückliche Rolle zu spielen hatte. Mehr noch: daß sie mit ihm redeten und ihn zu überzeugen gedachten, spricht für ihre Hoffnung, er sei ein Mensch, der die Fähigkeiten nicht verloren habe, aus seiner Rolle auszubrechen - aber wohin?

Heinrich Böll, Augenzeuge, sah keinen Ausweg für die Okkupationssoldaten:

"Sie hatten die Wahl, verrückt zu werden oder Selbstmord zu begehen... Die dritte Wahl, zu desertieren, hatten sie nicht. Es hätte sie keiner aufgenommen. Ein Soldat, der die Wahl der Desertation nicht hat, kann sich nur an seiner Waffe festhalten."

Selbstmord soll - nach einem sein Gewissen bestürmenden Gespräch mit einer Tschechin - tatsächlich ein russischer Soldat begangen haben. Im ganzen sind die Wirkungen der Diskussion auf die Soldaten der fünf Interventionsmächte schwer abzuschätzen. Die Befehlshaber jedenfalls erkannten die aus diesem "Kampfmittel" erwachsende, für sie gefährliche Situation. Aus dem Sudetenland, in dem die deutsche Sprache noch weit verbreitet ist, berichtete Radio Freies Prag, die Moral der zunächst dort einmarschierten Volksarmee-Soldaten des DDR-Kontingents sei so tief erschüttert worden, daß sie durch Einheiten anderer Invasionsarmeen hätten abgelöst werden müssen, bei denen die Sprachbarriere eine gewisse Gewähr gegen die Verständigung mit der Bevölkerung geboten habe. Wo auf Sprachschwierigkeiten kein Verlaß war, vor allem in Prag, wo junge TschechInnen ihr Russisch aktivierten, wurde den Soldaten, welche bereits "infizierte" Kameraden ablösten, von den Befehlshabern das Diskutieren verboten. Die Antwort der Bevölkerung hierauf war der Entzug jeglicher Aufmerksamkeit gegenüber den fremden Soldaten. Die Aufforderung der Wandplakate: "Ignorieren!" wurde (jedenfalls in Prag) vom dritten Tag der Besetzung an überwiegend befolgt.

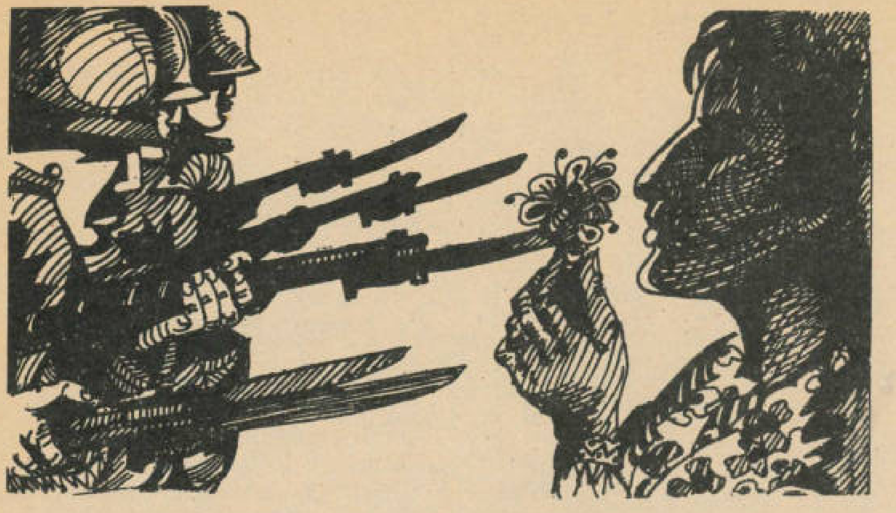
Unerschöpfliche Vielfalt der Widerstandsformen

Für den Bereich der Konfrontationstaktiken ist der gewaltlose Angriff nachzutragen. Diese Widerstandsform, die dem Gegner und der eigenen Bevölkerung Furchtlosigkeit demonstrieren soll, wurde schon in der ersten Nacht in Prag von jugendlichen DemonstrantInnen gegenüber jenen Panzern praktiziert, die das ZK-Gebäude umstellt hatten. In Zwölferreihen, die blauweißrote Trikolore der CSSR schwingend und unter Sprechchören "Russen nach Hause, Dubcek, Svoboda" rannte eine Widerstandsgruppe auf die Besatzer zu, um sie zu besetzen.

Unerschöpflich war die Phantasie der TschechoslowakInnen auch im Bereich der schriftlichen Agitation. Plakat- und Flugblattaktionen, Karikaturen und Inschriften an Häusern und selbst an den Panzern zielten sowohl auf die fremden Truppen wie auf potentielle Kollaborateure.

Besondere Fähigkeit entwickelte die CSSR-Bevölkerung im demonstrativen Umgang mit nationalen Symbolen. In Prag wurde durch das Einbeziehen des Wenzel-Denkmals nationale Symbolik gezielt in Demonstrationen der Einheit und Geschlossenheit umgesetzt.

Als weitere für den Widerstand relevante Verhaltens- und Aktionsformen sind - ohne



daß damit Vollständigkeit der Aufzählung erzielt werden könnte - zu nennen: kollektive Trauerbekundungen und Mahnwachen; Unterschriftenaktionen, sowohl als Sympathiebekundungen für die legale Führung wie auch zur Artikulation politischer Forderungen (z.B. nach Neutralität), Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz bedrohter Prominenter und schließlich aktive Unterstützung der geheimen Sendestationen und Zeitungsredaktionen (Verbergen und Tarnen, Lieferung von Nachrichtenmaterial, Weiterverbreitung von Nachrichten).

Zentrale Funktion des Rundfunks

Angesichts der Tatsache, daß wegen des Fehlens von Bereitschaftsplänen alle geschilderten Aktionsformen spontan und improvisiert artikuliert werden mußten, kam den Massenkommunikationsmitteln, insbesondere den legalen Untergrundsendern des Rundfunks, überraschende Bedeutung zu. Letztlich wurde der Rundfunk zum technischen Garanten für die koordinierte Ausbreitung des zivilen gewaltlosen Widerstandes. Das Funktionieren der Rundfunksender erlaubte angesichts des totalen Planungsdefizits die teilweise Ersetzung der für eine wirksame Soziale Verteidigung notwendigen Planung durch kurzfristig umsetzbare Improvisationen.

Ohne den Rundfunk hätte die kreative Spontaneität der TschechoslowakInnen nicht annähernd so wirksam in kollektiven Widerstand übertragen werden können. Um auch dieser Erfahrung Konsequenzen für eine Strategie der vorbereiteten Sozialen Verteidigung ableiten zu können, ist eine detaillierte Funktionsanalyse der Kommunikationstechniken und -strukturen des August-Widerstandes notwendig, die an dieser Stelle nicht im erforderlichen Umfang geleistet werden kann.

Bei künftigen Fällen Sozialer Verteidigung muß allerdings damit gerechnet werden, daß der Angreifer die Versäumnisse der Warschauer-Pakt-Mächte nicht wiederholen wird, die das Senden von außerhalb der besetzten Hauptstudios ermöglicht haben. Diese Versäumnisse bestanden einmal darin, daß die Okkupationstruppen offensichtlich keine Ahnung von der technischen Organisation des tschechoslowakischen Rundfunks hatten. Es gelang ihnen nicht, die im Keller des Rundfunkgebäudes in Prag installierte automatische Rundfunkzentrale, das "Hirn", mit dessen Hilfe die Sendetätigkeit der außerhalb des Rundfunkgebäudes improvisierten Studios so gut funktionierten, zu finden. Außerdem richteten die Rundfunkmitarbeiter-Innen eine Senderstafette ein und erschwerten damit die Anpeilversuche der Okkupanten. Schließlich fehlte den Sowjets in den ersten Tagen geeignetes Peilgerät und da sie die erforderlichen Radiolokatoren mit der Eisenbahn heranzutransportieren gedachten, konnten die Eisenbahner dem Widerstand ein Erfolgserlebnis dadurch verschaffen, daß sie den von der sowjetischen Grenze heranrollenden Zug durch künstliche Pannen und "Reparaturen" auhielten und ihn zuletzt auf ein Abstellgleis beförderten; erst am 25.August luden die Sowjets die Störeinrichtung in Hubschrauber um. Künftige Aggressoren werden - ebenso wie die Protagonisten der Sozialen Verteidigung aus den Erfolgen des tschechoslowakischen Widerstandes - aus den Erfahrungen der Warschauer-Pakt-Staaten lernen und man wird sich darauf einrichten müssen, für den Bereitschaftsfall vor Ausforschungsversuchen potentieller Gegner sichere technische Alternativen des Kommunikationssystems aufzubauen.

Wir stehen heute vor der Frage, wieso der Widerstand trotz der Vielfalt der Widerstandsformen scheitern konnte. Die Antwort darauf werden wir nicht finden, indem wir nach fehlerhaftem Einsatz dieser oder jener Widerstandsaktionen oder nach Mängeln in der Koordination suchen. Die in der CSSR gezeigten Widerstandshaltungen, die Lösungen, die die Bevölkerung des besetzten Landes für eine Reihe von Problemen Sozialer Verteidigung gefunden hat, sollten uns jedoch ermutigen, von ihr zu lernen, um das Konzept der Sozialen Verteidigung auch in widerstandstechnischer Hinsicht weiterzuentwickeln (1).

Roland Vogt

Anmerkungen:
1) Dieser Beitrag erschien in einer früheren Fassung in der Gewaltfreien Aktion 9-10/1971.
2) Dieser Beitrag wurden dem Heft "Ohne Waffen - aber nicht wehrlos", hg. von den GRÜNEN, entnommen.

Was in der Tat scheiterte

In der Literatur wird fast allgemein tradiert, der tschechoslowakische zivile Widerstand sei gescheitert. Der Erkenntnishintergrund dieser Interpretation liegt auf der Hand: Die CSSR erlitt eine totale Niederlage; diese erfolgte am Ende einer Konfrontation, die als ziviler Widerstand begonnen hatte. Bringt man diese beiden Tatsachen in einen Kausalzusammenhang, ergibt sich der oben erwähnte Schluß - ein Kurzschluß: Denn nicht der Widerstand ist in der CSSR gescheitert. Gescheitert ist die Sache des Widerstandes, nachdem er auf Verlangen der Führung in der Tat eingestellt wurde. Gescheitert ist die Politik derjenigen, die seine Stärke verkannten und ihn politisch nicht ummünzen konnten oder wollten. Gescheitert sind Versuche, einer an materieller Kraft weitaus überlegenen Okkupationsmacht zu trotzen, indem man das Volk demobilisiert und in eine Kabinettspolitik flüchtet. Gescheitert ist die Haltung des unbegrenzten Vertrauens und Gehorsams breiter Volksmassen gegenüber ihren "nationalen Helden"; gescheitert ist ihre naive Zuversicht, die Entscheidungsgewalt in Schicksalsfragen der Nation könne allein den professionellen Politikern anvertraut werden. Gescheitert ist deren Strategie eines "appeasements" des Aggressors, indem man ihm permanent Zugeständnisse einräumt, ohne gleichzeitig gewisse "essentials" unnachgiebig zu verteidigen. Gescheitert ist die Politik solcher Kompromisse, bei denen die Identität der vertretenen Sache verlorengeht.

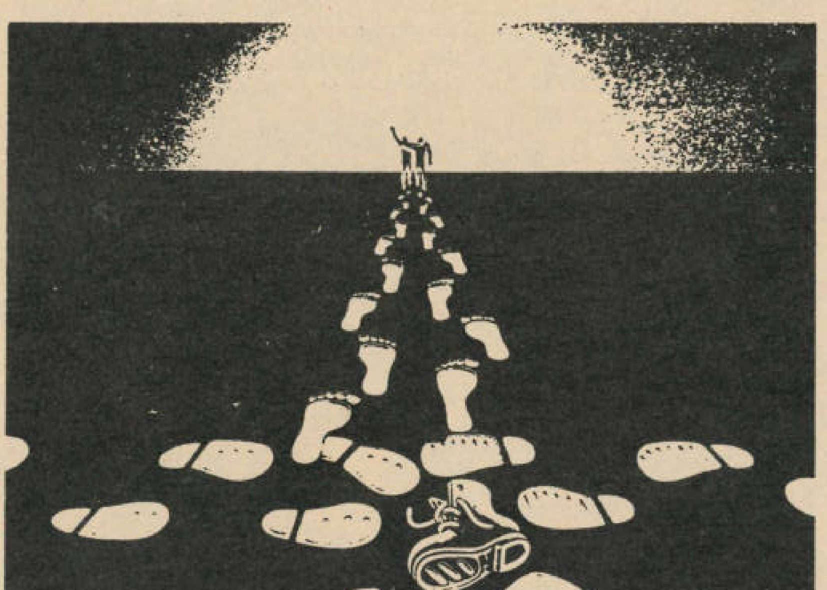
All dies ist gescheitert - nicht aber der Volkswiderstand als die in der CSSR angewandte Form der zivilen Verteidigung gegen alle Aggressoren. Bevor er eingestellt wurde, konnten die Interventen keine nennenswerten Erfolge verbuchen; sie gerieten in eine völlig verfahrene Lage und wurden vor der ganzen Welt lächerlich gemacht. Als sie ihre Ziele durchgesetzt hatten, konnte von einem echten Widerstand - vom Widerstand im Sinne konsequenter Verweigerung Moskauer Forderungen durch koordinierte Aktivitäten von unten - keine Rede sein. Sie setzten sich nicht gegen einen Widerstand, sondern wegen mangelnden Widerstands durch. Pointierter gesagt, ihren Sieg haben sie weniger erkämpft als vielmehr von der Gegenseite geschenkt bekommen - diese hatte sich ja selbst besiegt. Was versagte, war nicht die gewaltlose Verteidigung bei der August-Konfrontation, sondern die rückgratlose "Realpolitik" der folgenden Monate, nicht der zivile Widerstand, sondern die Politik seiner Preisgabe. Zur Niederlage führte nicht die Gewaltlosigkeit, sondern die Widerstandslosigkeit (2).

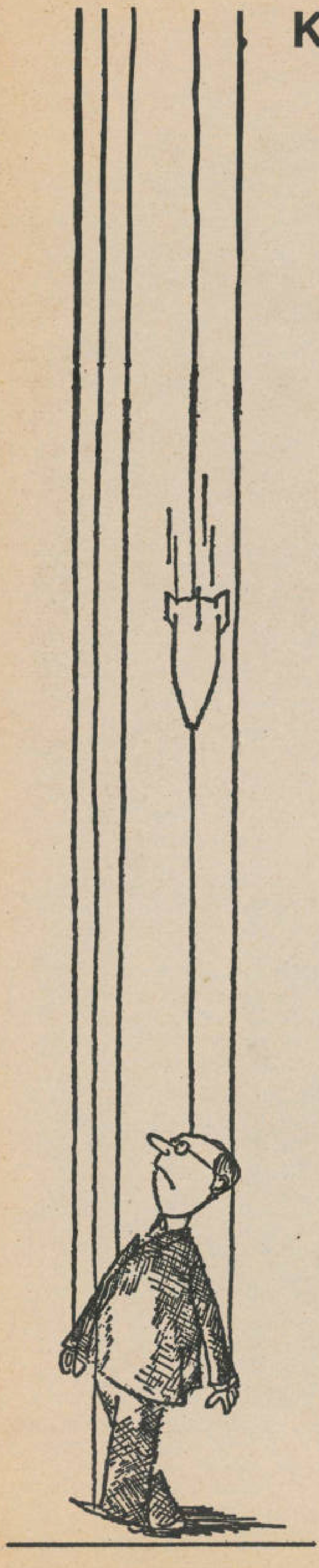
Vladimir Horsky

TEIL II:

Wege zur Sozialen Verteidigung

Kann Soziale Verteidigung von oben, von der Regierung eingeführt werden? Wie könnte ein solcher parlamentarischer Weg konkret in Gang gesetzt werden? Ist die in diesem Zusammenhang stehende Hoffnung auf eine rot-grüne Regierungskoalition realistisch? Wie steht es mit der Erwartung, über die Umrüstung auf Defensivverteidigung zu Sozialer Verteidigung zu kommen? Diese und andere Fragen werden in den folgenden Artikeln diskutiert.
Die meisten AutorInnen dieses Teils vertreten den "herkömmlichen" Ansatz und setzen ihre Hoffnung auf die Einführung von Sozialer Verteidigung über Regierung und Parlament. Obwohl wir große Zweifel an diesem Ansatz hegen, haben wir uns entschieden, dessen VertreterInnen zu Wort kommen zu lassen. Der Mindener Kongreß und die Gründung eines bundesweiten Zusammenschlusses zeigen, daß Soziale Verteidigung für immer mehr Menschen zu einer konkreten Hoffnung wird. Deshalb ist es erforderlich, die Wege zur Durchsetzung von Sozialer Verteidigung verstärkt zu diskutieren, um gefährliche Irrwege zu vermeiden. (Red.)





Kriegsverhinderung entscheidet

Defensivverteidigung und Soziale Verteidigung

Der Friedensforscher Günther Baechler beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Sozialer Verteidigung und Defensivverteidigung unter dem Aspekt, wie beide zu einer Demokratisierung und Pazifizierung der staatlichen Sicherheitspolitik beitragen können. (Red.)

Nichtbedrohliche militärische und pazifistische nicht-militärische Sicherheits- bzw. Friedenspolitik sind wie jede andere Verteidigungspolitik mit zwei Ebenen konfrontiert: Der Ebene des Konflikts selbst und der Ebene der Ungewißheit über das Verhalten der gegnerischen Seite(n) in diesem Konflikt. Die alternativen Konzepte beanspruchen nicht, den Konflikt zwischen Ost und West lösen zu können (wobei Soziale Verteidigung letztlich die Konfliktlösung beinhaltet). Sie wollen vielmehr eine Lösung des Sicherheitsproblems anbieten, indem in erster Linie die Ungewißheit reduziert werden soll, was sich - so die Hypothese - auf den Konflikt selbst positiv auswirkt. Zumindest würden Konfliktlösungsansätze nicht spezifisch durch die militärische Dauerdrohung wie beim herkömmlichen System ver- oder behindert.

1. Repolitisierung der Sicherheit durch Defensivverteidgung

An dieser Stelle wird notgedrungen auf eine Abwägung und Bewertung der verschiedenen diskutierten Defensivkonzeptionen verzichtet. Wichtig ist vielmehr die Einlösung des Anspruchs, daß es sich bei den alternativen Konzepten in erster Linie um politische Alternativen zur herrschenden nuklearen Abschreckungspolitik und der damjt einhergehenden Blockkonfrontation handelt. D.h., die Defensivkonzepte sollen in einem größeren Zusammenhang gesehen werden, der auch neben dem Wandel der Funktion der Streitkräfte den gesellschaftlichen Wandel und die politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die Tatsache, daß es um Kriegsverhütung mit politischen Mitteln gehen muß, wird von einigen Konzepten durchaus in den Mittelpunkt gerückt.(1) Es gibt keine defensiven Waffen an und für sich (jede Waffe kann mit dem Lastwagen über die Grenze gefahren werden) wie es auch nicht einfach offensive Waffen gibt (so wird mit der Atombombe nach Hiroshima und Nagasaki eher defensiv umgegangen). Es kommt zusätzlich auf die Absichten an, die mit der militärischen Rüstung verbunden werden. Erhard Eppler hat wie viele andere vor und nach ihm auf die Gefahren einer allzu naiven Vorstellung vom defensiven Charakter einer mit "defensiven Waffen" ausgerüsteten Streitmacht hingewiesen:

"Die Frage lautet nicht: Führen reine Defensivwaffen in eine gefahrlose Welt? Auch nicht: Sind reine Defensivwaffen die 'Lösung'? Die Frage lautet: Könnte eine Umstellung auf reine Defensivwaffen, die niemanden gefährden als einen wirklichen Aggressor, der in unser Territorium eindringt, könnte eine solche Umstellung von ständig gesteigerter Drohung und Gegendrohung auf so etwas wie 'Verteidigung', Ängste mildern, Vertrauen fördern und damit Abrüstung erleichtern?"(2)

Grundgedanken der Defensivverteidigung

Die beiden zentralen und auch für die meisten anderen Defensivkonzepte grundlegenden Merkmale sind von Horst Afheldt in seinem Normenkatalog zur "Defensivverteidgung"(3) entwickelt worden: Das Ziel der Kriegsverhinderung hat ganz klare Priorität. In Abgrenzung zur herkömmlichen Abschreckung sieht Afheldt eine eindeutig "defensive", nicht zum (Überraschungs-)Angriff befähigende Streitkräftestruktur vor. Zweitens soll sie gleichzeitig im Falle eines Versagens der Abschreckungs- bzw. Abhaltefunktion der Militärstrategie zur Schadensminderung im betreffenden Land (also hier der Bundesrepublik) beitragen.

Ziel von Afheldt's Abhaltestrategie ist es, *"im Rahmen der für rationale Einsatzoptionen gegebenen Bedingungen dem Gegner den Angriff auf Zentraleuropa und die Besetzung von NATO-Territorien politisch und militärisch so teuer wie möglich zu gestalten (...)".*

Als rational wird eine auf "Techno-Kommandos" beruhende, nicht-bedrohliche, krisenstabile, keine militärisch lohnenden Ziele bietende und nicht eskalatorische konventionelle Verteidigung angesehen, die trotz der empfindlichen Siedlungs- und Industriestruktur der Bundesrepublik durchgeführt werden könne. Die Ausrüstung der netzförmig über die Bundesrepublik verteilten autonomen, ortsgebundenen "Techno-Kommandos" besteht aus panzerbrechenden Infanteriewaffen, aus leichten Geschützen und Minen. Auf Großwaffensysteme und mobile Verbände mit grenzüberschreitenden Optionen wird also bewußt verzichtet. Ziel der Abhaltestruktur ist es, den Schaden in einem Krieg möglichst gering zu halten und ein Überleben zu ermöglichen. Entsprechend dem Wirksamwerden der Defensivstruktur sind die auf Raumverteidigung angelegten traditionellen Waffensysteme weitgehend abzurüsten. Deren Beibehaltung und die gleichzeitige Einführung moderner Systeme würden die Bedrohungsvorstellungen der anderen Seite steigern, das Wettrüsten beschleunigen und die Lage destabilisieren.

In ihren Grundzügen lassen sich die Defensivkonzeptegrobinzwei Denkrichtungen unterscheiden. Die erste strebt nach einer militärischen Optimierung (Verbesserung) der Defensive. Sie formuliert das Ziel, mit militärischen Mitteln zwar selbst nicht zu einer strategischen (raumgreifenden) Offensivefähigzu sein, aber durchaus auf einen erfolgten Angriff der Gegenseite mit einem siegversprechenden Gegenangriff reagiern zu können. Das Ziel, den Schaden für die Bundesrepublik möglichst geringzu halten, dürften diese Modelle - die häufig auf Offiziere a.D. wie Guy Brosselet, Emil Spannochi (der das österreichische Verteidigungskonzept geprägt hat), Norbert Hannig, Jochen Löser, Andreas v. Bülow u.a. zurückgehen und die sich im übrigen nicht immer eindeutigvon dengültigen Streitkräftestrukturen scheiden lassen - weniger erfüllen als die zweite Herangehensweise:

Diese versucht, das Defensivkonzept politisch zu optimieren (Andreas Buro, Johan Galtung, Gert Bastian, Horst Afheldt u.a.). Der jetzigen Abschreckungsdoktrin nicht unähnlich, wirdinden "striktenDefensivkonzepten" die "Rückkehr zur Politik" zum entscheidenderen Faktor als die Fähigkeit zu einem langandauernden militärischen Gefecht. Der Unterschied zu den jetzigen Vorstellungen der frühzeitigen Kriegsbeendigung durch Androhung oder Einsatz von Nuklearwaffen ist jedoch erheblich: Es wird nicht mehr primär von der Kriegsführungsfähigkeit hergedacht, sondern die Kriegsfolgenanalyse steht im Vordergrund.

Nukleare Abschreckung?

Obwohl Afheldt hauptsächlich auf eine in sich stimmige Militärstruktur wertlegt, geht es ihm lediglich darum, durch zeitlich begrenzte Verteidigung Zeit für politisch-diplomatische Verhandlungen zu gewinnen. D.h., daß das Modell keine Antwort darauf hat, wie ein einmal eingedrungener Gegner mit militärischen Mitteln wieder aus dem Land "hinausgeworfen" werden kann. Deshalb baut Afheldt als "Rückzugsposition" in sein Konzept die Drohung mit dem amerikanischen Nuklearwaffeneinsatz ein, um ein zusätzliches Instrument zur Abhaltung des Gegners in der Hand zu haben. Dies dürfte auch die wesentliche Schwachstelle in seinem Konzept sein.

Andere Modelle gehen einen Schritt weiter, indem sie auf die Drohung mit der nuklearen Vergeltung ganz verzichten wollen. (4) Sie orientieren sich an der Norm der Nicht-Bedrohung und an der abhaltenden Wirkung des zivilen Widerstandes. Damit weisen sie bereits über die militärische Verteidigung hinaus, indem sie entweder Mischformen (Wilhelm Nolte und in gewisser Weise Theodor Ebert) vorschlagen oder eine nicht-militärische Verteidigung als mittel- oder langfristiges Ziel im Rahmen einer gesellschaftlichen Umformung betrachten (Andreas Buro). Theodor Ebert schreibt zum Nebeneinander von defensiver und sozialer Verteidigung:

"Wegen dieser Option besteht auch die Möglichkeit, daß Befürworter der Defensiven Verteidigung mit Befürwortern der gewaltfreien Sozialen Verteidigung sowohl in der Friedensbewegung wie auch in einer grün-roten Koalition zusammenarbeiten."(5)

Ich halte allerdings das "Mix-Modell"(SPD: Defensivverteidigung, Grüne: Soziale Verteidigung) von Ebert aus politischen Gründen für fragwürdig, nicht weil es die Zusammenarbeit von PazifistInnen und Anhängern der Defensivverteidigung postuliert, sondern weil es die Gefahr in sich birgt, auf die Bundestagswahlen zu fixieren.

Der friedenspolitisch wohl problematischste Punkt in der Debatte über Defensivverteidigung (oder "strukturelle Nichtangriffsfähigkeit", wie es im SPD-Jargon heißt) ist, ob sich Frieden "mit ganz anderen Waffen" schaffen läßt. Die Anhänger von Defensivkonzepten müssen sich die Frage gefallen lassen, ob es sich nicht im Grunde um einen - sogar ahistorischen - Versuch handelt, Waffen (ein letztes Mal?) neu zu legitimieren und sogar Militärs gegen Abrüstung zu immunisieren.(6)

Militärische Verteidigung als Übergangskonzept?

Einzelne Vertreter von nicht-bedrohlichen Militärstrukturen versuchen das Problem, demzufolge immer noch über Waffen und Tötungsmittel diskutiert wird, so anzugehen, daß sie die militärische Verteidigung als Übergangsmodell in den Rahmen von zumeist einseitiger (schrittweise) Abrüstung mit dem Ziel einer neuen europäischen Friedensordnung stellen.

Ich habe selbst vor einiger Zeit zusammen mit Albert Statz dazu geschrieben:

"Unterstellt, die Bundesrepublik hat den politischen Spielraum, in der Allianz solche tiefgreifenden Veränderungen (wie die Umrüstung auf Defensive) durchzusetzen, dann hat sie auch den entsprechenden Spielraum, aktiv für eine generelle Abrüstung einzutreten, dann ist der Umweg über kostspielige und effiziente militärische Modelle a la Afheldt, Löser und Hannig nicht mehr notwendig."(7)

Ich würde heute die Aussage nur insofern relativieren, als wir die politische und auch pädagogische Wirkung der Diskussion über "sichere" sicherheitspolitische Alternativen sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den Regierenden unterschätzt haben. Diese Debatte hat es teilweise mehr als diejenige über Rüstungskontrolle und Abrüstung vermocht, bisher unangefochtene Kriterien der jetzigen "Sicherheitsphilosophie" in Frage zu stellen. Außerdem wurde deutlich, daß es kein Konzept gibt, das allen friedens- und sicherheitspolitischen Forderungen und Bedenken gerecht würde. Die Lösung liegt letztlich im politischen und gesellschaftlichen Bereich. Ich würde deshalb die Konzepte befürworten, die ausdrücklich auf eine Politisierung der Sicherheitspolitik im Rahmen einer (einseitigen) Abrüstung hinzielen.



2. Demokratisierung und Pazifizierung der Sicherheitspolitik durch Soziale Verteidigung

Die dem Pazifismus verpflichteten Konzepte gehen von der Prämisse aus, daß die Unvereinbarkeit von zivilen und militärischen Normen im Nuklearzeitalter prinzipiell nur durch eine grundsätzliche Absage an das Gewaltprinzip und das heißt: die Abschaffung aller Doktrinen, Mittel und Arsenale militärisch-gewaltsamer Konfliktaustragung, zu beseitigen ist. Den VertreterInnen dieser Strategie schwebt eine "strukturelle Angriffsunfähigkeit" im Sinne einer Friedfertigkeit der Gesellschaft vor, um den Krieg als Mittel der Konfliktbewältigung ein für allemal zu eliminieren. (Die Merkmale dieser Konzepte werden an anderer Stelle in diesem Heft diskutiert und deshalb hier ausgelassen. Red.)

Mit dem Konzept des zivilen Widerstands oder der sozialen Verteidigung liegt ein weitgehend bekanntes und durchdiskutiertes Politikkonzept vor, dessen Mittel und Ziel die gewaltfreie Konfliktlösung ist. An Stelle des militärischen Widerstands gegen bewaffne-

Militärische Verteidigung	Nicht-militärische Verteidigung
Ubereinstimmung in den Zielen: - Abschreckung/Abhaltung - Glaubwürdigkeit - Organisierung der Verteidigung - Einübung im Frieden - Sicherheit - gesellschaftliche Anziehungskraft	
Unterschiede:	
<u>Gefahr/Bedrohung</u>: Pression oder Aggression durch WVO	Pression oder Aggression durch WVO Intervention durch Alliierte Staatsstreich, Putsch
<u>Kriegsgrund:</u> Verletzung der territorialen Integrität	Verletzung der sozialen Struktur/Identität
<u>Was wird verteidigt:</u> territoriale Beziehung	organisationelle/assoziationelle Beziehung
<u>Worauf bezieht sich der Gegner:</u> militärische Ziele	keine militärischen Ziele
<u>Verhütung durch</u>: hoher Eintrittspreis	hoher Aufenthaltspreis
<u>in der Krise:</u> anfällig für Drohung	immun gegen Drohung
<u>im Krieg:</u> Vernichtung	Nichtzusammenarbeit
<u>Kriegsführung:</u> Notwendigkeit der sozialen Abstinenz	Gesellschaft sine qua non der Verteidigung
<u>Gegner:</u> Feindbild total	Realbild: Kontakt nicht abbrechen
<u>Zeitfaktor:</u> frühzeitige Kriegsbeendigung durch Androhung der Eskalation	Rückkehr zur Politik
<u>Effekt:</u> Eskalation und Provokation - unterschiedslos	offensive nicht-militärische Strategie zur Beeinflussung des Gegners

te Interventionen tritt der zivile Widerstand der Bevölkerung und der Regierung.

Die moralische und praktische Vorbereitung des zivilen Widerstands hat zum Ziel, die Demokratie einerseits so verteidigenswert zu gestalten, daß die BürgerInnen auch unter Lebensgefahr zu ihren Idealen stehen und andererseits das Risiko durch massenhaften Charakter des Widerstands tragbar zu machen.(8)

3. Vereinbarkeit von Politisierung und Demokratisierung in einer Friedensstrategie

Eine Friedensstrategie soll nach außen und auf Dauer garantieren, daß von einer Gesellschaft keine Kriegsgefahr (mehr) ausgeht. Um diesen Anforderungen, die weit über die engere militärische Struktur der Sicherheitspolitik hinausweisen, zu genügen, ist vor allem die politische Durchsetzbarkeit der Friedensstrategie zu diskutieren. Mit anderen Worten: Es muß in erster Linie eine Antwort darauf gegeben werden können, wie denn ein Politisierungs- und Demokratisierungsprozeß aussehen und wie er in Gang gesetzt werden könnte. Die Kontroverse: Defensivverteidigung oder Soziale Verteidigung muß in der Weise fruchtbar gemacht werden, als aus beiden Diskussionszusammenhängen jeweils die Elemente zusammengeführt werden, von denen eine konkrete Friedensstrategie profitieren kann.

Eine solche Strategie muß zum einen das Verhalten eines Gegners durch Verminderung der Bedrohung und wechselseitig der Bedrohtheit durch ihn zu beeinflussen versuchen. Der zweite Teil der Friedensstrategie setzt im Inneren der Gesellschaft an und untersucht, was für eine Wehrstruktur mit der gesellschaftlichen Ordnung und Entwicklung sozial verträglich ist.(9)

Aus einer solchen Analyse ließen sich eine Reihe von politischen Kriterien zur Demokratisierung der Sicherheitspolitik ableiten:

1. Eine Handlung, für die niemand (kein Politiker) die Verantwortung übernehmen kann, gilt nach den Kriterien einer neuen Verantwortungshaltung im Rahmen der Friedensstrategie als ethisch nicht legitimierbar. Es sind nur noch Entscheidungen zu treffen, die reversibel sind, also nicht Sachzwänge für Generationen von Nachkommen schaffen

2. Zumindest die Überlebenssicherung des Gesamtsystems kann nicht den einzelnen Bereichen (Verteidigungsministerium, einzelnen Politikern) überlassen bleiben. Eine politisch-institutionelle Verankerung der Verantwortlichkeit hat zu erfolgen, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen ansetzt.

3. Aufgaben im Rahmen der institutionellen Verantwortung wären:

a) Die Bewertung der verschiedenen Aspekte der Friedensstrategie und ihre möglichen, bzw. wahrscheinlichen Folgen für Sicherheit, Abhaltefähigkeit, soziale und ökologische- und internationale Verträglichkeit. (Analog der vier Energiepfadmodelle der Enquete-Kommission zur Energieversorgung).

b) Die Ausarbeitung von Parallelstudien entlang der Normen und Kriterien eines Demokratisierungsmodells und deren Diskussion in der Öffentlichkeit nach den Prinzipien von Partizipation und Transparenz.

Wenn sich der Kongreß "Wege zur SV" in Minden den konkreten Herausforderungen einer Demokratisierungsstrategie, die gleichzeitig eine Friedensstrategie ist, stellt, dürfte die Diskussion einen großen Schritt vorankommen.

Günther Baechler

Anmerkungen:

(1): vgl. den kursorischen Überblick über die verschiedenen Defensivkonzepte bei: Volker Böge/Peter Wilke, Sicherheitspolitische Alternativen, Baden-Baden 1984.

(2): vgl. Erhard Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit; Reinbek b. Hamburg 1983, S.163.

(3): vgl. Horst Afheldt, Verteidigung und Frieden, Politik mit militärischen Mitteln, München/Wien 1976, S.324.

(4): vgl. beispielsweise das Konzept von Wilhelm Nolte in: Hans-Heinrich Nolte/Wilhelm Nolte, Ziviler Widerstand und Autonome Abwehr, Baden-Baden 1984, S.141ff. Vgl. auch Andreas Buro oder Gert Bastian (a.a.O.).

(5): vgl. Theodor Ebert, Soziale Verteidigung, in: Jürgen Tatz (hg.), Ist der Frieden noch zu retten?, Frankfurt/M. 1986, S.189-205, hier: S.202.

(6): vgl. etwa die Kontroverse zwischen dem Befürworter von Defensivverteidigung Dieter S. Lutz und dem Kritiker Alfred Mechtersheimer in der taz vom 23.11.1987.

(7): vgl. Günther Baechler/Albert Statz, Statt alternativer Militärmodelle und Minimalplattformen. Einseitige Abrüstung als politische Strategie, in: Kommune Nr. 10, 1985, S. 23-26, hier: S.24.

(8): Theodor Ebert, in:(Alfred Biehle/Hg.) Alternative Strategien, Koblenz 1986, S.246.

(9): Anwendung der Sozialverträglichkeitsanalyse des amerikanischen Soziologen Weinberg; vgl. Weinberg, Social Institutions and Nuclear Energy, in: Science 177, 1972, S. 27-34.

Vermutungen...

...über die Wende zur Sozialen Verteidigung



Das Parlament: wird dort der Frieden eingeführt?

Der Berliner Friedensforscher Theodor Ebert konkretisiert in diesem Beitrag seine Vorstellungen von der Umsetzung Sozialer Verteidigung über ein rot-grünes Regierungsbündnis. (Red.)

Die historischen Erfahrungen mit zivilem Widerstand gegen militärische Interventionen haben als Nebenprodukt noch keine Auskunft über den Wechsel von der militärischen Verteidigung zur Sozialen Verteidigung gegeben, weil dieser Widerstand ohne Vorausplanung erfolgte und weil nach der Tat auch in den Staatsorganen nicht mehr darüber nachgedacht wurde, ob und wie der Widerstand sich hätte vorbereiten lassen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind sogar mehrere neutrale Staaten, deren Erfahrungen mit zivilem Widerstand bei der Entwicklung des Konzepts der Sozialen Verteidigung durch die Friedensforschung eine große Rolle spielten, Mitglieder eines Militärpaktes geworden. Statt ihre zivile Widerstandsfähigkeit zu entwickeln, haben sie große militärische Rüstungsanstrengungen getroffen. Ich denke hier an Norwegen, Dänemark und die Benelux-Staaten.

Es gibt kein historisches Vorbild für den Wechsel. Es gibt nicht einmal gescheiterte Versuche. Es gibt eigentlich nur "Modelle der Umstellung von militärischer Verteidigung auf Soziale Verteidigung"(1). Ich habe diese ersten Überlegungen im Jahre 1981 ergänzt um Überlegungen zu den ersten Schritten einer Institutionalisierung der Sozialen Verteidigung im Falle der Bildung einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene (2).

Ausschlaggebend für unsere Überlegungen über eine Wende zur Sozialen Verteidigung ist nun, daß diese Wende wohl kaum als einmaliger, totaler Umschlag erfolgen, sondern sich aus Teilvorgängen zusammensetzen dürfte. Die BefürworterInnen der Sozialen Verteidigung waren von Anfang an soweit historisch gewitzt, daß sie von der Ungleichzeitigkeit des Wechsels zur Sozialen Verteidigung ausgingen, also von keiner Weltrevolution träumten und sich auch vor einer Weltregierung grausten, aber das Problem der Wende zur Sozialen Verteidigung *in einem Lande* gingen sie dann doch nach den Modellen der sprunghaften oder glatten Übergänge an. Typisch für die glatten, sanften Übergänge waren die Integrationsmodelle der sozialdemokratischen schwedischen Friedensforscher, typisch für den sprunghaften Wechsel waren eher die APO-orientierten deutschen Polarisationsmodelle (s. Anm. 1).

Ich halte den Entwurf beider Modelle für einen nützlichen Schritt beim Ordnen der Gedanken und auch beim Entwurf von Strategien. Man muß sich nur rechtzeitig überlegen, welche Faktoren dazu führen könnten, daß die reale Entwicklung vom Modell abweicht.

Peoples' Power auf den Philippinen

Das läßt sich sehr gut an der Entwicklung des gewaltlosen Aufstandes gegen das Marcos-Regime auf den Philippinen zeigen. Es gab auf den Philippinen durchaus die Vision des gewaltfreien Aufstandes, der peoples' power in einer extensiven und intensiven Kampagne, die sich über Jahre hinziehen kann, aufbaut, aber im Zuge dieser Revolution von der Basis auch fähig wird, im Augenblick der Ablösung des Marcos-Regimes in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft gewaltfreie, solidarische Politik zu machen. Gewaltfreie Gruppen, welche den Präsidentschaftswahlkampf von Cory Aquino unterstützt hatten, rechneten Anfang 1986 mit einer solchen langwierigen grass root Kampagne des zivilen Ungehorsams. Frau Aquino mobilisierte "über die Inseln hüpfend" für diese Kampagne, als im Februar 1986 in Manila ein Staatsstreichversuch reformwilliger Offiziere platzte, und die dahinterstehenden und jetzt von Verhaftung bedrohten Militärpolitiker Enrile (Verteidigungsminister) und Ramos (stellvertretender Generalstabschef) die Flucht nach vorne antraten und mit Hilfe von Kardinal Sin "people power" zu ihrem Schutz mobilisierten und so den unerwartet frühen Sturz des Marcos-Regimes herbeiführten.

Gemäß dem Modell des gewaltfreien Aufstands kam der Sturz von Marcos zu früh, ähnlich wie der Abzug der englischen Kolonialherren für Gandhis Modell einer das Volk wandelnden und erziehenden Satyagraha-Kampagne zu früh kam. Nun wäre es gewiß verkehrt, den vorzeitigen Erfolg, der eben den Menschen viele Leiden ersparte, zu beklagen. Man muß nicht nur die Feste, sondern auch die Siege feiern, wie sie fallen. Der Sturz von Marcos war ein solcher Sieg und es hat keinen Sinn, der verpaßten Kampagne zivilen Ungehorsams gegen das Marcos Regime nachzutrauern und die tatsächliche spontane Leistung von people power madig zu machen, - was keineswegs ausschließt, sondern auch erforderlich macht, auf die ausstehenden sozialen Strukturreformen hinzuweisen und der Ideologisierung der historischen Leistung von people power entgegenzuwirken.

Graswurzelrevolution in der BRD?

Es gibt auch in der Bundesrepublik die Vision der Graswurzelrevolution und des sie krönenden gewaltfreien Aufstands - und ich bin stolz auf meinen Anteil an dieser Vision. Darum fühle ich mich jetzt auch verpflichtet, dieses nützliche Modell mit den in der BRD heute relevanten intervenierenden Faktoren in Verbindung zu bringen. Was dabei aus der Sicht von Modellbauern Störfaktoren zu sein scheinen, können auch Chancen sein, dem Wechsel zum alternativen Staatstyp so nahe zu kommen, daß er dann auch vollends gelingen kann.

Die Gründung der "Grünen" als Partei kam vielen Anhängern einer Graswurzelrevolution zumindest zu früh und die Erfolge an den Wahlurnen ließen sie die Schwächen und inneren Widersprüche dieses Unternehmens nicht vergessen. Die Grünen sind aber heute ein intervenierender Faktor, mit dem auch die Modellbauer rechnen müssen, und sie sind auch ein Hoffnungsträger. Da die

Grünen vom staatlichen Monopol physischer Gewaltsamkeit zu gewaltfreien Staatsorganen fortschreiten wollen und sie darum auch explizit die Soziale Verteidigung zu ihrem spezifischen Verteidigungskonzept erklärt haben, stellt sich im Blick auf den Wechsel des staatlichen Idealtypus und der Verteidigungsmethode die Frage, welche Rolle die Grünen dabei spielen. Dieselbe Frage wurde vor der Gründung der Grünen im Blick auf die Jungsozialisten gestellt und es ist auch möglich, daß sie nach einem evtl. Scheitern der Grünen erneut im Blick auf die innerparteiliche Opposition der SPD gestellt werden müßte. Das Problem ist: Was kann eine Minderheit, welche die Soziale Verteidigung befürwortet, in einer Situation erreichen, in der sie zur Regierungsbildung als kleinerer Partner erforderlich ist? Meines Erachtens kann eine eigenständige grüne Partei mehr erreichen als eine eigenwillige linke Fraktion in der SPD - und die SPD-Linke hat die größten Durchsetzungschancen, wenn ihre Parteifreunde zur Ablösung einer konservativen Regierung auf einen grünen Koalitionspartner angewiesen sind. Die Forderungen der Grünen und der SPD-Linken können allerdings nur dann auf das zur Wende erforderliche Niveau hochgeschraubt werden, wenn für die SPD-Rechten eine große Koalition nicht in Frage kommt und auch kein anderer kleiner Koalitionspartner (wie die FDP in Hamburg) zur Verfügung steht. Diese Konstellation kann sich auf Bundesebene bei den nächsten Wahlen bereits ergeben und die grundsätzlichen Probleme eines Wechsels der Verteidigungspolitik mußten sogar bereits im Blick auf die Bundestagswahl 1987 durchdacht werden.

Die Soziale Verteidigung als Thema rot-grüner Koalitionsverhandlungen

Die Modelle der Umstellung auf Soziale Verteidigung sind bisher immer davon ausgegangen, daß diese Umstellung erst erfolgt, nachdem die Mehrheit der Bevölkerung für diesen Wechsel gewonnen wurde. Dieses "Gewinnen der Mehrheit" hat man sich als einen Massenlernprozeß vorgestellt, also einer Mischung aus eigenen Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand in der Innenpolitik und als Aufklärungsveranstaltungen über die makropolitischen Perspektiven (3). Nun ist zwar das theoretische und praktische Wissen über gewaltfreie Aktionen in der BRD in den letzten 30 Jahren exponentiell gewachsen, aber es können weitere Jahrzehnte ins Land gehen, bis eine bewußte Mehrheit sich ausdrücklich für eine gewaltfreie Politik in allen Bereichen staatlichen Handelns entscheidet. Lassen jedoch die Grünen sich vor der Zeit auf eine Koalition mit der SPD ein, laufen sie Gefahr, sich mit der traditionellen Vorstellung vom Staat als Monopolisten legitimer Gewaltsamkeit abzufinden. Diese Gefahr ist akut. Die Grünen werden ihr am ehesten erliegen, wenn sie sich bei Koalitionsabsprachen nur für die menschenfreundlichen kleinen Ministerien interessieren, aber die Ministerien für Inneres und Verteidigung mit einer gewissen Selbstverständlichkeit der SPD überlassen.

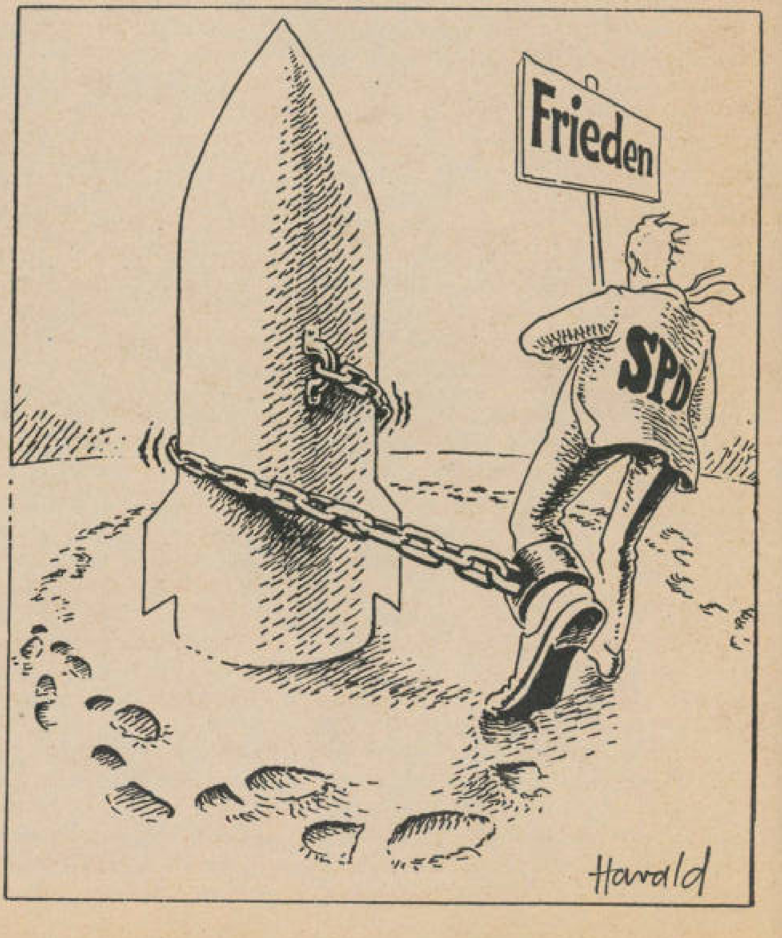
Solch falsche Bescheidenheit hätte zur Folge, daß die Soziale Verteidigung in einer rot-grünen Koalition überhaupt nicht zum Zuge käme, allenfalls bei den Forschungsausgaben mehr als bisher berücksichtigt würde. Wenn man sich also nicht mit minimalen Zugeständnissen, wozu auch ein Referat in einem für Abrüstungsfragen zuständigen Ministerium gehören könnte, abfinden möchte, dann muß man sich konzeptionell und organisatorisch auf die Situation der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen vorbereiten, auch wenn dies nicht richtig zur Vision einer "gewaltfreien Bewegung" und "Graswurzelrevolution" paßt.

Zur konzeptionellen Vorbereitung gehört, daß man eine eigene Bedrohungsanalyse vorlegt und entsprechende Abhaltestrategien vorschlägt und sich dann überlegt, in welchem Verhältnis das SPD-Konzept einer strukturellen Defensivität zur Sozialen Verteidigung steht.

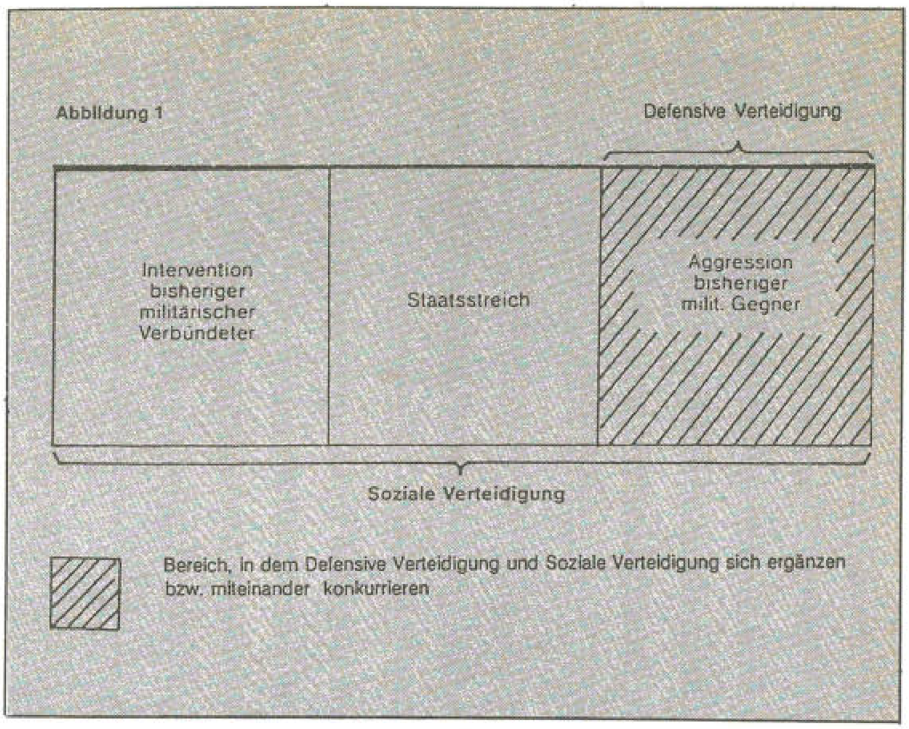
Zur organisatorischen Vorbereitung gehört, daß innerparteilich und außerparteilich die Befürworter der Sozialen Verteidigung sich zusammenschließen, um gemeinsam Druck auszuüben, egal ob man dies nun Netzwerk oder Bundesverband für Soziale Verteidigung nennen will.

SPD: Defensivverteidigung

Die Verteidigungs- und Abrüstungsexperten der SPD orientierten sich an einem Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit (4), das letztlich auf die strategischen Überlegungen Horst Afheldts zur "Defensiven Verteidigung" zurückgeht. Allerdings bestehen zwischen den sehr gemäßigten Übergangsvorstellungen der SPD und dem radikalen Ziel-Modell Afheldts erhebliche Unterschiede. Deswegen sehen einige Grüne ihre Aufgabe darin, sich zu Anwälten einer möglichst schnellen und radikalen Realisierung der Vorstellungen Afheldts zu machen. Dieses Verfahren halte ich für problematisch, weil die "Defensive Verteidigung" zwar rationaler ist als die gegenwärtige atomare Abschreckungsstrategie, aber doch im Falle der Anwendung möglicherweise katastrophale Folgen hätte. Es ist nämlich nicht auszuschließen, daß ein von Defensivmaßnahmen aufgehaltener Aggressor zu Erpressungsschlägen gegen Bevölkerungszentren greift. Außerdem ist die Obergrenze der bei der Defensiven Verteidigung einkalkulierten Verluste undeutlich. Ein wichtiges Defizit in der Bedrohungsanalyse ist, daß sich die Defensive Verteidigung nur gegen eine militärische Bedrohung durch den Warschauer Pakt richtet, nicht jedoch gegen die möglicherweise viel akuteren Gefahren einer militärischen Intervention von Bündnispartnern oder eines Staatsstreiches (siehe Abb. 1). Nun werden die meisten SPD-Politiker die Existenz der beiden letztgenannten Gefahren wahrscheinlich bestreiten bzw. darauf verweisen, daß gerade ihre gemäßigte Vorgehensweise dem Anwachsen dieser Gefahren den Nährboden entziehe. Dennoch müßten die Erfahrungen einiger



Demokratien mit Staatsstreichen die SPD zur Vorsicht und zu entsprechenden Vorbereitungen mahnen. Daß sich die Geheimdienste einiger unserer Bündnispartner in der NATO nicht an ein rechtsstaatliches Verfahren halten, ist hinlänglich bekannt. Wenn es in der Bundesrepublik sogar unter einer konservativen Regierung einen bewaffneten Rechtsextremismus gibt, dann müßte man unter einer rot-grünen Koalition erst recht mit Aktionen solcher Gruppen rechnen. Es ist zwar die Aufgabe von Verfassungsschutz und Polizei, solche Gefahren abzuwehren, aber bei einer sich steigernden Krise könnten diese Organe rasch überfordert sein, oder auch durch repressive Maßnahmen zur Eskalation beitragen. Da sich diese Dienste in der Vergangenheit vor allem aus dem konservativen Spektrum rekrutiert haben, wird sich eine von rechts bedrohte Regierung auf die Leistungen dieser Staatsorgane nicht allein verlassen können. Hier bietet das Konzept der Sozialen Verteidigung eine wichtige Perspektive, weil in seinem Rahmen Bürgerrechtsorganisationen in eigener Verantwortung tätig werden können.

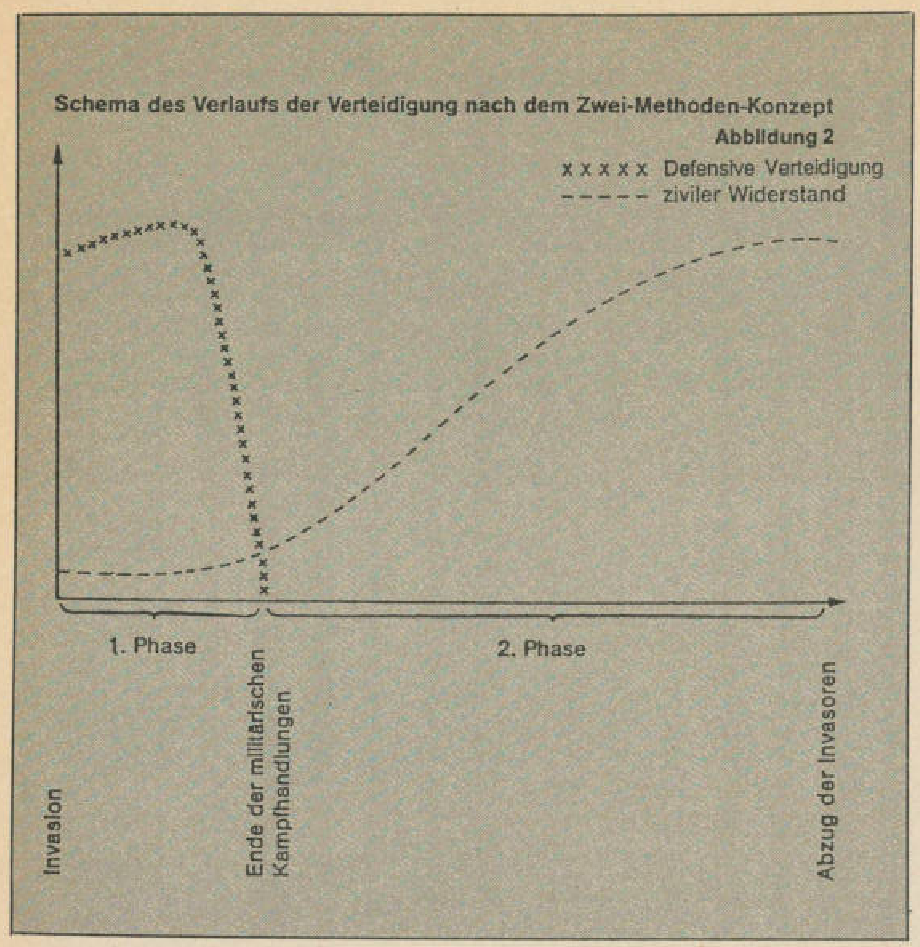




Marsch durch die Institutionen

Der heikelste Gegenstand der Koalitionsverhandlungen dürfte das Verteidigungskonzept gegenüber dem Warschauer Pakt sein. Als prinzipiell (nach innen und außen) gewaltfreie Partei können die Grünen dem Verteidigungsetat eigentlich nicht zustimmen. Ein solch prinzipielles Nein könnte jedoch unter Umständen über Jahrzehnte die Ablösung der konservativen Regierung unmöglich machen. Dies könnte auch bei der gar nicht so unwahrscheinlichen Erhaltung des äußeren Friedens in Europa fatale Folgen auf vielen Feldern haben, wo die Ökologiebewegung Zeitbomben ticken hört. Auch gewaltfreie Fundamentalisten müssen also das starke Interesse der Ökologiebewegung an einer baldigen Ablösung der gegenwärtigen Regierung berücksichtigen. Die VertreterInnen der Sozialen Verteidigung müssen darum ein Konzept ausarbeiten, das den weit größeren Koalitionspartner im Blick auf den Ausstieg aus der militärischen Verteidigung nicht überfordert unbd doch den realen Einstieg in die Soziale Verteidigung ermöglicht. Die Einigung zwischen SPD und Grünen ist möglich, weil zur Defensiven Verteidigung auch eine zivile Komponente gehört (5), die aber nicht nur eine Ergänzung der militärischen Verteidigung darstellt, sondern eine strukturell autonome Verteidigungsmethode ist, welche jederzeit die Option eröffnet, sich ausschließlich ihrer zu bedienen. Eine militärische Verteidigung kann nur dann als strukturll nichtangriffsfähig bezeichnet werden, wenn ihr auch die Fähigkeit abgeht, vom Aggressor besetztes Gebiet wieder mittels militärischer Operationen zu befreien. Zur Strategie der Defensiven Verteidigung gehören also unumgänglich auch Überlegungen zum Verhalten der Bevölkerung in besetzten Gebieten oder auch in einem besetzten Land. Hier können die Grünen auf die Entwicklung der Fähigkeit zum zivilen Widerstand drängen, wobei sich von selbst versteht, daß die Fähigkeit zum zivilen Widerstand, die offiziell ein Bestandteil der Defensiven Verteidigung ist, sich auch im Falle eines Staatsstreichs oder einer Intervention von Alliierten bewähren könnte und auch daß für den Ernstfall die Regierung immer noch die Möglichkeit hat, auf den Einsatz militärischer Mittel zu verzichten und von vornherein auf den zivilen Widerstand zu bauen. Solche Vorstellungen spielen auch in der Schweiz und in Österreich eine Rolle (6).

Die Grünen sollten klar machen, daß sie sich im Krisenfall immer gegen den Einsatz militärischer Mittel in einer ersten Phase der Defensiven Verteidigung und für den ausschließlich gewaltfreien Widerstand, also die autonome Verwendung der Phase 2 der Defensiven Verteidigung, einsetzen würden.



Institutionalisierung der Sozialen Verteidigung

Die Soziale Verteidigung ist zunächst von einzelnen PazifistInnen und FriedensforscherInnen von Basisgruppen der Ökologie- und Friedensbewegung vorgeschlagen und in ihren Umrissen auch konzeptionell entwickelt worden. Der Fortsetzung dieses basisdemokratischen Ansatzes entspricht die Ausbildung eines eigenverantwortlichen Netzwerks interessierter Gruppen und die Formierung eines Bundesverbandes Soziale Verteidigung als repräsentativem Organ.

Da die Soziale Verteidigung aber nicht allein eine Angelegenheit von Bürgerinitiativen und Verbänden, sondern auch eine Form der demokratischen Selbstbehauptung von Staatsorganen ist, muß auch auf dieser Ebene eine dynamische Form der Institutionalisierung gefunden werden. Da es sich um eine neue soziale Erfindung handelt, die noch weiter entwickelt werden muß, hat es keinen Sinn, diese Aufgabe wie in Österreich die Gesamtverteidigung durch das Bundeskanzleramt ohne eigene Behörde koordinieren zu lassen. Es bedarf einer neuen Institution, die Forschung, aktivierende Befragung, experimentelle Erprobung und systematische Einübung zu leisten vermag. Ich habe der Fraktion der Grünen im Bundestag bereits 1984 empfohlen, ein "Bundesamt für zivilen Widerstand" zu fordern, das sich mit der zivilen Phase der Defensiven Verteidigung und der zivilen Abwehr aller bewaffneten Eingriffe in den demokratischen Prozeß - im Sinne von Art. 20,4 des Grundgesetzes - zu befassen hat. Das Bundesamt soll zunächst die Forschung anregen und im Hinblick auf bestimmte Gefahrensituationen sich bei staatlichen Organen und gesellschaftlichen Verbänden nach Widerstandsmöglichkeiten erkundigen. Der Sache nach geht es nicht um das Anordnen von Widerstand, sondern um die "aktivierende Befragung" und Beratung, um Hilfestellung und Koordination der Vorschläge unter strategischen Gesichtspunkten. Das Bundesamt könnte dem Bundeskanzleramt oder auch dem Verteidigungsministerium zugeordnet werden. Ich habe - unter der Voraussetzung, daß sich ein verständnisvoller Minister findet und die Grünen maßgeblich sind bei der Besetzung des Bundesamtes - die Zuordnung zum Verteidigungsministerium empfohlen, damit auch innerhalb des Verteidigungsministeriums seine Umorientierung möglich wird und sich den Wehrpflichtigen die Perspektive eröffnet, sich über einen längeren Zeitraum berufsspezifisch zum Widerstandsberater (als Alternative zum Militärdienst und zum Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer) ausbilden zu lassen.



Da die öffentliche Verwaltung bei der Sozialen Verteidigung an der vordersten Front steht (7), verspreche ich mir gerade von der institutionellen Integration des Widerstandsgedankens in den Staatsapparat durch den Aufbau eines Bundesamtes für zivilen Widerstand einen historischen Sprung nach vorn. Während Max Weber im Monopol physischer Gewaltsamkeit noch das charakteristische Kennzeichen des modernen Staates sah - und das galt für moderne Staaten aller politischer Ausrichtungen, also für Diktaturen wie Demokratien - hoffe ich, daß in nicht allzu ferner Zukunft das Kennzeichen des modernen demokratischen Staates sein wird, daß seine Organe und seine BürgerInnen zum zivilen Widerstand fähig sind und der physischen Gewaltsamkeit - auch im Falle der militärischen Bedrohung - nicht mehr bedürfen, um sich zu behaupten. Es wird sicher nicht leicht sein, eine solche zivile Behörde neuen Typs aufzubauen, aber ich halte gerade auch dieses Unterfangen im Ursprung für ein Graswurzelprojekt.

Theodor Ebert

(Schlußkapitel der Vorlesung "Soziale Verteidigung" im Wintersemester 1987/1988 an der Freien Universität Berlin (gekürzt)

Anmerkungen:

1) So der Titel meines Aufsatzes in: Gewaltfreie Aktion 53/54, 1982

2) Th.Ebert, Schritte zur Sozialen Verteidigung. Vom Graswurzelprojekt zum Bundesamt für zivilen Widerstand. In: GWR Nr. 98/99, Nov. 1985, S. 24-28

3) Th.Ebert, Wie das Volk lernt, die Soziale Verteidigung zu wollen oder Der lange Marsch zur Widerstandsbereitschaft. In: Ders., Soziale Verteidigung, Waldkirch 1981, Bd 2, S. 104-113

4) Dieter S. Lutz, Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 22, Nov. 1987

5) Th.Ebert, Ziviler Widerstand im besetzten Gebiet, in: C.F. v. Weizsäcker (Hg), Die Praxis der defensiven Verteidigung, Hameln 1984

6) Th.Ebert, Die Diskussion um militärische und nichtmilitärische Defensivkonzepte aus deutscher Sicht und im Blick auf Österreich. In: Josef Binter, Wilfried Graf (Hg), Modelle alternativer Verteidigung und Sicherheit in Europa. Dialog. Beiträge zur Friedensforschung, Stadtschlaining, 10 (3/1987), S. 115-140

7) Th.Ebert, Soziale Verteidigung als Aufgabe der staatlichen Verwaltung. Vortrag vor Mitarbeitern der Verwaltungen und Friedensinitiativen des Kreises Minden-Lübbecke, 5.11.1987. In: Gewaltfreie Aktion, 72/73, 1987

Warten bis zum St.Nimmerleinstag?

Überlegungen zur politischen Durchsetzung der Sozialen Verteidigung

Kann Soziale Verteidigung über den parlamentarischen Weg oder nur über eine sozialrevolutionäre Umwälzung herbeigeführt werden? Christoph Besemer sieht in der Kombination beider Strategien keinen Widerspruch. (Red.)



Die Frage, ob und wie eine Soziale Verteidigung funktionieren könnte, stand lange Zeit im Mittelpunkt der Veröffentlichungen und Diskussionen zum Thema Soziale Verteidigung. Mehr und mehr rückt nun das Problem, wie sich die Soziale Verteidigung politisch durchsetzen und institutionell verankern läßt (oder auch nicht), in den Vordergrund der Überlegungen. Diese Frage gehört auch zu jenen Streitpunkten, die selbst bei BefürworterInnen der Sozialen Verteidigung grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten auslösen. Im Kern geht es um die Frage, ob und inwieweit eine gewaltfreie Soziale Verteidigung von einem ein Gewaltmonopol beanspruchenden Staat organisiert und durchgeführt werden kann.

Ich möchte hier den Versuch machen, aus den vorhandenen Diskussionsbeiträgen zu diesem Thema und eigenen Ideen eine realistische Strategie zur Durchsetzung der Sozialen Verteidigung zu entwickeln, die vielleicht manche Gegensätzlichkeiten überbrückt. Da es an der Zeit ist und auch möglich ist, erste gemeinsame Schritte in Richtung Soziale Verteidigung zu gehen, haben das erste bundesweite Treffen zur Sozialen Verteidigung in Mannheim und der gemeinsame Beschluß, einen Kongreß "Wege zur Sozialen Verteidigung" im Juni 1988 durchzuführen, gezeigt.

Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung

Wie noch gezeigt werden wird, ist es für eine politische Durchsetzungsstrategie sehr bedeutsam, von welchen - zu schaffenden - Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Soziale Verteidigung wir ausgehen. Es ließe sich eine ganze Liste von Voraussetzungen erstellen, die idealerweise gegeben sein sollten. Doch für unsere Zwecke sind zunächst nur die unbedingt notwendigen Voraussetzungen wichtig, ohne die idealen freilich aus den Augen zu verlieren!

Wenn wir ein Interesse daran haben, Soziale Verteidigung möglichst früh Wirklichkeit werden zu lassen - und nicht erst am "St.Nimmerleinstag" -, müssen wir von den gegebenen und in absehbarer Zeit verwirklichbaren Voraussetzungen ausgehen. Meiner Ansicht nach gibt es sechs Minimalvoraussetzungen, die für eine halbwegs erfolgversprechende Soziale Verteidigung unbedingt gegeben sein müssen:

1. Kein Einsatz von (noch bestehendem) Militär auf Seiten der VerteidigerInnen (Verzicht auf militärische Verteidigung).
2. Die Bereitschaft der Bevölkerung, Widerstand zu leisten, sich auf die Form der Sozialen Verteidigung einzulassen und sie nicht durch Kollaboration zu unterlaufen.
3. Das Wissen über die Grundprinzipien der Sozialen Verteidigung in breiten Kreisen der Bevölkerung.
4. Widerstandsfähigkeit und -erfahrung der Bevölkerung, was obrigkeitsstaatliches Den-ken ausschließt und die Fähigkeit zur demokratischen Selbstorganisation voraussetzt.
5. Ein gutes und funktionsfähiges dezentrales Kommunikationsnetz.
6. Eine gewisse wirtschaftliche Dezentralisierung, zumindest keine lebenswichtige Abhängigkeit von wenigen zentralen Betrieben. Auf jeden Fall sollte die Energie- und Lebensmittelversorgung auch bei Ausfall zentraler Einrichtungen sichergestellt werden können. Die Idealvoraussetzungen wären eine weitgehend dezentralisierte Wirtschaft mit angepaßter Technologie und selbstverwalteten Betrieben, basisdemokratische gesellschaftliche Entscheidungsprozesse und Menschen, die sich durch Selbständigkeit, Einsatz- und Widerstandsbereitschaft und Solidarität untereinander auszeichnen. Diese Idealvoraussetzungen sollten - nicht nur aus Gründen der Verteidigung - zu erreichen versucht werden, wenn die Minimalvoraussetzungen bereits verwirklicht worden sind.

Träger der Veränderung

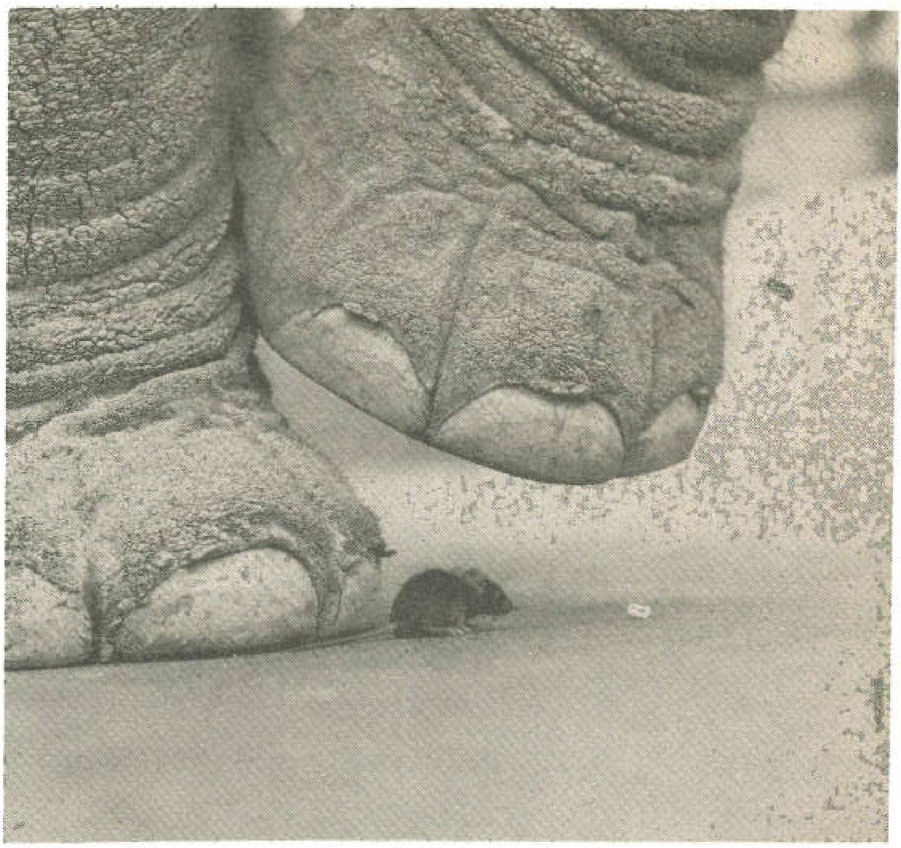
Wer kann nun die Veränderungen durchsetzen, die eine wirksame Soziale Verteidigung erfordert?

Der Verzicht auf den Einsatz von Militär zur Verteidigung kann am einfachsten durch einen Beschluß der jeweiligen Regierung bzw. Parlamentsmehrheit verwirklicht werden (1). Eine Regierung, die eine solche Entscheidung trifft, bräuchte dafür nicht einmal ein WählerInnenvotum für die Soziale Verteidigung eingeholt haben. Soziale Verteidigung kann also in diesem Punkt- beim gegenwärtigen parlamentarischen System der BRD -"von oben", d.h. ohne (Mehrheits-)Entscheidung der WählerInnenschaft eingeführt werden. Punkt zwei der Minimalvoraussetzungen für Soziale Verteidigung weist zwei verschiedene Aspekte auf: einerseits ist aufgrund der historischen Erfahrungen mit gewaltlosem Widerstand anzunehmen, daß die Mehrheit der Bevölkerung eine von oben "angeordnete" Soziale Verteidigung mittragen würde. Natürlich

wäre eine "aktive" Mehrheit besser, aber wir wollen zunächst von den Minimalanforderungen ausgehen. Andererseits kann eine allgemeine Widerstandsmotivation nicht erzwungen werden, sondern muß der Zufriedenheit und der weitgehenden Zustimmung zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen entspringen.

Die allgemeine Kenntnis der Prinzipien der Sozialen Verteidigung kann relativ schnell durch eine offizielle Aufklärungskampagne erreicht werden, aber auch - etwas zeitaufwendiger und mühsamer - durch Informationsarbeit unabhängiger Gruppen und Organisationen. Widerstandsfähigkeit und Widerstandserfahrung können schwerlich von Regierungsseite "vermittelt" oder "organisiert" werden. Sie sind vielmehr ein Ergebnis von Erfahrungen mit Widerstand und Zivilcourage, die jede/r selbst in seinem/ihrem Lebensbereich sammeln muß und kann.

Die beiden letzten Minimalvoraussetzungen, ein funktionsfähiges Kommunikationssystem und die Unabhängigkeit von zentralisierten Versorgungseinrichtungen, können sowohl durch Regierungshandeln als auch durch Selbstorganisation an der Basis erreicht werden, am besten durch eine Kombination von beidem.



Sozialrevolutionärer und parlamentarischer Ansatz: Gegensatz oder Ergänzung?

Soziale Revolution und Widerstandskultur

Die idealen Voraussetzungen sind schwerlich als Ergebnis von staatlichen Maßnahmen vorstellbar, da es in einer so beschriebenen Gesellschaft keine Regierung im jetzigen Sinne mehr gibt, deshalb auch erheblicher Widerstand bislang herrschender Kreise zu erwarten ist. Eine solche Gesellschaft würde auf Selbstverwaltung und basisdemokratischen Entscheidungsprozessen beruhen, was wiederum die Eigenaktivität der Betroffenen voraussetzt.

Die idealen Voraussetzungen für eine Soziale Verteidigung können also wohl nur Ergebnis einer sozialen Revolution sein. Nähme man die Idealvoraussetzungen zum Maßstab für die Einführung der Sozialen Verteidigung, würde sie das in unerreichbare Ferne rücken.

Die Minimalvoraussetzungen dagegen erscheinen gar nicht mehr so "utopisch". Viele der Minimalvoraussetzungen könnten durch Regierungshandeln geschaffen bzw. gefördert werden - und das auch noch schneller als durch Basisaktivitäten. Nur: Die Punkte "Widerstandsbereitschaft", "Widerstandsfähigkeit" und "Widerstandserfahrung" würden den BürgerInnen "erspart" bleiben, wenn die Soziale Verteidigung ausschließlich von oben durchgesetzt und vorbereitet würde, - und ohne diese "Widerstandskultur" würde die Soziale Verteidigung sicher früh zusammenbrechen...

Außerdem muß durch Druck von unten und neuen politischen Mehrheiten die Regierung erst einmal auf einen solchen Kurs gebracht werden. Und dazu braucht es wiederum aktive BürgerInnen! Den großen Wirkungsmöglichkeiten von Seiten des Staates steht also immer die Notwendigkeit einer engagierten Bevölkerung gegenüber! Dieses "Dilemma" - das wir zum Glück haben! - muß bei allen Umstellungsstrategien berücksichtigt wer-den!

Probleme bisheriger Umstellungskonzepte

Es gibt mittlerweile einige verschiedene Vorschläge und Gedanken zur Durchsetzung und Vorbereitung der Sozialen Verteidigung (2). Ich möchte hier nicht auf die einzelnen Konzepte eingehen, sondern anhand einer Gegenüberstellung vereinfachter und überzeichneter Modelle die Probleme deutlich machen und meinen Lösungsvorschlag daraus ableiten. Es ist mir klar, daß keiner der verschiedenen Autoren eines dieser Modelle in Reinform vertritt. Diese Unterstellung ist meines Erachtens eine der Ursachen der hitzigen Diskussion über diese Frage. Für meine Zwecke verwende ich jedoch die bewußt einseitig gehaltenen Modelle, ohne sie bestimmten Personen zuzuordnen.

Ich unterscheide im folgenden einen "sozialrevolutionären" und einen "parlamentarischen" Ansatz sowie den "Komitee-Gedanken".

Der sozialrevolutionäre Ansatz

Der "sozialrevolutionäre Ansatz" weist zurecht darauf hin, daß das Militär nicht einfach ein "Baustein" der bestehenden Gesellschaftsordnung ist, der ohne weiteres durch einen anderen, nämlich durch die Soziale Verteidigung ersetzt werden kann. Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sind in vielfältiger Weise mit dem Militär verknüpft und auf es angewiesen, so daß es nicht folgenlos durch die völlig andersgeartete Soziale Verteidigung ausgetauscht werden kann. Politisch und wirtschaftlich einflußreiche Kräfte werden sich solchen Veränderungen energisch widersetzen. Soziale Verteidigung erfordert deshalb zuerst die Überwindung des gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems.

So einleuchtend die Kritik an der "Baustei-ne"-Theorie ist, so unverständlich ist die strategische Schlußfolerung, daß erst das Ganze "umgekrempelt" werden müsse, bevor ein Bestandteil des alten Systems verändert werden könne. Um wieviel schwerer dürfte es sein, eine umfassende soziale Revolution zustandezubringen, als eine wesentliche Stütze des Staates, das Militär, anzugehen! Und wenn das Militär eine solch wichtige Rolle spielt, könnte dessen Abschaffung ja der erste Schritt oder Anstoß einer sozialen Revolution sein. Überdies lassen sich für eine begrenzte Veränderung sicherlich mehr Menschen mobilisieren als für eine umfassende Gesellschaftsveränderung.

Der sozialrevolutionäre Ansatz gibt keinen realisierbaren und zeitlich begrenzten Weg zu seinem Ziel an und läßt die Frage offen, warum eine Bevölkerung, die eine gewaltfreie soziale Revolution durchzuführen vermag, nicht schon vorher erfolgreich das

Wir machen weiter!

Zur Zukunft der GRASWURZELREVOLUTION



Es geht weiter mit der GRASWURZEL-REVOLUTION!!

Sovielistklar. Entgegen allen Befürchtungen, wie sie in unserer letzten Ausgabe geäußert werden mußten, wird die GWR auch in Zukunft weiter erscheinen.

Auf dem Dezember-KoRat in Köln sprachen sich alle Gruppen der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (die Herausgeberin dieser Zeitschrift) für den Weiterbestand der GRASWURZELREVOLUTION aus. Zur Erinnerung: Der Auflagenrückgang der letzten Jahre und die damit einhergehenden finanziellen Probleme zwingen uns, nach neuen Wegen zu suchen, die zu einer Auflagensteigerung führen, die Produktion weiter verbilligen und/oder neue Finanzquellen erschließen.

Die Diskussion darüber ist noch nicht abgeschlosen. Auf dem Dezember-KoRat wurde eine Übergangsphase beschlossen, die mit einer Entscheidung auf dem FöGA-Bundestreffen Mitte Mai abgeschlossen wird. Klarwurde anhand der Diskussion, daß mit der Entscheidung über die Zukunft der GRASWURZELREVOLUTION auch verschiedene inhaltliche Konzepte und Finanzierungspläne abgestimmt werden müssen.

Das Bundestreffen wird nicht nur über monatliche, zweimonatliche oder vierteljährliche Erscheinungsweise entscheiden, sondern auch über die inhaltliche Ausrichtung der Zeitung bestimmen. In einigen Wochen werden wir wissen, ob die zukünftige GWR als eine mehr als jetzt anarchistisch-gewaltfrei orientierte Zeitung weitergeführt wird oder ob eine Öffnung über den bisherigen Graswurzelansatz hinaus auch auf andere Strömungen der außerparlamentarischen Bewegung hin erfolgt. Die Umstrukturierung wird sich außerdem auf die Organisation der Redaktionsarbeit, den Einsatz von Technologie und evtl. auch den Redaktionsort beziehen.

Am Ende soll eine GRASWURZELREVOLUTION stehen, die den Bedürfnissen der Graswurzelbewegung besser entspricht, sowohl was die Weiterentwicklung innerhalb unseres Zusammenhangs als auch unsere politische Wirkung nach außen angeht. (Wer Näheres über den Fortgang der Zeitungsdiskussion erfahren möchte, wende sich an die Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr.6, 5000 Köln 60, Tel. 0221-76 58 42)



Die "Übergangsphase" ist der Grund dafür, daß ihr erst jetzt wieder ein Heft der GRASWURZELREVOLUTION erhaltet. Neben der Diskussion um die Zukunft der Zeitung war vor allem die Produktion dieser Doppelnummer ein dicker Brocken Arbeit. Seit Januar arbeiten wir hier nur noch zu zweit. (An dieser Stelle besonders herzlichen Dank an Christine aus der Graswurzelwerkstatt für ihre tatkräftige und sachkundige Unterstützung und den übrigen WerkstattarbeiterInnen für die durch Christines Abwesenheit verursachte Mehrarbeit!) Die Anschaffung eines neuen Computers hatte einige technische Katastrophen und damit verbunden zeitliche Verzögerungen zur Folge.

Jedenfalls sind wir gespannt, ob unsere graswurzeligen Ideen von Sozialer Verteidigung auf dem Mindener Kongreß im Juni auf fruchtbaren Boden fallen werden. Ebenso möchten wir euch auf zwei weitere interessante Veranstaltungen in den kommenden Monaten hinweisen: das Bundestreffen der FöGA im Mai in der Nähe von Kassel und die Dreijahreskonferenz der WRI im Juni in Finnland (näheres in dieser Beilage). Die nächste Ausgabe der GRASWURZELREVOLUTION erscheint frühestens im Juni, ein etwaiger unregelmäßiger Ersscheinungsrhythmus über die Sommermonate ist möglich.

Und last but not least: Wie auch immer die neue GRASWURZELREVOLUTION aussehen wird - ohne euere Spenden kann sie nicht existieren. Wir danken allen bisherigen und zukünftigen SpenderInnen ganz herzlich.

Mit den besten Wünschen für einen schönen Sommer verabschiedet sich

eure Restredaktion

Unsere Kontonummer ist nach wie vor: 266 57 - 207 PGA Hamburg

Einladung zum

FöGA-Bundestreffen

vom 11.-15.Mai in Niederkaufungen bei Kassel

Das diesjährige Bundestreffen der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen/Graswurzelrevolution (FöGA) findet im Tagungshaus der Kommune in Niederkaufungen statt. Zwei Hauptthemen werden das Treffen bestimmen:

1. Die Zukunft der Graswurzelrevolution.

Nach einer mehrmonatigen Diskussionsphase steht jetzt die Entscheidung darüber an, mit welchem inhaltlichen Konzept und welcher Erscheinungsweise die Zeitung künftig herausgeben werden soll.

2. Arbeitsweise und Struktur der FöGA.

Hier geht es um die Auswertung unserer Politik und internen Arbeitsweise in den letzten zwei Jahren, und um die Frage nach strukturellen/organisatorischen Konsequenzen.

Außerdem wird es an einem Tag thematische Arbeitsgruppen zu Aktionen und Kampagnen 1988/1989 (z.B. Anti-Porno-Kampagne), zu internationalen Fragen (WRI) und zu Bildungsarbeit geben. Die Abende sind für informelle Treffen und Kultur freigehalten.

Alle Mitglieder und FreundInnen der FöGA sind herzlich eingeladen, an dem Bundestreffen teilzunehmen.

Anreise: Mittwoch, 11. Mai abends.
Abreise: Sonntag, 15. Mai mittags
Kosten: 75 DM / 90 DM, je nach Einkommen (Richtpreis 80 DM)

(Geld sollte aber kein Hinderungsgrund sein, teilzunehmen. Wer die Kosten absolut nicht aufbringen kann, melde sich bitte in der Graswurzelwerkstatt.)

Anmeldung:

Graswurzelwerkstatt
Scharnhorststraße 6
5000 Köln 60
Tel. 0221/76 58 42

Nähere Unterlagen werden Euch nach der Anmeldung zugeschickt, sofern Ihr nicht sowieso den FöGA-Rundbrief bezieht.



Ohne Waffen – aber nicht wehrlos!

Bundeskongreß

Wege zur Sozialen Verteidigung

Stadthalle Minden in Westfalen vom 17. – 19. Juni 1988

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Die großen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte sind Abrüstung, ökologische Einpassung der Industriegesellschaften und die gerechte Verteilung der Güter dieser Erde. Machen wir uns keine Illusionen: Das „Weiter-So" der industriellen Wachstumsgesellschaften braucht die militärische Übermacht – besonders gegenüber der „Dritten Welt".

Wer vollständige Abrüstung will, wer aus weltweiter Verantwortung unsere Selbstbegrenzung in Produktion und Konsum befürwortet, muß rechtzeitig bedenken, daß ein solch grundlegender Wandel auch von außen und innen bedroht sein könnte. Werden denn alle Privilegierten aus Einsicht ihre Machtpositionen aufgeben? – Bei einem ökopazifistischen Umstellungsprozeß muß von Anfang an mit der Möglichkeit militärischer Intervention gerechnet werden.

Es genügt nicht, sich auf das Anwachsen der sozialen Bewegungen und auf neue Mehrheitsverhältnisse zu verlassen. Vielmehr müssen wir uns jetzt schon überlegen:
- Wie kann akuter Kriegsgefahr begegnet werden?
- Wie kann der Verwicklung der Bundesrepublik in aktuelle kriegerische Auseinandersetzungen Widerstand entgegengesetzt werden?
- Wie können die angestrebten Strukturveränderungen gegen militärische Eingriffe gewaltfrei verteidigt werden?

Aus historischen Erfahrungen mit nichtmilitärischem Widerstand sind Konzepte der Sozialen Verteidigung entwickelt worden. Viele Kriegsdienstverweigerer beziehen sich in ihrer Gewissensentscheidung darauf. Ursprünglich wurde soziale Verteidigung lediglich als Widerstand gegen militärische Übergriffe von außen (Invasion) oder innen (Staatsstreich) definiert. Darüber hinaus machen die sozialen Bewegungen heute wichtige Erfahrungen in ihrem Widerstand. In zivilem Ungehorsam und anderen gewaltfreien Aktionen zeigen sich Fähigkeiten, die der Vorbereitung auf Soziale Verteidigung dienen können.

Der Bundeskongreß „Wege zur Sozialen Verteidigung" soll die Vorschläge der Friedensforschung und die Erfahrungen der sozialen Bewegungen zusammenführen. Er soll das Wissen über Soziale Verteidigung verbreiten und vertiefen und Perspektiven zu ihrer Durchsetzung entwickeln. Wir laden alle Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen ein, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und den Schutz von Mensch und Umwelt verwantwortlich fühlen und die sich für die Entwicklung gewaltfreier Widerstands- und Verteidigungsformen einsetzen wollen.

Wir hoffen, daß der Bundeskongreß vom 17. – 19. Juni 1988 in Minden einen Schritt darstellt auf dem Weg in eine Gesellschaft, die mehr und mehr in die Lage kommen muß, sich sozial verteidigen zu können, wenn sie nicht untergehen will.

Mit freundlichen Grüßen

Der Trägerkreis

Anfragen an:
Kongreßbüro
Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e.V.
Alte Kirchstraße 1 a
4950 Minden
Tel.: 05 71 - 2 43 39

Programm

Freitag, 17. Juni 1988 – Stadthalle

11.00 Uhr **Öffnung des Kongreßbüros zur Anreise, Quartiervergabe usw.**

16.00 Uhr **Eröffnung des Kongresses**
Dr. Hans Gressel, Präsident des Internationalen Versöhnungsbundes, Deutscher Zweig
Grußworte: Landrat Heinrich Borcherding, Bürgermeister Heinz Röthemeier

Podiumsdiskussion zur Kongreßeinführung unter den Leitfragen:
– Was ist Soziale Verteidigung?
– Warum ist Soziale Verteidigung jetzt eine geschichtliche Notwendigkeit?
– Wodurch werden wir bedroht?
– Ist Soziale Verteidigung zu verwirklichen?

Diskussionsteilnehmer: Theodor Ebert, Prof. für Politologie an der FU Berlin
Petra Kelly, MdB, Die GRÜNEN
Christiane Schweitzer, Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
Moderation: Martin Singe, Initiative Kirche von unten
Musikalische Umrahmung: Kammerorchester Lebenslaute

18.30 Uhr **Abendessen**

20.00 Uhr **Ein Abend zum Zuhören/**Moderation: Benjamin Pütter, Berlin
„Erinnerungen und lebensgeschichtliche Erfahrungen aus der Friedensbewegung"
Gespräche mit Gert Bastian, Franz von Hammerstein, Robert Jungk, Helga Tempel
Kabarett „Die Stichlinge", Minden / Lieder mit Miriam Brinkmann und Birgit Berg
Moritatengesang der „Frauen für den Frieden ", Minden

22.30 Uhr **Meditation mit Karin Zeitler oder Spätschoppen im Bürgerzentrum**

Samstag, 18. Juni 1988 – versch. Häuser der Altstadt

7.45 Uhr **Meditation**

8.30 Uhr **Frühstück**

9.00 Uhr **Arbeitsgruppen** (siehe nebenstehende Seite)

12.15 Uhr **Mittagessen**
anschließend Möglichkeit zu
– Gesprächen
– Informationen über Arbeitsmaterialien
– kulturellen Aktivitäten (Plakatgestaltung, Malen, Musik machen, Texte gestalten)
– Karin Zeitler: Zu sich selber kommen. Bewegung und Besinnung
– einer antimilitaristischen Stadtrundfahrt
– einer Vorstellung des „Ernst Friedrichs Antikriegsmuseum" (Tondiaserie)

15.00 Uhr **Fortsetzung der Arbeitsgruppen**
Zusätzlich: „Bürgergespräch" – Betroffene erfinden neue Wege
Organisation: Wortwerkstatt

18.00 Uhr **Abendessen auf eigene Rechnung**

19.00 Uhr **Streitgespräch über verschiedene Verteidigungsformen**
Gesprächsteilnehmer: Andreas von Bülow (MdB, SPD); Kurt Biedenkopf (MdB, CDU)
Vertreter/in der FDP; Roland Vogt (Die GRÜNEN);
Theodor Ebert (Professor FU Berlin)
Gesprächsleitung: Karlheinz Koppe (Pax Christi)

21.00 Uhr **Kulturprogramm**

23.00 Uhr **Spätschoppen im Bürgerzentrum**

Sonntag, 19. Juni 1988 – Stadthalle

8.00 Uhr **Frühstück**

8.30 Uhr **Christliche Morgenandacht** in der Martinikirche
Gestaltung: Gruppe Senfkorn, Christliche Friedensleute Minden
oder Quäkerandacht im Martinihaus

10.00 Uhr **Schlußveranstaltung** / Moderation: N.N.
Vier Kongreßbeobachter/-innen fassen die Arbeitsergebnisse des Kongresses zusammen und berichten über Meinungen und Vorschläge zur Weiterarbeit.

Vertreter/-innen verschiedener Verbände, Organisationen und Initiativen nehmen Stellung zu ihren Möglichkeiten der Weiterarbeit.

Musikalische Umrahmung: Kammerorchester Lebenslaute

12.30 Uhr **Mittagessen**

Arbeitsgruppen und Workshops

I. Wege und Konzeptionen der Sozialen Verteidigung, militärische Strategien und Bedrohungen

1 Einführung in die Soziale Verteidigung
Ref. Eike Dechow

2 Einführung in die Soziale Verteidigung, an hand von aufgearbeitetem didaktischem Material und einem Planspiel
Ref. Paul Russmann, Ulli Stattmann, Andrea Pfeiffer

3 Soziale Verteidigung und militärische Abrüstungsmodelle
Ref. Wilhelm Nolte, Alfred Walter.
Org. Richard Ackva

4 Soziale Verteidigung und politische Friedenssicherung
Ref. Gregor Witt
Org. Gert Künzig

5 Militarisierung Westeuropas im Verhältnis zum zivilen Europa. Chancen von Sozialer Verteidigung angesichts einer Militärgroßmacht Westeuropa?
Ref. Roland Vogt

6 Feindbildabbau und blockübergreifende Friedensarbeit
Ref. Heiner Häberlein

7 Soziale Verteidigung gegen Kolonialismus und Unterdrückung von Minderheiten in aller Welt
Ref. Hajo Karbach

8 Verhandeln statt Krieg! – Soziale statt militärische Mobilmachung im internationalen Krisen- und Spannungsfall (ein Planspiel)
Ref. Wolfgang Kopf
Org. Falk Bloech

9 Gewaltfreie Strategie/Ziviler Ungehorsam und soziale Verteidigung
Ref. Wolfgang Sternstein

10 Bedrohungsanalyse und Abhaltestrategie
Ref. Theodor Ebert

11 Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben? – Soziale Verteidigung mit oder gegen die Regierung?
Ref. Peter Wattler

12 Soziale Verteidigung als Perspektive für abgerüstete Kleinstaaten in Europa
Ref. Andreas Gross
Org. Gruppe „Schweiz ohne Armee"

II. Wege der Motivation, Pädagogik und Didaktik der Sozialen Verteidigung

1 Grenzen der Gewaltfreiheit – Grenzen der Sozialen Verteidigung?
Ref. Arnold Köpke-Duttler
Org. Gert Künzig

2 Anforderungen an den Umgang mit sich selbst und anderen – psychologische und pädagogische Aspekte zur sozialen Verteidigung
Ref. Helmut Ockel, Hans Peter Nolting

3 Didaktik der Sozialen Verteidigung
Ref. Günter Gugel, Renate Molzer, H.-Georg Wittig
Org. Theodor Ziegler

4 Christen auf dem Weg zur Sozialen Verteidigung
Ref. Konrad Lübbert, Heinz Wagner
Org. Berthold Keunecke

5 Spirituelle Kräfte in der Sozialen Verteidigung
Ref. Karin Zeitler, Wolfram Nolte (Wassermann Zentrum), Stefan Schülle (Arche Sichelschmiede), Jutta v. Ochsenstein (Karl Kabatthaus, Mutlangen)
Ilse Rendtorff (Friedens-Meditationen)

III. Wege der Umsetzung, gesellschaftliche Voraussetzungen und gesellschaftliche Bezüge

1 Internationale Aspekte der Sozialen Verteidigung
Ref. Vertreterinnen aus dem Larzac; Christian Mellon, Quäker Org. Martin Humburg, Kim Altmeier

2 Soziale Verteidigung und Neue Soziale Bewegungen
Ref. Christoph Then, Martin Singe
Org. Christine Schweitzer

3 Soziale Verteidigung und öffentliche Verwaltung
Ref. Barbara Müller, Roland Geitmann

4 Gesellschaftliche und ökonomische Voraussetzungen zur Sozialen Verteidigung
Ref. Gernot Jochheim

5 Kommunale Friedensarbeit und regionale Einbettung des Konzepts der Sozialen Verteidigung
Ref. Olaf Achilles, Gerd Biederbeck
Org. Kurt Südmersen

6 Historische Fallstudien – CSSR 1968 - 1988
Ref. Vladimir Horsky
Org. Manfred Sanftleben

7 Soziale Verteidigung und Rüstungskonversion
Ref. Mitarbeiter einer Rüstungskonversionsgruppe aus Bremen
Org. Anne Dietrich

8 Soziale Verteidigung und neue Technologien
Ref. Achim Huber
Org. Richard Ackva

9 Männer und Soziale Verteidigung
Ref. Andreas Peters

10 Frauen und Soziale Verteidigung
Ref. Frauen für den Frieden (Niederlande)
Org. Renate Wanie

11 Neue Wege – Konzepte aus der Basis (Ideen, Gesellschaftsstrukturen, Vernetzungsvorschlag „Lebens-Stützpunkte")
Ref. Birgit Berg, Brigitte Müller
Org. Wortwerkstatt

Kongreßbegleitende Angebote:

- Ideen-Werkstatt „Wege-Netz zur Sozialen Verteidigung" mit Beteiligungsmöglichkeiten für Jedermensch
- Straßentheater
- Austellungen: „Freundbilder – Schritte zur Entfeindung" (Wortwerkstatt)
  „Schreck lass' nach" Abschreckung und andere Utopien – Eine Ausstellung zur Sicherheitspolitik (AGFP)
  „Wirklichkeiten" (Klemens Jakob)
- Jugendkakao: Programm von Jugendlichen und Kindern für Jugendliche und Kinder (ab 10 Jahre)
- Kinderbetreuung ab 3 Jahre.

Spendenaufruf

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Der Bundeskongreß „Wege zur Sozialen Verteidigung" hat zum Ziel, die Diskussion über Soziale Verteidigung und ihre Durchsetzungsmöglichkeiten in einem weiteren Rahmen als bisher üblich zu führen.

Da viele der Interessenten/-innen für eine solche Diskussion als Schüler, Studenten, Zivildienstleistende, Arbeitslose (oder auf den grauen Arbeitsmarkt Abgedrängte) keinen hohen Beitrag leisten können, läßt sich ein solcher Kongreß nicht über Teilnehmerbeiträge finanzieren. Auch die an der Vorbereitung beteiligten Gruppen und Organisationen können für ein solches Projekt nur einen begrenzten Zuschuß leisten.

Wir bitten Sie daher zu überlegen, ob Sie zur Finanzierung des Kongresses beitragen können. Wir sind zur Ausstellung von steuerabzugsfähigen Spendenquittungen berechtigt. Wir stellen bei einer Spende über 100,– DM eine steuerabzugsfähige Spendenquittung aus. Bei Spenden unter DM 100,– kann das beiliegende Formular verwendet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Trägerkreis
i.A. gez. Kurt Südmersen

Bankverbindung
Sparkasse Minden-Lübbecke
(BLZ 490 501 01)
Konto-Nr. 89 420 814

Trägerkreis

Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden ✻ Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion – Kurve Wustrow ✻ CVJM – Friedensnetz, Gruppe Minden ✻ Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner ✻ Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDV in der BRD ✻ Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDV in Westfalen ✻ Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen – Graswurzelrevolution ✻ Friedensausschuß der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) ✻ Friedensbüro Hannover ✻ Friedenszentrum Braunschweig ✻ Die GRÜNEN – Bundesvorstand ✻ Die GRÜNEN – Fraktion des Bundestages ✻ Die Grünen – Landesverband Niedersachsen ✻ Die GRÜNEN – Kreisverband Minden-Lübbecke ✻ Gustav – Heinemann – Initiative ✻ Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig ✻ Initiative Kirche von unten ✻ Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung ✻ Oekumenisches Begegnungszentrum – Internationales Freundschaftsheim Bückeburg ✻ OHNE RÜSTUNG LEBEN ✻ Pax Christi ✻ Pressehütte Mutlangen ✻ Schweiz ohne Armee ✻ Senfkorn – Christliche Friedensleute, Minden ✻SPD – Stadtverband Minden ✻ SPD – Ortsverein Minden ✻ SPD – Ortsverein Königstor, Minden, ✻ SPD – Ortsverein Bärenkämpen ✻ Jusos, Stadtverband Minden ✻ Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

Kleinanzeigen

Gewaltfreie Politik in der BRD heute. Zu diesem Thema fand im Dezember 1987 in Burscheid eine Tagung statt. Thesenpapiere, Statements und Protokolle dieser Tagung sind jetzt zusammengefaßt in einer Dokumentation erhältlich. Sie kann für DM 5,- (plus DM 1,- Versandkosten) bestellt werden bei der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60.

Alte Hefte der **Haberfeld** (unzensierte Gefangenenzeitung) noch erhältlich: Nr.1, 3-6 je DM 3,50; Jahrbuch '87 DM 8,-; Sonderheft Literatur DM 3,50; alles inclusive Porto. Zu bestellen bei: Anares Medien, Mühle 28, 5270 Gummersbach

Pressespiegel **"Oberpfalz Rückblende"** erscheint monatlich. Für DM 6,- plus Porto bzw. im Abo DM 6,- inclus. Porto zu bestellen beim Infobüro Altenschwand, Altenschwand 91, 8465 Bodenwöhr, Tel. 09434/ 33 68

"Wehrpflicht und Berlin": Die neue Broschüre der IDK Berlin zum Thema Berlin-Status, Umzug, Altersregelung 28/32, KDV, Zivildienst, Totalverweigerung, zur Vermeidung aller Zwangsdienste. Alle Infos auf dem aktuellen juristischen Stand! Zu bestellen gegen DM 3,50 pro Stück auf Konto 160776-105, PGA Berlin-West, IDK (Absender nicht vergessen).

50 Friedenstauben für DM 35,- plus Porto; **"Rechts-Staat BRD"**: eine Broschüre zu KDV/TV und Zivildienst, Friedensbewegung, Blockaden, Frauen zum Bund, Startbahn, Asylpolitik, Rechtsextremismus, Vobo und CDU; beides zu bestellen bei Holger Halfmann, postlagernd, 7075 Mutlangen

TeamerInnen für internationale Begegnungen (Workcamps) in der BRD gesucht. Zeitpunkt: Juli - September 1988 für jeweils drei Wochen. Honorar: DM 200,- plus Fahrtkosten. TeamerInnen-Seminare: März oder April. Christlicher Friedensdienst, Rendeler Str. 9-11, 6000 Frankfurt 60, Tel. 069-584663

Friedenspostkarten mit Aufkleber von: Der Wassermann, Frankenstr. 5, 6600 Saarbrücken 2

Neue Videofilmliste mit Filmen zu autonomen Kämpfen herausgekommen: "Projekt Arthur"- die Gewaltfrage 1968, BRD; "Neue Kunst des Strafens" - Knast BRD; "9 Tage auf den Barrikaden" - Häuserkampf in Dänemark; "Kraak de Leegstand" - Kraakerbewegung in Amsterdam; "Martxa eta Borroka" - Kampf der Basken um Autonomie; "Plastic Bullets" - Aufstandsbekämpfung in Irland; "Cuentame de Esteli" - Nicaragua; "Schatila" - Lagerkrieg in Beirut. Erhältlich bei: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstraße 20, 7800 Freiburg, Tel. 0761/70 97 57

Planeta Mar Foundation: Wer interessiert sich für Hochseesegeln, Meeresökologie und eine kollektive, nomadische und anarchisch-engagierte Lebensweise? Auch suchen wir Kontakte zu libertären Kommunen oder Wohnkollektiven im Raum Hamburg-Bremen. Kontakt: Gerhard Söllinger, Flugplatzstr. 14 b, A-4600 Wels, Österreich

Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer: Die konsequente Ablehnung jeglicher Kriegsdienste kostet Totale KDVer in der Regel Knast- oder Bewährungsstrafen und oftmals mehr als DM 1000,- für Anwalts- und Gerichtskosten. Der Fond ersetzt einen Teil dieser Kosten - wenn Geld vorhanden ist! Spenden sind deshalb dringenst erbeten auf das Konto: 2834 79-709, PGA Stuttgart, BLZ 600 100 70 . Weitere Infos bei Stephan Philipp, Immenhoferstr. 7b, 7000 Stuttgart 1.

Landbau-Selbsthilfe-Projekt: Die Existenz unseres unabhängigen (also kein staatl. "Entwicklungs"-hilfeprojekt) ökologischen Landbau-Selbsthilfe-Projektes in Senegal/Gambia (Westafrika) ist zur Zeit arg gefährdet. Wir bitten alle LeserInnen der Graswurzelrevolution sehr herzlich darum, daß jede/r einen kleinen Betrag spendet. Wir sind 168 BewohnerInnen, davon 86 Kinder. Verwendungsinfos (Landbewässerung, Hüttenbau, Brunnenbau, Wiederaufforstung, medizinische Versorgung, freiwilliger Unterricht) bei Spende auf Konto Schröder-Senegambia (Stichwort), Kto 510001517169, Verbraucherbank, BLZ 202 203 00

Spendenaufruf: Hey, People! Die meisten Anti-WAA-Aktiven unter Euch kennen Rosa sicher, Bäuerin, "Chaotenmutter" und liebe Freundin aus Kronstetten/Wackersdorf. Trotz massivster Repression (z.B. die 91 Festnahmen im Herbst '87) gibt es immer noch Pennplätze mit Vollpension auf ihrem Hof - zum Nulltarif, logo. Wir sollten uns revanchieren - auch "Rechts"-wege kosten Geld. Daher: "Kohle für Rosa", Kto 61 35 54, Vereinigte Sparkasse des Landkreises Pfaffenhofen, BLZ 15 16 50. Im voraus 1000 Dank. Alle Kraft der Welt wünscht Euch Marc.



Internationales Workcamp für KriegsdienstverweigerInnen, Finnland, Aland-Inseln zur Vorbereitung und Durchführung der WRI-Konferenz. 15 TeilnehmerInnen., Anmeldung: KVT (finnischer Zweig des Service Civil International), Peacestation, Veturitori, SF-00520 Helsinki

Seminare und Kongresse

...der **Kurve Wustrow**, Kirchstr. 14, 3135 Wustrow, Tel. 058 43/ 507:

6.5.-8.5. *Erfahrungen mit dem all-täglichen Sexismus* (nur für Frauen). Wir wollen Alltagserlebnisse ebenso wie Fragen zu "Sexismus und Militarismus" bearbeiten, eigene Erfahrungen austauschen und in der Geschichte nachforschen. Referentinnen: Antje Kirbis, N.N.

27.5.-29.5. *Martin Buber und Monhandas K. Gandhi* - Gedanken zu einem unterbliebenen Dialog zur Frage des gewaltfreien Widerstandes unter totalitären Herrschaftsbedingungen. Referenten: Christian Bartolf, Arnold Köpcke-Duttler.

4.7.-8.7. *Fahrrad - Ferien - Freizeit.* Radtouren im Wendland, von den prähistorischen Stätten bis Gorleben. Leitung: August Quis, Martin Humburg.

2.-5.6.: *The Face Behind the Uniform.* A Training Seminar for Military Counselors, organized by the Military Counseling Network with the assistance of CCCO and EIRENE. We must request that only those serious about working with the Network register for the training seminar. Seminar Language: English, Cost: DM 100,-. Place: Engerser Str. 74b, 5440 Neuwied 1. Registration: Military Counseling Project Mutlangen, Forststr. 3, 7075 Mutlangen, Tel. 07171/ 75 288

...der **ag sozialpolitischer arbeitskreise**, Kistlerstr. 1, 8000 München 90, Tel. 089/691 78 21 6.5.-8.5. *Treffen der Wissenschaftsläden mit ökolog. Forschungsgruppen*, Ort: n.n. 10.6-12.6. *Sicherheitsgesetze/Bessere Erfassung durch neue Medien im Bereich der sozialen Kontrolle*. Ort: Fronhausen/Lahn

...des **Fränkischen Bildungswerks für Friedensarbeit e.V.**, Kaulbachstr. 22 HH, 8500 Nürnberg 10, Tel. 0911/ 36 26 33 6.5.-7.5. *Militärische Neubauten - was tun?* Ort: Nürnberg, Karl-Bröger-Eck; Kosten: DM 15,-, Leiter: Dieter Deiserroth, Olaf Achilles. 1.7.-3.7. *Die Armut wandert.* Herausforderung an die Seßhaften, Ort: FBF, Referent: Heinrich Haußmann. 6.7.-16.7. "Versöhnung mit der Natur" *Studienfahrt nach Larzac/Südfrankreich* Deutsch-französisches Seminar über den ganzheitlichen Ansatz der Gewaltfreiheit am Beispiel des Lebens auf dem Larzac. Kosten: ca. DM 300,-/450,-. 8.7.-10.7. *Lernort Dachau.* Wochenendseminar über das Funktionieren des KZ Dachau sowie über den Aufbau und die Logik des deutschen Faschismus, Ort: Thalmässing, Kosten: DM 30,- 15.6.-.6.88

Phänomen Militarismus bekämpft haben kann. Der sozialrevolutionäre Ansatz läßt unszudemrelativratlosvorderFragestehen, was wir denn hier und jetzt für die Soziale Verteidigung konkret tun können.

Ein weiterer Aspekt wäre der, daß vielleicht die Idealvoraussetzungen für die Soziale Verteidigung nicht ohne soziale Revolution herbeigeführt werden können, die Minimalvoraussetzungen dagegen schon. Diese Minimalvoraussetzungen bedeuten noch keinen so gravierenden Wandel der Verhältnisse, daß die herrschenden Machteliten sich zwangsläufig dagegen auflehnen müßten. Siekönntenbeieinementsprechenden Maß an Druck von unten solche Veränderungen tolerieren. Ist erst einmal diese Stufe erreicht, stellt sich die Frage nach der sozialen Revolution von Neuem und unter günstigeren Vorzeichen...

Der parlamentarische Ansatz

Der pragmatischere "parlamentarische Ansatz" hat den Vorteil, daß er konkrete und -trotz aller Bedenken-verwirklichbare Zwischenziele angibt. Der "Motor" für die Veränderungwärehierbeieinean der Regierung beteiligte Partei (die Grünen), welche die Soziale Verteidigung voranbringen und institutionell verankern kann, auch wenn sich noch keine Bevölkerungsmehrheit für sie ausspricht.

Diese Möglichkeit ergibt sich in besonderem Maße, wenn man annimmt, daß ein zukünftigesrot-grünes Regierungsbündnis ein militärisches Defensivkonzept à la Afheldt verwirklichenmöchte. Da dieses Konzept für die Verteidigung von Städten jedoch untauglich ist bzw. dafür die Soziale Verteidigung vorsieht, könnte über diesen Umweg der Einstieg in die Soziale Verteidigung gelingen. Nunsieht es gegenwärtig allerdings nicht sehr günstig für ein solches Konzept aus: die Hoffnung auf eine rot-grüne Regierungsmehrheit mußte nach den letzten Wahlen auf die nächsten oder übernächsten Wahlen verschoben werden. In der Zwischenzeit bleibt also doch wieder nur die Möglichkeit, die Soziale Verteidigung durch Basisarbeit und Aktivitäten von unten voranzubringen. Eine andere Frage ist es, ob die SPD tatsächlich ein militärisches Defensivkonzept und die Grünen tatsächlich die Soziale Verteidigung durchsetzen wollen. Die Bestrebungen dahingehend nehmen offenbar eher ab und werden nur von Minderheiten in diesen Parteien getragen. Die grundsätzlichen Bedenken gegen den parlamentarischen Ansatz liegen darin, daß über diesen Weg vielleicht formal die Soziale Verteidigung eingeführt wird, sie dabei jedoch derart ausgehöhlt wird, daß von ihren ursprünglichen Inhalten wenig übrig bleibt - sie im "Ernstfall" dann auch versagen würde. So würde etwa ein "Bundesamt für zivilen Widerstand" - sollte es tatsächlich durchgesetzt werden können - wahrscheinlich Grundsätzen der Sozialen Verteidigung zuwiderlaufen und zuwiderhandeln (will es nicht völlig belanglos werden): es würde die notwendige Eigenaktivität der BürgerInnen erübrigen und - etwa bei "Manövern" zur Sozialen Verteidigung, bei amtlichen Befragungen und Anweisungen oder bei Pflichtunterrichtsveranstaltungen zur Sozialen Verteidigung - das Prinzip der Freiwilligkeit untergraben. Sozialer Verteidigung als Regierungspolitik würde der Geschmack staatlicher Zwangsmaßnahmen und gesellschaftlicher Militarisierung anhaften. Kritische Bevölkerungsteile, auf deren Mitwirkung die Soziale Verteidigung besonders angewiesen ist, könnten leicht eine ablehnende Haltung gegenüber dieser Politik und dieser Art Sozialer Verteidigung einnehmen.

Soziale Verteidigung müßte vielmehr - um ihrem eigenen Anspruch gerecht zu werden - von unten her propagiert und organisiert werden, also ohne die Hilfe staatlicher Zwangsmaßnahmen. Und die wesentlichen Voraussetzungen der Widerstandsbereitschaft, der Widerstandsfähigkeit und der Widerstandserfahrung können eben nicht durch organisatorische Vorkehrungen und Aktivitäten eines Bundesamtes für zivilen Widerstand geschaffen werden - höchstens im Widerstand gegen sie! (3)

Komitees zum Aufbau der Sozialen Verteidigung

Die dritte Variante ist der Vorschlag, "Komitees zum Aufbau der Sozialen Verteidigung" (im folgenden "SV-Komitees" genannt) zu gründen, die sich so zahlreich vermehren und untereinander vernetzen sollen, daß sie die Grundlage füpr die politische Durchsetzung und praktische Durchführung der Sozialen Verteidigung abgeben.

Dieser Ansatz wird jedoch meiner Ansicht nach an der mangelnden Motivation der Leute, sich einem solchen Komitee anzuschließen, scheitern: Warum sollte jemand sich in einer solchen Gruppe betätigen, die als Arbeitsschwerpunkt den "fernen Verteidigungsfall" hat, wo es doch genügend aktuelle drängende Probleme gibt, um die es sich zu kümmern lohnte - und selbst die werden aus Trägheit oder wegen anderer Interessen oft liegengelassen!

Die Tatsache, daß sich bei uns heutzutage doch auch Hunderttausende junger Männer ständig auf diesen Verteidigungsfall vorbereiten, liegt ja wohl nicht an deren patriotischer Motivation, sondern an der Wehrpflicht - also am Zwang - und am Geld. Freiwillige militärische Verteidigungsvorkehrungen würden mangels Beteiligung ebenso scheitern wie freiwillige SV-Komitees.

Der Vorschlag, in den SV-Komitees auch lokale Bürgerinitiativen-Arbeit zu aktuellen Problemen zu machen, würde sicherlich sehr schnell die Arbeit völlig in diese Richtung verschieben. Die Soziale Verteidigung wäre bald aus dem Gesichtsfeld verschwunden.

Trotz aller Skepsis spricht nichts gegen die Bildung solcher SV-Komitees, sie können wichtige Teilaufgaben übernehmen, jedoch sollten an sie keine übertriebenen Erwartungen geknüpft werden!

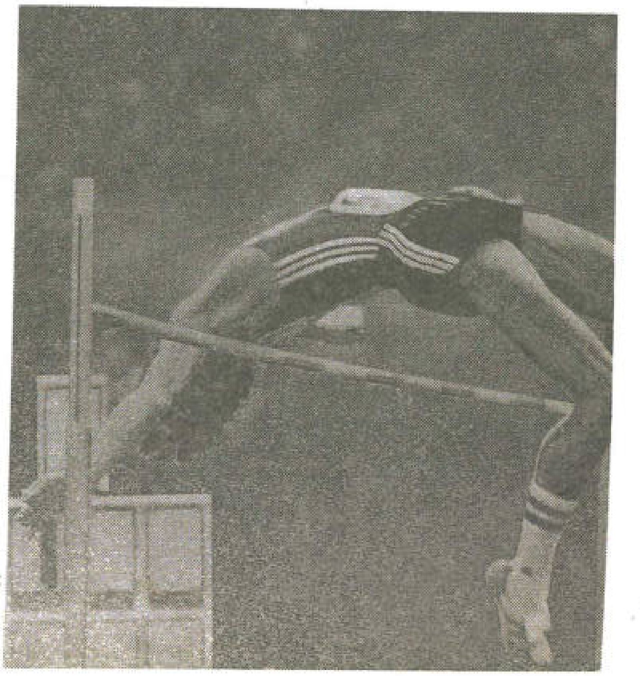
Vorschlag einer Strategie zur Durchsetzung der Sozialen Verteidigung

Nachdem nun einige Probleme der verschiedenen Umstellungsmodelle benannt wurden, möchte ich nun eine Strategie entwickeln, welche die positiven Aspekte dieser Konzeptionen aufgreift und sinnvoll miteinander verknüpft.

Dazu schlage ich verschiedene, aufeinander aufbauende Schritte vor:

Informationsphase

1. Unsere Ausgangssituation ist schnell beschrieben: Wir sind wenige - wenige, die das Konzept der Sozialen Verteidigung kennen, vertreten und durchsetzen wollen (wenn auch vielleicht mehr, als manche meinen). Selbst bei den GRÜNEN, die die Soziale Verteidigung ja in ihrem Programm haben, dürfte das überwiegend nicht viel mehr als ein Stück Papier sein.



Durchsetzung der Sozialen Verteidigung: einige Hindernisse sind noch zu überwinden

Was zur Zeit deshalb nottut ist sicherlich, das Konzept der Sozialen Verteidigung bekanntzumachen und Menschen zu gewinnen, die sich dafür einsetzen. Die Menschen, die sich in der Friedensbewegung engagiert haben, dürften dafür geeignete AnsprechpartnerInnen sein.

Diese Informationsphase ist die Voraussetzung aller weiteren Schritte einer basisorientierten Durchsetzungsstrategie. Um diese notwendige Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit leisten zu können, brauchen wir viele Muliplikatoren, die die Idee der Sozialen Verteidigung in die verschiedensten Gruppen und gesellschaftlichen Schichten hineintragen können.

Bildungsarbeit, um solche Multiplikatoren auszubilden, und Informationsveranstaltungen für interessierte Gruppen und Einzelne müssen in dieser ersten Phase absoluten Vorrang haben! Um diese Aufgaben bewältigen zu können, sollten sich alle Bildungseinrichtungen, politische Gruppen und Organisationen und kompetente Einzelpersonen, die sich für die Soziale Verteidigung aussprechen, zusammensetzen und zusammenarbeiten. Dazu erscheint es mir sinnvoll, eine bundesweite "Koordinationsstelle für Soziale Verteidigung" (4) einzurichten. Diese Koordinationsstelle könnte die erforderliche Aufklärungsarbeit organisieren, koordinieren und unterstützen, aber auch - als schon etwas gewichtigere Vereinigung - das Thema Soziale Verteidigung in die politische Diskussion einbringen.

Erste erfolgreiche Schritte in diese Richtung sind ja schon getan worden: das schon erwähnte bundesweite Treffen zur Sozialen Verteidigung am 20./21. Dezember 1986 in Mannheim, die Bildung eines Trägerkreises für den Kongreß, der Kongreß im Juni 1988 selber und schließlich die beabsichtige Gründung eines ständigen bundesweiten Arbeitszusammenhanges im Anschluß an den Kongreß.

Voraussetzungen schaffen

2. Es gibt zwar noch kein Netz von SV-Komitees, aber zahlreiche Bürgerinitiativen, Friedens-, Ökologie- und Frauen-/Männergruppen, politische und soziale Vereinigungen, Gewerkschaftsgruppen, alternative Betriebe, Läden, Zeitungen und Sender usw., die genau in der Richtung arbeiten, wie wir es für die Verwirklichung der Voraussetzungen einer Sozialen Verteidigung wünschen: wirtschaftliche und politische Dezentralisierung, Selbstverwaltung, Basisdemokratie, Emanzipation, alternatives Kommunikationsnetz, angepaßte Technologie usw.

Das Netzwerk dieser Gruppen und Einrichtungen könnte schon die Grundstruktur der Sozialen Verteidigung bilden. Soziale Verteidigung bedeutet ja eben, daß die Menschen sich in ihren gewohnten sozialen Zusammenhängen wehren! Erfahrungen mit Widerstand und gewaltfreien Aktionen haben viele dieser Gruppen ja auch schon.

Es wäre unsinnig, diese Menschen aus diesen Gruppen oder Projekten abzuziehen und in Komitees zum Aufbau der Sozialen Verteidigung organisieren zu wollen. Sie haben schon ihren Platz, wo sie gute und wichtige Arbeit leisten - auch für die Soziale Verteidigung! Es kann höchstens darum gehen, ihnen die Grundgedanken der Sozialen Verteidigung zu vermitteln und den engen Zusammenhang zu ihrer eigenen Arbeit aufzuzeigen. Die Auseinandersetzung mit gewaltfreiem Widerstand dürfte für sie auch jetzt schon nützlich sein; und im "Ernstfall" wüßten sie, wie die Soziale Verteidigung von ihnen praktiziert werden könnte. Jede Gruppe kann eine Basisgruppe für die Soziale Verteidigung sein!

Die Koordinationsstelle für Soziale Verteidigung könnte nun Kontakt zu diesen Gruppen und Einrichtungen aufnehmen, an den gemeinsamen Zielen anknüpfen bzw. diese deutlich machen und so die Bereitschaft wecken, sich mit dem Konzept der Sozialen Verteidigung auseinanderzusetzen. Ziel wäre es, ein Seminar, einen oder mehrere Informations- und Diskussionsabende oder ähnliches zu organisieren bzw. zu vermitteln. Eine solche Einführung in das Konzept der Sozialen Verteidigung würde diese Gruppen zeitlich nicht besonders belasten, sie könnten weiterhin ihre bisherige Arbeit als Schwerpunkt betreiben und würden sich deshalb wohl auch eher diese (begrenzte) Zeit für die Soziale Verteidigung nehmen.

Zusammenschluß der Basisgruppen

3. Die Koordinationsstelle für Soziale Verteidigung könnte nach und nach zu einem Zusammenschluß aller Basisgruppen der Sozialen Verteidigung - im oben dargelegten Sinn - werden. Ein Beitritt dieser Basisgruppen wäre zunächst nicht mit "Arbeit" verbunden, sondern eher als symbolisch-politischer Akt zu verstehen, der besagt, daß die betreffende Gruppierung sich mit der Sozialen Verteidigung auseinandergesetzt hat, sie für anstrebenswert hält und im "Ernstfall" an der Sozialen Verteidigung mitmachen würde. Mit einem derartigen Zusammenschluß hinter sich, könnten die BefürworterInnen der Sozialen Verteidigung viel wirksamer politisch Einfluß nehmen als ohne organisatorischen Unterbau.

Mix im Parlament

4. Eine weitere Stufe in der Entwicklung könnte sein, daß die Soziale Verteidigung auch im Parlament durchgesetzt werden konnte - evtl. zunächst als Mix-Konzept mit militärischer "Defensivverteidigung".

Die Koordinationsstelle müßte dann als Trägerin und Organisatorin für die Soziale Verteidigung anerkannt sein. Es ist wichtig, daß diese Aufgabe nicht an die Regierung abgetreten wird, sondern in basisdemokratischer Weise von einem regierungsunabhängigen Zusammenschluß in die Hand genommen wird!

Die Koordinationsstelle könnte nun mit Unterstützung oder Tolerierung der Regierung weitergehende organisatorische Vorkehrungen für die Soziale Verteidigung in Angriff nehmen und konkrete Forderungen für die Umgestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens aufstellen. Die "Basisgruppen" der Koordinationsstelle könnten für diese Forderungen auch aktiv mit gewaltfreien Aktionen eintreten. Außerdem hätten sie u.U. ihre erste Bewährungsprobe zu bestehen, wenn reaktionäre "Roll-back"-Versuche das bisher Erreichte gefährden und dagegen gewaltfreier Widerstand notwendig werden würde.

An dieser Stelle möchte ich den Entwurf abbrechen, was nicht bedeutet, daß danach nicht weiter in Richtung gewaltfreier, herrschaftsloser Gesellschaft gearbeitet werden könnte. Den Vorteil dieser Strategie sehe ich darin, daß sie am heutigen Stand der Dinge ansetzt, zunächst sowohl den parlamentarischen als auch den sozialrevolutionären Weg offenhält bzw. sie verbindet und daß sie auch einen positiven Ertrag liefert, wenn sie auf irgendeiner Stufe "hängenbleibt". Ich hoffe, die verschiedenen BefürworterInnen können sich auf ein solches oder ähnliches Konzept einigen!

Christoph Besemer

Anmerkungen:

1) Bei eigenmächtigen militärischen Verteidigungsmaßnahmen der Bundeswehr oder auch der Verbündeten müßte mit allen gewaltfreien Mitteln versucht werden, diese zu unterbinden. Wenn das eigene Militär als Aggressor auftritt bzw. sich mit diesem verbündet, bleibt eh nur der gewaltfreie Verteidigungskampf!

2) Einige Aufsätze zu diesem Thema: Hajo Karbach, Umrüsten auf Soziale Verteidigung oder Sozialer Angriff aufs Militär?, in: gwr 56 (überarbeitet auch in Heft 98/99), Sondernummer "Soziale Verteidigung", S. 43-46 S. Münster, Soziale Verteidigung - Verteidigung der Gesellschaft gegen den Staat, in: Gewaltfreier Widerstand, Wien, Nr. 4/85, Sondernummer "Soziale Verteidigung", S. 34-39 Theodor Ebert, Der Einstieg in die Soziale Verteidigung, in: Gewaltfreie Aktion Nr. 61/62 1984, S. 70-83 Dietmar Böhm, Gedanken zum Aufbau der Sozialen Verteidigung, u.a. in: Reader zur Vollversammlung der Stuttgarter GA-Gruppen am 21.6.84, hg. von der Kontaktstelle für gewaltfreie Aktion, Stutgart. Wolfgang Sternstein, Eine Strategie des Übergangs zur Sozialen Verteidigung (maschinenschriftliches Manuskript, 1986) Ausstellung "Soziale Verteidigung" beim Kirchentag 1985 in Düsseldorf, verkleinerte Kopien, zusammengestellt von Eberhard Weber und Theodor Ziegler, S.16: "Aufbau einer Sozialen Verteidigung in der BRD" Dieter Schöffmann, Im Laufe der Zeit...Der Umgang mit einer Utopie aus der Perspektive eines Graswurzlers, in:gwr 98/99, Nov. 1985, Sonderheft "Soziale Verteidigung", S. 4 Roland Vogt, Die GRÜNEN (Hg.), Ohne Waffen - aber nicht wehrlos. Das Konzept der Sozialen Verteidigung, Bonn 1987, S. 23-27 Gernot Jochheim, Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion, Stuttgart/Wien 1986, S. 143-146 Andreas Peters, Wir beginnen umzurüsten - jetzt, in: Wortwerkstatt (Hg.), Umrüstung - neuartige Entwürfe für eine Gesellschaft ohne Rüstung, Durlesbach, Oktober 1983

3) Eine kleine Einschränkung hierzu: Die Widerstandserfahrungen können auch schon vorhanden bzw. in anderen Bereichen gesammelt worden sein.

4) Ursprünglich hatte ich den Begriff "Bundesverband für Soziale Verteidigung" benutzt. Da er jeoch häufig Assoziationen von bürokratischen und undemokratischen Strukturen hervorrief, benutze ich jetzt lieber den Begriff "Koordinationsstelle". Den Gedanken von einem - dem Zusammenschluß der Bürgerinitiativen im Umweltschutz ähnlichen - Verband der SV-Gruppen habe ich von Theodor Ziegler und Eberhard Weber übernommen, die die Gründung eines "Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Soziale Verteidigung" (BBSV) vorschlugen (vergl. Anm.2).

Wie Feuer und Wasser?

Soziale Verteidigung und öffentliche Verwaltung

Könnte die in hohem Maße fremdbestimmte öffentliche Verwaltung im Ernstfall eine entscheidende Rolle in der Sozialen Verteidigung spielen? Roland Geitmann, Professor für Verwaltungs- und Kommunalrecht, hält dies für möglich. Er meint, die Soziale Verteidigung sei "nicht zu Ende gedacht, wenn damit die öffentliche Verwaltung zum Dauerfeind abgestempelt würde". (Red.)

BefürworterInnen Sozialer Verteidigung (SV) und Öffentliche Verwaltung erscheinen bisher wie Feuer und Wasser, weil sie sich zumeist als Gegner erleben, z.B. in den Konflikten um Stadtsanierung, Berufsverbote, Volkszählung und Atomkraft. Für manche GraswurzlerInnen mag der Gedanke eine Zumutung sein, die paramilitärisch sturen VollstreckerInnen von Gesetzen wirtschaftlicher Machtgruppen könnten MitträgerInnen von Sozialer Verteidigung werden. Umgekehrt ist für Verwaltungsleute SV höchst suspekt, zum einen weil sie die Bevölkerung zu Zivilem Ungehorsam bewegt und unbeherrschbar macht, zm anderen, weil sie auch von Verwaltungsbediensteten Selbständigkeit, Mut und Opferbereitschaft verlangt.

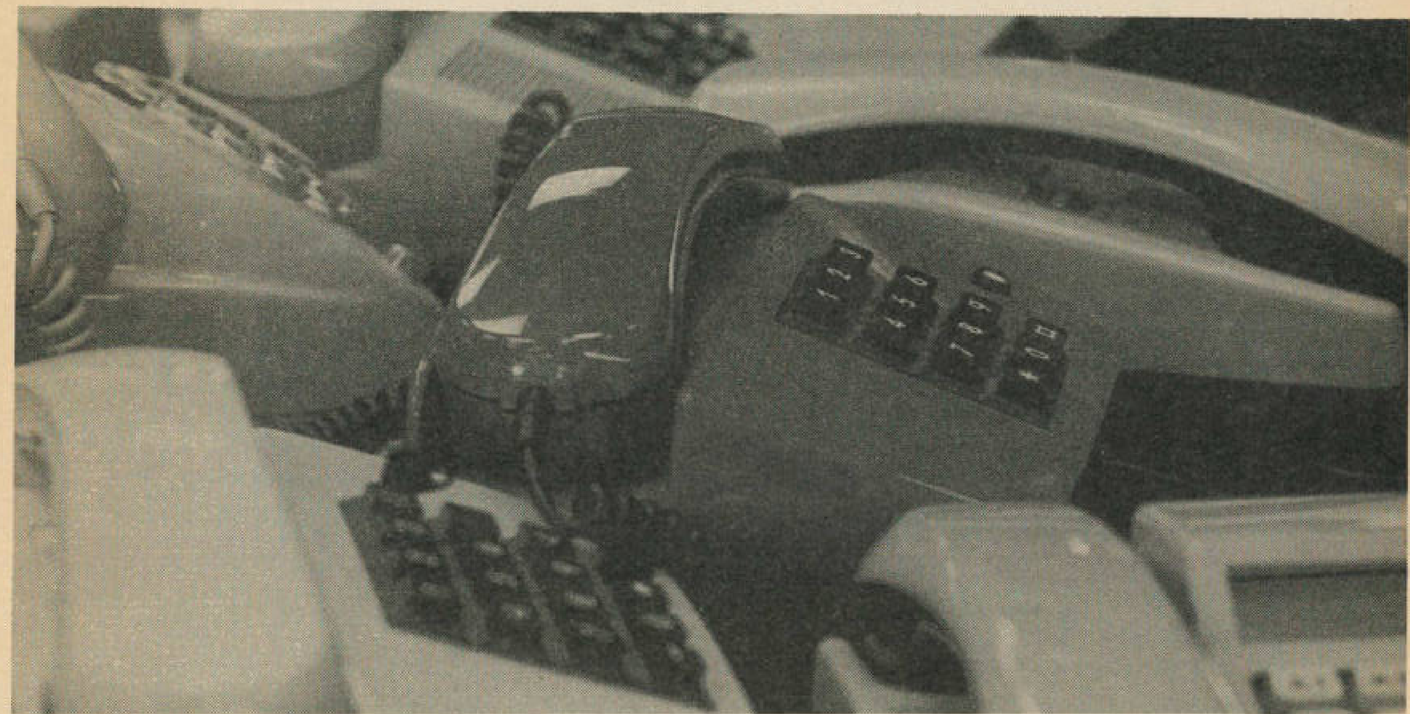


Foto: J.Siegmann

Kriegsverhinderung im Großraumbüro?

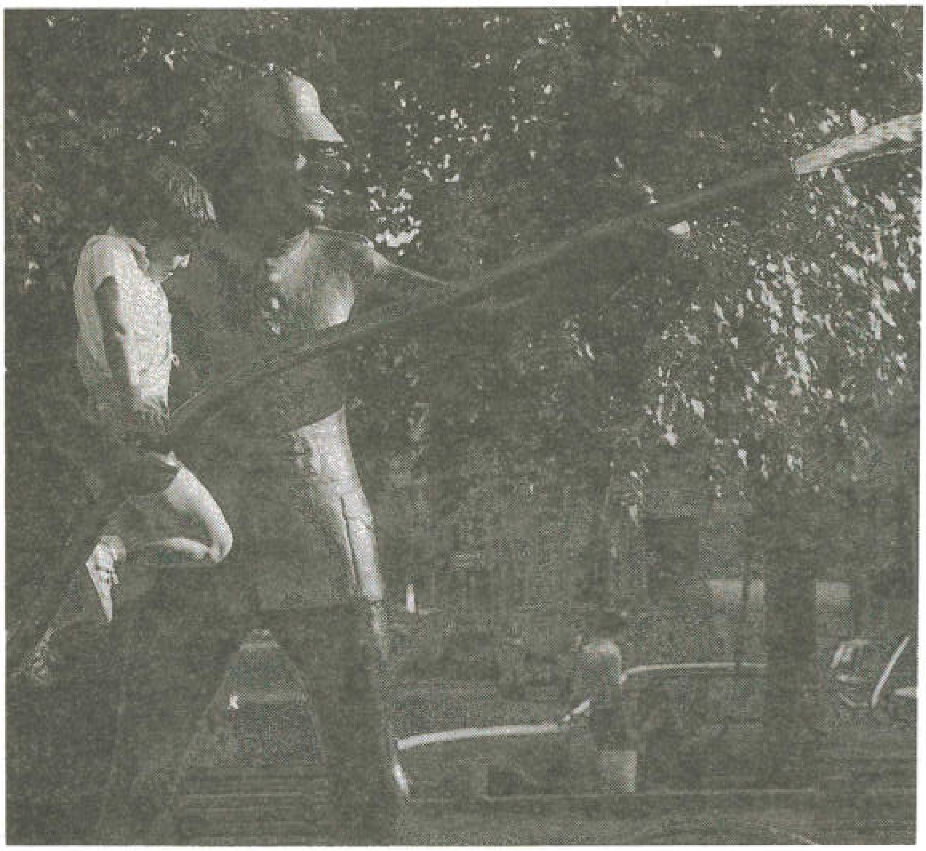
Und doch helfen sie einander. Zumindest für Teile der öffentlichen Verwaltung sind die VertreterInnen der SV und die sozialen Bewegungen ständiger Antrieb zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme und zur notwendigen Umwandlung von einem Herrschaftsapparat zu einem demokratischen Dienstleistungsbetrieb. Für die Soziale Verteidigung ist die öffentliche Verwaltung ein nützlicher Trainingspartner, ein zwar zögernder, aber unentbehrlicher Umsetzer von Ideen und im Ernstfall evtl. eine entscheidende Stütze.

Wie Ringer einer Mannschaft im Training gegeneinander antreten, um sich für Auswärtskämpfe zu üben, so fair müssen progressive Teile der Bevölkerung und öffentliche Verwaltung um die Fortentwicklung der sozialen Strukturen kämpfen, um bei akuter Bedrohung jeder in seiner spezifischen Rolle aktionsfähig zu sein. Nur wenn Bevölkerung und öffentliche Verwaltung ihre Aufgaben, Möglichkeiten und Verletzbarkeiten kennen, werden sie sich wechselseitig schützen.

Freilich gibt es noch andere und z.T. bedeutsamere Schlüsselpositionen, neben Regierung, Parlament und Gerichten die Unternehmensleitungen und Betriebsräte, Gewerkschaften und Verbände, Kirchen und Parteien, Zeitungsredaktionen und Verlage usw. Andererseits ist der Bereich öffentlicher Verwaltung weiter gespannt als oft gesehen wird. Dazu gehören nicht nur Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, Polizei, Zoll und Bundesgrenzschutz, sondern in einem weiteren Sinne auch alle öffentlichen Dienstleistungen wie Bahn und Post, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Schulen und Hochschulen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Verkehrsbetriebe und Häfen, Energieversorgungsunternehmen, Bundesbank und Sparkassen, Kammern und Rechenzen-

Der Verfasser (Jg. 1941) ist Jurist und war viele Jahre in der Verwaltung tätig, an Landratsämtern, beim Regierungspräsidium Tübingen und von 1974 bis 1982 als Oberbürgermeister der Stadt Schramberg. Seit 1883 ist er Professor für Verwaltungs- und Kommunalrecht an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung in Kehl.

In zahlreichen Veröffentlichungen über kommunale Friedensarbeit hat er auf die Aufgaben der Verwaltung im Konzept der Sozialen Verteidigung hingewiesen.



Die Verwaltung: Feuerwehrfunktion im Konfliktfall? Foto: D.Baltzer

tren, Arbeitsverwaltung und Sozialversicherungsträger.

Da die militärische Eroberung von Territorien hochindustrieller Staaten nur noch dann Sinn macht, wenn es gelingt, die sozialen Institutionen unter Kontrolle zu bringen, hängt sehr viel davon ab, ob diese sich einer Okkupation problemlos unterwerfen oder sich solchem Einfluß zu entziehen vermögen. Im Konzept der SV, das die logische (und überfällige) Antwort auf das Demokratiegebot des Grundgesetzes und die gesellschaftliche und technische Entwicklung ist, verlagern sich deshalb Last und Verantwortung für äußere und innere Sicherheit auf die Träger der sozialen Institutionen und auf die Bevölkerung, die an der gewaltfreien Weiterentwicklung dieser Strukturen ein lebendiges Interesse hat. Öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Ausschnitt dieser sozialen Institutionen.

Fallbeispiele

Für jede der genannten Einrichtungen wäre ihre Rolle im Konzept der SV gesondert zu untersuchen. Ansatzweise und exemplarisch läßt sie sich anhand historischer Fälle veranschaulichen. Der Kapp-Putsch 1920 mißlang, weil sich die Ministerialverwaltung erfolgreich dem Zugriff der Putschisten entzog (vergl. dazu den Artikel von Alfons Schwab in diesem Heft, d.Red.). Im Ruhrkampf waren es vor allem Eisenbahner und Kommunalverwaltungsbeamte, die der französischen Besatzung durch ihren Widerstand Probleme machten und deshalb zu Zehntausenden ausgewiesen und mühsam durch Franzosen und Belgier ersetzt wurden.

In Norwegen sperrten sich die Lehrer nach dem deutschen Überfall 1940 trotz Verhaftungen und Mißhandlungen erfolgreich gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung des Schulwesens. Die orientierende und motivierende Funktion des Rundfunks im Fall der Sozialen Verteidigung ist am tschechoslowakischen Beispiel 1968 abzulesen.

Daß ohne starke Unterstützung seitens der Bevölkerung von der öffentlichen Verwaltung kein Widerstand zu erwarten ist, zeigt das Gegenbeispiel der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland. Obwohl das Ermächtigungsgesetz und alles Folgende wegen der Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten für alle erkennbar verfassungswidrig war, ließ sich die Verwaltung relativ problemlos gleichschalten.

Als der Regierung untergeordneter Teil der "vollziehenden Gewalt" (Art. 20 III GG) ist Verwaltung im gegenwärtigen "Rechtsstaat" durch Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften in hohem Maße fremdbestimmt (leider auch dort, wo es mit der Aufgabe eigentlich unvereinbar ist, so im Bildungsbereich durch ministerielle Lehrpläne und Prüfungsordnungen). Dies macht Verwaltung zu einem wirksamen, für Okkupanten und Usurpatoren attraktiven und für die Bevölkerung gefährlichen Instrument. Auch wenn viele von behördlichen Maßnahmen Betroffene Verwaltung als unbequem und ihren Interessen zuwiderhandelnd erlebt haben, würde es Soziale Verteidigung erschweren und wahrscheinlich erfolglos machen, wenn die widerstandswillige Bevölkerung das Instrument "öffentliche Verwaltung" dem Besatzer überließe. Deshalb müssen gerade die Köpfe des Widerstands entgegen bisheriger Neigung die Verwaltung als Trainingspartner erkennen, der bei äußerer oder innerer Bedrohung wesentliche Stütze sein kann. Und zum anderen muß Verwaltung zur "dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration" befähigt werden, also zur Bewältigung einer grundlegend veränderten Konfliktlage.

Öffentliche Verwaltung ist ständig Spannungen ausgesetzt, nämlich gewöhnlich zwischen dem, was das Recht als "Wohl der Allgemeinheit" definiert, und zumeist wirtschaftlichen Einzelinteressen, die sich zwar nicht öffentlich, aber um so vehementer zu Wort melden und oft noch durch politische Kräfte flankiert werden. PolizistIn, BaukontrolleurIn oder MitarbeiterIn im Umweltamt zu sein, ist alles andere als bequem. Daß sich die deutsche Verwaltung Vorteilsversprechungen und Bestechungsversuchen gegenüber bisher weitgehend immun erweist, ist für SV eine günstige Voraussetzung. Die Einschränkungen in persönlichen Kontakten, die Verwaltungsleute sich durch Geradlinigkeit und eine gewisse Sturheit einhandeln, werden ausgeglichen durch einen sicheren Arbeitsplatz, ausreichende Alimentation, Aufstiegschancen und bei vielen auch durch die Lust an der Macht (oftmals Ersatz für eigene Persönlichkeitsdefizite).

Das neue Denken fördern

Soziale Verteidigung verändert sowohl diese Konfliktlage als auch das persönliche Anforderungsprofil erheblich. An die Stelle des/der Dienstvorgesetzten tritt ein Besatzer oder Putschist, der die/den BeamtIn mit schlimmsten Bedrohungen und Gewaltmaßnahmen neue Weisungen erteilt. Diesem Druck standzuhalten erfordert wesentlich mehr und anderes von ihr/ihm als bisher. Reichte es bislang (scheinbar), sich eine dicke Schale gegen unsachliche Einflußnahme zuzulegen und sich innerlich offen zu halten für beliebige Gesetze und Aufgaben, wird jetzt menschliche Reife verlangt. Nur wer die Entwicklungschancen der bisherigen Ordnung zu schätzen weiß und als Mensch den aufrechten Gang gelernt hat, über Zivilcourage und Rückgrat verfügt, wird dieser Situation gerecht werden, sensibel sein für das Wohl und den Widerstandswillen der Bevölkerung, klar zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem unterscheiden, fähig sein zur Improvisation, furchtlos und gewinnend gegenüber den Besatzern.

Solche Eigenschaften sind in der öffentlichen Verwaltung auch unabhängig von So-

zialer Verteidigung wünschenswert. Da die notwendigen Veränderungen unserer Gesellschaft nur noch von unten kommen können, weil Regierung und Parlament zu weit weg sind und zu stark den am Status Quo interessierten wirtschaftlichen Mächten ausgesetzt, ist Verwaltung ein unentbehrlicher Transmissionsriemen zur Umsetzung neuen Denkens. Sensibilität für neue Problemlagen und Erkenntnisse etwa in Umweltschutz, Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Energie und Landwirtschaft sind mehr denn je gefordert. Fortschreitendes Problembewußtsein in der Verwaltung würde dann seinen Niederschlag finden nicht nur in veränderten Gesetzesinterpretationen, Ausschöpfung rechtlicher Freiräume und Erneuerungsinitiativen, sondern auch in einem an Regierung und Parlament gerichteten Strom von Erfahrungen und Vorschlägen zur Fortentwickung des Rechts und der Politik.

Und ein weiteres müßte demokratische Verwaltung leisten, nämlich sich selbst als Herrschaftsapparat abzubauen, statt sich krebsartig immer mehr auszuweiten. Das erfordert ein grundsätzliches Nachdenken darüber, ob der Einheitsstaat als Instrument wirtschaftlicher Mächte noch die angemessene Form zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist oder ob wir eine Gliederung nach den Funktionen Bildung/Kultur, Recht und Wirtschaft brauchen, wenn wir denn 200 Jahre nach der Französischen Revolution deren Idealen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einen Schritt näherkommen wollen (1).

Alles dies sind Aspekte eines notwendigen Entwicklungsprozesses. Was die Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung verbessert, dient gleichzeitig der überfälligen Demokratisierung und der Lösung unserer tiefgreifenden Strukturprobleme.

Eine verfassungsrechtliche Verankerung und gesetzliche Regelung der SV ist zwar erst am Ende eines längeren Umdenkungsprozesses zu erwarten, aber gerade für öffentliche Verwaltung letztendlich unverzichtbar. Die umfänglichen Regelungen über militärische Verteidigung sind aufzuheben und durch Grundsätze für Soziale Verteidigung zu ersetzen. Das Paket der Notstandsgesetze ist anzupassen. Das Widerstandsrecht des Art. 20 IV GG ist zur Pflicht umzugestalten. Fortzuentwickeln ist auch das öffentliche Dienstrecht, das schon jetzt bei rechtswidriger Weisung zur (gegebenenfalls wiederholten) Gegendarstellung und bei Strafbarkeit, Ordnungswidrigkeit oder Verletzung der Menschenwürde zur Verweigerung verpflichtet (Paragraph 38 Beamtenrechtsrahmengesetz).

Wege zur Demokratisierung der Verwaltung

Auf dem Wege dahin kann (und muß) in der öffentlichen Verwaltung schon viel geschehen; denn die öffentliche Verwaltung zu demokratisieren ist schlicht ein Gebot des Grundgesetzes. Dabei gilt es, insbesondere folgende Tendenzen und Bestrebungen zu unterstützen:

- bei der Auswahl des Verwaltungspersonals nicht auf Gehorsam und Anpassungsfähigkeit zu setzen, sondern auf Eigenständigkeit, Kritikfähigkeit und Kreativität;
- in der Ausbildung nicht für beliebige Zwecke verwendbare InstrumentalistInnen zu züchten, sondern fachliches und persönliches Engagement für den Mitmenschen und die Gesellschaft zu fördern;
- die Hierarchie in der Verwaltung abzubauen und den einzelnen MitarbeiterInnen mehr Selbständigkeit zu gewähren;
- die Dichte der Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu verringern und Verwaltung nicht auf bloßen Gesetzesvollzug zu beschränken, sondern zielorientiertes phantasievolles Handeln zu fordern;
- die Verwaltung zu dezentralisieren und zu entflechten und Selbstverwaltung zu erweitern;
- für mehr Information und Transparenz zu sorgen, BürgerInnenbeteiligung, -entscheidung und -selbstbestimmung zu ermöglichen, Selbsthilfe, Initiative, Kreativität, Kritik und Zivilcourage zu ermutigen;
- den Aufgabenbestand öffentlicher Verwaltung zu überprüfen und erheblich zu reduzieren, insbesondere den gesamten Bildungsbereich von staatlichem Einfluß freizustellen;
- einfache Technik (zumindest als Alternative), kleine Einheiten und Kreisläufe, Selbstver- und -entsorgung zu fördern;
- über das Konzept der SV zu informieren, die eigene Rolle dabei zu ermitteln und Verhaltensregeln aufzustellen und zu üben;
- soweit (noch) Einfluß vorhanden, SV zum Gegenstand von Lehr- und Ausbildungsplänen zu machen;
- alle soziale Erfindungsgabe auf die Strukturfehler unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu lenken (insbesondere unsere Geld- und Bodenordnung) und damit einen erheblichen Teil der öffentlichen Verwaltung entbehrlich zu machen.

Bezogen auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme wird die Spannung zwischen Basisgruppen und öffentlicher Verwaltung bleiben (müssen). Denn jeder Entwicklungsprozeß erfährt seine Dynamik aus der Unterschiedlichkeit der in ihm wirksamen vorauseilenden und bremsenden Kräfte. Eine allzu progressive Verwaltung würde eher lähmend wirken.

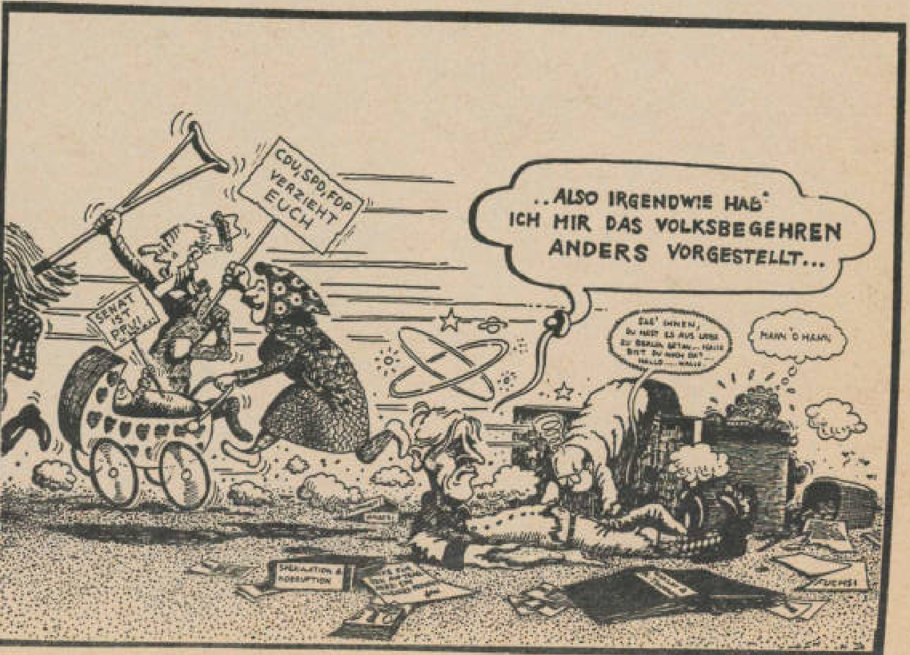
Im Heute den Ernstfall erkennen

Die Zuspitzung der Probleme durch Umweltzerstörung, Hochrüstung und Ausbeutung legt es nahe, schon im Heute den Ernstfall zu sehen und die daraus gewonnene Befähigung zur Sozialen Verteidigung gegen einen Aggressor oder Putschisten eher als Nebenprodukt. Die SV wäre aber nicht zu Ende gedacht, wenn damit die öffentliche Verwaltung zum Dauerfeind abgestempelt würde. Denn SV braucht (und verträgt) kein Feindbild, sondern lediglich PartnerInnen, die es zu gewinnen und zu überzeugen gilt. Soweit dies nicht gelingt, fehlt es noch an der eigenen Glaubwürdigkeit, Liebe und Geduld.

Letztlich geht es immer um die Arbeit an uns selbst. Krisen und Gefahren zu vermeiden ist nicht der Zweck unseres Daseins, sondern an ihnen zu wachsen. Soziale Verteidigung ist ein Meilenstein auf dem Weg zu gewaltfreier Fortentwicklung, die auf öffentliche Verwaltung zunehmend verzichten kann.

Roland Geitmann

Anmerkungen:
1) dazu Stefan Leber, Selbstverwirklichung, Mündigkeit, Sozialität. Eine Einführung in die Idee der Dreigliedrigkeit des sozialen Organismus, 1982 (Fischer TB 1680)



Die Botschaft hör ich wohl...

Kritik am "institutionellen Weg"

Viele Menschen, die sich heute in der BRD für Soziale Verteidigung engagieren, setzen ihre Hoffnung auf die Einführung von Sozialer Verteidigung durch eine fortschrittliche Regierung. Der folgende Artikel versucht zu zeigen, warum dieser institutionelle Weg ein Irrweg ist. (Red.)

Seit über einem Jahr ist - vor allem im Zusammenhang mit dem Kongreß "Wege zur Sozialen Verteidigung" und der geplanten Gründung eines Netzwerkes bzw. Bundesverbandes für Soziale Verteidigung - eine Euphorie über Soziale Verteidigung wahrzunehmen, die der vorherrschenden Stimmung in der Bewegung, die eher durch Perspektivlosigkeit bzw. -suche, Auflösung organisatorischer Zusammenhänge und schrumpfende Aktivenzahlen gekennzeichnet ist, so gar nicht entspricht. Inwieweit diese Euphorie darauf beruht, daß mensch sich bequem schreibend, redend und organisierend mit dem Thema befassen kann, ohne daß zu direkten gewaltfreien Aktionen übergegangen oder Massen auf die Straße mobilisiert werden müssen, soll dahingestellt bleiben. Doch stellt der organisatorische Zusammenschluß u.U. die Weichen, welcher Weg zur Umsetzung von Sozialer Verteidigung in den nächsten Jahren eingeschlagen wird.

An der Wegkreuzung

Die Alternativen sind bekannt und schon seit Jahren diskutiert: Nämlich ob Soziale Verteidigung auf dem institutionellen Weg, durch Regierung und deren ausführende staatliche Organe eingeführt werden kann oder ob sie einem sozialrevolutionären, gewaltfreien Kampf gegen die Regierung von unten her aufgebaut werden muß (1).

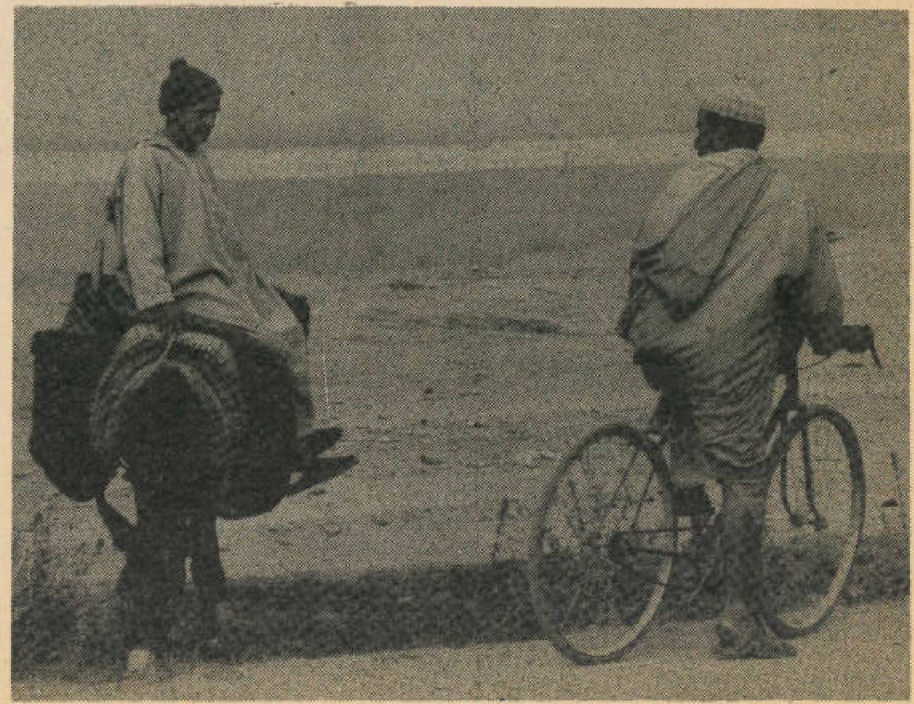
Dahinter stehen zwei fundamental unterschiedliche Herangehensweisen an Soziale Verteidigung: Für die eine Richtung, u.a. von Theodor Ebert vertreten, ist Soziale Verteidigung ein baukastenartiges Versatzstück, das lückenlos an die Stelle militärischer Verteidigung gesetzt und daher auch von oben her initiiert werden kann. Die andere Herangehensweise, die hier vertreten werden soll, sagt, daß die Verteidigungsfunktion von Militär nicht getrennt von seinen übrigen Funktionen in der Gesellschaft - Garant des Gewaltmonopols des Staates, Festiger des patriarchalen Systems - gesehen werden kann. Wie zuletzt Ekkehart Krippendorf (2) überzeugend argumentierte, und AnarchistInnen und AntimilitaristInnen schon seit über einhundert Jahren vertreten, sind Staat und Krieg - und damit Staat und Militär - nicht voneinander trennbare Seiten derselben Medaille, weshalb nicht das Militär abgeschafft werden kann, ohne daß auch der Staat seine Macht einbüßt. Und völlig absurd ist es zu glauben, daß der Staat auch noch selbst seine entscheidende Stütze, das Militär, beseitigen könne.

Der Ausgangspunkt des institutionellen Wegs: Die Friedensforschung

Alle Hoffnung auf einen Durchbruch in der Bewegung und noch so viele Hinweise darauf, daß die Vorstellung gewaltfreier Verteidigung von AntimilitaristInnen in den zwanziger und dreißiger Jahren entwickelt wurde, ändert nichts an dem, was Soziale Verteidigung im Moment ist: nämlich ein theoretisches Konzept der Friedens f o r s c h u n g. Daß dies so sei, können wir zumindest in den meisten Beiträgen von FriedensforscherInnen nachlesen. Sie pochen in beinahe penetranter Weise auf das Vorrecht, das ihnen nach ihrer Ansicht dadurch zukommt, daß sie den Begriff "Soziale Verteidigung" prägten und über ihre Strategie, Methoden und Wirkungsweise forschten. Mit der Waffe dieses Vorrechts bekämpfen sie alle Versuche, Soziale Verteidigung neu oder anderes zu definieren oder ihre gesellschaftliche Rolle - z.B. in Hinblick auf die heute stattfindenden Kriege, in denen die BRD zu den Aggressoren statt zu den Angegriffenen zählt, neu zu bestimmen. Soziale Verteidigung darf kein Konzept der Wissenschaft bleiben! Deren Aufgabe sollte es sein, die Bewegungen zu beraten, vielleicht Zusammenhänge zu erhellen, die sonst unklar geblieben wären, ja meinetwegen sogar ihr Ansehen und ihren Einfluß gegenüber den Regierenden einzusetzen - aber was sie nicht machen darf, ist, nach der Maxime des "ich weiß es besser, denn ich bin die Wissenschaft" eine Vorreiterinnenrolle in der Bewegung zu beanspruchen.

On the road I: Der Wandel der Bedrohungsszenarien

Wir führen in der BRD eine sehr fortschrittliche Diskussion über Soziale Verteidigung. Fortschrittlich deshalb, weil - und das ist auch der Verdienst Theodor Eberts - sich die Vorstellung darüber gewandelt hat, wer "uns bedroht". Im Unterschied zu vielen FriedensforscherInnen im europäischen Ausland geht Ebert davon aus, daß uns primär nicht "die Russen" bedrohen, sondern die Hauptgefahr in einer putschenden Opposition oder in Verbündeten aus der NATO besteht. Insoweit, nämlich was die Wahrnehmung der Interessen der Herrschenden in diesem Lande und ihrer Verbündeter angeht, muß diese Bedrohungsanalyse von ganzem Herzen begrüßt werden. Allerdings besteht diese Bedrohung auch schon heute, und nicht erst, wenn eine rot-grüne Koalitionsregierung (allein schon etwas Unwahrscheinliches) einen "ökopazifistischen Transformationsprozeß" in die Wege leitet



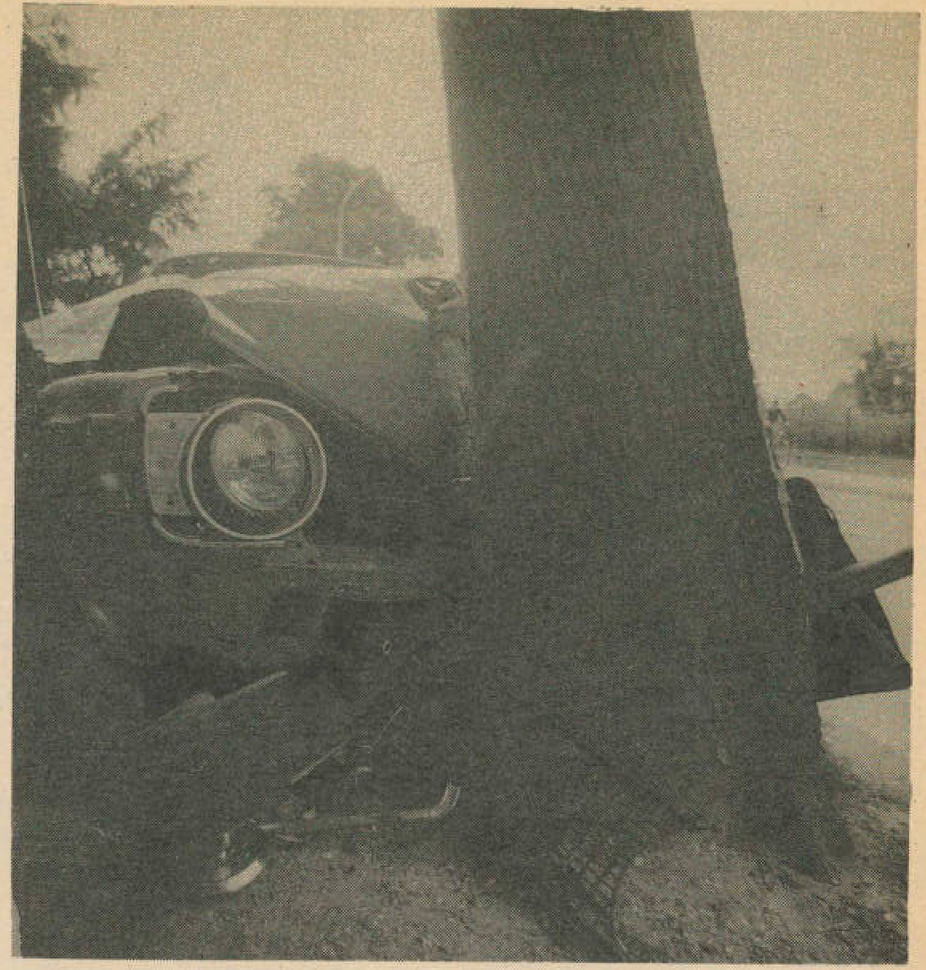
(denn das wird das letzte sein, was sie täte). Die Bedrohung kommt auch nicht nur von Rechtsaußen oder den Verbündeten, sondern uns bedrohen heute noch ganz andere Dinge - die Umweltzerstörung, die AKWs usw. Nicht zu vergessen die Kriegsszenarien, wo wir andere bedrohen, nämlich die Staaten der sog. "Dritten Welt", die der Westen als Rohstoffquellen und militärische Einflußsphären benötigt.

On the road II: Die Optimierung der Gesamtverteidigung

Beschäftigen sich Regierungen mit Sozialer Verteidigung, besteht die Gefahr, daß sie sie als eine weitere Komponente der Gesamtverteidigung einverleiben wollen, wie dies in Österreich, der Schweiz und Schweden diskutiert wird oder schon geschehen ist. Die Attraktivität von Sozialer Verteidigung in diesem Zusammenhang besteht darin, daß ZivilistInnen bislang nur zu Arbeits- und Schutzdiensten herangezogen werden können, aber "nutzlos" werden, sobald ihre Stadt oder Dorf vom Feind eingenommen wurde. (Die Genfer Konvention verbietet der Bevölkerung eines eroberten Landes sogar den Widerstand.) Diese Lücke, die alle Militärs schon lange schmerzt, könnte Soziale Verteidigung als Methode, die nach Versagen der militärischen Verteidigung oder in Arbeitsteilung mit der ersteren in dichtbesiedelten Regionen angewendet wird, gut ausfüllen. Von den VertreterInnen Sozialer Verteidigung wünscht sich allerdings wohl niemand eine solche Kombination, wenngleich sie durch die hemmungslose Inanspruchnahme staatlicher Forschungsgelder (3) riskiert wird.

Ein Abstecher zu den Militaristen

Anderes sieht es allerdings schon aus, wenn es um die mögliche Kombination ("Mix") mit alternativer militärischer Verteidigung, der sog. Defensivverteidigung geht. Seitens der VertreterInnen defensiver Konzepte ist Soziale Verteidigung nicht nur eine mögliche, sondern für viele sogar zwingend notwendige Ergänzung des guerilla-artigen Kampfes. Von Seiten der Sozialen Verteidigung handelt es sich bei Mix eher um eine taktische Überlegung, wobei die Taktik wohl eher in Bezug auf die Bündnispartner bei der Durchsetzung von Sozialer Verteidigung denn auf den "Verteidigungsfall" zu sehen ist. Johan Galtung hatte es auf dem Hearing der Grünen 1985 noch so formuliert, daß nicht damit zu rechnen sei, daß in absehbarer Zeit alle Menschen zu PazifistInnen würden und den Nicht-PazifistInnen deshalb eine für auch sie tragbare Alternative geschaffen werden müsse. Theodor Ebert nennt die Dinge beim Namen: In einer rot-grünen Koalition würden (müßten, sollten) die Grünen für Soziale Verteidigung und die SPD für strukturell nichtangriffsfähige Defensivverteidigung eintreten. Der Kompromiß: Mix (plus einem Bundesamt für Zivile Verteidigung). Den PazifistInnen bleibt dann die Hoffnung, daß die Regierung in dem Fall eines Angriffs von Truppen des Warschauer



Der "institutionelle Weg" - ein Holzweg

Vertrags auf die militärische Komponente verzichtet...

Es gibt einige fundierte Argumente gegen Mix, die hier leider nicht ausgeführt werden können. Sie betreffen u.a. die Gefahr der Brutalisierung der Auseinandersetzung, die die Zahl der Opfer ähnlich hoch wie in einem konventionellen Krieg treiben könnte, die Unmöglichkeit, in einem dichtbesiedelten Industrieland einen Guerillakrieg überhaupt zu führen (egal, ob mit Guerilleros oder mit uniformierten Soldaten) und die psychologische Unvereinbarkeit von Gewalt und Gewaltfreiheit für die VerteidigerInnen.

Das Ziel kommt in Sicht: Das rot-grüne Bündnis

Wie stellen sich die VertreterInnen von Sozialer Verteidigung den Weg zur Sozialen Verteidigung nun vor? Am konkretesten äußert sich dazu Theodor Ebert, der schon seit längerem die Sphären reiner Forschung zugunsten von Politikberatung und Lobbyarbeit aufgegeben hat. Er setzt seine Hoffnung auf eine rot-grüne Mehrheit im Parlament, die eine radikale öko-pazifistische Wende von oben her in Gang setzt - noch bevor 'eine bewußte Mehrheit sich ausdrücklich für eine gewaltfreie Politik entschieden hat'(4).

Die Konkretisierung des institutionellen Ansatzes für bundesdeutsche Verhältnisse im rot-grünen Bündnis ermöglicht auch die Konkretisierung der Kritik an diesem Ansatz:

1. Die Sozialdemokraten haben im Laufe ihrer Geschichte unzählige Beispiele dafür geliefert, daß sie bereit sind, alle fortschrittlichen Ideen über Bord zu werfen, sobald sie Zugang zur Macht erhalten. (Die Liste reicht von der Bewilligung der Kriegskredite 1914 bis zum NATO-"Nachrüstungs"beschluß und dem 10-Jahres-Plan zum Ausstieg aus der Kernenergie.) Mir scheint es deshalb kaum Hoffnung zu geben, daß sie ausgerechnet bei der außen- wie innenpolitisch so zentralen Frage der "Verteidigungspolitik" zu radikalen Schritten, wie es schon die Umrüstung auf eine alternative defensive Verteidigung wäre, fähig sein würden. Dazu handelt es sich bei der Defensivverteidigung auch noch um ein Konzept, das von vornherein nur von einer Minderheit in der Partei getragen wird!

2. Bei den Grünen - sollten sie als Partei überhaupt noch eine Zukunft haben - entwickelt sich die Gewaltfreiheit und mit ihr die Soziale Verteidigung immer mehr zu einem Lippenbekenntnis für Wahlplattformen, während ansonsten beflissen die Zustimmung zum Gewaltmonopol des Staates beteuert wird. Dies mündet dann in so absurden Vorstellungen wie den von "gewaltfreien Staatsorganen" (Ebert), als ob mensch dem Staat einfach die Gewalt nehmen könne.

Der (moderne) Staat ist über sein Gewaltmonopol definiert und kein zentrales System kann auf die Dauer ohne die Androhung und Anwendung von Gewalt bestehen bleiben. Im Gegensatz zu Roland Vogts These in diesem Heft, daß die 'Spaltung von Gewaltfreiheit und staatlicher Machtausübung überwunden werden müsse', steht es gerade an, uns auf diesen Gegensatz zurückzubesinnen, falls wir ihn vergessen haben sollten!

3. Selbst wenn es zu einer rot-grünen Koalition - die seit mindestens drei Wahlperioden von ihren Propheten wie der jüngste Tag um immer weitere Entscheidungsdaten herausgeschoben wird - kommen sollte, dürften wir damit der Sozialen Verteidigung keinen Schritt näher sein. Statt mit einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit der Bundeswehr als ersten Schritt zur totalen Abrüstung werden wir es mit der strukturellen Unfähigkeit jeder Regierung zu tun bekommen, den Weg zur Gewaltlosigkeit und damit zu ihrer eigenen Entmachtung einzuschlagen. Den Weg, den der Marxismus gegangen ist, der bekanntlich behauptete, nach der Diktatur des Proletariats werde der Staat von allein absterben, sollte Beleg genug für diese Behauptung sein.

Erinnerungen an Preußen

Der institutionelle Weg ist ein ziemlich breiter Pfad. Auf ihm finden wir diejenigen, die schlicht das Militär gegen die Soziale Verteidigung austauschen wollen, ohne daß sie ansonsten einen gesellschaftlichen Wandel für nötig halten. Auf ihm finden wir aber auch einige derjenigen, die eine ökologische und pazifistische Umformung der Gesellschaft für erforderlich halten, also schon fast revolutionäre Ziele anstreben. (Allerdings eine Revolution mit dem Staat und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Ordnung.) Manchmal entsteht direkt der Eindruck, daß die Veränderung des Verteidigungssystems als Hebel für diese Umformung gesehen wird. In Preußen war dies früher einmal gelungen (5). Die militärischen Strukturen waren Modell für Industrie, Schulen und Behörden und wurden so zum Auslöser von Modernisierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Das konnte funktionieren, weil das Grundprinzip von Disziplin, Befehl und Gehorsam das gleiche war.

Soziale Verteidigung kann allerdings nicht zu einem solchen Hebel werden, sofern und solange eine Regierung sie einführen will. Sie und der Staat basieren nämlich auf entgegengesetzten Prinzipien: Der Staat beruht auf Unterordnung, auf Gehorsam des Bürgers, die Soziale Verteidigung auf Ungehorsam und Widerstand. Dies allein ist schon Grund genug, daß keine Regierung Soziale Verteidigung einführen kann.

Der institutionellen Weg - ein Irrweg

Glaubt mensch Theodor Ebert, Roland Vogt oder Christoph Besemer, dann besteht die 'Wahl zwischen der Weltrevolution oder dem institutionellen Wechsel in einem Land' (Ebert) bzw. die Wahl zwischen der "Einführung" Sozialer Verteidigung durch eine soziale Revolution am St.Nimmerleinstag oder durch das parlamentarische Syste, bevor es zu spät ist, d.h. die ökologischen und militärischen Bedrohungen evtl. die Welt vernichtet haben. Wer würde sich angesichts einer solchen Alternative nicht für den parlamentarischen Weg entscheiden? Das verhängnisvolle ist aber: Diese Alternative ist falsch, doppelt falsch. Denn weder kann Soziale Verteidigung durch den Staat eingeführt werden, noch verschiebt eine soziale Revolution den Wandel auf den St.Nimmerleinstag. Zugegebenermaßen läßt unsere Situation wenig Platz für Hoffnung - die ökologischen Katastrophen und Bedrohungen vervielfachen sich, der technologische Wandel hat die Schreckensvisionen von Orwell und Huxley bereits überholt, trotz Friedens-Gesäusels geht die Aufrüstung ungehemmt weiter etc. - aber umso lebenswichtiger ist es, die Hoffnung nicht an Illusionen zu hängen. Wirkliche Hoffnung auf Überwindung des militaristischen, patriarchalen Gewaltsystems finden wir nicht bei den Parteien, die dieses System per Definition mittragen, sondern überall da, wo Bewegungen, kleine Gruppen oder auch ganze Völker Widerstand gegen dieses System leisten und dabei beginnen, ihrer Utopie einer anderen, gewaltfreienn Gesellschaft näherzukommen. Das ist schon soziale Revolution, zumindest wie ich sie verstehe. Sie kann in einem gewaltfreien Aufstand münden, findet aber genausogut heute statt und ist nicht an die bestehenden staatlichen Grenzen eines Landes gebunden, und schon gar nicht an eine "Weltrevolution". Deshalb: Verlassen wir uns nicht auf den Staat, sondern verlassen wir uns auf uns selbst. Jeder Widerstand gegen Rüstung, AKWs, Sexismus, Umweltzerstörung usw. ist auch ein Schritt in Richtung Soziale Verteidigung!

Christine Schweitzer

Anmerkungen:

1) Christoph Besemer nennt diese beiden Ansätze den "parlamentarischen" und den "sozialrevolutionären", G. Geeraerts (ed., Possibilities of Civilian Defence in Western Europe, Amsterdam/Lisse 1977) den "instrumentellen" und den "strukturalistischen".

2) Ekkehart Krippendorf, Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt a.Main 1985

3) vergleiche: Franz-Josef Oberließen, "Gegen die Verstaatlichung der Sozialen Verteidigung", in: gwr 98/99, 1985, S. 29 ff

4) so Theodor Ebert in diesem Heft.

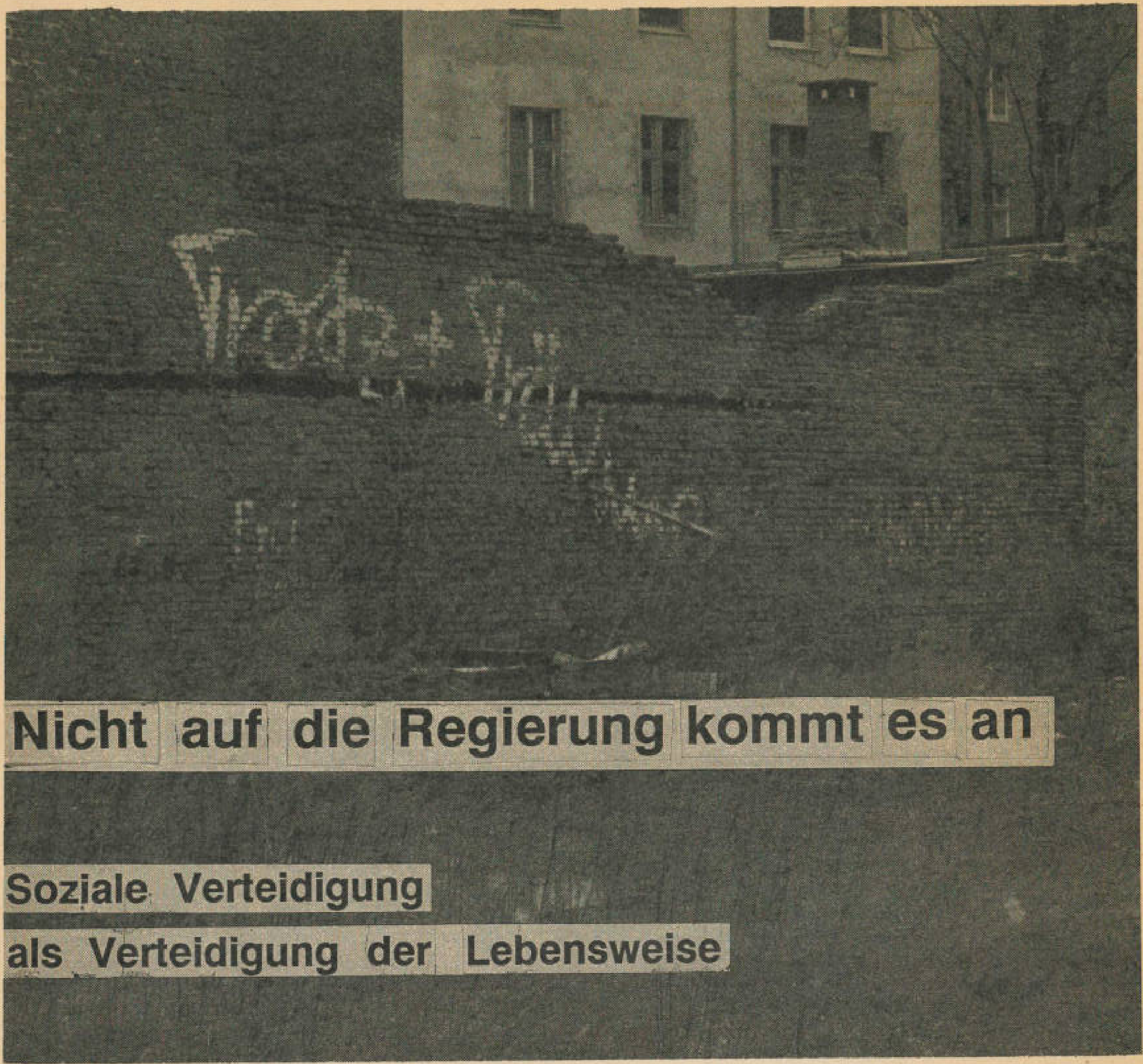
5) Diesen Hinweis verdanke ich M.G.



TEIL III

Der Ernstfall ist heute

Die gegenwärtige Entspannungsphase zwischen den USA und der Sowjetunion in Europa darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kriege in anderen Kontinenten mit unverminderter Heftigkeit andauern oder sich gar verschärfen. Den Supermächten geht es in der sog. "Dritten Welt" um die Sicherung "ihrer" Rohstoffe und Einflußsphären. Die BRD kann von diesen Konflikten nicht abgekoppelt werden, weil sie militärisch in die NATO integriert und ökonomisch in die Weltwirtschaft verflochten ist.
Das traditionelle Konzept Sozialer Verteidigung, das auf den Fall einer Invasion oder eines Staatsstreichs ausgerichtet ist, in dem wir die Opfer wären, ist angesichts der Mittäterrolle der BRD gefordert, eine Antwort auf die Frage zu geben, was wir tun können, wenn das eigene Land zu den Aggressoren statt zu den Angegriffenen gehört.
Die herkömmliche Sichtweise setzt Soziale Verteidigung mit der Verteidigung des Staates gleich. U.a. kommt dies darin zum Ausdruck, daß nur der gewaltfreie Widerstand als SV gewertet wird, den die Regierung mitträgt. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß Soziale Verteidigung die Verteidigung der Lebensweise einer Gemeinschaft ist und genauso gegen eine politische Führung ausgeübt werden kann wie mit ihr. Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, daß wir nur dann die drängenden Probleme unserer Zeit auf die Dauer werden lösen können, wenn es uns gelingt, eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung zu erreichen, in der die strukturellen Gewaltverhältnisse und ihre Ursachen beseitigt werden. Dazu gehören neben Krieg und Kriegsvorbereitung kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse und patriarchale Strukturen. Bedrohung erwächst auch aus den Gefahren der Umweltzerstörung, der neuen Technologien (Verdatungs-, Gen- und Reproduktionstechnologie etc.), den AKWs, den Atomversuchen, der zunehmenden faschistischen Bewegung und staatlicher Repression. Der Widerstand gegen diese Bedrohungen kann, wie z.B. in Hainburg/Österreich und im Larzac, zur Sozialen Verteidigung werden oder ihr zumindest nahekommen. (Red.)



Nicht auf die Regierung kommt es an

Soziale Verteidigung als Verteidigung der Lebensweise

Dieser Artikel entwickelt eine Neudefinition von Sozialer Verteidigung, die ihr Schwergewicht auf die Verteidigung der Lebensweise, nicht auf die Verteidigung eines Staates legt. (Red.)

Der Sozialen Verteidigung steht der Durchbruch auch in den Sozialen Bewegungen noch bevor. Wir haben es mit einem Defizit an Engagement für Soziale Verteidigung zu tun, das nicht damit erklärt und ausgeräumt werden kann, daß es halt an (sicherlich unzureichender) Information oder gar an Unterstützung durch staatliche Stellen mangelt. Es liegt auch nicht allein daran, daß die Idee einer gewaltfreien Verteidigung für eine durch Gewalt und Militarismus geprägte Gesellschaft den Ruch des Unrealisierbaren hat. Das entscheidende Problem ist meiner Ansicht nach, daß es bislang nicht gelungen ist, die Bedeutung von Sozialer Verteidigung für das Hier und Heute, für die Praxis der Bewegungen zu demonstrieren. Es haben zwar immer wieder Gewaltfreie Aktionsgruppen und Graswurzelgruppen direkte gewaltfreie Aktionen unter dem Motto "Soziale Verteidigung heute einüben" durchgeführt (zuletzt im Fulda-Gap 1984), doch konnte dies kaum etwas daran ändern, daß Soziale Verteidigung im bundesdeutschen (Bewegungs-)Bewußtsein als ein Konzept der FriedensFORSCHUNG dasteht.

Daß gewaltfreie Verteidigung nicht von WissenschaftlerInnen unter dem Eindruck der Atombombe nach dem zweiten Weltkrieg erfunden, sondern schon in den zwanziger und dreißiger Jahren von verschiedenen antimilitaristischen Gruppen propagiert wurde, wird bei uns bestenfalls als "Vorgeschichte" gehandelt. Dabei waren es gewaltfrei-anarchistische Organisationen (1), die die Vorstellung einer geplanten Verteidigung ohne Waffen erstmals entwarfen. Es geht hierbei nicht darum, den FriedensforscherInnen, die heute an SV arbeiten, abzusprechen, daß sie sich - teilweise seit Jahrzehnten - um eine Verankerung von Sozialer Verteidigung in den Bewegungen bemühen. Doch müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie durch ihre Herangehensweise an das Thema für das beklagte Defizit mit verantwortlich sind. Dieser Vorwurf bezieht sich auf zwei Aspekte. Der erste, der an anderer Stelle in diesem Heft ausgeführt wird (2), ist, daß die FriedensforscherInnen die verhängnisvolle Tendenz geschaffen haben, SV als baukastenartiges Versatzstück für die herkömmliche militärische Verteidigung zu betrachten, das durch eine fortschrittliche Regierung eingeführt werden könnte.

Die Definition der Friedensforschung

Der zweite und sehr grundlegende Aspekt ist die Frage, was unter Sozialer Verteidigung eigentlich verstanden werden kann. Von der Friedensforschung wird - mit kleinen Abweichungen in der Wortwahl - Soziale Verteidigung als "Gewaltfreier Widerstand eines Volkes gegen einen militärischen Angriff von außen (Intervention, Invasion) oder von innen (Staatsstreich, Putsch)" definiert. In der Regel wird erläuternd noch hinzugefügt, daß Soziale Verteidigung im Gegensatz zur territorialen Verteidigung stehe, weil sie die Lebensweise oder die sozialen Einrichtungen anstatt der Grenzen verteidige. Für diese FriedensforscherInnen ist ein wesentliches Merkmal von SV - nämlich das Merkmal, das sie von anderen Formen gewaltfreier Aktion unterscheidet -, daß die gesamte Bevölkerung einschließlich der Verwaltung und der gewählten demokratischen Vertretung die Verteidigung mitträgt.

Die "Alltagsdefinition" von Sozialer Verteidigung

Dem steht eine andere, meines Wissens nie schriftlich ausformulierte Auffassung von Sozialer Verteidigung gegenüber, die unter bewußter Mißachtung der friedensforscherlichen Hintergründe von den Begriffen "sozial" und "Verteidigung" ausgeht, den ersten mit "gemeinschaftlich" übersetzt und bei dem zweiten fragt: Gegen wen oder was verteidigen w i r uns h e u t e ? Fast alle gewaltfreien Aktionen und Bewegungen heute haben einen defensiven Charakter, fast immer geht es um Verteidigung gegen katastrophale Gefährdungen (Kriege, Umweltkatastrophen) und das patriarchale System, wohingegen der Schutz erkämpfter, neugeschaffener Freiräume (z.B.:besetzte Häuser) nur selten zum Gegenstand von Konflikten wird. Auch im Alltag machen Männer wie Frauen ständig die Erfahrung, sich verteidigen zu müssen, am Arbeitsplatz wie im Privatleben. So verstandene Soziale Verteidigung wird zu einem Element der Alltagspraxis und hebt im gleichen Atemzug die andere, gesamtgesellschaftliche Soziale Verteidigung für viele Menschen in fernabliegende und nicht relevante Gefilde.

Allerdings wird diesem "Alltagsverständnis" von gewaltfreier Verteidigung, wie die skizzierte zweite Herangehensweise mangels eines besseren Begriffs benannt werden soll, meiner Ansicht nach nicht ganz zu unrecht von Seiten der Friedensforschung vorgeworfen, daß es Soziale Verteidigung mit Zivilem Ungehorsam gleichsetze und uns daher ohne Notwendigkeit eines sinnvollen Fachausdrucks beraube. Um den (ja oft beklagten) defensiven Charakter unserer Aktionen hervorzuheben, ist es tatsächlich wohl nicht notwendig, den Begriff Soziale Verteidigung zu entleihen.

Soziale Verteidigung als Verteidigung der Lebensweise

Deshalb würde ich vorschlagen, von der herkömmlichen Definition auszugehen und zu fragen, ob es zweckmäßig ist, den Begriff Soziale Verteidigung auf die Fälle einzuschränken, wo Verwaltung und Regierung den Widerstand mittragen, oder ob nicht ein umfassenderes Verständnis von SV möglich ist, das nicht gleichzeitig sinnentleerend wirkt. Wenn Soziale Verteidigung als "Verteidigung der Lebensweise" oder "Verteidigung eines Volkes" verstanden wird, ist es dann nicht eine sehr verkürzte Vorstellung, beides mit dem Staat und seinen Institutionen gleichzusetzen? Was ist mit ethnischen Minderheiten in Vielvölkerstaaten und mit Nationen, die nicht nur nicht am Regierungsapparat teilhaben, sondern überhaupt kein eigenes Territorium besitzen, denen es aber trotzdem gelang, eine eigene Lebensweise - mensch denke an die Sinti und Roma - zu bewahren? Und was ist mit Gruppen, die sich innerhalb eines Staates eine weitgehend unabhängige Lebensform aufbauen konnten? Mir scheint, daß trotz entgegensprechender Beteuerungen die Soziale Verteidigung noch viel zu viel territorial (nämlich als Verteidigung eines Staatsgebietes) und institutionell (als Verteidigung des legitimen Regierungsapparates) gedacht wird. Demgegenüber würde ich vorschlagen, Soziale Verteidigung als die

Verteidigung der Lebensweise und des Selbstbestimmungsrechts eines Kollektivs mit gewaltfreien Methoden

zu definieren.

Kollektiv können dabei eine Nation, ethnische Gruppe, Subkultur oder örtliche Lebensgemeinschaft sejn, sofern die Mitgliedschaft in dieser Gruppe die Identität ihrer Mitglieder wesentlich bestimmt.

Auf Beispiele angewendet, hieße dies, daß der Widerstand einer Kommune oder von HausbesetzerInnen, sofern sie das letztgenannte Kriterium erfüllen, genauso Soziale Verteidigung sein könnte wie der Widerstand gegen eine Invasion der USA in eine sich radikal umstrukturierende (ehemalige) Bundesrepublik. Auch das Problem, daß die BRD zur Zeit in Konflikten eher als Angreiferin (bzw. deren Helfershelferin) denn als Angegriffene auftritt (3), könnte unter dem Gesichtspunkt der Sozialen Verteidigung legitim aufgegriffen werden. (Während solche Konflikte bislang immer mit dem Argument, sie seien ein Problem des "Gewaltfreien Aufstandes", nicht der Sozialen Verteidigung, weggeschoben werden konnten.)

Wenn wir den Begriff der Sozialen Verteidigung in diese Richtung ausweiten, dann ist sie uns gleichzeitig auch ein Stück nähergerückt, weil sie nicht erst die nationale oder internationale Revolution voraussetzt, um danach(!) aktuell zu werden, sondern in einem dynamischen Wechselspiel zur gewaltfreien Aktion heute steht: Je größer die erkämpften Freiräume werden, umso mehr nähert sich der Widerstand der Sozialen Verteidigung an. Die militärische Invasion oder der Staatsstreich werden zu einem Sonderfall, auf dessen Eintreten sich vorzubereiten wichtig bleibt, der aber nicht die einzige Art von Bedrohung darstellt, der mit Sozialer Verteidigung begegnet werden kann und muß.

Christine Schweitzer

1) vergleiche den Artikel "Gewaltfreie Verteidigung der Revolution" von Gernot Jochheim in diesem Heft.

2) vergleiche "Die Botschaft hör' ich wohl" von Christine Schweitzer in diesem Heft.

3) vergleiche "Am Puls der Brandstifter" von Ralph Spill in diesem Heft.



Am Puls der Brandstifter

Vorbereitung auf Krisen und Kriege heute

Wie kann akuter Kriegsgefahr begegnet werden? Wie kann der Verwicklung der BRD in aktuelle kriegerische Auseinandersetzungen Widerstand entgegengesetzt werden? Die VertreterInnen von Sozialer Verteidigung sind heute gefordert, auch auf diese Fragen Antworten zu geben. (Red.)

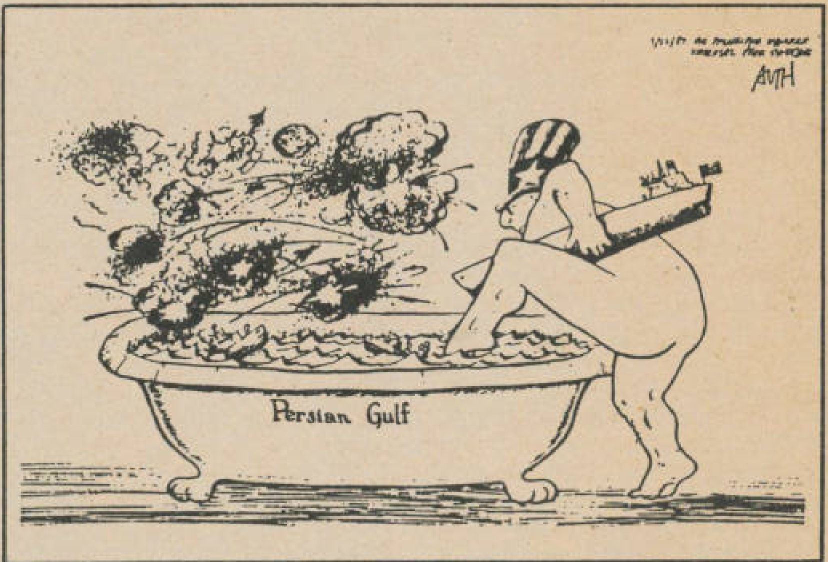
Nicht einmal zwei Jahre ist es her, daß diese Fragen in aller Widerständigen Munde waren. Damals hatten die US-Bomben auf die libyschen Städte Tripolis und Bengasi die abflauende Friedensbewegung aufgeschreckt. Die BRD war nicht "nur" durch ihre Nato-Mitgliedschaft in diesen blitzartigen kriegerischen Konflikt verwickelt, sie war sogar logistische Basis: Der Einsatzbefehl für die Bomber kam von EUCOM, der europäischen Kommandozentrale der US-Armee in Stuttgart. Die politischen und militärischen Folgen waren zunächst völlig unberechenbar. Die Möglichkeit einer unkontrollierbaren Eskalation nach dieser militärischen Operation sog. "niedriger Intensität" wurde sogar vom US-Außenministerium einkalkuliert. Heute sehen wir uns ähnlichen Gefahren etwa durch die Verwicklung der Nato in den Golfkrieg gegenüber. Zehntausende trugen damals in der BRD ihren Protest auf die Straßen; vereinzelt wurden Militäranlagen belagert und blockiert. Der Protest glich einem zwar wütenden, aber eher ohnmächtigen, wenig koordinierten und kurzlebigen Aufschrei des Zorns. Eine Diskussion flammte auf, wie sich die Friedensbewegung auf Aktionen zur Kriegsverhinderung vorbereiten könne, damit sie beim nächsten vom Boden der BRD mit ausgehendem massiven Angriff nicht wieder so unvorbereitet und kalt erwischt wird wie bei den Bomben auf Libyen.

In der Graswurzelrevolution wurde eine Diskussion eröffnet:

"Es liegt an uns, der Opposition in diesem Land, für den nächsten Angriff besser und schneller "gerüstet" zu sein. Ähnlich wie bei den Tag-X-Blockaden in Gorleben sollte jetzt schon damit angefangen werden, v.a. Kommunikationsstrukturen, Aktionspläne und Öffentlichkeitsarbeit für den "Tag danach" zu entwerfen"(1).

Doch bevor die Diskussion richtig in Gang kam, zogen die strahlenden Zeiten nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl allen Augenmerk auf sich. Plötzlich beherrschte auch die gwr fast nur noch ein Thema: der Reaktor in der Sowjetunion und der Fall-Out hier. Ich will versuchen, an die damalige Diskussion anzuknüpfen. Denn es ist nach wie vor nötig, "ein Aktionskonzept zu entwickeln, das den Protest gegen eine erneute Aggression der USA oder der Nato über Spontandemonstrationen hinaus steigert."(3)

Um ein solches Szenario entwerfen zu können, ist es wichtig zu wissen, welchen Stellenwert die Bombenangriffe auf Libyen, der Überfall auf Grenada (25.10.1983) oder etwa die Destabilisierungsversuche seitens der USA gegen Nicaragua innerhalb der US-Nato-Strategien besitzen. An den Beispielen wird bereits deutlich, daß die Kriege heute möglichst still, effektiv, mit möglichst geringem militärischen Einsatz und unterhalb der Schwelle des Kampfes zwischen regulären Armeen geführt werden. Innerhalb möglicher Kriegszenarien werden Auseinandersetzungen wie der Zweite Weltkrieg oder ein Atomkrieg zur Kategorie der "Konflikte/Kriege hoher Intensität" gerechnet. Auseinandersetzungen vom Grade des Korea- oder des Vietnamkrieges gehören danach - aus der Perspektive der Europäer und Amerikaner - zu Konflikten "mittlerer Intensität". Alle Auseinandersetzungen, die ihrer Natur nach unterhalb der Ebene eines tatsächlichen, konventionellen Krieges bleiben, wären dann "Konflikte niedriger Intensität".



Letztere haben sich seit Ende der 70er Jahre, relativ unbemerkt von der bundesdeutschen Friedensbewegung, immer deutlicher als militärisch-politische Strategie herausgebildet. In militärischen Fachkreisen der USA wird sie als d i e zukünftige Form der Kriegsführung "zumindest für den Rest dieses Jahrhunderts" (Außenminister Shultz) bezeichnet.

Der Anfang des Jahres (12.1.88) von Reagan vorgelegte Entwurf einer Gesamtstrategie für die USA bis zum Jahre 2010 ("Discriminate Deterrence") bestätigt dies erneut. Darin muß zwar die Sowjetunion weiterin als Hauptfeindbild herhalten, ein Großangriff der Warschauer-Pakt-Staaten wird jedoch als "ebenso unrealistische 'Extrembedrohung' wie ein massiver Atomschlag gegen US- und Nato-Nuklearstreitkräfte" eingeschätzt (5). Es gelte vielmehr, die Kräfte auf die "Dritte Welt" und die dort wachsende Zahl von "Konflikten niedriger Intensität" zu konzentrieren. Dafür wählt der imperialistische Koloß USA sehr gezielt aus seinem außenpolitischen Arsenal die entsprechenden Knüppel aus. Wenn möglich, versuchen die US-Krieger Kampfeinsätze ihrer Truppen in der "Dritten Welt" zu vermeiden. Das hängt damit zusammen, daß es ihnen noch immer nicht gelungen ist, das tief in der Bevölkerung der USA verwurzelte Vietnam-Trauma zu beseitigen. Erst wenn Aufstandsbekämpfung, Militärhilfeprogramme, Söldner- und Stellvertretertruppen nicht zum gewünschten Erfolg führen, wird zur Durchsetzung der außenpolitischen Ziele auf US-Militär und Interventionstruppen zurückgegriffen. Es ist zu unterscheiden zwischen verdecktem Dauerengagement à la Nicaragua oder El Salvador und blitzartigen Militäraktionen à la Libyen oder Grenada.

Die Interessengebiete der USA

Die US-Nato-Politik im Golf-Gebiet zeigt deutlich die Bereitschaft der Militärs, notfalls alle Mittel auszuschöpfen. Bis zur islamischen Revolution wurden die westlichen Interessen durch die lokalen Stellvertreter Iran und Saudi Arabien aufrechterhalten. Nach der Umwälzung im Iran und dem Überfall des Irak auf den Iran im Jahre 1980 sahen die USA ihre Felle davonschwimmen. Carter kündigte sogleich an, mit allen Mitteln, bis hin zum Einsatz von US-Streitkräften ihre Vorherrschaft im Golfgebiet zu "verteidigen". Noch im selben Jahr wurde als Kernstück dieser Militärpolitik die "Schnelle Eingreiftruppe" begründet. 1987 haben die USA ihr militärisches Engagement anläßlich des Tankerkrieges massiv ausgeweitet und zugleich andere NATO-Staaten erfolgreich unter Druck gesetzt, sie dabei zu unterstüt-

zen. Somit operieren faktisch Nato-Marineeinheiten außerhalb ihres Geltungsbereiches und tragen massiv zur Eskalation am Golf bei. Derzeit (März 1988) tobt der Städtekrieg. Weitere Eskalationsstufen sind vorprogrammiert.

Es kann nicht angehen, daß die Friedensbewegung trotz der veränderten Nato-US-Strategien ihren Blick weiterhin überwiegend auf das vermeintliche Hauptgefechtsfeld Mitteleuropa konzentriert. Zu deutlich weisen die US-Strategien weg vom Fulda-Gap und hin zur "Dritten Welt", wobei die Ziele nicht mehr vorwiegend territorialer Art sind. William Olson vom US Army College formuliert dies unmißverständlich: "Das Ziel (von Kriegsführung niedriger Intensität, RaS) ist nicht militärische Eroberung, sondern soziale Kontrolle, zu dessen Erreichung militärische Mittel als ein Element des Kampfes genutzt werden können." (6) Natürlich stellt die Stationierung von 50.000 Atomwaffen weltweit und die im Dezember 1987 mit Zustimmung der Nato-Staaten wieder aufgenommene C-Waffen-Produktion der USA eine ungeheure globale Bedrohung auch für Europa dar. Allein die C-Waffen-Vorräte der US-Armee reichen aus, um die Erdbevölkerung mehr als 5000 mal zu töten (7). Dennoch kann die militärstrategische Lage zwischen den Supermächten und ebenso in Mitteleuropa als relativ "stabil" bezeichnet werden. Diese Stabilität fußt zwar nicht auf einer Sicherheitspolitik im eigentlichen Sinne, sondern auf der konsequenten Endstufe der Abschreckungsdoktrin, der gegenseitigen Drohung mit totaler (nuklearer) Vernichtung. Eine gewisse, im Vergleich zu vielen Ländern der "Dritten Welt" gegebene Stabilität ist jedoch faktisch vorhanden. Was bedeuten diese Überlegungen nun für die Soziale Verteidigung?

> *Alle Tage*
>
> *Der Krieg wird nicht mehr erklärt,*
> *sondern fortgesetzt. Das Unerhörte*
> *ist alltäglich geworden. Der Held*
> *bleibt den Kämpfen fern. Der Schwache*
> *ist in die Feuerzonen gerückt.*
> *Die Uniform des Tages ist die Geduld,*
> *die Auszeichnung der armselige Stern*
> *der Hoffnung über dem Herzen.*
>
> *Er wird verliehen,*
> *wenn nichts mehr geschieht,*
> *wenn das Trommelfeuer verstummt,*
> *wenn der Feind unsichtbar geworden ist*
> *und der Schatten ewiger Rüstung*
> *den Himmel bedeckt.*
>
> *Er wird verliehen*
> *für die Flucht von den Fahnen,*
> *für die Tapferkeit vor dem Freund,*
> *für den Verrat unwürdiger Geheimnisse*
> *und die Nichtachtung jeglichen Befehls.*
>
> *Ingeborg Bachmann*

Wann ist der SV-FAll ?

Die traditionellen SV-Konzepte gehen davon aus, daß wir Opfer einer militärischen Aggression werden. Diese Bedrohungsvorstellungen sind jedoch überholt, längst ist die BRD (Mit-)täterin. Die Konturen einer aggressiven europäischen Militärpolitik zeichnen sich immer klarer ab. Dies zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärischen und atomaren Bereich. Für den Widerstand ist es wichtig zu untersuchen, welche Rolle die BRD in den jeweiligen Konflikten spielt. Vor allem ist zu berücksichtigen, ob die BRD eher passiv als Nato-Staat, oder aktiv an einem Konflikt beteiligt ist, etwa durch das Bereitstellen ihrer Infrastruktur für andere Nato-Staaten oder sogar durch die Entsendung bundesdeutscher Truppen.

Bei allen Konflikten niedriger und mittlerer Intensität, an denen die BRD aktiv beteiligt ist, reicht die Ebene von Demonstrationen und Protest nicht aus. Im Einzelfall muß genau überlegt werden, welche der im folgenden noch aufzuführenden direkten Aktonen mit eingeplanten Eskalationsmöglichkeiten durchgeführt werden sollten. Dieser Fall gilt etwa für den Golfkrieg. Zwar befinden sich weder Soldaten noch Schiffe der Bundesmarine im Golf-Gebiet - wenngleich es durchaus Stimmen gab und gibt, die dies fordern -, aber die Bundesmarine entlastet die USA und die Nato-Ländern im Ärmelkanal und im Mittelmeer. So hilft die Bundesregierung den Verbündeten dabei, Kräfte zu sammeln für diesen krieg. Sie ist daher Mittäterin und mitschuldig an den durch die Intervention der USA und anderer Nato-Staaten eskalierendem Golfkrieg.

Auch durch Rüstungsexporte und das Bereitstellen ihrer Infrastruktur für die USA ist die BRD aktiv in diesen nun schon mehr als sieben Jahre dauernden Krieg verstrickt. Die Veröffentlichungen des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg und der BUKO-Koordinationsstelle "Stoppt den Rüstungsexport" belegen, daß deutsche Firmen vom Uniformstoff über Tita-Panzertransporter und Blumhardt-Panzerauflieger bis zu Raketenwerfern der bundeseigenen Fimra "Fritz Werner Gmbh" (Geisenheim) fast alles liefern. Am Golfkrieg zeigt sich, daß der Ernstfall und damit der Fall, wo sich die Soziale Verteidigung zu bewähren hatte, bereits eingetreten ist. Solange es nicht (einmal) gelingt, die aktive Beteiligung der BRD an Kriegen zu unterbinden, scheinen mir alle Versuche fragwürdig, Soziale Verteidigung hier und heute durchsetzen zu wollen. Gelänge dies, so wäre es ein erster wichtiger Schritt hin zu Sozialer Verteidigung.

Die abhaltende Wirkung des Sozialen Angriffs

Unser radikales Bedürfnis nach Frieden und unsere daraus erwachsende Ablehnung des gesamten Militärapparates fordert geradezu direkte Aktionen unterschiedlichster Art. Damit will ich nicht die Bedeutung von Demonstrationen abschwächen. Demos sind und bleiben wichtig als erstes Ventil und sofortige kollektive Aktionsform zur Herstellung von Gegenöffentlichkeit, zum Durchbrechen des stillschweigenden Konsenses und nicht zuletzt als politisierender Einstieg in radikalen langfristigen Widerstand. Doch reichen Demos allein nicht aus, wenn wir das Ziel haben, die logistische Natobasis BRD im Konfliktfall an ausgewählten Schwachpunkten zu stören und möglichst zu schwächen, und wenn wir Druck auf die politischen MittäterInnen ausüben wollen. Ein machtvoller sozialer Angriff mit vielfältigen koordinierten direkten Aktionen bis hin zur Sabotage wären nötig, um den Kriegern Einhalt zu gebieten und die aktive Beteiligung der BRD an kriegerischen Konflikten zu unterbinden. Jede Arbeit und Orientierung in dieser Richtung ist die beste Vorbereitung auf eine verteidigenswerte Gesellschaft. Nur wer bereit ist, in irgendeiner Form einen solchen sozialen Angriff mitzutragen, kann zu den verläßlichen TrägerInnen der Sozialen Verteidigung gezählt werden. Die wirtschaftlichen, politischen und militäri-

schenEliteninderBRDsetzennatürlichalles daran, jeden Keim eines solchen Widerstands zu erfassen, (präventiv) zu bekämpfen und möglichst schon im Keim zu erstikken. Letztlich gibt es jedoch keine Alternative. Denn nur wenn wir das Ziel haben, eine solche Macht zu entfalten, kann es uns gelingen, im Falle einer ökopazifistischen Mehrheit in diesem Lande, diese gegen den von Ebert befürchteten Roll-Back sozial zu verteidigen. Wir sollten schon heute alles daran setzuen, ein Netzwerk Soziale Verteidigung/Aktion Notbremse aufzubauen. Um so mächtiger dieses wäre und um so mehr Kosten es einem Aggressor in einem noch zu bestimmenden Ernstfall in Aussicht stellen könnte, um so größer wäre die abhaltende präventive Wirkung.

Aktionspläne ausarbeiten!

Wie sich eine so starke Macht von unten entfalten könnte, darüber haben sich schon viele den Kopf zerbrochen. Auch ich habe natürlichkeinPatentrezept. Fürganzzentral halte ich jedoch eine möglichst große Vielfalt der Widerstandsformen und gegenseitige Toleranz zwischen allen Widerstand Leistenden, sofern es einen gemeinsamen Grundkonsens gibt, der Menschenleben gefährende Aktionen ausschließt. Nach den Bombenangriffen auf Libyen wurden vor allem zwei Vorschläge diskutiert. Beide sind es wert, von den VerfechterInnen der Sozialen Verteidigung aufgenommen und bis ins Detail eines kompletten Aktionsplanes ausgearbeitet zu werden. Dies müßte eine Aufgabe des sich nach dem Kongreß in Minden vermutlich bildenden Zusammenschlusses aller an der Sozialen Verteidigung Interessierten sein.

Innerhalb der Unabhängigen Friedensgruppen wurde vorgeschlagen, sich auf die Nato-Infrastrukturzukonzentrieren, aufdas EUCOM (die europäische Kommandozentrale der USA in Stuttgart), den Frankfurter Flughafen als zentralen Umschlagplatz für Kriegsmaterial und den Hafen in Bremerhaven, wo Kriegsmaterial auf Züge und Binnenschiffe umgeladen wird. Zu ergänzen ist hier noch der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein, der ebenfalls als wichtiger Umschlagplatz für Kriegsmaterial, z.B. für dem Golfkrieg, fungiert. Die genannten Orte sind auch deshalb geeignet, weil dort bereits örtlich verankerte Widerstandsstrukturen und vielfältige Erfahrungen vorhanden sind, an denen angeknüpft werden könnte. Dort könnten vielfältige unberechenbare Aktionen Zivilen Ungehorsams bis hin zu gezielten Sabotageakten, begleitet von Massendemonstrationen und Arbeitsniederlegungen durchgeführt werden. Flughafen- und BundesbahnbeamtInnen sollten dazu aufgerufen werden, diese Aktionen zu unterstützen. Autos und anderes Material könnten dabei nützlich sein, bestimmte Verkehrsknotenpunkte lahmzulegen. Die Arbeitskreise kritischer Polizisten und deren große SympathisantInnenzahl könnten möglicherweise ebenfalls zum Widerstand gewonnen werden.

Selbstverpflichtungen zum Widerstand

Im Versöhnungsbund (ein Zusammenschluß christlich orientierter Gewaltfreier) wurde darüber diskutiert, ein Netzwerk aufzubauen, das sich an der "Pledge of Resistance"-Bewegung in den USA orientiert. In diesem Netzwerk hatten sich bis Ende 1986 über 80.000 US-AmerikanerInnen persönlich verpflichtet, an Aktionen "legalen Protestes" oder "Zivilen Ungehorsams" teilzunehmen, "falls die Vereinigten Staaten von Amerika Nicaragua oder andere zentralamerikanische Staaten angreifen, bombardieren, Kampftruppen dorthin entsenden bzw.ihreInterventionwesentlicheskalieren" (8). Ein bereits im August 1984 gefaßter Beschluß sieht folgende Schritte im Falle einer Invasion in Nicaragua vor:

"1. Ein Signal für Aktionen geht an alle lokalen und regionalen Kontaktpersonen. 2. Menschen aus den ganzen USA treffen sich in vorher vereinbarten Kirchen in ihren Städten zu Informationsarbeit, gegenseitiger Unterstützung, Gebet und Vorbereitung der Aktionen. 3. Gewaltfreie Mahnwachen werden vor lokalen Büros von Kongreßabgeordneten abgehalten. Jedes Büro wird besetzt, bis der/die Abgeordnete/r gegen die Invasion abstimmt. 4. Delegationen werden nach Washington D.C. fahren, um Aktionen des Zivilen Ungehorsams beim Weißen Haus durchzuführen, mit der Forderung, die Invasion zu beenden. 5. US-Bürger in Nicaragua werden ihre eigenen gewaltfreien Aktionen initiieren und werden, wenn möglich, durch weitere Gruppen aus den USA unterstützt."(s. Anmerkung 8, Seite 70)

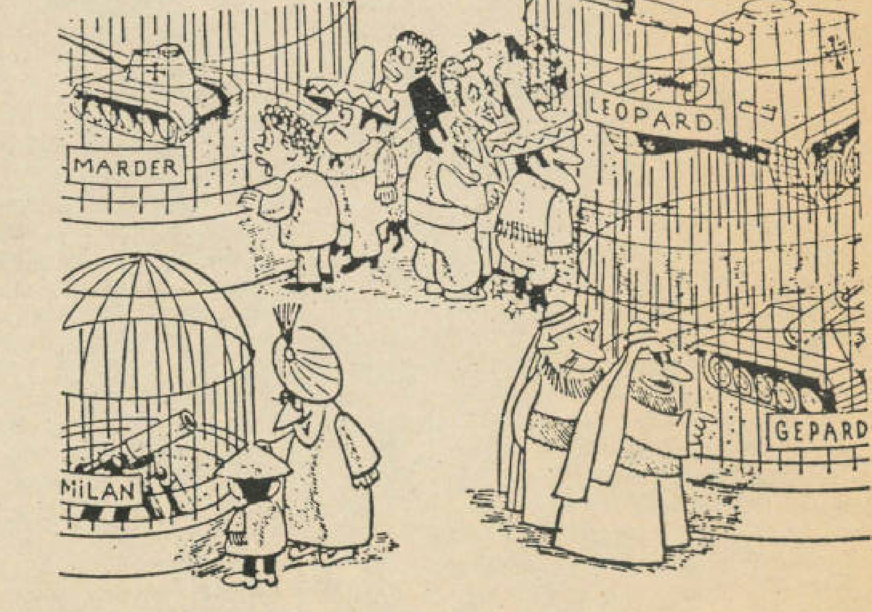
Das Netzwerk wurde schon mehrfach aktiviert, vor allem um die Bewilligung von Geldern an die Contras zu verhindern.

Ein ähnliches Netzwerk gab es bereits in der BRD. Die Kampagne "Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" war ebenfalls in zahlreichen Regionalgruppen organisiert und arbeitete mit einer ähnlichen Form von Selbstverpflichtung zum Widerstand. Möglicherweise wären diese Gruppen und Menschen aktivierungsfähig und durchaus für so etwas zu gewinnen.

Vielleicht wäre es auch möglich, die Gewerkschaften zu überzeugen, daß in bestimmten akuten Krisensituationen Streiks nötig sind, um auf Wirtschaft und Regierung Druck auszuüben. Der von kritischen Soldaten gegründete "Arbeitskreis Darmstädter Signal", der sich den Zielen der Friedensbewegung verpflichtet fühlt, könnte ebenso in ein Netzwerk Soziale Verteidigung einbezogen werden.

Eine Koordinationsstelle für Soziale Verteidigung könnte eine zentrale Rolle spielen bei der Verknüpfung der verschiedensten Widerstandsformen in einer solchen Krisensituation. Sie könnte eine Ergänzung sein zu den Koordinationsstellen "Stoppt den Rüstungsexport" und "Ziviler Ungehorsam". Zugegeben - all diese Gedanken sind noch unausgereift, aber vielleicht wird damit eine Diskussion eröffnet, die längst überfällig ist. Aber auch wenn noch soviel Papier beschrieben wird, kommen wir nicht weiter. Indem wir anders denken, haben wir erst den ersten Schritt getan, damit es anders wird. Nur durch Selbstorganisation, kollektive Strukturen, internationale Solidarität und Sozialen Angriff kann es uns gelingen, einer entmilitarisierten, zur Sozialen Verteidigung fähigen Gesellschaft näher zu kommen.

RaS



International beliebter deutscher Zoo

Anmerkungen:
1) GWR 104, S.6
2) GWR 105, S.4
3) GWR 105, S. 14
4) J. Hippler, Kriegführung "niedriger Intensität", in: Mediatus 1/88, S. 15
5) T. Horlohe, Kriegführung ohne Eskalationsrisiko, in: Mediatus 2/88. Der Report "Discriminate Deterrence" (69 Seiten) kann gegen Kostenerstattung (DM 10,-) beim IBF bezogen werden. Bestellung auf Zahlkartenabschnitt vermerken. Kto-Nr.: 18631-803, PGA München, BLZ 700 100 80
6) Mediatus 1/88, S. 16
7) So ein Sprecher der Dachorganisation der chemischen Industrie der USA, s. Bremer Nachrichten, 20.1.1988
8) Gewaltfreie Aktion 68/69/70, S.68

Rüstungskonversion

Ein Schlüssel zur Sozialen Verteidigung?

Rüstungskonversion bedeutet Umwandlung der Rüstungsproduktion auf sozial nützliche Güter bei menschengerechter Arbeitsorganisation. Verbindungslinien und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den seit einigen Jahren in manchen Rüstungsbetrieben existierenden Arbeitskreisen "Alternative Fertigung" und den VertreterInnen der Sozialen Verteidigung versucht dieser Artikel aufzuzeigen. (Red.)

Das Konzept der Sozialen Verteidigung durchläuft zur Zeit eine Pubertätsphase: Neu und deswegen faszinierende Utopie ist es nicht mehr und reif fürs politische Leben beginnt es gerade erst zu werden. Abnabelung von der wissenschaftlichen - auf wieviele historische Spurenelemente auch immer gestützten - Utopie und ihrer Diktion ist angesagt.

Eines ist klar: Soziale Verteidigung funktioniert nur, wenn ein ganz überwiegender Anteil der Bevölkerung zustimmt und daran mitarbeitet. Voraussetzung dafür ist, daß eine große Mehrheit das Konzept für vernünftig und machbar und die Gesellschaft für verteidigenswert hält.

Die bundesdeutsche Gesellschaftsentwicklung geht zur Zeit in einer der Utopie der gewaltfreien, herrschaftslosen Gesellschaft entgegengesetzten Richtung. Trends sind heute: Versteinerung gesellschaftlicher, materiell bestimmter Werte, Verelendung auf der einen, immenser Leistungsdruck auf der anderen Seite, Umweltzerstörung und Aufrüstung, krankmachende Verschwendung hier und Hunger in der "Dritten Welt". Wer gewaltfreies Handeln als Methode der Konfliktregelung für richtig hält, ist gefordert, es in der Gegenwehr gegen diese katastrophischen Entwicklungen zu üben.

Gewaltfreier Widerstand heute - Bedingung für Soziale Verteidigung morgen

Immer mehr Menschen könnten dabei den Umgang mit gewaltfreien Aktionsformen lernen und die Überzeugung gewinnen, daß sich auf diese Weise etwas ändern läßt. Eines der vielen Arbeitsfelder dafür kann das Durchsetzen von mehr Selbst- bzw. Mitbestimmung am Arbeitsplatz sein. Neben tarifpolitischen Zielen kann diese sich auf die Verschiebung der Produktpalette etwa von Rüstungsgütern oder Autos hin zu gesellschaftlich und ökologisch sinnvollen Erzeugnissen und Dienstleistungen richten (Konversion). Das Konzept der Sozialen Verteidigung ist dadurch, daß die Bundesrepublik sich an Krisen und Kriegen direkt (Libyen, Zerstörer der Bundesmarine im Mittelmeer...) und indirekt (va. Rüstungslieferungen und -hilfen) beteiligt, heute schon herausgefordert. Denn es wird fragwürdig, wenn es die Notwendigkeit von gewaltfreiem Agieren gegen diese gewaltgeladene Außenpolitik hier und jetzt nicht in die gegenwärtige Analyse und in das heutige Handeln umsetzen kann (1). Hier sind im wesentlichen drei Arbeitsfelder von Bedeutung:

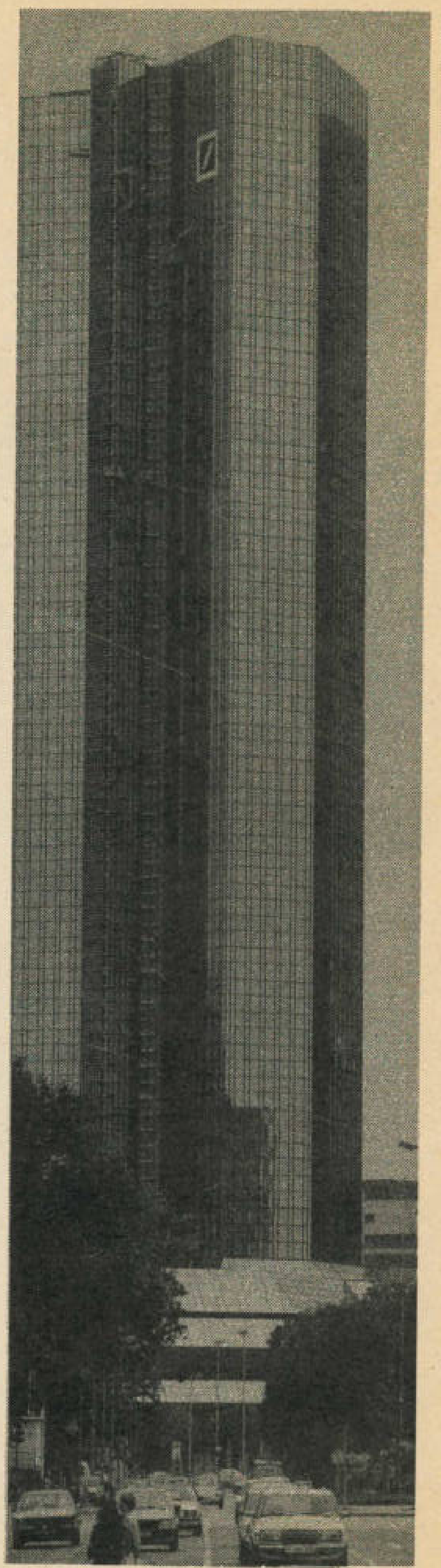
1. Gewaltfreies Handeln gegen Militarisierung und steigende Rüstungs- und "Verteidigungs"-Ausgaben des eigenen Staates, etwa mittels Rüstungssteuerboykott, Öffentlichkeitsarbeit gegen Aufrüstung und Strategie einer kriegsführungsfähigen Bundeswehr und NATO, Aktionen gegen bestimmte militärische Einrichtungen, usw.
2. Informieren und Handeln gegen ungerechte internationale Strukturen, die das Nord-Süd-Gefälle durch Steigerung des hiesigen Konsums zementieren oder verschärfen. Aktionsmöglichkeiten sind z.B. VerbraucherInnen-Boykott, Einkauf in Eine-Welt-Läden, Aufklärung über "Entwicklungspolitik" usw.
3. Aktionen gegen das Verfügbarmachen militärischer Präsenz der BRD in Kriegs- und Krisenregionen und das Betreiben und Anheizen von Konflikten dort durch bundesdeutsche Rüstungslieferungen und -hilfen (2).

Frieden braucht friedliche Arbeit

Sowohl beim Widerstand gegen die Militarisierung der hiesigen Gesellschaft und Wirtschaft als auch gegen deren internationale Aggressionen ist es wichtig, daß den Menschen, die in den bekämpften Strukturen arbeiten, Alternativen angeboten werden.

Die Moskauer "Gruppe zur Schaffung von Vertrauen zwischen Ost und West" (s. auch gwr 111, S.24), die als Weg zur Abrüstung eine internationale oder bilaterale Konversion (Bilateralismus = Konzept des abgestuften einseitigen und erwiderten Spannungs- und Rüstungsabbaus, d.Red.) vorschlägt, führt in ihrem Dokument "Konversion ist der Schlüssel zum Frieden" dazu aus:

"Konversion muß der Abrüstung vorausgehen. Die frühere Formel, zuerst komme Abrüstung und Konversion folge dann, erweckt Argwohn und funktioniert nicht. Einigen wir uns auf Programme, die Militärs und Industriearbeiter nicht zu Arbeitslosen oder Frührentnern werden lassen, die keine Qualifikationen für friedliche (Arbeits-)bereiche besitzen. Beide haben ein Recht auf einen angemessenen Lebensstandard - sie waren bereit, ihre Leben für ihre Länder zu verlieren..." (3)



Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt: Rüstungsproduktion ist ein höchst erträgliches Geschäft

Diese bewußt pazifistische Begründung der Forderung nach Rüstungskonversion setzt voraus, daß die Entscheidungsträger in

Wirtschaft und Gesellschaft sich bereits für Abrüstung entschieden haben; dies trifft für unsere mitteleuropäische Gegenwart nicht zu.

Sehr realistisch ist jedoch die Forderung, im Falle einer Abrüstung müßten die Betroffenen gesichert sein. In Anbetracht der emsigen Lobby-Arbeit von Rüstungsmanagern und von Forderungen nach Sicherung der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie seitens der Belegschaften ist sogar die These plausibel, daß die Nichtbeachtung dieser Forderung das Scheitern von Abrüstungsbemühen zumindest Vorschub leisten kann (4). Wenn Soziale Verteidigung als Zukunftskonzept glaubwürdig sein will, müssen eben nicht nur die Sorgen der Menschen vor einem Angriff von innen oder außen auf eine entmilitarisierte Gesellschaft, sondern auch die der heute im militärisch-industriellen Bereich Tätigen und die der Militärs um Arbeitsplatz und Lebensunterhalt ernstgenommen wer-den. Auf bundesdeutscher Ebene betrifft dies zum Beispiel:

- etwa 300.000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie (ohne Zulieferbetriebe),
- mehr als 250.000 längerdienende und Berufs-Soldaten (ohne Wehrdienstleistende),
- mehr als 182.000 zivile MitarbeiterInnen der Bundeswehr (5),
- zahllose Beschäftigte bei ausländischen Streitkräften und in vom Militär abhängigen Betrieben...

Es ist jedoch nicht einmal damit zu rechnen, daß Firmenleitungen im Bereich der Rüstungsindustrie etwa auf Konversion setzen, um Auftragsschwankungen aufzufangen. Zu reizvoll sind ihre Gewinnspannen für die vom Staat bezahlten Rüstungsgüter. Massenentlassungen betreffen in den seltensten Fällen Chefetagen und das Management...

Alternative Fertigung

Die Auftragslage in der Rüstungsindustrie ist starken Schwankungen unterworfen und wird völlig von politischen Entscheidungen bestimmt. In einigen bundesdeutschen Rüstungsfirmen haben sich aufgrund dieser Unsicherheit von Arbeitsplätzen Initiativen zur Suche nach anderer, langfristig sicherer Arbeit herausgebildet.

So haben beispielsweise die "Arbeitskreise Alternative Fertigung", die es bei MBB/VfW in Bremen, bei Blohm & Voss in Hamburg und bei MaK in Kiel als ständige Einrichtung gibt, konkrete Erfahrungen mit Modellen für die Umstellung von Rüstungs- auf zivile Arbeitsplätze gesammelt (6). Obwohl die Firmenleitungen bisher keinen der von diesen AKs erarbeiteten Umstellungsvorschlägen übernommen haben, bewegt doch die Auseinandersetzung darüber im Betrieb eine ganze Menge: Das Bemühen um Rüstungsaufträge zur Auslastung wird zunehmend kritischer gesehen; die Chancen für den Ausbau ziviler Produktionszweige werden verbessert. Das Aufzeigen von zivilen Alternativen bietet den Ausweg aus dem Dilemma, in dem viele Rüstungsindustrie-ArbeitnehmerInnen stehen: Weitermachen in der ungeliebten Rüstungsbranche oder Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig erzeugt es politisch-legitimatorischen Druck auf Entscheidungen bzw. Versäumnisse der Firmenleitungen und die Forderung nach mehr Mitbestimmung auch über das Was und Wie der Herstellung.

Noch im Herbst 1981 demonstrierten IG Metall und Teile der HDW in Kiel, weil die Bundesregierung den Bau eines U-Bootes für Chile nicht genehmigt hatte und deshalb Arbeitsplätze bei HDW gefährdet waren. Dieser Konsens zwischen Rüstungsmanagern und -arbeitnehmerInnen wird durch die Suche nach Alternativproduktion deutlich aufgeweicht. In einer Broschüre des MBB-Aks "Alternative Fertigung" heißt es dazu:

"Wir verstehen zwar die Sorge der Kieler Kolleginnen und Kollegen und die Angst um den Erhalt der Arbeitsplätze. Trotzdem ist nach unserer Ansicht ein Streik für Rüstung für einen Gewerkschaftsangehörigen nicht tragbar, zumal die Arbeitnehmer im Kriegsfall immer die Hauptbetroffenen sind. Wir wollen mit unserem Arbeitskreis auch erreichen, daß wir bei einem Beschäftigungseinbruch nicht für Rüstungsprodukte auf die Straße gehen müssen. Wir wollen dann in der Lage sein, eine ganze Palette alternativer, d.h. nicht-militärischer Produkte vorzuschlagen, deren Herstellung bei uns ohne weiteres möglich ist." (7)

Alternative Fertigung bietet mithin eine Möglichkeit, aktiv gegen den Krieg vorzugehen, der heute schon von bundesdeutschem Boden ausgeht. Deshalb kann die Zusammenarbeit mit diesen Arbeitskreisen eine bedeutsame Antwort auf die Forderung sein, die VertreterInnen des Konzepts der Sozialen Verteidigung müßten sich bereits heute der Praxis aussetzen, die durch Militarismus und Kriegs- bzw. Krisenbeteiligung des eigenen Staates gekennzeichnet ist.

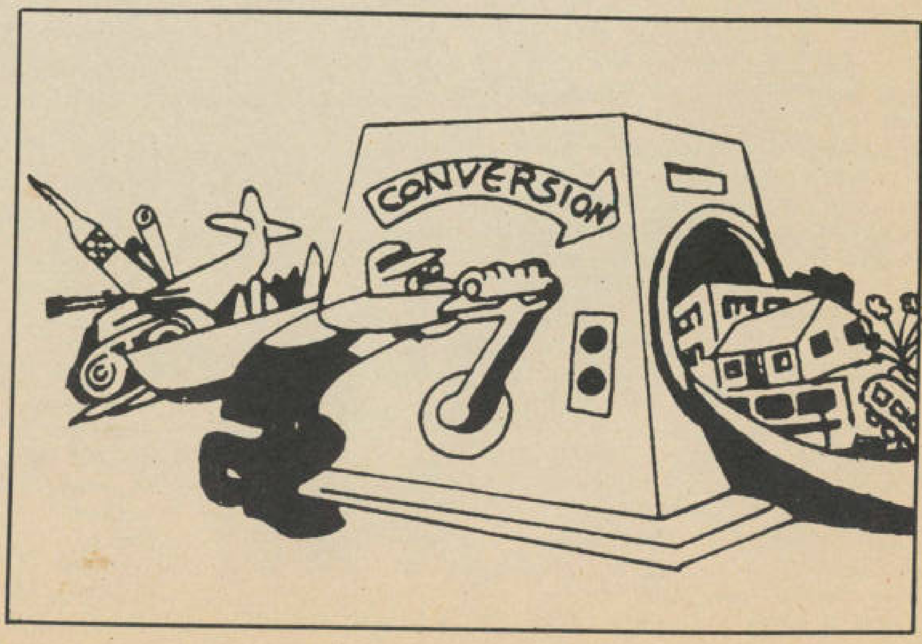
Selbstbestimmt arbeiten...

Wie Klaus Schomacker, Peter Wilke und Herbert Wulf in ihrem Buch "Alternative Produktion statt Rüstung" erläutern, bedarf es zu einer funktionierenden Umstellung umfangreicher gesamtwirtschaftlicher und politischer Neuorientierungen. Ohne die Gelder, die der Staat heute in die Rüstung steckt, ist dies nicht zu machen. Wer aber auf eine Zukunft ohne Rüstungsproduktion und Militär hinarbeitet, muß sich heute schon Gedanken um andere Arbeitsplätze für die Betroffenen machen. Dabei bietet es sich an, auf Bestrebungen und Erfahrungen, die es bereits in Rüstungsbetrieben gibt, aufzubauen, auch wenn in deren Mittelpunkt stets das Bemühen stand, konkret gefährdete Arbeitsplätze erst einmal zu erhalten - und keineswegs die Vorstellung, eine entmilitarisierte Gesellschaft zu entwickeln.

Solche Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Umorientierung hin zur verteidigungswerten Gesellschaft und Wirtschaft. Sie richten sich gegen die soziale, wirtschaftliche und ökologische Unverträglichkeit der Rüstungsproduktion und fordern ökologisch und sozial sinnvolle Arbeit und Ressourcennutzung und machen die Notwendigkeit demokratischer Entscheidungsstrukturen auch in der Wirtschaft deutlich.

...eigenverantwortlich verteidigen

Von dem Maß, in dem die Arbeitenden über das, was sie herstellen/leisten und wie sie dies tun, selbst bestimmen können, wird die Fähigkeit der Gesellschaft mit abhängen, sich durch Anwendung gewaltfreier Kampfmethoden zu verteidigen. Je niedriger die Ebene ist, auf der in einem Betrieb z.B. Entscheidungen fallen, desto flexibler können diese auf sich ändernde Situationen oder Phasen in einem Konflikt mit einem Angreifer auf eine für verteidigungswert erachtete Gesellschaft dort reagieren. Die Arbeiten-





Erklärung

Für den Fall
daß der Staat
wo ich arbeite
einem zweiten Staat
wo andere Leute arbeiten
den Krieg erklärt

erkläre ich
diesen Leuten
heute schon
den Frieden.

den selbst können den unschätzbaren Vorteil, mit örtlichen, technischen und organisatorischen Eigenheiten ihres Betriebes vertraut zu sein, für die Weiterarbeit zur Befriedigung der Bedürfnisse der zu verteidigenden Ökonomie bei gleichzeitiger Verweigerung von Leistung egenüber einem Aggressor optimal nutzbar machen. Reibungsverluste, die beim Einsatz von noch so geschulten FunktionärenfürdieDurchführung der SV auftreten könnten, weil diese erst in die Details eingewiesen werden müßten und evtl. auch Mißtrauen gegenüber einem übergeordneten Funktionärsgremium bei der Belegschaft aufkommen könnte, entfallen hier. So, wie Gesellschaft und Wirtschaft derzeit strukturiert sind, kann jedoch nicht auf die Entwicklung von Konzepten "betrieblicher Selbstverteidigung" gerechnet werden. Die Hierarchieverhältnisse zwischen Arbeitenden, Management und Kapitalbesitzern läßt selbstbestimmtes oder auch nur mitbestimmtes Arbeiten in den meisten Fällen nicht zu. Weiterbildung der Beschäftigten wird lediglich insoweit gefördert, wie die damit erworbenen Fähigkeiten dem Profit des Unternehmens unmittelbar nützen und die Machtposition des Managements und der Betriebsbesitzer nicht gefährden.

Ein vielversprechender Versuch, diese hierarchischen Strukturen des Arbeitens aufzubrechen, sind die zahlreichen, zumeist recht kleinen, selbstverwalteten Betriebe/Projekte, die in den letzten zwei Jahrzehnten entstanden sind. An diesen Experimenten selbstbestimmter Arbeit konnte und wollte - bei oft sehr hohem persönlichen und wirtschaftlichen Risiko - sich aber nur ein winziger Bruchteil der arbeitenden Bevölkerung in der BRD beteiligen.

Lösungen müssen aber auch für die vielen Menschen gefunden werden, die in Militär- und Rüstungsindustrie arbeiten. Deshalb sind Konzepte betrieblicher und regionaler Konversion wichtige Voraussetzungen einer gewaltfreien Verteidigung.

Arbeit und Bewußtsein entmilitarisieren

Breite Schichten in der bundesdeutschen Bevölkerung müssen dafür gewonnen werden, an einer verteidigenswerten und -fähigen Gesellschaft erst einmal mitzubauen. Die Chancen sind wohl nicht schlecht. Wir müssen sie nutzen, indem wir auf gewaltfreie, möglichst selbstbestimmte Problemlösungen hinarbeiten (helfen). Entwicklungen wie die Konversionsbestrebungen in Rüstungsbetrieben, die Gernot Jochheim wohl als Ausbreitung des "Zivilismus" (9) bezeichnen würde, werden tatsächlich und in den Köpfen auf die Soziale Verteidigung hinführen: Tatsächlich, weil sie wirtschaftlich und gesellschaftlich Bedingungen schaffen, unter denen SV möglich, angemessen und von der großen Mehrheit gewollt sein kann; in den Köpfen, weil die Praxis erfolgversprechender gewaltfreier Aktivitäten und selbstverantwortlichen Handelns vielen Menschen zu vertrauten Handlungsmustern werden. Kampagnen für sinnvolle Arbeit und (Mit-)Bestimmung über das Was und Wie des Produzierens, wie sie etwa Initiativen gegen Rüstungsexporte seit Anfang der 80er Jahre durchgeführt haben, können dazu wichtige Anstöße geben. Auschlaggebend für die Weiterentwicklung und Verbreitung dieser Idee wird aber sein, was sich an den Arbeitsplätzen und in den Köpfen der Betroffenen tut. Die Arbeit der "AKs Alternative Fertigung" kann deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden. Neben der Suche nach Produktionsalternativen und Durchsetzungsstrategien machen diese Versuche vielen MitarbeiterInnen klar, daß es Alternativen gibt und deren Verwirklichung weitestgehend von politischen Entscheidungen abhängt (10).

Alternative Fertigung als Versuch der Belegschaften, selbst sinnvolle Alternativen zu entwickeln, setzt ein gehöriges Maß an politischem Verantwortungsbewußtsein und die Bereitschaft voraus, große Anstrengungen und Risiken auf sich zu nehmen. Über die in diesem Sinne Aktiven in den Betrieben könnte sich die Möglichkeit ergeben, die Idee der gewaltfreien Verteidigung auch in weniger "kopflastigen" Bevölkerungskreisen bekannt zu machen. Dies sollte uns bisher damit befaßten TheoretikerInnen wiederum helfen können, Soziale Verteidigung praxisbezogener zu entwickeln und verständlicher darzustellen. Vielleicht hat sie manche/r ArbeitnehmerIn beim Militär oder in Rüstungsbetrieben wesentlich brauchbarere Vorschläge zur Durchsetzung von Sozialer Verteidigung als wir bisher.

Anne Dietrich

Anmerkungen:

1) Der/die VerfasserIn des Artikels "Soziale Verteidigung in der Krise. Neue Kriegsszenarien und ihre Auswirkungen auf die Soziale Verteidigung" fordert dies eindringlich: "Dabei ist überdeutlich, daß die Legitimation einer 'Politik mit Waffen', um die Stellung auf dem Weltmarkt zu unterstützen, um Rohstoffe oder Nachschubwege zu sichern, um politisch zu drohen oder auch wirklich in Krisengebiete einzugreifen, allen gutgemeinten Versuchen, 'alternative Verteidigung' zu diskutieren, den Boden entzieht." Graswurzelkalender 1988, S. 45

2) Vergl. dazu die Aktivitäten der BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14-18, 28 Bremen und vieler Dritte- bzw. Eine-Welt-Gruppen, z.Zt. insbesondere die Vorbereitung zu einem Kongreß zum IWF von 23.-25.9. und Kampagne gegen den Weltwirtschaftsgipfel, der vom 27.-30.9.88 stattfindet.

3) Abgedruckt in englischer Sprache in "UK Trustbuilders", Newsletter No. 6, London 1985. (unautorisierte Eigenübersetzung)

4) Vergl. etwa Michael Brzoska/Andreas Guha/Christian Wellmann, Das Geschäft mit dem Tod. Fakten & Hintergründe der Rüstungsindustrie, Frankfurt 1982, S. 39 ff und Klaus Schomacker/Peter Wilke/Herbert Wulf, Alternative Produktion statt Rüstung. Gewerkschaftliche Initiativen für sinnvolle Arbeit und sozial nützliche Produkte, Köln 1987, S. 36 ff

5) Vergl. Jahresbericht der Bundesregierung 1986, S. 358 ff

6) Vergl. Schomacker/Wilke/Wulf, a.a.O., S. 156 ff und die Grundsatzerklärungen der Arbeitskreise "Alternative Fertigung, z.B. Grundsatzerklärung des AKs bei Blohm & Voss, Hamburg, in: Otto Jacobi/ Eberhard Schmidt/Walther Müller-Jentsch, Nicht vor - nicht zurück? Kritisches Gewerkschafts-Jahrbuch, Berlin 1982, S. 105-107

7) Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung, Hrsg. Jörg Fischer u.a., Bremen 1984, S. 32

8) Schomacker/Wilke/Wulf, a.a.O., S. 212 ff

9) Vergl. Gernot Jochheim, Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion, Stuttgart 1986, insbes. S. 147 ff und 187 ff

10) Vergl. Schomacker/Wilke/Wulf, a.a.O., bsd. S. 292 f und 297 ff.

Wie ein Fisch ohne Fahrrad?

Versuch einer feministischen Kritik

Bisher wurde die Rolle von Frauen bei den verschiedenen Modellen von Sozialer Verteidigung nicht thematisiert, ebensowenig spielt Soziale Verteidigung in der feministischen Bewegung eine Rolle. Ein erster Versuch, diese beiden Ansätze aufeinander zu beziehen, wird hier gemacht. (Red.)

Foto:D.Sterzer



Kein Frieden mit dem Patriarchat!

Es fällt auf, daß sich nur sehr wenige Frauen mit Sozialer Verteidigung befassen. Verwunderlich ist das nicht. Schließlich versteht sich das SV-Konzept der Friedensforschung der letzten Jahrzehnte zunächst einmal als Alternative zu den traditionellen militärischen Kriegsführungskonzepten, und Krieg wird im großen und ganzen als "Männersache", als "männliches Handwerk" interpretiert. Bezeichnend dafür ist, daß bei der Entwicklung von Sozialer Verteidigung ehemalige Militärs eine entscheidende Rolle spielten (z.B.Liddell Hart).

In einem solchermaßen engen Ansatz wird die Rolle von Frauen überhaupt nicht problematisiert. Dazu kommt die generell unterdurchschnittliche bis kaum vorhandene Vertretung von Frauen in der Wissenschaft. Solange dies so bleibt, wird das Interesse der Friedensforschung an der Situation von Frauen gering bleiben und sich bei der Beschäftigung mit Sozialer Verteidigung auf einer Ebene bewegen, die etwa in der Art "Frauen in die Bundeswehr" eine Anpassung der Frauen an das "männliche Maß", an männliche Strukturen zum Ergebnis hat.

Tagtäglicher Krieg gegen Frauen

Das, was Männer als Frieden bezeichnen, ist für Frauen tagtäglicher - sexistischer - Krieg: Ausgrenzung aus politischen und beruflichen Bereichen, Anmache nicht nur auf der Straße, Zugriffe auf unseren Körper durch Schläge, Pornographie bis hin zur Vergewaltigung, Gewalt gegen Frauen aufgrund unserer Geschlechtszugehörigkeit.

Träte heute der "SV-Fall" ein, müßten wir Frauen eine patriarchale Gesellschaft verteidigen. Die Fakten alltäglicher patriarchaler Unterdrückung machen jedoch klar, daß wir Frauen uns g e g e n eine solche Gesellschaft verteidigen müssen, und zwar schon jetzt, jeden Tag!

Die Lebensrealität von Frauen in dieser Gesellschaft ist also grundsätzlich anders als die von Männern. Die Frage, was wir eigentlich verteidigen wollen, stellt sich somit für Frauen in wesentlich grundsätzlicherer Weise als für Männer, und zwar auch für die Männer, die sich auf einen Graswurzelansatz beziehen.

Zu der Verflechtung von Staat und Krieg (ein Analyseansatz, der auch von der herkömmlichen Friedensforschung nicht geleistet wird) kommt noch das Patriarchat als Unterdrückungsmoment hinzu. Nicht nur wird die Abschaffung des Krieges nicht ohne die Abschaffung des Staates zu haben sein (und umgekehrt), sondern der dritte Pfeiler dieses HERRschaftsgefüges, das Patriarchat, muß ebenso umgestürzt werden. Patriarchat, Staat und Militarismus bedingen sich gegenseitig und sind Ausdruck von HERRschaft - HERRschaft von Männern über Frauen in alltäglicher Ausübung von direkter und struktureller Gewalt.

Daraus folgt: wenn Soziale Verteidigung mehr sein will als nur ein Ersatz-Verteidigungskonzept anstelle (bewaffneten) Krieges, muß ein solches radikales Konzept Sozialer Verteidigung gewährleisten, daß frauenfeindliche Strukturen beseitigt werden, sowohl was die Gesellschaft betrifft, die verteidigt wird als auch die Mittel, die dies erreichen sollen. Andernfalls ähnelt auch Soziale Verteidigung den gängigen militärischen, patriarchalen Strukturen.

Alte Strukturen in neuem Gewand?

In den herkömmlichen SV-Konzepten der Friedensforschung haben feministische Einflüsse absolut keine Spuren hinterlassen. Vielmehr weisen manche dieser Konzepte Strukturen auf, die den bestehenden Wehrstrukturen sehr ähnlich sind: Beibehaltung des Zivildienstes oder sogar eine Art Wehrpflicht, was sich z.B. konkretisiert in Eberts Vorstellungen einer Ausbildungsmöglichkeit zum SV-Berater für Wehrpflichtige. Eine solche (Männer-)Gesellschaft mitsamt ihren von Männern geprägten Strukturen wird Frauen und vor allem Feministinnen nicht sonderlich verteidigenswert erscheinen; schon dadurch, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung (die die Frauen ja sind) nicht damit identifizieren kann, wird Soziale Verteidigung nicht wirkungsvoll durchführbar sein.

Aber auch bei den radikaleren, also antistaatlichen Ansätzen von Sozialer Verteidigung kann frau nicht davon ausgehen, daß in der neuen Gesellschaft sich ein neues gleichberechtigtes, herrschaftsloses Verhältnis von Männern und Frauen gleichsam automatisch durchsetzen wird und die Unterdrückung von Frauen durch Männer dadurch

sozusagen von selbst abgeschafft würde. Auch hier müssen wir Frauen uns unsere Position erst erkämpfen. Ein Blick auf die inneren Strukturen der sozialen Bewegungen genügt, um sich dessen glaubhaft zu versichern.

Soziale Verteidigung und Frauenrolle

Konkret heißt das: wir müssen uns fragen, welche Rolle die verschiedenen Konzepte Sozialer Verteidigung den Frauen zuweisen. Sie müssen auf die Möglichkeiten der Befreiung aus den traditionellen Geschlechterrollen hinterfragt/überprüft werden.

Die Einplanung von Frauen in die bestehende Zivilverteidigung könnte uns einen Vorgeschmack davon geben, wie Frauen in ein traditionelles SV-Konzept eingebunden werden könnten. Daß hier nur Vermutungen angestellt werden können, liegt daran, daß in der traditionellen Konzeption Sozialer Verteidigung die Rolle von Frauen kein Thema ist - ein deutliches Indiz dafür, daß alles beim alten gelassen wird. Frauen, die Ersatzdienste leisten für Männer, die an der - diesmal jedoch gewaltfreien - "Front" kämpfen, die den gewaltfreien "Helden" zuarbeiten.... all das kennen wir schon zur Genüge. Es ist zu erwarten, daß die Funktion von Frauen im SV-Fall wie schon bei der militärischen Verteidigung wieder auf traditionelle Hilfs- und Pflegedienste hinauslaufen wird. Viel schlimmer, es stellt sich der Verdacht, daß bei den traditionellen SV-Konzepten die den Frauen zugeschriebenen Eigenschaften wie "Sanftheit", "Passivität", "Friedfertigkeit" als Waffe eingesetzt werden sollen - also eine Art von Widerstand, die Frauen gerade keine neuen Handlungsperspektiven eröffnet.

Abgesehen davon, daß die Einpassung in die traditionelle Frauenrolle für Feministinnen untragbar ist, frage ich mich auch, was "traditionell weibliches", also passives Verhalten z.B. bei einer Besatzungsarmee bewirken soll, wurden Besatzer doch auch bisher durch passives Verhalten von Frauen nicht daran gehindert, Frauen im Krieg zu vergewaltigen, und nicht nur im Krieg.

Soziale Verteidigung wird dann effektiv sein, wenn dem Angreifer Entschlossenheit entgegengesetzt wird, ein gewisser Überraschungseffekt, ungewohntes Verhalten etc. zum Tragen kommt. Es wäre also in jeder Hinsicht verhängnisvoll, die "traditionellen Eigenschaften" von Frauen einfach aufzuwerten, indem mann uns Frauen zu "Hoffnungsträgerinnen" macht, die jetzt endlich die von Männern versaute Welt retten sollen. Auch dies würde wieder nur eine gängige Festschreibung der patriarchalen Rollenverteilung bedeuten.

Soziale Verteidigung muß frauenbefreiend sein

Frauen müssen ihre Bedingungen an den Frieden stellen. Diese müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß Frauen in dieser patriarchalen Gesellschaft eine vollkommen andere Ausgangsposition haben als Männer. Soziale Verteidigung muß also für Frauen neue Handlungsfelder eröffnen und befreiend wirken. Soziale Verteidigung muß an den Alltagsproblemen von Frauen ansetzen und dem Bedürfnis nach selbstorganisiertem Schutz Rechnung tragen, selbstorganisierter Schutz gegen die alltägliche Gewalt von Männern gegen Frauen. Rein verbale Beteuerungen der Gleichberechtigung nützen uns nichts.

Wir verlangen mehr: Wenn Männer für Soziale Verteidigung eintreten, dann muß das auch heißen, daß sie bereit sind, an der Abschaffung patriarchaler Strukturen zu arbeiten und Machtprivilegien aufzugeben - und daß genau dies zu einem essentiellen Bestandteil von SV-Konzepten gemacht wird. Aber auch wir Frauen sind gefordert. Frauenbefreiend kann Veränderung nur sein, wenn Frauen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, für ihre Befreiung hier und jetzt kämpfen. Wir müssen dafür sorgen, daß sich das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ändert, wenn Soziale Verteidigung und überhaupt Utopien von einer neuen Gesellschaft nicht zu einer Farce geraten sollen! Es gibt viel zu tun!

Rita Wopper

Foto: S.Stotz



Eine (Vor-)Form von Sozialer Verteidigung: Frauenaktion in Heidelberg, Walpurgis 1987

Das Patriarchat gibt sich sanft

Ein erster Verdacht

Der Autor betrachtet die Idee der Sozialen Verteidigung aus einem patriarchatskritischen Blickwinkel. Ist Soziale Verteidigung nichts anderes als die Fortführung patriarchaler Kriegsspiele mit anderen Mitteln? (Red.)

In diesem Beitrag geht es mir darum, die Idee der Sozialen Verteidigung als eine erdachte "Konfliktlösungsstrategie" vor dem Hintergrund einer durchaus gut funktionierenden patriarchalen Gesellschaft zu beleuchten. Die Frage, was die Idee der Sozialen Verteidigung mit dem Patriarchat zu tun hat - und umgekehrt - ist nach meinem Wissensstand recht neu und kann deshalb auf keinem vorangegangenen Diskussionsprozeß aufbauen. Eine sehr umfangreiche und vielseitige, vorrangig feministische Patriarchatskritik und die Kritik an der Idee der Sozialen Verteidigung stehen noch in keiner Beziehung miteinander.

"Der Mann ist sozial und sexuell ein Idiot", behauptete Volker E. Pilgrim schon vor zehn Jahren in seinem Buch "Der Untergang des Mannes". Weiter heißt es dort:

"Er organisiert menschliches Leben in einer Gesellschaftsform, in der nur e r zu bestimmen hat. Er richtet alles f ü r sich ein, und alles ist v o n ihm eingerichtet."

Die Ansicht oder Einsicht, der Mann sei letztlich eine Art unbelehrbarer Schwachsinniger, haben sich scheinbar in den letzten zehn Jahren nur sehr wenige Männer zu Herzen genommen. Wir ergötzen uns weiterhin in der Annahme vom Gegenteil. Nicht nur in unseren männlichen Omnipotenzfantasien, sondern ganz real, in der für uns und von uns selbstgeschaffenen patriarchalen Gesellschaftsform, gedeihen sie prächtig: die genialen und rastlosen Forscher und Entdecker, die einmaligen Dichter und Denker, die unersetzlichen Lenker von Politik und Wirtschaft und nicht zuletzt - die ewigen Mahner und Erretter der Menschheit. Letztere hatten es immer weitaus schwerer, sich zu behaupten, nichtsdestotrotz winken aber auch ihnen Anerkennung, Preise, Orden und Positionen im alltäglichen Betrieb patriarchaler Gesellschaften.

Alternative Kriegsführung?

Seit mehreren Jahrzehnten befaßt sich eine relativ kleine Anzahl von Männern mit der Idee einer alternativen Kriegsführung, der sozialen gewaltfreien Verteidigung. Ganz unabhängig jedoch von etlichen Differenzen in der noch sehr eng umrissenen Diskussion von Sozialer Verteidigung sehe ich u.a. den mehr oder weniger bewußten Versuch des Patriarchats, durch eine gezielte Anbindung an eine Suche nach "Alternativen zur militärischen Verteidigung" und das Bemühen, diese zu verwirklichen, freiheitlich-antimilitaristisches, non-konformistisches und vor allem radikal-patriarchatskritisches Denken aufzufangen, zu binden und zu kanalisieren - für die künstliche Verlängerung patriarchaler Herrschaftsformen.

Ich möchte behaupten, daß die Idee der Sozialen Verteidigung, so wie sie heute vertreten wird, tatsächlich ein Fantasiengebilde von Männern für Männer darstellt, im Gegensatz zum eigenen Anspruch, eine Lösung für die ganze Menschheit bieten zu können. Sie steht unverkennbar in direkter Linie mit einigen dutzend anderer aktueller Theorien zur Menschheitsrettung, sowie in steter Verbindung mit der Friedens-, Konflikt- und Zukunftsforschung, ein Feld, auf dem sich alte und junge Männer in ihren Fantasien neuartige Gefechte liefern, mit anderen Regeln und neuen Siegern und Verlierern.

Es ist zu klären, inwieweit in männerbeherrschten Gesellschaften bereits die Definitionsgewalt zu einem Thema (wie z.B. Sozialer Verteidigung) zur Herstellung und Aufrechterhaltung patriarchaler Macht beiträgt (der Erreichung von "Definitionshoheit" ist ein Großteil der SV-Literatur gewidmet). Wir kommen außerdem nicht drum herum, uns das Aufkommen der Sozialen Verteidigungsidee in den 50er Jahren als eine Reaktion auf eine mehr oder weniger bewußte Angst vor dem Verlust männlicher Herrschaft zu erklären.

Einige grundlegende Bedingungen:

1. Das Patriarchat

Reale und symbolische Inszenierungen von Macht und Gewalt auf allen Ebenen und Bereichen dienen der Aufrechterhaltung männlicher Herrschaft. Die organisierte Kontinuität, die Ritualisierung der Inszenierungen gewährleisten Aufrechterhaltung und Ausbau patriarchaler Herrschaft (vom Manöver bis hin zum Schulalltag). Legitimiert werden diese Inszenierungen durch die Vermittlung von Projektionen, z.B. Feindbilder. Gelingt die Vermittlung von Projektionen in Form eines entsprechenden Angstaufbaus in der Gesellschaft, braucht das nunmehr entstandene Sicherheitsbedürfnis nur noch kanalisiert und in eine entsprechende "Sicherheitspolitik" gekleidet zu werden. Auf all diese Mechanismen verzichten die Vertreter der Sozialen Verteidigung keineswegs.

Wieviel Disziplinierung und Unterordnung verlangt diese Art von "Verteidigungsstrategie"? Wer sagt, was notwendig ist? Wer gibt die Entschlossenheit bekannt? Wer braucht den Nachweis zur Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung? Gibt es letztendlich auch eine Wehrpflicht auf gesetzlicher Grundlage? Alles wie gehabt, nur eben nicht-militärisch?

2. Der Mann

Die Produktion von Ideologien, Theorien, Gesetzeswerken, Wissenschaften, Heilslehren und Zukunftsvisionen (hier die Soziale

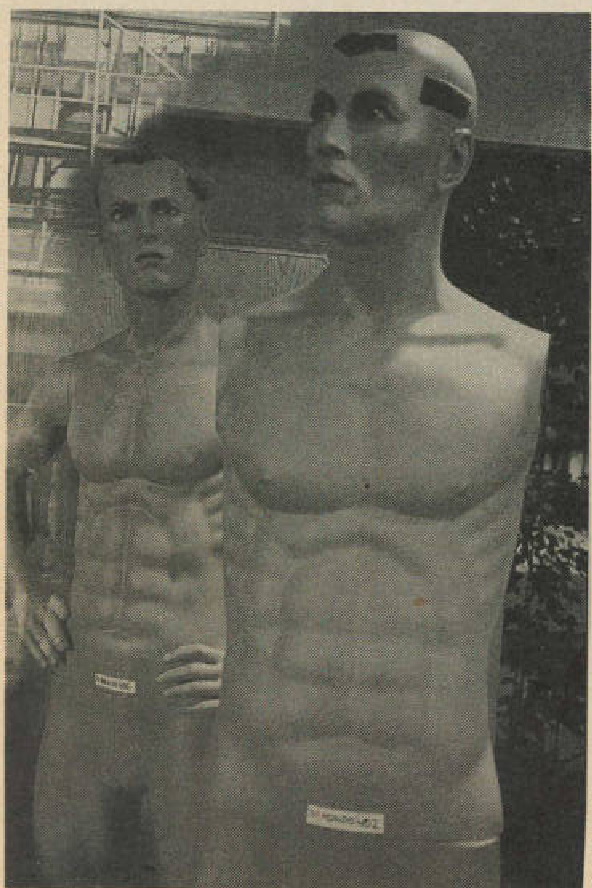


Foto: J.Siegmann

"Der Mann ist sozial und sexuell ein Idiot" (V.E.Pilgrim)

Verteidigung) sind letztlich nur die (Armuts-)Zeugnisse des Ersatzes für das ansonsten praktisch blockierte männliche Er-Leben, fühlen und lieben. Weil wir unfähig sind, unvermitteltes Leben und unmittelbare Liebe zuzulassen und zu praktizieren, verlieren wir uns in oder ergötzen wir uns an unseren Elaboraten und Traktaten zur Regelung und Rettung der Welt.

3. Staat, Gewalt und Wissenschaft

Etwas scheinbar unauflösliches begleitet seit jeher die Diskussion um die Soziale Verteidigung: das staatliche Gewaltmonopol.

In einigen Schriften zur Sozialen Verteidigung scheint es, daß der Staat durch Dezentralisierung schon ein besserer Staat und zu erheblichen Leistungssteigerungen fähig wird. Beim einzelnen führt die Dezentralisierung zu einem besseren Überblick, verstärkt die immer zu latent vorhandenen Identifikationsgefühle und mündet automatisch in die Bereitschaft, sich für "seinen" Staat einzusetzen.

Manchmal beschleicht mich das Gefühl, hier wird insgeheim "der Traum vom besten Staat" geträumt. Beim Lesen von SV-Literatur hatte ich manchmal den Eindruck, daß mann sich deshalb eine gerechtere Gesellschaft wünscht, um endlich einmal seine "Entdeckung", die SV, erfolgversprechend anwenden zu können.

Wo immer Männer in ihrem gesellschaftspolitischen Engagement sich nicht selbst das Patriarchat und dessen Folgen bewußt machen, machen sie sich automatisch zu Handlangern und Mitläufern der herrschenden Männer.

Die Theoretiker der Sozialen Verteidigung haben bis jetzt recht ungeniert an dem Gewaltverhältnis zwischen Männern und Frauen vorbeigedacht und -diskutiert.



Foto: D.Baltzer

Rituale im Patriarchat

Die Idee der Sozialen Verteidigung kommt im Patriarchat nicht umsonst im wissenschaftlichen Gewande daher. Wissenschaft war und ist mit ihren männlichen Strukturen und Arbeitsformen immer auch ein Herrschaftsinstrument im Patriarchat.

Die inszenierten Konflikte

Wir leben in patriarchalen Gesellschaften, die über ihren Hauptkonflikt, nämlich das Gewalt- und Unterdrückungsverhältnis zwischen Mann und Frau, dadurch hinwegzutäuschen versuchen, daß sie Konflikte zwischen den Völkern und innerhalb der Völker bewußt inszenieren mit dem Ziel, die grundlegenden Unrechtsverhältnisse beizubehalten. Wir, die Vertreter von Sozialer Verteidigung, stellen nicht die Konflikte selbst in Frage, bezweifeln nicht unsere Zuständigkeit für diese Konflikte, sondern arbeiten einzig und allein dafür, daß sie nicht mehr so gewaltsam in Szene gesetzt werden.

Der Kreislauf von patriarchaler Macht wird auch von gewaltfreien Widerstandsbewegungen eingehalten. Männer herrschen und geraten in Konflikt mit anderen Männern. Für das patriarchale System ist tatsächlich von weniger Bedeutung, wer von beiden als Sieger in diesem Kampf hervorgeht, als vielmehr daß es einen (männlichen) Sieger gibt.

Den Autor Richard B.Gregg möchte ich ausführlicher zitieren. (siehe Kasten). Was er schreibt, und vor allem wie er schreibt, ist heute zwar nirgendwo mehr angesagt, schimmert aber durch die gesamte spätere versachlichte-verwissenschaftlichte SV-Literatur durch. Er zeigt am klarsten, wie nahe sich tatsächlich die Vertreter gewaltsamer und gewaltfreier Verteidigungstechniken sind, trotz aller Zwistigkeiten, die sie hin und wieder, öffentlich gut arrangiert, miteinanderaustragen. Sein ausdrücklicher Bezug auf die Frauen macht noch einmal besonders deutlich, wie sehr die gesamte Diskussion über gewaltfreie Widerstandskonzeptionen Männersache war und ist, wie sehr es sich also hier um kein Konfliktlösungsmodell für die "ganze Menschheit" handeln kann.

Die Soziale Verteidigung wurde bis auf den heutigen Tag fast ausschließlich von Männern entwickelt und formuliert. Diese Feststellung beinhaltet die erschreckende Dimension, daß unsere Diskussion zur "alternativen sozialen Verteidigung" in Zukunft auf rein männliche Wahrnehmungsmuster und eine entsprechende Logik aufbauen würde/müßte, wenn diese jetzt nicht selbst problematisiert oder gänzlich in Frage gestelt werden.

Andreas Peters

Das vollständige Manuskript (ca. 30 Schreibmaschinenseiten) ist beim Autor gegen 5,-DM in Briefmarken für Kopien und Porto zu beziehen: A.Peters Gerhard-Hauptmann-Str.8 5620 Velbert

Die "Tugenden des Krieges"

"Trotz der Schrecken, der Nichtigkeiten und der Verheerungen birgt der Krieg dennoch gewisse Tugenden und Wahrheiten, auf die die Menschheit nicht verzichten kann. Bei keiner Erörterung der neuen Methode zur Beilegung von Konflikten dürfen die militärischen Tugenden außer acht gelassen werden. ... Wir sehnen uns alle nach emsigem Handeln, nach Übung in Mut und Stärke und lassen uns gern von Wagemut beflügeln. Wir alle lieben es, uns einer gemeinsamen Disziplin und gemeinsam ertragenen Entbehrungen für ein hohes Ideal zu unterwerfen, einer güten wirksamen Ordnung zu unterstehen, stark, edelmütig und voller Selbstvertrauen, körperlich auf der Höhe zu sein und unseren Körper, unseren Geist und unsere Seele harmonisch für ein großes Ziel einzusetzen, um so zu einem Quell ungeheurer Energien zu werden. ...

Dies also scheinen die bedeutenden Tugenden des gewalttätigen Kämpfers zu sein: Unternehmungslust, Mut, rastlose Tätigkeit, Ausdauer, Aufrichtigkeit, Hingebung und Gemeinschaft mit seinesgleichen, Ordnung, Übung und Disziplin. Die Wahrheit, die in seiner Überzeugung liegt, daß der Konflikt unvermeidbar ist, bildet ein weiteres Element seiner Stärke. Alle diese Tugenden und Wahrheiten des Krieges werden von der gewaltlosen Methode zur Beilegung großer Zwiste voll erkannt und angewandt. Wenn eine Nation oder Gruppe zum gewaltlosen Widerstand übergeht, so entstehen dadurch keine moralischen Verluste."

"Es ist von Wichtigkeit, daß auch Frauen sich daran beteiligen. In der Tat sind diese dafür oft tauglicher als mancher Mann. Er (der gewaltlose Widerstand -Red.) ist deshalb viel dramatischer, interessanter und verlockender für junge und alte Männer und auch für Frauen. Er bietet sogar mehr Möglichkeiten für hohen Wagemut, Abenteuer, Wagnis, Tapferkeit, Ausdauer und wahrhaft schöne und edle Romantik als alle ritterlichen Kämpfe vergangener Zeiten."

(aus: Richard B. Gregg, Die Macht der Gewaltlosigkeit, S.86-88 und S.95)

Kein Strom aus dem Strom!



Hainburg 1984 - ein Lehrstück für Soziale Verteidigung von unten?

Der Widerstand gegen ein Donaukraftwerk in Hainburg/Österreich gilt inzwischen als Musterbeispiel für die Machbarkeit gewaltfreien Widerstandes "von unten". Ist Hainburg auch ein gelungenes Beispiel für Soziale Verteidigung? (Red.)

In den Dezembertagen des Jahres 1984 fand in der Stophenreuther Au nahe Hainburg an der Donau die bislang größte Aktion zivilen Ungehorsams in der Geschichte der 2.Republik in Österreich statt. Tausende UmweltschützerInnen hatten die Au besetzt, um die Rodung von 682 Hektar Auwald zur Errichtung eines weiteren Donaukraftwerkes zu verhindern. Versuchen der Polizei, die Au zu räumen bzw. Rodungen zu ermöglichen, setzten die BesetzerInnen gewaltfreien Widerstand entgegen. Diese Aktionen waren unmittelbar erfolgreich: Die Rodungen konnten weitgehend verhindert werden und das Kraftwerk wurde bislang nicht gebaut. BürgerInnenprotest "von unten" konnte sich gegen eine Allianz von Regierung, Industriellenvereinigung, Gewerkschaft, Bau- und Elektrizitätswirtschaft durchsetzen.

Au contra Kraftwerk

Hainburg ist eine Kleinstadt östlich von Wien, an der Donau gelegen. Noch! Wenn es nach der Elektrizitätswirtschaft, der Baulobby und der Regierung gegangen wäre, müßte Hainburg seit etwa zwei Jahren am Altarm der Donau dahintümpeln. Die Auwaldherrlichkeit - ohnehin nur ein Rest von früher, aber immerhin - zwischen Wien und Hainburg wäre einem Kraftwerk mit 20m hohen Dämmen und einem Stausee gewichen. Vom Fluß zum Stau - das Ende für die Au!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit war die Donau in den 70er und 80er Jahren bis auf die Wachau und den Abschnitt östlich von Wien mit Kraftwerken verbetoniert, kanalisiert worden und verschwanden 80% der vielbesungenen österreichischen Donau hinter Dämmen. Aus den Erfahrungen mit diesen Kraftwerken ließen sich die Auswirkungen einer weiteren Staustufe bei Hainburg auf die Au-Landschaft östlich von Wien gut vorhersagen:

* Rodung von ca. 700 bis 800 Hektar Auwald - das wären etwa 10% der Auwälder unterhalb von Wien (Auwald bezeichnet einen in Europa einzigartigen Wasserwald)
* Umwandlung des Stromes in einen Stausee
* Verschlechterung der Wasserqualität
* Zerstörung der Uferbereiche des Donaustromes
* Keine Inseln und Schotterbänke mehr
* Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt (insbesondere seltene Vogelarten).

Es waren Menschen aus der Region Hainburg und aus dem Marchfeld, die bereits Ende der 70er Jahre das Ausmaß der durch ein Kraftwerk Hainburg drohenden Landschaftszerstörung erkannt haben und die mit Unterschriftenaktionen, Informationsveranstaltungen und Vorsprachen bei Politikern aktiv wurden. Ihnen ist es in der Folge gelungen, die örtliche Bevölkerung zu aktivieren und WissenschaftlerInnen, Umweltschutzverbände und letztlich eine breite Öffentlichkeit auf den letzten großen Au-Wald Mitteleuropas aufmerksam zu machen.

Den UmweltschützerInnen war es gelun-



Die „Pressekonferenz der Tiere"

gen, den Konflikt auch auf der juristischen Ebene zuzuspitzen. Das Naturschutzgesetz des Bundeslandes Niederösterreich stand mit klaren und jedem/r verständlichen Formulierungen im krassen Gegensatz zur Bewilligung des Kraftwerksbaues. Der zuständige Landesrat mußte sich - als der Konflikt im November 1984 auf seinen Höhepunkt zusteuerte - öffentlich einen "Rechtsbrecher" nennen lassen, als er allen gesetzlichen Bestimmungen und Gutachten zum Trotz den Kraftwerksbau bewilligte. Dieser und andere Bescheide wurden von den Au-SchützerInnen bei den Höchstgerichten angefochten. Trotzdem sollte - noch vor einer Entscheidung derselben - im Dezember mit den Rodungsarbeiten begonnen werden.

Ebenfalls im November 1984 - wenige Tage nach dem beschriebenen Bewilligungsbescheid - übergaben Proponenten des "Konrad-Lorenz-Volksbegehrens" dem Innenminister 10.000 Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens gegen das Kraftwerksprojekt. Vor einer Durchführung des Volksbegehrens sollte - so das einleuchtende Argument - mit Rodungsarbeiten nicht begonnen werden. Als sich die Kraftwerksbetreiber auch über dieses - demokratiepolitische - Argument hinwegsetzten, war für viele Menschen klar, daß sie nunmehr - als letztes Mittel - zu Aktionen des zivilen Ungehorsams und der gewaltfreien Aktion greifen würden.

Koalition des Widerstandes

Im Sommer 1983 hatte sich die "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg" gegründet, ein Zusammenschluß von Umweltschutzgruppen (World Wildlife Fund, Global 2000, Friends of the Earth,...), Naturschutzverbänden, dem Alternativreferat der Österreichischen Hochschülerschaft und örtlichen Bürgerinitiativen. Diese Gruppierungen sollten in der Folge den organisatorischen Kern des Widerstandes bilden.

Im Mai 1984 präsentierten sich grünbewegte LokalpolitikerInnen aller Parteien, prominente WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und KünstlerInnen - als "Rothirsche", "Schwarzstörche", "Blaukehlchen", "Purpurreiher" und anderes Getier verkleidet - in einer "Pressekonferenz der Tiere" der (Medien-)Öffentlichkeit. Dabei wurde das "Konrad-Lorenz-Volksbegehren" gegen das Kraftwerk gestartet. Gemanagt vom Journalisten Günther Nenning wurde dieses Personenkomitee, mit dem umstrittenen Verhaltensforscher Konrad Lorenz an der Spitze, in der Folge in der Öffentlichekitzum Hauptträger der "Hainburg-Bewegung".

Während der Besetzung der Au - begonnen vom Kern der AktivistInnen der Umweltschutzgruppen und Bürgerinitiativen - kam es zu einem starken Zustrom aus Wien, ja aus ganz Österreich. Für die BesetzerInnen war der Konflikt längst nicht mehr eingeschränkt auf die Erhaltung der Au, es ging dann um Widerstand gegen autoritäre staatliche Regierungspolitik.

Am Höhepunkt der Auseinandersetzungen schließlich gesellten sich auch Teile der damals in der Opposition stehenden ÖVP (Schwesterpartei der CDU) zu den Au-BesetzerInnen, um aus der entstandenen innenpolitischen Krise und der offenbaren Schwäche der SPÖ-FPÖ-Koalitionsregierung parteipolitisches Kapital zu schlagen und einen Sturz der Regierung zu betreiben.

Chronik der Besetzung

Ende November 1984 spitzen sich die Ereignisse rund um Hainburg zu. Nach Vorliegen der entsprechenden Bewilligungsbescheide ist jeden Tag mit dem Beginn der Rodungsarbeiten zu rechnen. Als erster Schritt ist die Errichtung eines "Wildschutzzaunes" geplant. Doch dieser Zaun - wohl weniger zum Schutz der Tiere als zum Schutz der Rodungsarbeiten gegen Demonstrierende - wird nicht mehr gebaut.

Am Samstag, 8.Dezember, versammeln sich 8000 Menschen auf der "Brücklwiese" in der Stophenreuther Au. Viele sind zum ersten Mal in der Au. Die Prominentenreden vom "demokratischen Widerstand" gegen den Kraftwerksbau. Einer, der "unerwünscht" ans Mikrophon kommt, wird konkret und ruft alle auf, in der Au zu bleiben und Widerstand zu leisten. Am Montag, 10. Dezember, rücken Gendarmerie und Holzarbeiter in die Au vor. Diese ist zur "Baustelle" erklärt und der weitere Aufenthalt ist strafbar. Die Au-SchützerInnen verhindern durch Sit-ins die Einfahrt der Baufahrzeuge - nur wenige gelangen ins Rodungsgebiet. Einige Bäume werden demonstrativ gefällt. Es kommt zu drei Festnahmen und ersten Verletzungen unter den BesetzerInnen. Der Zustrom weiterer BesetzerInnen setzt ein.

Am darauffolgenden Dienstag schlägt der zweite Rodungsversuch trotz massiver Gendarmerie-Begleitung fehl. Es kommt zu einer Pattstellung zwischen den Beamten und tausend Demonstrierenden.

In der Zeit bis Sonntag werden Hütten und eine Infrastruktur für die Besetzung auf- und ausgebaut. Ständiger Zustrom weiterer Au-SchützerInnen. Trotz kalter Witterung harren ungefähr 3000 in den Lagern aus. Die örtliche Bevölkerung versorgt die BesetzerInnen mit Wasser, Stroh und Lebensmitteln. Aus ganz Österreich treffen Sach- und Geldspenden ein. Die ersten Nummern der "Au-Zeitung" entstehen. Am Wochenende finden "Trainings in Gewaltfreier Aktion" statt. Nachdem ein Ultimatum der Regierung abgelaufen ist, riegelt am Montag, 17.Dezember, die Gendarmerie einam Rand gelegenes Stück Wald ab und die Holzfäller beginnen zu roden. Die Demonstrierenden können jedoch Stacheldraht und Polizeikordon durchbrechen und die Rodungsarbeiten müssen gestoppt werden. Betriebsräte versammeln sich in Hainburg und drohen mit einer gewaltsamen Räumung der Au durch "organisierte Arbeiter".

Am Dienstag, 18.Dezember, herrscht Ruhe vor dem Sturm. Am Nachmittag gelingt es der Regierung, die Gewerkschafter von ihrem Plan abzubringen, Arbeiter gegen BesetzerInnen "in die Schlacht" zu schicken.



Die Au wird zum Sperrgebiet erklärt

Der 19.Dezember wird zum "schwarzen Mittwoch" der Besetzung. Es kommt zu einem massiven Polizeieinsatz der Alarmabteilung aus Wien, mit Helmen, Schlagstökken, Hunden und Wasserspritzen. Die Polizisten prügeln wahllos auf wehrlose Menschen ein. Es gibt dutzende Verletzte und etwa 50 Festnahmen. JournalistInnen werden an der Berichterstattung behindert. Die Au-SchützerInnen bleiben gewaltfrei. In Wien demonstrieren - kurzfristig mobilisiert - an die 40.000 Personen gegen die Polizeiwillkür. Symbolkräftiges Transparent: "Sozialdemokratie? Heute morgen in der Au gestorben!"

Das brutale Vorgehen ruft breite Solidarisierung hervor. Das Medienecho gleicht einer Kriegsberichterstattung. In der Au herrscht vorerst Ruhe. In den Abendstunden des 21.Dezember verdichten sich Gerüchte über einen neuerlichen, kurz bevorstehenden Polizeieinsatz. Etwa 2.400 Wiener Polizisten werden im Lauf der Nacht erwartet. Über Telephonketten werden an die 4.000 Menschen alarmiert. In Wien haben viele Lokale geschlossen: "Wir sind in der Au!" Ab 21 Uhr treffen laufend größere Gruppen Au-SchützerInnen, darunter auch zahlreiche prominente Künstler und Wissenschaftler, mit Sonderbussen in der Au ein. Gegen 1 Uhr früh wird der Einsatzbefehl für die Polizei zurückgenommen. Die in Marsch gesetzten

Polizisten, denen etwa 5.000 Au-SchützerInnen gegenübergestanden wären, kehren nach Wien zurück. Der Bundeskanzler verkündet einen "Weihnachtsfrieden" bis 3.Januar 1985 und kündigt "politische Entscheidungen" an.

Auch über Weihnachten bleibt die Au besetzt. Bei klirrender Kälte versammeln sich dort zu Weihnachten und auch zu Silvester tausende Menschen. Alles wartet auf den 3.Januar... Am 3.Januar 1985 nimmt das Höchstgericht alle "politischen Entscheidungen" vorweg. Einem entsprechenden Antrag der Au-SchützerInnen wird stattgegeben und es werden bis zur gerichtlichen Entscheidung über den Einspruch alle weiteren Rodungsmaßnahmen untersagt. Die Regierung beschließt, den Kraftwerksbau zu verschieben. Bis heute wurde östlich von Wien kein Kraftwerk errichtet.



Nahrungsmittelspenden aus ganz Österreich

Die Bedingungen des Widerstandes

Die Besetzung der Stophenreuther Au war in dem Umfang von niemandem vorhergesehen, geschweige denn geplant worden. Waren anfangs noch kleine, überschaubare (Bezugs-)gruppen von NaturschützerInnen an den direkten gewaltfreien Aktionen beteiligt, so wurden selbst die InitiatorInnen von den in die Au strömenden Menschenmassen überrascht.

Der Widerstand - obwohl "ziviler Ungehorsam" - war ungeheuer legalistisch und staatstragend. Zentraler Ansatzpunkt war in den Tagen der Besetzung: Der Bewilligungsbescheid ist rechtswidrig! Wir verlangen eine Überprüfung durch die Höchstgerichte! Und so wurde beispielsweise gerade der Bundespräsident - damals für viele noch ein unumstrittener "Staats-Vater" - bestürmt, ein "Machtwort" zu sprechen. In der Au immer wieder Rot-Weiß-Rote Fahnen und immer wieder die Bundeshymne. Der kleinste gemeinsame Nenner hieß: hier und heute eine Rodung der Au-Wälder zu verhindern.

Das grundlegende Problem für Au-BesetzerInnen und Exekutive war die Weitläufigkeit des Au-Gebietes. Die Polizei konnte nie das Gebiet ernstlich abriegeln. Die BesetzerInnen konnten nie das gesamte Gelände besetzt halten. An strategischen Punkten wurden Lagerplätze eingerichtet, die Zufahrtswege wurden anfangs durch Sitzblokkaden, später durch Barrikaden blockiert. Die Weitläufigkeit der Au ermöglichte es andererseits der Polizei doch immer wieder, zunächst relativ ungehindert ein kleines Gebiet abzusperren und dort mit Rodungsarbeiten zu beginnen. Die BesetzerInnen mußten sodann aktiv den Polizeikordon durchbrechen oder umgehen, um die Rodungsarbeiten zu behindern.

Im Grunde fand eine Auseinandersetzung um ein Territorium statt. Die Au-BesetzerInnen übten - allerdings gewaltfrei - das staatliche Raumverteidigungskonzept. Auf der einen Seite die Besatzer, die Exekutive, die sich im Gelände kaum auskannte. Auf der anderen Seite die BesetzerInnen, die nach wenigen Tagen in der Au alle Schleichwege und Verstecke kannten. Unterstützt von der örtlichen Bevölkerung bewegten sich die BesetzerInnen wie "Fische im Wasser". Wenn die Exekutive ein Gebiet abriegelte, waren die BesetzerInnen bald im Rücken der Polizeiketten. Gewaltfreier Guerilla-Krieg in der Au? Die politischen Fronten waren in Wien an den Verhandlungstischen. Dort fochten die Prominenten des Konrad Lorenz Volksbegehrens. (Zu deren Ehrrettung sei angefügt, daß sie alle auch in der Au waren und zum Teil dort übernachteten). Diese Verhandlungen wurden - vor allem in den ersten Tagen der Besetzung - ohne jede Rückkoppelung mit den BesetzerInnen in der Au geführt. Die Promis aus dem Volksbegehren waren es, die die politischen Forderungen der BesetzerInnen formulierten und darüber verhandelten. Trotzdem war ihnen eines klar: Einen Abzug der BesetzerInnen konnten sie über deren Köpfe hinweg nicht zusagen. Die besetzte Au war aber auch ihr politisches Pfand zur Erlangung entsprechender Verhandlungsergebnisse.

Organisation des Widerstandes

In der Au selbst entwickelte sich nach einer chaotischen Anfangsphase von in die Au strömenden Massen mit der Zeit in den einzelnen Lagern eine autonome Struktur. Es gab Vollversammlungen, wo das gemeinsame Vorgehen diskutiert wurde. Trotzdem wurden immer wieder "Weisungen" aus der Zentrale in Stophenreuth ausgegeben. Wer ein Funkgerät oder Megaphon sein eigen nannte, war automatisch Autorität.

Die "Zentrale" in Stophenreuth diente vor allem als Anlaufstelle, Versorgungslager, aber auch Koordinationsstelle. Auch hier anfangs das chaotische Prinzip: Jede/r macht alles. Strategie, Pressearbeit, Versorgung, Funk, Telefon, Polizeikontakte,... Wer gerade im Zimmer war, konnte mitreden und mitentscheiden. Die Folge: völlige Überlastung, chaotische Entscheidungen. Letztendlich wurden aber auch hier Vollversammlungen eingeführt und sogar "Führungspersönlichkeiten" lernten mit dieser Struktur umzugehen.

So fand - vor allem in der Au - ein kollektiver Lernprozeß statt. Aus einer ziemlich chaotischen und unübersichtlichen Ausgangslage - massenhafter Zustrom, aber keine vorbereiteten Strukturen - wurde viel improvisiert und entwickelte sich ansatzweise aus der Praxis heraus ein Modell selbstbestimmter Entscheidungsfindung. Letztlich wählte jedes Lager, sowie die Zentrale in Stophenreuth und auch das Wiener Büro auf Vollversammlungen Delegierte. Diese trafen einander in einem Delegiertenrat, um das gemeinsame Vorgehen zu besprechen und abzustimmen.

Breite Beteiligung

Die Au-BesetzerInnen waren ein ziemlich bunt zusammengewürfelter Haufen. In der konkreten Situation war dies wahrscheinlich auch ihre Stärke. Menschen aller Altersstufen und Gesellschaftsschichten waren gekommen. Lederjacken und Lodenmäntel. Polit-Szene und höhere Söhne und Töchter. Keineswegs nur StudentInnen. Viele hatten sich für die Besetzung extra freinehmen müssen. Und die BesetzerInnen wurden von der örtlichen Bevölkerung tatkräftig unterstützt. Sie lernten von den Bauern die Schleichwege in die Au kennen. Ständig kamen Lebensmittel- und Kleiderspenden in die Zentrale nach Stophenreuth. Die Bauern aus der Umgebung brachten jede Menge Stroh und fuhren mit ihren Traktoren zu Solidaritätsdemonstrationen. Spendengelder flossen in Hülle und Fülle. Für die kurze Zeit der Besetzung war der kleinste gemeinsame Nenner: "Keine Rodungen hier und jetzt!" ausreichend, um die Bewegung zusammen zu halten. Konservative NaturschützerInnen und ökologische SozialistInnen, von AnarchistInnen bis zu Rechtsradikalen - alle konnten, ausgehend vom kleinsten gemeinsamen Nenner, ihre Inhalte vertreten sehen. Wäre das Ziel der BesetzerInnen nicht relativ rasch erreicht worden und hätte langatmiger Widerstand Not getan, so

wäre dieser kleinste geminsame Nenner sicherlich zu wenig gewesen, um so grundverschiedene politische Zugänge zusammenzuhalten.

Nicht nur die NaturschützerInnen waren von der Breite der Besetzungsaktionen überrascht. Vor allem die Exekutive hatte offenbar nicht mit derart breiten Aktionen gerechnet und war daher auch kaum darauf vorbereitet. Das Vorgehen der Polizeiverantwortlichen war daher entsprechend widersprüchlich: In den ersten Tagen wurde versucht, durch Wegtragen der BlockiererInnen die Rodungsarbeiten zu ermöglichen. Zum Einsatz kamen vor allem Gendarmen, nicht aber die Alarmabteilung der Wiener Polizei. Als dieses Vorgehen in einer Pattstellung mit tausend Demonstrierenden endete, wurde eine "Denk- und Verhandlungspause" verkündet. Wohl vielleicht auch mit dem Hintergedanken, daß infolge der Kälte und der entspannten Situation die BesetzerInnen die Au weitgehend räumen würden. Gerade diese Tage waren aber für die BesetzerInnen wertvoll für den Aufbau der nötigsten Infrastruktur. Die relativ brutalen Polizeieinsätze der zweiten Woche hatten dann zunächst den gegenteiligen Erfolg: Es strömten immer mehr Menschen in die Au. In dieser Phase war es wichtig, daß es für die sozialistische Mehrheit in der Regierung politisch offenbar nicht mehr tragbar war, weitere Polizeieinsätze zu verantworten. Der Konflikt war rein polizei-taktisch nicht mehr zu lösen.

Ein Lehrstück für basisdemokratische Soziale Verteidigung?

Die Ereignisse von Hainburg 1984 waren für das politische System in Österreich ein starker Einschnitt. Die Grenzen der Legalität einerseits und die Legitimität der Regierung andererseits kamen ins Wanken. In Hainburg waren große Massen von Menschen aller Schichten bereit, bewußt Gesetze zu übertreten und gewaltfreien Widerstand gegen Exekutive und Bundesregierung zu leisten. Dieser Schritt zum Ungehorsam - so sehr er auch im Rahmen der herrschenden Verhältnisse blieb - war für die Machthaber in diesem Land neu und in gewisser Weise schockierend. Die relativ große Zahl wissenschaftlicher Publikationen, welche sich mit den Motiven der BesetzerInnen in der Folge beschäftigten, die öffentliche "Aufarbeitung" in den Medien, sowie eine unbekannte Anzahl von internen Seminaren in Verwaltungs- und Polizeistabstellen, zeigen das Interesse der Machthaber zu lernen, bei der Durchsetzung ihrer Politik Ereignisse wie in Hainburg möglichst zu vermeiden.

Im Frühjahr 1985 haben für Österreichs Zivildienstleistende einmonatige "Grundlehrgänge" begonnen. Neben der Einschulung für militärische Hilfsdienste im Bereich des Zivilschutzes, gibt es - von den Theoretikern einer staatlich zu organisierenden Sozialen Verteidigung als erster Schritt vielgepriesen - den Lehrblock "Gewaltfreier Widerstand im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung". Der Widerstand von Hainburg hat dort, ebenso wie andere (aktuelle) soziale Kämpfe, keinen Platz im Lehrplan. Über "historische Beispiele" gewaltfreier Aktion wird vorgetragen. Doch wer dem Grundlehrgang fernbleibt, wird mit Geld- und Freiheitsstrafen bedroht. Ungehorsam ist kein Lernziel. Hainburg ist also kein Lehrstück für "soziale Vaterlandsverteidiger".

Ist aber Hainburg ein Lehrstück für einen basisdemokratischen Ansatz von Sozialer Verteidigung? Ich meine: Ja - wenn auch nur bedingt. Hainburg war sicherlich keine breit angelegte und von vielen Basis- und Bezugsgruppen gemeinsam vorbereitete Aktion. Der enge Kreis der AktivistInnen der ersten Stunde hat eine derart breite Beteiligung nicht vorhergesehen, und die Bewegung war auf einen sehr kleinen gemeinsamen Nenner, eben die Verhinderung von Rodungen, beschränkt. Wo viel zu lernen war, das war in der konkreten Situation vor Ort. Der selbstorganisierte Aufbau einer beachtlichen Infra-Struktur, das Entwickeln selbst- bestimmter Entscheidungsfindungsformen gegen eine vorhandene - zentrale - Leitung, die Erfahrung kollektiven gewaltfreien Widerstandes. Dieser Widerstand war - unter den spezifischen Bedingungen der damaligen Situation - erfolgreich. Der Aufbau eines Mythos, Hainburg wäre d i e gewaltfreie Aktion gewesen, ist jedoch fehl am Platz.

Peter Kolba

Zum Weiterlesen:

Günther Nenning und Andreas Huber (Hrsg.), Die Schlacht der Bäume - Hainburg 1984, Wien 1985.

hainburg - ein basisbuch. anschläge gegen den stau; Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985.



„Der Boden soll denen gehören, die ihn bebauen!"

Erfolgreicher Widerstand gegen die Militarisierung des Larzac

Zehn Jahre gewaltfreier Kampf verhinderten die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes und damit die Vertreibung der Bauern und Bäuerinnen von ihren Höfen auf dem Larzac (Südfrankreich). Die Aktionsformen und das Ausmaß der Veränderungen im Leben der Larzac-BewohnerInnen zeigen in Ansätzen, welche Strukturen eine Gesellschaft, die zu Sozialer Verteidigung fähig ist, entwickeln muß. Viele einzelne Elemente von Sozialer Verteidigung wurden auf dem Larzac schon angewandt - mit Erfolg. (Red.)

Am 28.Oktober 1971 verkündete Frankreichs Armeeminister Debré, daß der Truppenübungsplatz auf der Larzac-Hochebene (ca. 100 km westlich von Montpellier) von 3000 auf 17.000 ha erweitert werde. Die betroffenen 103 Bauernfamilien, die ihre Höfe verlieren sollten, empfanden den Regierungsbeschluß wie eine Verurteilung. Schon ein Jahr vorher hatten sie zufällig von den Plänen der Armee erfahren, doch jetzt erst begann die Region sich gegen die existentielle Bedrohung zu wehren.

Die Gefahr der Vertreibung setzte eine andere Qualität der Betroffenheit frei, als es in der Regel die Vorstellung von den unvorstellbaren Folgen der ABC-Waffen tut, obwohl davon die ganze Menschheit existenziell betroffen ist. Die Zerstörungen innerhalb des Truppenübungsplatzes oder bei Manövern auf Bauernland ließen deutlich erkennen, was vom Larzac übrigbliebe, wenn die Armee die Erweiterung durchsetzte. Wenn im Camp englische Soldaten den Einsatz im nordirischen Bürgerkrieg übten oder neue Kanonen für den Rüstungsexport getestet wurden, lag es für die BäuerInnen auf der Hand, daß damit nicht ihre Freiheit verteidigt würde. Der Bangladesh-Krieg löste bei ihnen eine der ersten rüstungskritischen Einsichten aus: Frankreich hatte an beide Kriegsparteien Waffen verkauft. Als dann karitative Organisationen für die Opfer in der Zivilbevölkerung sammeln wollten, erklärten die Larzac-BäuerInnen, ihre Hilfe müsse vor allem darin bestehen, durch die Behinderung von Waffentests zur Vermeidung neuer Kriege beizutragen. Das dreitägige Demonstrationsfest im Sommer 1974 stand unter dem eindeutigen Motto: "Getreide bringt Leben, Waffen bringen Tod!"

Die auslösende Motivation, die eigene Existenzgrundlage zu verteidigen, erweiterte sich bald zur grundsätzlichen Infragestellung militärischer Verteidigung:

"Wenn wir den Krieg nicht in Friedenszeiten abschaffen, wann dann ...?"

Einigkeit macht stark

Die BäuerInnen entwickelten immer wieder neue Aktionsformen, mit denen es ihnen gelang, der Öffentlichkeit die Legitimität ihres Handelns zu verdeutlichen. Sozial war diese Verteidigung, weil durch die Einheit unter den Betroffenen Mehrheiten erzielt wurden, die auch offenen Gesetzesbruch mittrugen, so oft dieser nötig war. Die Larzac-BäuerInnen verstanden es stets, durch geschickte Bündnispolitik sowohl die Unterstützung aller Strömungen der radikalen Linken Frankreichs zu erhalten, als auch die Sympathie vieler WählerInnen der rechten Mehrheit zu bewahren. Es gelang keiner politischen Kraft Frankreichs, die Larzac-BäuerInnen vor ihren Karren zu spannen. War es auch manchmal schwer, die Klarheit der Forderungen angesichts des massiven wirtschaftlichen, juristischen und politischen Drucks der Gegenseite zu bewahren, so blieb die Autonomie der BäuerInnen in der Wahl ihrer eigenen Kampfmittel stets außer Frage.

Sozial war die Verteidigung des Larzac auch, weil es nicht allein um den Schutz von Territorien ging, wenn auch das Nutzungsrecht des Bodens und der dazugehörigen Höfe der materielle Kern des Konflikts war. Vor allem ging es um die Verteidigung der gewohnten und trotz seiner harten Bedingungen geschätzten Lebensweise.

"Wir wissen, welche Arbeit nötig ist, um ein Getreidekorn zum Wachsen zu bringen. Wir wissen zu gut, was es an Schweiß kostet, um all das einfach kaputtmachen zu lassen."

Die Welt der Industriearbeit war ihnen fremd, und als während eines Streiks Arbeiterinnen einer Textilfabrik die BäuerInnen in die von ihnen besetzte Fabrik einluden, waren diese schockiert über die Arbeitsabläufe und -geschwindigkeit, die das Fließband vorschrieb. In der Folge solidarisierten sie sich immer wieder mit streikenden ArbeiterInnen und besonders mit solchen, die nicht nur mitbestimmen, sondern auch Ziel und Art ihrer Produktion selbst bestimmen wollten. In den Reihen der Bauernverbände kämpften die Larzac-BewohnerInnen konsequent für das Prinzip "Der Boden soll denen gehören, die ihn bearbeiten"; nicht der formale Besitz, sondern die reale Verwendung im landwirtschaftlichen Sinne sollte Vorrang haben. Dies war im Larzac-Konflikt von zentraler Bedeutung, da nur ein kleiner Teil des umstrittenen Bodens Eigentum der Familien war. Der Großteil war Pacht- oder Gemeindeland und mußte in Konkurrenz zu den staatlichen Landkäufern, für die Geld keine Rolle spielte, erworben oder notfalls

Großkundgebung gegen die Ausweitung des Truppenübungsplatzes Foto: GWR-Archiv



Hektar für Hektar illegal in Besitz, sprich unter den Pflug genommen werden. Bis 1981 "enteigneten" die Larzac-BäuerInnen 150 Hektar Land. Militärisch waren Staat und Armee selbstverständlich überlegen, die BäuerInnen überließen ihnen auch ganz bewußt das Gewaltmonopol.

Fast täglich war es nötig, außerhalb des Truppenübungsplatzes manövrierende Soldaten in die Schranken zu verweisen, auch wenn dazu wochenlange Blockaden oder die Unterbrechung von Schießübungen gehörten. Aber auch das konstruktive Programm, der Ausbau von Telefon-, Wege- und Wasserleitungsnetzen, der Neubau von Häusern und Ställen usw. verlangte die Beteiligung aller.

Politische Bewußtseinsbildung und gemeinsame Praxis

Wo vor dem Kampf die in vereinzelten Höfen lebenden Bauernfamilien nicht mehr als die drei, vier Nachbarfamilien kannten, entwickelte sich durch den Widerstand ein Graswurzelgeflecht von Beziehungen über die gesamte Hochebene, das durch eine starke gegenseitige Identifikation der Interessen und Ziele zusammengehalten wird.

Vergleichbar z.B. mit den BäuerInnen und WinzerInnen im Kaiserstuhl trug die hohe soziale Dichte der Larzac-Widerstandsgemeinschaft zum Erfolg bei, die mehr politische Kraft und Durchhaltevermögen zu entwickeln hilft, als es oft in zahlenmäßig zwar bedeutenderen Bürgerinitiativen der Fall ist. Unter sozialer Dichte verstehe ich u.a. räumliche Nähe, die gemeinsame Bedrohung von außen, gemeinsam vollzogene Bewußtseins- und Lernprozesse und die jederzeit mögliche Konsensfindung, d.h. die Herausarbeitung des gemeinsamen Willens und Handelns durch direkte Demokratie. Allein diese Erfahrung und Erkenntnis ließe keine/n Larzac-BäuerIn auf die Idee kommen, daß Soziale Verteidigung von oben, vom Staat her eingeführt werden könnte oder sollte.

Alltägliche Nachbarschaftshilfe im Ausbau und Erhalt des landwirtschaftlichen Lebenswurde konkret praktiziert; der Anteil an Genossenschaften und Maschinenringen wuchs hier beträchtlich, verglichen mit dem nationalen Durchschnitt Frankreichs. Der Vorteil der relativ freien Einteilung der Arbeit, die mehr von Jahreszeiten und Wetter abhängig ist, führte zur Bejahung selbstbestimmter Arbeitsweisen und zum Nachdenken über die Gefahren der Industrialisierung der Landwirtschaft samt der damit einhergehenden finanziellen Abhängigkeiten. Selbstbestimmung der Arbeit erleichterte aber auch schnelle Reaktionen auf Maßnahmen von Armee und Behörden durch direkte Aktionen.

Interne Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Unverzichtbar wurde bald auch die Gewährleistung der internen Kommunikation sowie der selbstorganisierten Medienarbeit. Dazu dienten Rundbriefe, Arbeitstreffen, eine eigene Zeitung, als auch Sprechfunk und gelegentlich Piratensender. Die Post hatte auf Antrag der BäuerInnen begonnen, im Erweiterungsgebiet Telefonmasten aufzustellen. Als die Armee dagegen protestierte, wurde der Anschluß von Leitungen verweigert, aber Sympathisanten aus der Postgewerkschaft verbanden die Höfe mit einem illegalen Telefonnetz. Ohne diese technische Hilfe wäre die Mehrzahl der Manöverbehinderungen gar nicht erst zustande gekommen. Seit Mai 1975 geben die Bauern monatlich ihre Zeitung "Gardarem Lo Larzac" heraus, in der sie ihre landesweite Unterstützungsbewegung nicht nur über den Alltag des Widerstandes und der legal/illegalen Ausbauarbeit informieren, sondern von Anfang an Raum für die Anliegen weniger bekannter sozialer Bewegungen Frankreichs, aber auch weltweit bieten (1).

Während des Kampfes entwickelte sich eine den räumlichen Voraussetzungen angepaßte Form direkter Demokratie. Tägliche Vollversammlungen waren - anders als in besetzten Fabriken - bei Anfahrtswegen bis zu 50km nicht durchführbar. Die Mehrzahl der Entscheidungen wurden in Nachbarschaftsversammlungen getroffen, nur besonders wichtige oder strittige Fragen kamen auf die Tagesordnung der Vollversammlungen der Larzac-BewohnerInnen oder der Wochenendtreffen mit den landesweit organisierten Larzac-Komitees. Es gab nie einen gewählten Vorstand, auch relativ wenig Probleme mit Führerfiguren. Einige besonders aktive oder artikulationsfähige Bauern hatten bisweilen einen stärkeren Einfluß, aber nie unkontrollierte Macht. Dazu fehlte der "Apparat", die Transmissionsriemen, über die der Basis Entscheidungen hätten aufgezwungen werden können. Je riskanter oder umstrittener eine geplante Aktion, desto stärker war das gemeinsame Bemühen um Konsens. Es gab nur eine einzige Aktion, bei der ein "Kommando" aus dem Eilbedürfnis der Situation heraus handelte, ohne vorher alle 103 Familien zu befragen: als die Armee einen "Waffenstillstand" anbot und vorgab, nicht weiter Land aufzukaufen, drangen 23 Personen am hellichten Tag in die Kaserne ein und holten aus dem Safe Unterlagen, mit denen bewiesen wurde, daß dieser Scheinfrieden für die Einheit im Widerstand noch gefährlicher war als die offenen Auseinandersetzungen. Dies war auch die einzige Aktion, bei der BäuerInnen ins Gefängnis gebracht wurden, aber die veröffentlichten Verkaufsunterlagen führ-ten zur raschen Neubildung der Einheit unter den "103" und der Staat mußte aus politischen Gründen die ihm lästigen Gefangenen bald freilassen.

Überzeugungskraft durch zivilen Ungehorsam

Am eigenen Leibe machten die Larzac-BäuerInnen die schmerzhafte Erfahrung, daß die geschriebenen Gesetze nur bedingt Gerechtigkeit und Minderheitenschutz gewähren können. Sowie die Gesetze stets auch Ausdruck der politischen Verhältnisse sind, in denen sie gemacht wurden, so hängt die Sanktion von Gesetzesübertretungen auch von diesen beeinflußbaren Kräfteverhältnissen ab. Der beste Schutz der BäuerInnen gegen Repression war die Erzeugung außerparlamentarischen Drucks. Es gelang ihnen dabei, ihren zivilen Ungehorsam nicht nur als berechtigt, sondern auch als sympathisch, weil voll von Humor und Phantasie, darzustellen. Mehrere tausend FranzösInnen schlossen sich den Aufrufen der BäuerInnen zur Wehrpaß- und Steuerverweigerung an. Die Willkür bei der Strafverfolgung, mal Freispruch, mal Gefängnisstrafe, bewies, daß ab einem gewissen Ausmaß einer populären Kampagne zivilen Ungehorsmas Staat und Justiz in eine Zwickmühle geraten, entweder durch die Repression sich selbst zu schaden oder den Ungehorsam ungestraft



Schafzucht ist die Lebensgrundlage der Larzac-BewohnerInnen Foto:D.Sterzer

zulassen zu müssen. Projekte wie der Bau der "Kathedrale des Widerstandes", eines Gemeinschaftsstalles, waren ein Meisterstück in der Kombination zivilen Ungehorsams und konstruktiven Programms. Den GenossenschaftsbäuerInnen von La Blaquière war die Baugenehmigung verwehrt worden, weil genau an dieser Stelle der Zielpunkt zur Erprobung von Langstreckengeschossen geplant war. Der Bau des Schafstalles war in mehrfacher Weise illegal, trotz des ausdrücklichen Verbotes wurde ein geräumiges Gebäude durch die Einnahmen der Steuerverweigerungskampagne finanziert und neben vielen anderen freiwiligen HelferInnen nicht zuletzt von Totalverweigerern gebaut, die auf dem Larzac Asyl und einen sinnvollen Friedensdienst fanden. Ein ebenso reales Hindernis war der Bau eines Gemeinschaftshauses auf der geplanten Eisenbahntrasse, mit deren Hilfe die Armee den ständigen Blockaden von Truppen- und Materialtransporten ausweichen wollte.

Spontaneität und Planung

Der 10 Jahre andauernde Widerstand hatte stets ein klares und überzeugend durchgeführtes Konzept zur Abwehr der Betreibermaßnahmen, obwohl zur Erarbeitung einer langfristigen Strategie immer wieder Ruhe und Abstand fehlte.

Auch unter schwersten Bedingungen blieb ausreichend Kraft zur dynamischen Weiterarbeit erhalten, selbst in den Phasen, in denen die Bauern zwar auf dem Papier enteignet waren, aber faktisch weiter über ihre Höfe verfügten - auf die Gefahr hin, sowohl den Hof als auch die bereitgestellten Entschädigungsgelder zu verlieren.

Die Larzac-BewohnerInnen verstanden Gewaltfreiheit nicht nur als bewußte Weigerung, die Art der Mittel zum Widerstand vom Gegner zu übernehmen, es gelang ihnen weitgehend auch jeweils die Wahl der "Waffen", Zeitpunkt, Ort und politische Ebene der Auseinandersetzungen selbst zu bestimmen. Die Stärke der BäuerInnen lag in der Flexibilität ihrer meist kurzfristig beschlossenen Aktionen, die aber stets die Ergebnisse sorgfältiger Situationsanalyse berücksichtigten. Durchgängiges Element des Widerstandes war die kontinuierliche Einkreisung des bestehenden Truppenübungsplatzes, die schließlich zur "Erstickung" des Erweiterungsprojektes führte. Das Land, das mangels Geld nicht aufgekauft werden konnte, wurde entweder besetzt oder durch Sperrgrundstücke so zerstückelt, daß es für die Armee nicht als zusammenhängendes Gelände benutzt werden konnte. Hielt die Armee vor der Erweiterungsentscheidung ihre Manöver auf bis zu 50.000 ha ab, so wurde sie durch die BäuerInnen auf die 3.000 ha des alten Truppenübungsplatzes zurückgeworfen, obwohl sie rein rechtlich 10.000 ha durch Kauf und Enteignung hinzugewonnen hatte.

Die Larzac-BäuerInnen beherrschten die Sprache der Symbole, die ganz Frankreich verstand. Erwähnt sei hier nur die Steigerung des "Exodus"-Symbols, mit der sie viermal ihren Protest und ihre Friedensbotschaft nach Paris und damit in die nationale Öffentlichkeit brachten: Als 1972 unter dem Eiffelturm 60 Schafe weideten, erntete Larzac zum ersten Mal Fotos und Schlagzeilen in der Weltpresse. Schon ein halbes Jahre später machten sich die Bauern mit ihren Traktoren auf den 710 km langen Weg in die Hauptstadt. Als Ende 1978 die Enteignungen begannen, marschierten die Larzac-BewohnerInnen dieselbe Strecke drei Wochen lang zu Fuß. Ende 1980 reagierten sie auf die zweite Runde der Enteignungen mit der Errichtung eines Zeltdorfes unter dem Eiffelturm, bis sie nach einer Woche durch die Polizei geräumt wurden. Die für den Ernstfall einer Räumung der Höfe vorgesehenen Aktionen brauchten nicht durchgeführt werden, da es immer neu gelang, dieses Extrem hinauszuzögern, bis im Mai 1981 mit der Wahl der Regierung Mitterrand der Erfolg ihres Widerstandes endgültig bestätigt wurde. Dies ließ die Mehrheit der BäuerInnen nicht in ein unpolitisches Genießen des eigenen Siegesverfallen. Sie verstärkten im Gegenteil seit 1981 ihre offensive Solidaritätsarbeit und sind bis heute ein wichtiger Bestandteil der unabhängigen Friedensbewegung in Frankreich. (2)

Soziale Verteidigung oder gewaltfreier Angriff?

Wie soll der zehn Jahre anhaltende und mit Erfolg gekrönte Widerstand der Larzac-BäuerInnen gegen ihre Vertreibung, wie soll ihre "dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration" nach dem politischen Sieg 1981 bis heute eingeschätzt werden? Streng genommen handelt es sich nicht um Soziale Verteidigung, denn hier wehrte sich nicht ein Volk, eine ganze Gesellschaft gegen einen militärischen Angriff von außen oder einen Staatsstreich von innen. Hier wehrte sich eine Region gegen die von Gesetzen gedeckte Militarisierung durch die bewaffneten Verteidigungsorgane des eigenen Staates und die mit ihm liierten Interessen der Rüstungsindustrie. Die Bevölkerung eines Landstrichs verteidigte ihr Recht "in der Heimat zu leben und zu arbeiten" gegen Arroganz, Macht und Geld von Politikern, Militärs und Industriellen. Zunächst ging es den BäuerInnen aber genau-sowenig um einen gewaltfreien Aufstand, für eine bessere Gesellschafts- und Wirtschaftsform. Am Anfang waren sie sehr konservative und traditionell staatstreue BürgerInnen, die nicht einmal große materielle Werte zu verteidigen hatten. Am Anfang stand die Verletzung ihrer Menschenwürde, aber sie verstanden es, im Laufe der Widerstandsjahre sowohl ein revolutionäres Politikverständnis zu entwickeln, als auch den Wert ihrer zunehmend gemeinschaftlich organisierten Landwirtschaft samt der nötigen regionalen Infrastruktur zu verbessern. Je länger sie ihren Alltag phantasievoll mit gewaltfreiem Widerstand verbanden, umso mehr hatten sie zu verteidigen, materielle wie ideelle Güter.

"(Politische) Kämpfe werden im allgemeinen mechanistisch gesehen, als handele es sich um Sachen. Man kann nicht analysieren, warum eine Pflanze keimt. Fest steht nur, daß man sie mit Wasser gießen muß. Das tun wir und überlassen es den Theoretikern, dies zu erklären. Die Gewaltfreiheit hat lebendige Gesetzmäßigkeiten, die wir nie vollständig durch unser Denken in den Griff bekommen. Die gewaltfreie Aktion ist ein lebendiges Wesen, das sich nach eigenem Rhythmus und eigener Geschwindigkeit entwickelt."

(Roger Moreau, Compagnon der Arche).

Soziale Verteidigung und gewaltfreie Revolution sind Gedankengebäude, wobei historische Erfahrungen aus spontan gewaltlos handelnden Bewegungen zur Füllung theoretischer Skelette benutzt werden. Vielleicht ist es fruchtbar, die Schubladenordnung politologischer Begriffe anhand von Beispielen wie dem des Larzac durcheinander zu bringen. Jedenfalls liefert der Larzac-Kampf gleichermaßen Anschauungsmaterial wie Motivation für sozialen Angriff und soziale Verteidigung, selbst wenn dieser Kampf nicht fein säuberlich der einen oder



Auf dem Plateau Foto: D. Stelzer

anderen Kategorie zugeordnet werden kann.

Der Larzac-Widerstand erfüllte wesentliche Voraussetzungen Sozialer Verteidigung:

- Die Besetzung des Bauernlandes wurde dem Aggressor zu teuer - nicht finanziell, sondern politisch. Der organisatorische, progagandistische Aufwand der Betreiber stand in keinem vernünftigen Verhältnis zur ständigen Beeinflussung der alle 14 Tage auszuwechselnden Einheiten, die nötig waren, um zu verhindern, daß noch mehr Land und Höfe in Armeebesitz von Bauern und AntimilitaristInnen besetzt wurden. Bei Manöverbehinderungen und Blockaden von Truppentransporten fand eine massive Gegeninformation statt, die sich nicht selten in Fraternisierung von Rekruten mit den Bauern auswirkte. Über Jahre mußte das Erweiterungsprojekt immer neu gebremst werden, weil die Regierung Stimmeneinbußen bei Wahlen befürchtete, wenn sie zu massiv gegen die gewaltfrei agierenden BäuerInnen vorging. Zum Schluß hatten Kommunalparlamente von 18 Städten Frankreichs Patenschaften für Höfe und Weiler auf dem Larzac übernommen. Die Wirkung des Larzac-Widerstandes läßt sich auch daran erkennen, daß in den 10 Jahren Kampf 13 andere Truppenübungsplätze ohne vergleichbaren Widerstand erweitert werden konnten.

- Die dynamische Weiterarbeit vermochte die Lebensbedingungen trotz des Kräfte kostenden Widerstands weit stärker zu verbessern, als dies in vergleichbaren Regionen ohne einen solchen zentralen Konflikt zu verzeichnen war. Entgegen dem Trend zur Landflucht und zum Bauernlegen nahm auf dem Larzac die Bevölkerungszahl wie auch die Wirtschaftskraft zu.

- Statt Kollaboration organisierten die Bauern landesweite Verweigerungskampagnen, die Zahl der SteuerboykotteurInnen und Reservistenverweigerer (durch Wehrpaßrücksendungen) nahm stärker zu als während des Indochina- oder des Algerienkrieges. Verbote wurden grundsätzlich nicht beachtet, wenn dies als legitim und für den Widerstand notwendig erschien.

- Zahllose demonstrative Aktionen fanden statt, ob Aktionen vor Ort mit bis zu 100.000 TeilnehmerInnen oder dezentral anläßlich landesweiter Aktionstage. Die öffentliche Konfrontation war ein Teil des Alltags und ging von der Besetzung von Rathäusern und Gerichtssälen bis zum öffentlichen Eindringen in die Kaserne des Truppenübungsplatzes.

Durch die Eindeutigkeit der Gewaltfreiheit ihrer Aktionen sowie durch die Legitimierung des Zivilen Ungehorsams durch die öffentliche Meinung wurde der Armee und der Regierung die Legitimation entzogen, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen; der Widerstand war entwaffnend.

Kampfformen wie ein Generalstreik kamen im bäuerlichen Larzac nicht infrage, weil dabei sich die BewohnerInnen selbst am meisten geschadet hätten. Es gab keinen Adressaten wirtschaftlichen Druckes, denn selbst die mächtige Roquefort-Industrie



Der Hof Les Truels / Larzac **Foto: D. Sterzer**

hatte ein Interesse am Erhalt der Landwirtschaft. Das sonst bei Großprojekten verwendete Arbeitsplatzbeschafffungs-"Argument" war im Falle des Larzac unbrauchbar, zumal die Camp-GegnerInnen selbst viel mehr neue zivile Arbeitsplätze schufen, als es durch die Camp-Erweiterung möglich gewesen wäre.

Eine weitere Frage ist, ob die Lernprozesse im Mikrokosmos des PLateaus - wo für die Dauer des Konfliktes durchaus vorhandene soziale und politische Unterschiede zugunsten der Einheit gegen die Bedrohung von außen beiseite geschoben wurden - auf die weit komplexeren und heterogenen Interessenkonstellationen innerhalb einer Gesellschaft übertragen werden können.

Der Larzac-Widerstand widerlegt nicht die Annahme, daß das Vorhandensein einer partizipatorischen Demokratie eine günstige Voraussetzung zur Einführung bzw. Durchführung Sozialer Verteidigung wäre. Er zeigt aber auch, daß sich während eines Widerstandsprozesses die gewaltfreie Wehrhaftigkeit von Demokratie entwickeln kann. BürgerInnen, die sich nicht sehr mit der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung identifizieren können, in der sie leben, werden diese kaum freiwillig und dazu noch gewaltfrei verteidigen wollen oder können. Umgekehrt wächst die zur Verteidigung nötige Identifikation durch die Erfahrung des Erfolges, wenn durch gewaltfreie Aktion mehr Selbstbestimmung und Gerechtigkeit erkämpft worden sind.

Larzac war ein Einübungsfeld für gewaltfreien Widerstand, das auch für Soziale Verteidigung nützlich ist. Zumindest hat es die Idee nichtmilitärischer Verteidigung "salonfähig" gemacht, so daß sie in Frankreich jetzt breiter, bis in die Gewerkschaften hinein, diskutiert wird. Der Larzac-Kampf verdeutlichte Elemente einer zukünftigen Verteidigungsform, die nur durch Praxis in allen Lebensbereichen entwickelt werden kann. Kaum ein anderes europäisches Beispiel der Friedens- und Ökologiebewegung kennt eine solche Intensität des den Alltag prägenden Widerstands. Neu gewonnene Fähigkeiten bleiben erhalten, ob es die Erweiterung des politischen Bewußtseins, die neuen Formen der Kooperation sind oder die Fähigkeit zur Organisierung selbstbestimmten kollektiven Handelns, sei es im Widerstand oder im Aufbau der eigenen Lebensorganisation. Vorher kaum Denkbares wurde normal. Es bleibt auf dem Plateau der Wunsch, daß an vielen Orten Lernprozesse wie auf dem Larzac einsetzen. Larzac ist überall.

Wolfgang Hertle

Anmerkungen:

(1) Die Zeitschrift wird auch nach dem "Sieg" weiter herausgegeben. Abonnements oder Probeexemplare von "Gardarem Lo Larzac" über: "GLL" Potensac, F-12100 Millau

Fast so alt wie GLL ist das Zentrum LE CUN zur "Forschung und Begegnung für eine andere Verteidigung", das u.a. Vorbild für die "Kurve" in Wustrow wurde: Le Cun du Larzac, Route de St. Martin, F-12100 Millau.

(2) Gefragt nach ihren heutigen politischen Einstellungen antworten Larzac-BäuerInnen am ehesten, daß sie sich als gewaltfreie AnarchistInnen verstehen. Aber weit lieber als solche Etikettierungen lassen sie ihre weiterlaufende politische Praxis für sich sprechen. Zur organisatorischen Sicherung ihres "retour de la solidarité", ihres tätigen Dankes für die ihnen von Bürgerintiativen und Widerstandsgruppen erwiesene Solidarität in der Vergangenheit gründeten sie eine Larzac-Stiftung. Der Verkauf eines wunderschön aufgemachten Buches **C"Alors la paix viendra"**C dient zur Finanzierung dieser internationalistischen Arbeit. Das Buch kann bestellt werden bei: Fondation Larzac, La Blaquiere, F-12100 Millau. (ISBN 2-9500465-0-9)

Zum Weiterlesen:

Wolfgang Hertle: Larzac 1971 - 1981, Verlag Weber-Zucht, Kassel 1982.

Das Buch bietet eine umfassende Darstellung dieser gewaltfreien Widerstandsbewegung, der Aktionen sowie der Hintergründe.

Literatur zur Sozialen Verteidigung

antimilitarismus-information: Alternative Sicherheitskonzepte. Defensive Strategie, Soziale Verteidigung, einseitige Abrüstung, Heft 11/3, 1981 (zu beziehen bei: ami-Redaktion, Elßholzstr. 11, 1000 Berlin 80)

Achim Battke, **Verteidigung ohne Waffen,** hg. vom Verein für Friedenspädagogik München, Materialien 3, Tübingen 1979 (DM 4,50)

Das Heft enthält Materialien für die schulische und außerschulische politische Bildung zur Frage, ob SV eine Alternative zur militärischen Sicherheitspolitik darstellt. Herkömmliche Herangehensweise an SV, aber für Seminare für Kriegsdienstverweigerer o.ä. zu gebrauchen.

Maja Bisig u.a., **Soziale Verteidigung. Eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz,** hg. vom Schweizerischen Friedensrat, Zürich 1976

Die AutorInnen versuchen, eine Einführung in SV zu geben und auf die schweizer Situation anzuwenden. Besonderes Schwergewicht wird auf die Friedenserziehung gelegt

Anders Boserup/Andrew Mack, **Krieg ohne Waffen.** Studie über Möglichkeiten und Erfolge Sozialer Verteidigung, Reinbek b. Hamburg 1974 (rororo aktuell 1710, DM 6,80)

Diese von zwei dänischen Friedensforschern erstellte Studie entstand im Auftrag der dänischen Regierung. Die Autoren bemühen sich um eine pragmatische, nicht politische oder ethische Begründung von SV als Ersatz militärischer Verteidigung. Ihre These ist, daß Gewaltfreiheit in vielen Situationen 'effektiver' als Militär, aber auch effektiver als Guerillakrieg ist. Sie beschreiben die Methoden und organisatorischen Probleme der SV und untersuchen vier Fallbeispiele (Kapp-Putsch 1920, Ruhrkampf 1923, Algerien 1961, CSSR 1968). Obwohl das Buch von der herkömmlichen Bedrohungsanalyse ausgeht und die staatliche Herangehensweise dokumentiert, halte ich es für das beste Buch, das "nicht-gewaltfreie" an das Thema heranführen kann.

Theodor Ebert, **Demokratische Sicherheitspolitik.** Von der territorialen zur sozialen Verteidigung, München 1974 (Hanser-Verlag)

Theodor Ebert, **Gewaltfreier Aufstand: Alternative zum Bürgerkrieg,** Waldkirch 1981 (ergänzte Neuauflage, Waldkircher Verlagsgesellschaft, DM 6,90)

Theodor Ebert, Politologie-Professor an der FU Berlin, hat mit diesem Buch einen Klassiker der gewaltfreien Aktion geschaffen. Er beschreibt die Theorie der GA (Eskalationsskala, Unterscheidung zwischen Rolle und Person usw.), den exemplarischen Ablauf eines gewaltfreien Aufstandes und Form und Wirkung ausgewählter Kampfmaßnahmen. Das Buch ist solange ein "Muß", wie es nichts Besseres gibt.

Theodor Ebert, **Soziale Verteidigung. Band I:** Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie; **Band II:** Formen und Bedingungen des zivilen Widerstandes, Waldkirch 1981 (Waldkircher Verlagsgesellschaft, jeweils DM 8,90)

Die beiden Bände enthalten Aufsätze von Ebert aus der Zeit zwischen 1967 und 1980. Als Materialiensammlung für einzelne Fragestellungen sind die Bände zu gebrauchen, als Einführung allerdings weniger, da die Qualität der Artikel sehr unterschiedlich ist, es etliche Überschneidungen gibt und andererseits bestimmte Grundlagen vorausgesetzt werden.

Theodor Ebert, **Wehrpolitik ohne Waffen. Vom passiven Widerstand zur Sozialen Verteidigung,** Opladen 1972 (Argus-Verlag)

Johan Galtung, **Anders verteidigen,** Reinbek b. Hamburg 1982 (rororo aktuell 4932, DM 12,80)

Ähnlich wie bei Ebert handelt es sich hier um eine Sammlung von Aufsätzen, in denen Galtung das Kriegssystem, Abrüstungs- und Verteidigungskonzeptionen vergleicht und eine Strategie der nichtmilitärischen Verteidigung entwirft. Sehr wissenschaftlich geschrieben, enthält aber eine Menge interessanter Ideen, die es wert machen, sich durch das Buch durchzuarbeiten.

Gustaf Geeraerts (Hg), **Possibilities of Civilian Defense in Western Europe,** Amsterdam/Lisse 1977 (Swets & Zeitlinger).

Interessant ist u.a. der Aufsatz von Geeraerts, in dem er die beiden unterschiedlichen Ansätze in der Friedensforschung (den instrumentellen und den strukturalistischen) beschreibt.

gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit, hg. von T.Ebert/H.Gressel/G.Jochheim/W. Sternstein im Auftrag des Internationalen Versöhnungsbundes, Dt.Zweig. (zu beziehen bei: Gewaltfreie Aktion, Postfach 480 409, 1000 Berlin 48. Abo: DM 12,-/Jahr)

Die Hefte enthalten viele Beiträge über Soziale Verteidigung und ihr Umfeld, unter Betonung der christlichen Herangehensweise. Trotzdem aber auch für Nicht-ChristInnen interessant.

graswurzelrevolution, Sonderheft Soziale Verteidigung, Nr. 56/1981 und Neufassung Nr. 98/99, 1985

Natürlich das beste auf diesem Gebiet, leider beide schon vergriffen!

T.Hedtjärn u.a.(Hg), **Verteidigung ohne Krieg.** Die skandinavische Alternative, Wuppertal 1974

Vladimir Horsky, **Prag 1968. Systemveränderung und Systemverteidigung,** Stuttgart/München 1975

Sehr interessante Aufarbeitung des gewaltfreien Widerstandes gegen die Invasion der WVO-Staaten. Das Scheitern des Widerstandes führt H. auf das Versagen der Regierung zurück.

Gernot Jochheim, **Antimilitaristische Aktionstheorie. Soziale Revolution und Soziale Verteidigung,** Frankfurt a.M. 1977

Gernot Jochheim, **Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion,** Stuttgart 1986 (Edition Weitbrecht)

Das Buch ist eine gute Einführung für alle, die endlich wissen wollen, was Zivilismus ist. Der Autor setzt sich in diesem Zusammenhang auch mit SV auseinander.

Gernot Jochheim, **Soziale Verteidigung - Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht,** Düsseldorf 1988 (Patmos-Verlag, DM 18,-)

Gernot Jochheim, Lehrer und Friedensforscher aus Berlin, nennt sein neuestes Werk eine "Handreichung". Dieser Name ist insofern berechtigt, als daß das Buch eine Sammlung von acht klassischen Aufsätzen über Soziale Verteidigung enthält, die der Autor in jeweils einer (meist 3-seitigen) Einführung kommentiert und in Zusammenhang miteinander stellt. Er beginnt mit einer lexikalischen Erläuterung der Idee gewaltfreier Verteidigung, wobei er den AntimilitaristInnen aus den zwanziger und dreißiger Jahren den ihnen zukommenden Raum gibt - womit er positiv von den meisten anderen Büchern über SV absticht. Ein kleiner Schönheitsfehler: Jochheim verschweigt peinlichst, daß es sich bei ihnen zumeist um AnarchistInnen handelte.

Der Hauptteil des Buches ist in sechs Kapitel gegliedert. Im ersten geht es um den Unterschied zwischen territorialer und sozialer Verteidigung (Text: Johan Galtung), im zweiten um "Geschichtliche Erfahrungen" (Texte: Adam Roberts und Basil Liddell Hart), im dritten um Gewaltfreiheit als Element von SV (Texte: Gene Sharp, Hylke Tromp).

Der vierte Abschnitt über Strategie der SV enthält einen Text von Theodor Ebert,

wonach es mit Jochheims Lieblingsthema, dem Zivilismus weitergeht, den er allerdings nicht mit einem eigenen, sondern einem Aufsatz von Egbert Jahn dokumentiert. Das letzte Kapitel schließlich betrachtet "Soziale Verteidigung unter ethischen Gesichtspunkten" und schließt mit einem Text von Hans-Georg Wittig.

Vielleicht den Höhepunkt des Buches stellt allerdings der Anhang dar, nämlich die - leider gekürzte - Übersetzung einer bislang unbekannten Broschüre: "Pazifistische Volksverteidigung", die 1938 von holländischen Antimilitaristen (den Jongeren Vredes Actie) herausgegeben wurde. Insgesamt gibt das Buch eine gute Darstellung der Entwicklung der Theorie der Sozialen Verteidigung. Jochheim ist es gelungen, durch seine Einführungen die doch sehr unterschiedlichen Texte so miteinander zu verbinden, daß dies Buch "Neueinsteigern" wie auch denjenigen empfohlen werden kann, die sich schon mit SV beschäftigt haben. Letztere würden sich allerdings wohl oft wünschen, daß die dokumentierten Texte nicht so extrem gekürzt wären, und die LeserInnen müssen sich damit abfinden, daß sie inhaltlich wie sprachlich unberücksichtigt bleiben. Eine letzte Kritik, für die der Autor allerdings wohl nicht verantwortlich gemacht werden kann, ist, daß DM 18,- für ein hundertseitiges Buch einfach zu viel sind.

Trotz dieser Kritiken: Das Buch ist sicherlich eine der besten Publikationen über SV in Buchform, die in der BRD bislang erschienen sind und ist uneingeschränkt zu empfehlen.

Stephen King-Hall, **Den Krieg im Frieden gewinnen**, Hamburg 1958 Soziale Verteidigung im Kalten Krieg.

Nicht zu empfehlen, außer als historischer Beleg für die militärische Note Sozialer Verteidigung.

Klaus Lange-Feldhahn, Uli Jäger, **Alternative Sicherheitskonzepte**, hg. vom Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Materialien 8, Tübingen 1983

Ausgehend von einer Kritik der NATO-Doktrin werden Kriterien für alternative Sicherheitspolitik entwickelt. Drei Alternativkonzepte (atomwaffenfreie Zonen, Defensivverteidigung und Soziale Verteidigung) werden ausführlich dargestellt und mit Arbeitshilfen für die pädagogische Aufarbeitung ergänzt. Das Heft ist eine sehr gute Einführung in die Problematik und gleichzeitig eine gute Arbeitshilfe für Seminare über SV und Defensivverteidigung.

Ohne Waffen, aber nicht wehrlos. Das Konzept der Sozialen Verteidigung, hg. von den Grünen im Bundestag, Bonn 1987 (zu bestellen bei der BGS der Grünen, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1, Einzelpreis: DM 5,-)

Das Heft, von Roland Vogt, SV-Spezialist, Mitgründer der Grünen und zwei Jahre Mitglied im Verteidigungsausschuß des 10. Dt. Bundestages, erstellt, gibt eine Einführung in SV aus "grüner Sicht" und ist vor allem deshalb interessant, weil es die aktuelle Diskussion der letzten Jahre, inklusive der Rezeption von SV im Bundestag, dokumentiert und kommentiert. Zwei Fallbeispiele (Ruhrkampf und CSSR) suchen die Wirkungsweise von SV zu belegen. Für die CSSR konnte Dr. Vladimir Horsky, gewonnen werden, der 1968 Mitglied im Prager Stadtkomitee der KP war. Außer knappen Zusammenfassungen der wesentlichen Elemente der SV enthält die Broschüre auch Weiterentwicklungen der SV, z.B. "Gewaltfreiheit auf der Höhe der Technologie" und legt Wert darauf, SV in Zusammenhang mit Zivilismus zu setzen.

Adam Roberts (Hg), **Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren**. Probleme, Beispiele, Strategien, Göttingen 1971 (Vandenhoeck und Ruprecht)

Aufsatzsammlung mit Aufsätzen von Friedensforschern.

Sicherheitspolitik kontrovers: auf dem Weg in die neunziger Jahre, hg. von Wolfgang Heisenberg/Dieter Lutz, Baden-Baden 1987 (Nomos-Verlagsgesellschaft)

Gene Sharp, **Making Europe Unconquerable.** The Potential of Civilian-Based Deterrence and Defence, Cambridge/London 1985

Das neue Buch von Sharp kennt immer noch die "Russen" als Hauptfeind. Soziale Verteidigung.

Der gewaltfreie Weg, hg. vom Internationalen Versöhnungsbund, Gruppe Münster, 1985 (zu beziehen, indem DM 3,- auf das Konto des VB Münster, Nr. 226902-468 beim PGA Dortmund, BLZ 440 100 46 überwiesen werden.)

Das Heft ist eine konventionelle, aber zur Einführung geeignete Darstellung von SV, wieder mit historischen Beispielen.

Wolfgang Sternstein, **Übergangsstrategien zur Sozialen Verteidigung.** Darstellung und Kritik. Maschinenschriftliches Manuskript, zu beziehen bei Theodor Ebert, 1000 Berlin 22, Im Dohl 1

Umrüstung. Neuartige Entwürfe für eine Gesellschaft ohne Rüstung, Werkstatthefte, Durlesbach/Bad Waldsee 1983 (zu beziehen bei Birgit Berg, Durlesbach, 7967 Bad Waldsee 1)

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler: **Civilian Defence. Gewaltloser Widerstand als Form der Verteidigungspolitik** (Tagungsbericht), Bielefeld 1969 (Bertelsmann Universitätsverlag)



Internationale Kontakte



BRD:

AG Friedenswoche Minden (und Kongreßbüro "Wege zur Sozialen Verteidigung"), Alte Kirchstr. 1 a, 4950 Minden, Tel. 0571/24 339

FöderationGewaltfreierAktionsgruppen / Graswurzelrevolution, Scharnhorststraße 6, 5000 Köln 60, Tel. 0221/ 76 58 42

Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, Schwanenstr. 16, 5620 Velbert 1

Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1, Tel.0228/69 20 21

Initiative Kirche von Unten, Oskar Romero Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/63 50 94

Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig, Kuhlenstr. 5a - 7, 2082 Uetersen, Tel. 0 41 22/36 63

Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, c/o Pressehütte Mutlangen, Forststr. 3, 7075 Mutlangen, Tel. 07171/76 210

Ohne Rüstung Leben, Kornbergstr. 32, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/29 33 88

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, c/o Renate Wanie, Korngasse 14, 6915 Dossenheim, Tel. 06221/ 86 93 72

BELGIEN

MIR-IRG, Vincent Decroly, 35 rue van Elewyck, B-1050 Bruxelles (02 648 5220)

USA

Association for Transarmament Studies, 3636 Lafayette, Omaha, Nebraska 68131, Tel. 402 558-2085

International Nonviolent Initiatives, Beverly Woodward, 230 Florence road, Waltham, MA 02154

SCHWEIZ

Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), Postfach 261, CH-8026 Zürich oder: Postfach 221, 8307 Effretikon

NIEDERLANDE

Netzwerk Soziale Verdediging, Papenhoeflaun 106, NL-3421 Oudewater

Women for Peace, Lineke Schakenbos, c/o Postbus 963, NL-3800 Amersfoort

ÖSTERREICH

Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit, Schottengasse31/1/4/59, A-1010 Wien, Tel. 0222/63 80 653

FRANKREICH

Union Pacifiste de France, 4 Rue lazaré Hoche, 92100 Boulogne sur Seine, Tel. 46 03 27 62)

Mouvement pour une alternative nonviolente (MAN), 20 rue du Dévidet, F-45200 Montargis, Tel. 38 93 13 73

ITALIEN

Movimento Nonviolento, CP 201, Via Villagio, S Livio 103, 06100 Perugia, Tel. 0039 75 30471

GROSSBRITANNIEN

Social Defence Project, Michael Randle, School of Peace Studies, University of Bradford, GB-Bradford, W. Yorkshire

Peace Pledge Union, 6 Endsleigh St., GB-London WC1

AUSTRALIEN

Brian Martin, Australian National University, Dept. of Applied Mathematics, 4 Post Office, Canberra ACT 2600, Australien

CANADA

Hans Sinn, RR No 4 Perth, Ontario, Canada

SCHWEDEN

Jorgen Johansen, Krossekarr 6822, 45081 Grebbestad, Schweden

GRIECHENLAND

Arnoumai (Zeitschrift), Pavlou Mela 19, 54622 Thessaloniki

SPANIEN

CIP, Mariano Aguirre, Alcalá, 117-6, 28009 Madrid

JUGOSLAWIEN

Ljubljana Peace Movement Working Group, Dalmatinova 4, Ljubljana 6100, Jugoslawien

ISRAEL

Centre for the Study of Nonviolence, Box 20317, Jerusalem 280561

PHILIPPINEN

Akkapka, La Ignaciana Apostolic Centre, 2215 Pedgro Gil Street, Sta. Ana, Manila, Philippinen

INDIEN

Institute for Total Revolution, Narayan Desai, Vedchhi 394640, Dt. Surat, Gujrat, India

INTERNATIONAL

War Resisters International, 55 Dawes Street, GB-London SE17 1 EL, Tel. 01/703 71 89

Herbst 1988 – Internationales Seminar zur Sozialen Verteidigung

Auf dem Ratstreffen der WRI (Internationale der KriegsgegnerInnen) im Juli 87 wurde beschlossen, eine internationale Tagung zu Sozialer Verteidigung zu organisieren. Das 2-3tägige Seminar wird im Herbst 1988 in Brüssel stattfinden. Vorbereitet wird es von der belgischen Sektion der WRI, MIR-IRG.

Aus der Seminarankündigung: Soziale Verteidigung wird nicht als auswechselbarer Ersatz für militärische Verteidigung begriffen, sondern versteht sich auch als Suche nach neuen Mitteln der politischen Aktion, will die Erfahrungen der Friedensbewegung miteinbeziehen.

Während des Seminars sollen spezifische Erfahrungen aus verschiedenen Regionen verglichen werden, deren Grundlage Basisdemokratie, soziale Veränderung und Widerstand gegen den Krieg ist. Offene Fragen wie z.B. die nach der Rolle des Staates sollen angesprochen, die jüngsten Entwicklungen wie z.B. in Palästina, Südafrika oder Lateinamerika sollen unter dem Aspekt der Sozialen Verteidigung analysiert werden.

Vorschläge zum Programm und für Vorbereitungstexte, Anfragen und Anmeldungen an:

Vincent Decroly Rue van Elewijck 35
B-1050 Brüssel Belgien
Tel. (internationale Vorwahl)-32-2-64852 20 bzw. 648 50 14

Bücher zur Sozialen Verteidigung - Alternativen Sicherheit - Gewaltlosen Aktion

Horst Afheldt
Defensive Verteidigung
Der Autor stellt die Bedrohung durch atomare Kriegsführung dar, die Verringerung der Gefahr durch Herabstufung & Wiederherstellung der konventionellen Verteidigung, durch defensive konventionelle Abhaltungsstrategie, Technokommandos, Zivilen Widerstand & Schutz der Zivilbevölkerung.
158 S., 1983 — 7.80

Anders Boserup/Andrew Mack
Krieg ohne Waffen
Studien über Möglichkeiten und Erfolge sozialer Verteidigung.
Die Autoren untersuchen historische Beispiele der sozialen Verteidigung (Fehler und Erfolge). Aufschlußreich ist ein Vergleich mit klassisch strategischen Militärtheorien.
156 S. — 7.80

Theodor Ebert
Soziale Verteidigung Bd. 1
Historische Erfahrungen & Grundzüge der Strategie. Aufsätze aus den Jahren 1968-1973. Darstellung der Entstehung des Konzeptes der SV, Erfahrungen vom Kapp-Putsch 1920 bis CSR 1968, Organisation & Strategie des gewaltfreien Widerstandes gegen Staatsstreiche & Besatzungsregime.
192 S., 1981 — 9.80

Soziale Verteidigung Bd. 2
Formen und Bedingungen des zivilen Widerstandes. Aufsätze aus den Jahren 1971-1980. Die Aufsätze spiegeln die weltpolitische Diskussion dieses Jahrzehnts in der außerparlamentarischen Opposition, der Ökologie- & Friedensbewegung wieder.
200 S., 1981 — 9.80

Dietrich Fischer/Wilhelm Nolte/Jan Øberg
Frieden gewinnen
Mit autonomen Initiativen aus dem Teufelskreis ausbrechen
Die Autoren suchen Wege, die aus der Auswegslosigkeit atomarer Kriegsführung herausführen. Sie beschreiben, wie in einer konfliktbeladenen Welt Barrieren gegen Kriege errichtet werden können, wie durch neue Wege der Verteidigung (autonome Abwehr & ziviler Widerstand) Kriegsverhinderung entwickelt werden kann, daß bei einem weltumfassenden Denken eine neue Ethik & neues Sicherheitsdenken erforderlich sind.
272 S., 1987 — 26.00

Johan Galtung
Es gibt Alternativen!
Wege zu Frieden und Sicherheit
Ausgehend von der Bedrohung durch die modernen Waffen untersucht Galtung 4 Wege zu Frieden & Sicherheit, die gleichzeitig gegangen werden müssen: Konfliktlösung (globale Dimension, Dynamik zwischen & innerhalb der Bündnisse), Gleichgewicht der Macht (ist es möglich?), Abrüstung (Fehlschläge & wie ist Abrüstung möglich), Alternative Sicherheit (von offensiver zu defensiver Verteidigung, Loslösung von den Supermächten, weniger verletzliche Gesellschaften), die Rolle von Regierungen & Friedensbewegungen.
275 S., 1984 — 28.80

Bernhard Häring
Die Heilkraft der Gewaltfreiheit
In einer biblischen Grundlegung sieht der Autor Frieden als zentrale Aufgabe der Theologie und Gewaltfreiheit als Kernstück des Evangeliums. Darauf aufbauend stellt er die Gewaltfreiheit als Heilkraft aller menschlichen Beziehungen im persönlichen, gesellschaftlichen, politischen & zwischenstaatlichen Bereich dar. Als Ausweg aus Abschreckungspolitik sieht er die Soziale Verteidigung als weltweites Modell der Konfliktbewältigung (aufbauend auf Basisgruppen) und behandelt das schwierige Problem des Übergangs von militärischer zu sozialer Verteidigung.
183 S., 1986 — 26.00

Gernot Jochheim
Antimilitaristische Aktionstheorie, soziale Revolution und soziale Verteidigung
Zur Entwicklung der Gewaltfreiheitstheorie in der europäischen antimilitaristischen Bewegung 1890-1940, unter besonderer Berücksichtigung der Niederlande.
Das Buch zeigt, daß es in der Arbeiter- und antimilitaristischen Bewegung eigenständige Überlegungen über Möglichkeiten der gewaltlosen Konfliktaustragung & sozialen Verteidigung gab.
621 S., 1977 — 58.00

Klaus Lange-Feldhahn/Uli Jäger
Alternative Sicherheitskonzepte
Arbeitshilfen für eine Diskussion
Drei Konzepte alternativer Verteidigung werden vorgestellt und für die Jugend- & Friedensgruppenarbeit aufbereitet mit Fragestellungen, Lese- & Seminarvorschlägen.
105 S., 1983 — 12.00

Lutz Mez
Ziviler Widerstand in Norwegen
Untersuchung zur Organisation & Form der sozialen Bewegung in Norwegen unter Berücksichtigung von Konzepten Sozialer Verteidigung. Der Widerstand gegen die deutsche Besatzung im 2. Weltkrieg.
376 S. — 29.00

Hans-Heinrich Nolte/Wilhelm Nolte
Ziviler Widerstand und Autonome Abwehr
Autonome Abwehr entstand in Kritik zu militärischer Abschreckung (atomar). Sie umfaßt militärische Verteidigung, Bevölkerungsschutz & zivilen (gewaltlosen) Widerstand. Das Buch gibt einen geschichtlichen Überblick über zivilen Widerstand (Erfolg & Grenzen) in Spannung zum Gewaltmonopol des Staates. Außerdem wird das Konzept der Autonomen Abwehr als Alternative zu atomarer Kriegsführung und Angriffsstrategien entwickelt, das Zusammenwirken mit zivilem Widerstand & die Perspektive für Emanzipation und Zivilisierung der Gesellschaft.
284 S., 1984 — 49.00

Soziale Verteidigung
Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht
Eine Handreichung von Gernot Jochheim
Dies Buch enthält Beiträge von Autoren, die in 50 Jahren am Konzept der SV entscheidend gearbeitet haben. Es gibt einen guten Einblick in die unterschiedlichen Probleme. Behandelt werden: Gewaltlosigkeit in zwischengesellschaftlichen Konflikten, Gewaltfreiheit als Element der SV, Strategie der SV, SV als Bestandteil gewaltfreier Gesellschaft & ihrer Entwicklung, SV & Militär, Bürokratie, Staat u.a.
108 S., 1988 — 18.00

Jürgen Tatz (Hrsg.)
Alternativen zur Abschreckungspolitik
Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik
Galtung, Buro, Kelly, Ebert u.a. diskutieren unterschiedliche Aspekte alternativer Sicherheitspolitik, Beispiele & Probleme örtlicher & internationaler Friedensarbeit & die Rolle der Techniker & Wissenschaftler.
196 S., 1983 — 16.00

Wolfgang Hertle
Larzac 1971-1981
Der gewaltfreie Widerstand gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes in Süd-Frankreich
Das Buch zeigt, wie der gewaltlose Widerstand betroffener Bauern unterschiedliche Teile der französischen Bevölkerung mobilisierte, den Larzac zum internationalen Treffpunkt kämpfender Minderheiten machte, wie Lernprozesse der Kämpfenden gegenüber Militär, Regierung & Bündnispartnern abliefen u.a.m.
275 S., 1982 — 16.00

April Carter
Direkte Aktion
Leitfaden für den Gewaltfreien Widerstand
Die Autorin gibt eine Einführung in die Theorie & Praxis der gewaltlosen Aktion anhand einer Fülle internationaler Beispiele. Sie arbeitet Kriterien heraus, mit denen Strategien überprüft und weiterentwickelt werden können.
78 S. — 4.00

Brian Martin
Uprooting War
Dies bemerkenswerte Buch (in englischer Sprache) ist geschrieben, um für GraswurzelaktivistInnen Strategien zur Beseitigung des Rüstungs- & Kriegssystems zu erarbeiten. Unter diesem Aspekt gibt der Autor eine Analyse der wichtigsten Institutionen, die das Kriegssystem stützen (Staat, Bürokratie, Militär, Patriarchat, Staatssozialismus u.a.). Er untersucht die Standardmethoden der Antikriegsarbeit in ihrer begrenzten Wirkung, die Prinzipien für Antikriegsstrategien, Soziale Verteidigung, Rüstungskonversion (Friedenskonversion), Selbstverwaltung, Graswurzelmobilisierung u.a.
298 S., 1984 — 20.00

Diese und noch mehr als 1000 weitere Titel aus den Bereichen Gewaltlosigkeit/Gewaltlose Aktion, Antimilitarismus, Rüstung/Abrüstung, Anarchismus, Friedenspädagogik, KDV, Militär, Selbstverwaltung, Ökologie u.a. sind in unserem kostenlosen Versandkatalog enthalten, den wir auf Anforderung gerne zuschicken.

Weber, Zucht & Co. Versandbuchhandlung & Verlag GmbH
Steinbruchweg 14A, 3500 Kassel - Tel. (0561) 51 91 94

Wieder erhältlich !

Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V.

Nach Reykjavik - **Aufrüstung oder Abrüstung ?**
30 Jahre Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen 1957 - 1987
2., erweiterte Auflage

Gorbatschows Abrüstungsangebote bringen die NATO zunehmend in Verlegenheit. Auch nach dem Koalitionskompromiß der Zustimmung zu einer »doppelten Null-Lösung« mit dem Pferdefuß »Pershing I-A« reißen die Kontroversen innerhalb der NATO und der Bundesregierung nicht ab.

Mit der erweiterten Auflage der DFSP-Broschüre wird unter verschiedenen Aspekten die Substanz der Verhandlungsdiplomatie durchleuchtet. Aus dem Inhalt:

- Aufrüstung und Militärtechnologie vom II. Weltkrieg bis in die Gegenwart
- Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle seit dem II. Weltkrieg
- Nach Reykjavik: Abrüstungsvorschläge und forcierte Aufrüstung
- Same procedure as usual ? - Gorbatschows neueste Abrüstungsoffensive
- Westeuropa - unfähig zur Abrüstung
- Die Sache mit den Kurzstreckenraketen
- »Lügen haben kurze Beine ...« - westliche Verhandlungsdiplomatie seit Beginn der Gorbatschow'schen Abrüstungsinitiativen
- Tabellen zu den nuklearen Kräfteverhältnissen

Broschüre, 64 S. A-4 - Format, Preis: DM 5,- (ab 10 Ex. je DM 3,50)
Bestelladresse: DFSP, Postfach 2304, 4400 Münster



Sollten wir uns mehr mit GEWALTFREIER AKTION beschäftigen?

Wenn JA: Unterstützen Sie die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion zu deren Gründung 1979 u. a. Theo Ebert, Robert Jungk, Petra Kelly, Martin Niemöller und Dorothee Sölle aufgerufen haben und die seit 1980 in der Nähe von Gorleben, im Landkreis Lüchow-Dannenberg, wirkungsvoll tätig ist.

Information, Programme:
Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e. V.,
Kirchstraße 14, 3131 Wustrow,
Telefon: 0 58 43/507

Konto:
Postgirokonto-Nr. 55 66 33-309
Postgiro Hannover
BLZ 250 100 30

Abonniert die GRASWURZELREVOLUTION

NICHT **RECHTS**GLÄUBIG & NICHT BLIND**LINKS**



die tageszeitung

KEIN ABO AUF EWIGE WAHRHEITEN

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ **4** Wochen für **25** Mark
☐ **8** Wochen für **50** Mark



bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: ....

Straße, Hausnummer: ....

PLZ / Ort: ....

Datum, Unterschrift: ....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen s c h r i f t l i c h widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65. Davon habe ich Kenntnis genommen. *737*

Datum, Unterschrift: ....

Abonniert die GRASWURZELREVOLUTION!

Keine Armee
kann eine Idee
aufhalten,
deren Zeit gekommen ist.
– Victor Hugo –

Sonderhefte der Graswurzelrevolution

Der Wehrpflicht ein Ende!

Dieses Sonderheft gibt Anregungen und will Mut und Lust machen, sich in vielfältiger Weise gegen die Wehrpflicht zu wehren:

0 Warum wir für die Auflösung der Bundeswehr kämpfen
0 Geschichte der Wehrpflicht
0 Zivildienstkritik
0 Linke Soldatenarbeit
0 Erfassungs-, Musterungs-, Totalverweigerung
O Knast und Solidarität
0 Transnationale Zusammenarbeit
und vieles mehr.

68 S., 6,- DM + 1 DM Versand

Alternative Ökonomie

Dieses Heft ist Ergebnis zweijähriger Diskussion ökonomischer Fragen innerhalb der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen:

0 Geschichte des Kapitalismus
0 Ökologische Grenzen - ökonomische Krisen
0 Ausstieg aus dem Industriesystem?
0 Joseph Huber contra Rudolf Bahro
0 Ansätze feministischer Ökonomie
0 Kommunistischer Anarchismus
0 Maschinenstürmer
0 Betriebskämpfe
0 Modelle und Utopien

104 S., 6,- DM + 1 DM Versand

Revolutionärer Antimilitarismus

Das Sonderheft "Keine Frau, keinen Mann, keinen Pfennig für Staat und Krieg!" führt gut aufbereitet in die wenig bekannte Geschichte des anarchistischen Antimilitarismus der 20er und 30er Jahre ein. Die dokumentierten Texte von Arthur Lehning, Walter Borgius, Domela Nieuwenhuis, Clara Wichmann, Max Nettlau,Rudolf Rocker, Bart de Ligt, Pierre Ramus und Albert de Jong bestechen in erstaunlicher Weise immer wieder durch ihre Aktualität.

76 S., 6,- DM + 1,- DM Versand.

Alle drei Sonderhefte im Paket zum Sparpreis: **Nur 15 DM**, Versand frei!

Bestellungen mit Scheck, Briefmarken oder gegen Rechnung an:
Verlag Graswurzelrevolution, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

George Lakey / Michael Randle

GEWALTFREIE REVOLUTION

Beiträge für eine herrschaftslose Gesellschaft

Herausgegeben und mit einer Einleitung von Wolfram Beyer
Mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim
Nachwort von Christian Bartolf

Die Kritik der ökonomischen und ökologischen Krisen, der fortschreitenden Bürokratisierung und Militarisierung unserer Gesellschaft stellt die Frage nach grundlegenden Veränderungen. Die Mittel der Veränderung der Gesellschaft sollten dem Ziel entsprechen. Die „gewaltfreie Aktion" ist hier adäquat für den Aufbau einer „herrschaftslosen Gesellschaft". Solche Überlegungen sind die nach einer „Gesellschaft ohne Staat".
Die vorliegenden Texte sind eine wichtige Ergänzung für die Praxis aller Aktiven der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung und der Neuen Sozialen Bewegungen für einen „freiheitlichen Sozialismus".

ISBN 3-926880-01-5
120 Seiten, DM 14,80

OPPO-VERLAG
Werner-Voss-Damm 54
D-1000 Berlin 42

Wichtige MATERIALIEN zum Thema

- **Gewaltfreiheit – ein Lebensprinzip.**
  92 Seiten, A4, 10,– DM
- **Gewaltfreie Aktion.**
  112 Seiten, A4, 12,– DM
- **Alternative Sicherheitspolitik. Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion.**
  108 Seiten, A4, 12,– DM

Bitte kostenlos Prospekte anfordern beim:
Verein für Friedenspädagogik,
Bachgasse 22, 7400 Tübingen
Tel.: 0 70 71 / 2 13 12



Gewaltfreie Verteidigung – die radikale Alternative

Gernot Jochheim
Soziale Verteidigung – Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht
Eine Handreichung
110 Seiten, Broschur, DM 18,–
Best.-Nr. 3-491-77697-X

Eine knappe und doch umfassende Darstellung des Konzepts der gewaltfreien Verteidigung unter Einbeziehung ausgewählter Texte von Autoren, die die Idee der gewaltfreien Verteidigung begründet und beeinflußt haben.

Bestellcoupon
Ich/Wir bestelle(n) aus dem Patmos Verlag, Am Wehrhahn 100, 4000 Düsseldorf 1 über die Buchhandlung:

____

____ Expl. Gernot Jochheim,
Soziale Verteidigung – Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht
Best.-Nr. 3-491-77697-X

Name: ______________________
Anschrift: ______________________
____
Datum/
Unterschrift: ______________________

Patmos

Für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft

Prinzipienerklärung der FöGA

Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. Diesem Ziel verpflichtet arbeitet seit 1972 in der Bundesrepublik ein Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen, das sich 1980 zur Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) zusammengeschlossen hat und auch Herausgeber der Zeitschrift Graswurzelrevolution ist.

In dem Kampf gegen Militarismus, Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzung, Männergewalt, Ausbeutung anderer Länder und Kulturen und alle sonstigen lebens- und freiheitszerstörenden Strukturen setzen diese Gruppen gewaltfreie Aktionsformen ein. Sie bemühen sich, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.

Unsere Ziele...

Wir kämpfen für eine Welt, in der Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechts, Alters, Aussehens, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung oder aus rassistischen Gründen diskriminiert und benachteiligt werden. Wir lehnen jegliche nationalstaatliche Grenzziehung ab und fordern das Recht für jeden Menschen, in Frieden dort zu leben, wo es ihm/ihr beliebt.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer ihr Leben frei gestalten können. Deshalb kämpfen wir gegen Strukturen, in denen Männergewalt allgegenwärtig und die Unterdrückung von Frauen alltäglich sind.

Frauenbefreiung heißt, daß Frauen um ihre Selbstbestimmung kämpfen. Als einen Weg des Frauenwiderstandes befürworten wir die Schaffung von separaten Räumen von und für Frauen, in denen Schutz gewährleistet, Widerstand organisiert und Stärke entfaltet wird.

Männer wehren sich gegen die patriarchale Gesellschaft und Kultur, um sich von dem herrschenden Männlichkeitsideal zu befreien. In diesem Sinne ist der Kampf von Männern gegen das Patriarchat für sie in erster Linie Männerbefreiung. Wir bemühen uns, innerhalb unserer Gruppen und Strukturen männliche Bevormundung und Gewalt gegenüber Frauen zu beseitigen.

Ein wirklicher Schutz von Lebewesen und gesellschaftlichen Errungenschaften ist nur durch soziale, gewaltfreie Formen der Verteidigung möglich. Durch einseitige und bedingungslose Abrüstung in jedem Land sollen daher das Militär und die Rüstungsproduktion vollständig abgeschafft werden. Wir unterstützen insbesondere alle Formen radikaler Kriegs- und Wehrpflichtverweigerung und die blockübergreifende Zusammenarbeit der Friedensbewegung.

Wir streben an, daß der Kapitalismus durch eine selbstverwaltete, sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzt wird. Anstelle von Konkurrenz und Ausgrenzung soll die Förderung des Menschen mit seinen produktiven und kreativen Fähigkeiten im Vordergrund stehen. Wir unterstützen deshalb alle Kämpfe und Experimente für selbstverwaltete Betriebe und Projekte sowie die Stärkung regionaler, nicht vom Weltmarkt und von multinationalen Konzernen abhängiger Wirtschaftskreisläufe. Außerdem treten wir dafür ein, daß die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden und die Teilhabe an kulturellen und sozialen Gütern allen in gleicher Weise möglich ist.

Unser Ziel ist die Auflösung des zentralisierten, autoritären Staates durch eine freiheitlich basisdemokratische Gesellschaft. In ihr sind die politischen Entscheidungen von den Zentralen hin zu föderativ verbundenen Gemeinwesen verlagert. In ihr sind Minderheiten- und Menschenrechte sowie Formen direkter basisdmokratischer Entscheidungsfindung verwirklicht. Wir kämpfen gegen Staatsgewalt und Repression und wollen stattdessen eine Politik entwickeln, die auf Konsens und Ausgleich aller Betroffenen zielt.

...und Perspektiven

Wir sind der Meinung, daß diese Ziele - so weit es geht - in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden müssen. Sie können weder mit der Anwendung lebensschädigender Gewalt noch mit autoritären Organisationsformen durchgesetzt werden. Wir machen durch direkte gewaltfreie Aktionen, durch passive und aktive Verweigerung der Zusammenarbeit einschließlich der bewußten Mißachtung staatlicher Gesetze die herrschende menschenfeindliche Ordnung und ihre Werte zum Thema von Auseinandersetzungen. Durch massenhaften Zivilen Ungehorsam soll der staatliche Herrschafts- und Gewaltapparat zurückgedrängt und zerstört werden. Wir wollen einen Veränderungsprozeß, der aus dem Austragen gesellschaftlicher Konflikte erwächst und in dem eine neue, von großen Teilen der Bevölkerung getragene antiautoritäre, lebensbejahende Kultur entsteht.

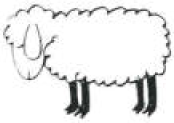
Weitere Informationen über Förder- und aktive Mitgliedschaft in der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen erhaltet ihr bei der Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr.6, 5000 Köln 60, Tel. 0221/76 58 42

Impressum

Die Zeitschrift GRASWURZELREVOLUTION wird herausgegeben von der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA). Verlag: Graswurzelrevolution e.V. - Druck: Graphische Werkstätten von 1980 GmBH, Wolfgang Bauer, Kassel. Dies ist die Nummer 123/124, jetzt im 16.Jahrgang. An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Doris Sterzer, Christine Schweitzer, Alfons Schwab, Ralph Spill. Das Titelblatt gestaltete J.Michael Matthaei. Verantwortlich sind im Grunde wir alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies Doris Sterzer c/o Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50. Da wir kein Zentralorgan sind, erscheinen namentlich gekennzeichnete Beiträge in Eigenverantwortlichkeit der AutorInnen. Die Auflage ist diesmal 6000. Es gilt die Anzeigenpreisliste 10/87. Unsere ISBN lautet o344-2683; unser Vertriebskennzeichen ist C 4025 C. Wir erscheinen in diesem Jahr mit 10 Ausgaben. Unsere derzeit gültige Büroanschrift: Redaktion und Vertrieb Verlag Graswurzelrevolution e.V. Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-390 92 22. Abonnement und Wiederverkauf siehe Coupon. Kontonummer: 266 57-207 PGA Hamburg. Die Graswurzelrevolution ist über die FöGA Mitglied der War Resisters International, 55 Dawes Street, GB-London 17 EL.

Diese Liste der Graswurzelkontakte ist offen, d.h. sie wird ständig erneuert und beansprucht nicht vollständig zu sein. Es handelt sich um Gruppen, die nicht alle der FÖGA angehören, meist untereinander zusammenarbeiten und neue Mitarbeiter/in-nen bzw. Ähnlichdenkende in ihrer Gegend suchen. Wer seine Adresse ebenfalls veröffentlicht haben möchte, sollte uns doch mal schreiben. Wer längere Zeit nichts von sich hören läßt, sollte Verständnis dafür haben, daß wir seine Ardresse evt. streichen.

Diese Liste soll nicht als Gruppenkartei wie bei einem Verband mißverstanden werden. Im Zuge der Finanznot bitten wir die Veröffentlichung einer Adresse mit einer jähr-lichen Spende (ab 30.- DM) zu honorieren.



1000 Berlin 61, GWR, c/o Andreas Hauschild, Zossener Str. 31

1000 Berlin 61, Informations- und Aktionsstelle TV, Mehringhof, Gneisenaustr. 2 a

1000 Berlin 41, Internationale der Kriegsdienstgegner e.V., Gneisenaustr. 2a, 030/693 80 21 (Mi. 19-21 h)

2000 Hamburg 20, Blockadegruppe HH 20, c/o Christel Heine, Grundstr. 22, 040/850 77 39

2000 Hamburg 50, Gewaltfreies Aktionsbündnis, c/o GWR, Nernstweg 32-34, 040/ 390 92 22

2000 Hamburg 50, Regionale AG Totale-KDV-Nord, c/o Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

2000 Hamburg 50, Die Desertöre, c/o Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

2800 Bremen 1, Graswurzelgruppe, c/o Michael Nußbaum, Lahnstr. 48, 04 21/59 28 05

2858 Geestenseth, GA Wesermünde, Stolperstein, Pferdegasse 2, 047 49/518

2914 Elisabethfehn, TK-Wesermünde/Sektion Weser-Ems, c/o Hans W. Hasselder, Schleusenstr. 4

3000 Hannover 91, GA, c/o Bernd Degener, Kirchstr. 10, 05 11/45 26 49

3076 Landesbergen, TK-Kontaktstelle, c/o Konrad Wiebking, Langestr. 65, 050 25/10 15

3160 Lehrte, AK Soziale Verteidigung, c/o Jens Veenhuis, Köthenwaldstr. 33, 051 32/ 564 47

3160 Lehrte, Liberacion, Werkstatt für Entwicklung und Frieden, Sedanplatz 6a, 051 32/1799

3160 Sievershausen, Dokumentationsstätte e.V. Antikriegswerkstatt, Kirchweg 4, 051 75/39 39

3400 Göttingen, GA, Postfach 2022

3500 Kassel, Graswurzelforum, c/o Sozialer Friedensdienst, Annastr. 11, 05 61/51 59 53

4000 Düsseldorf 11, GA Düsseldorf, c/o J. Haake + S. Wyremba, Salierplatz 4, 02 11/ 55 28 13

4100 Duisburg, TK Niederrhein, c/o Jörg Kessen-Kamphausen, Bahnhofstr. 129, 02 03/43 39 02

4132 Kamp-Lindfort, Komune-Initiative Emmaus Niederrhein, Dachsberg, 028 42/ 410 25

4150 Krefeld, Libertäres Forum, Kontakt Postlagerkarte Nr.054702C

4220 Dinslaken, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Voerde, c/o Rainer Mohnke, Augusestr. 100

4400 Münster, GA, c/o Martin Firgau, Marientalstr. 75, 02 51/27 12 05

4400 Münster, AUSBRUCH (SOdZDL), Redaktion & Vertrieb, c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 0251/52 11 12

4400 Münster, GA, c/o Michael Seligmann, Mondstr. 96, 02 51/31 55 86

4500 Osnabrück, GA Schwarzwurzelgruppe, c/o Meike Klingenborg, Bramscherstr. 35, 0541/68 12 72

4600 Dortmund, GWR-Gruppe Unkraut, c/o Volker Müller, Plauener Str. 6, 02 31/13 60 46

KONTAKTE

4600 Dortmund 30, Gewaltfreie Aktionsgruppe, c/o Beate Hofmann, Am Knapp 3, 023 04/86 09

4700 Hamm 1, KGW Ruhrgebiet/Westfalen, c/o Siegbert Künzel, Nikolaus-Ehlen-Str. 3, 023 81/579 76

4788 Warstein 2, Autonome Friedensgemeinschaft, c/o Antonius Gauseweg, Rabenknapp 21, 029 02/768 77

4800 Bielefeld 1, Kontaktstelle für KDV griech. Staatsangehörigkeit, c/o Jannis Tsoukas, Josefstr. 6, 05 21/637 73

4901 Hiddenhausen, Eric Bachmann, Milchstr. 83, 052 21/654 85

5000 Köln 1, GA Köln-Mitte, Rainer Praetorius, Ludolf-Camphausen-Str. 39, 02 21/21 12 26

5000 Köln 60, Graswurzelgruppe Köln, c/o Brigitte Kugler, Hoheneckenweg 9, 02 21/17 37 03

5000 Köln 71, GA Dormagen, c/o Rainer Eul, Neusser Landstr. 383, 02 21/78 27 81

5100 Aachen, TK + Bildungswerk Friedensarbeit, Adalbertsteinweg 257, 02 41/51 27 22

5305 Alfter bei Bonn, GA und Infostelle Friedensarbeit, c/o Hans Peter Mortier, Am Mühlenweiher 22, 022 22/604 92

5600 Wuppertal 11, Wohnverband TK + KGW, c/o Reinhold Weber, Dasnöckel 92, 02 02/73 62 16

5620 Velbert, KGW, c/o Andreas Peters, Gerhardt-Hauptmannstr. 8, 020 51/632 55

5800 Hagen 1, GA Hagen, c/o Thomas Venjacob + Iris Naumann/Venjacob, Söding-str. 7, 023 31/33 03 32

5810 Witten, Initiative gegen die Wehrpflicht, Postfach 6312

5900 Siegen 1, c/o Klaus Wolf, Marburger Tor 35, 02 71/525 04

6000 Frankfurt, TK, c/o Eva-Maria Horz, Rhönstr. 6, 069/49 81 18

6000 Frankfurt 1, KGW, c/o Christoph Bausenwein, Freiherr v. Stein Str. 13, 069/72 58 94

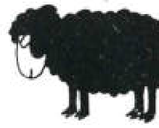
6000 Frankfurt 1, Bundeszentrale der SOdZDL, Vogelsbergstr. 17, 069/498 03 94

6330 Wetzlar 1, GA, c/o Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31

6500 Mainz, Anarchistische Assoziation Rhizom, c/o Café Nixda, Raimundistr. 13,

6600 Saarbrücken, AG Direkte Aktion, c/o Stefan Scholar + Werner Brill, Semperstr. 28, 06 81/37 19 12

6800 Mannheim 1, GA, c/o DFG/VK-Büro, C 2/19, 06 21/221 89



6900 Heidelberg, GA Regenbogen, c/o Sabine Zöller, Lutherstr. 33, 062 21/440 88

6915 Dossenheim, Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden, c/o Renate Wanie, Korngasse 14, 06221/86 93 72

6940 Weinheim, GA GRÜNE ERDE, c/o Jürgen Stein, Grundelbachstr. 104

7000 Stuttgart 1, DFG/VK Solidaritätsfond für Totale Kriegsdienstverweigerer, c/o Stephan Philipp, Immen-hoferstr. 7b, 07 11/649 25 98

7000 Stuttgart 1, KGW Mittlerer Neckar, c/o Gerhard Mauch, Strohberg 4, 0711/60 87 85

7000 Stuttgart 50, Graswurzelrevolution Stgt., c/o Manfred Hecker, Krehlstr. 91,

7000 Stuttgart 80, 0711/74 41 69

7070 Schwäbisch-Gmünd, Kontaktstelle für GA, c/o Dieter Friedel Heubachstr. 25, 070 31/353 06

7075 Mutlangen, Presschütte, Forststr. 3, 07 71/762 10

7140 Ludwigsburg, Leuchtkäfer Bioladen Gottlob Moltstr. 9, 071 41/205 87

7150 Backnang, Friedensgruppe, c/o Bernd Messinger, Linauerstr. 51, 071 91/838 26

7170 Schwäbisch Hall, KGW + "Ohne Uns" Rundbrief zur TV, c/o Markus Stettner-Ruff, In Lindach 1, 07 91/713 16

7170 Schwäbisch Hall, GA Schwäbisch Hall, c/o Michael Theimel, Blockgasse 11, 07 91/7 29 01

7268 Gechingen, GA, c/o Dieter Schulz Hauptstr.3

7400 Tübingen, TK Neckar/Alb, c/o Uwe Painke, Hausserstr. 44, 070 71/512 66

7400 Tübingen, KGW Regionalkontakt, c/o Albert Meyr, Charlottenstr. 11

7400 Tübingen, Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, c/o Presschütte Mutlangen, Forststr. 3, 071 71/762 10 7

7500 Karlsruhe, TV Gruppe, c/o Udo Purgay, Rüppurrer Str. 43, 0721/ 69 73 32

7500 Karlsruhe 21, DFG/VK Baden-Württemberg, Referat Totalverweigerung, Alberichstr. 9, 07 21/55 22 70

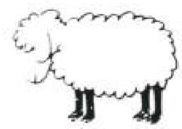
7632 Oberweier, GA Lahrer Frühling, c/o Alte Kinderschule, Hauptstr. 10a, 078 21/ 678 20

7730 Villingen/Schwenningen, AK Frieden, c/o Martin + Ute Hildebrandt, Zinsberg 26, 077 21/302 55

7800 Freiburg, GA, Habsburgerstr. 9

7988 Wangen, Kontakt Totalverweigerung und Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, c/o Andreas Lindner, Oberauer Weg 7, 075 22/208 28

8000 München 80, Theater der Unterdrück-ten und TK, c/o Fritz Letsch, Pariserstr. 23, 089/448 12 97



8044 Unterschleißheim, KGW-Freistaat Bayern, c/o Harald Reiß, Fastlingerring 140, 089/31 72 462

8078 Eichstätt, GA, c/o Wolfgang Szembek, Schottenau 17a, 08 42/88 59

8360 Deggendorf, Ludwig Bayeren, Probstei 1

8491 Dönning 6, FI Kötzing, c/o Rüdiger Fischer

8500 Nürnberg 40, GA Sandkörner, c/o Christine Fuchs, Kopernikusplatz 17, 09 11/45 31 64

8620 Lichtenfels, KGW Oberfranken, c/o Jo Lorenz, Loburger Str. 34, 095 71/48 86

8782 Karlstadt, Friedensini, c/o Jürgen Hnilitschka, Joh.-Zahn-Str. 9

8671 Issigau, Redaktion "Die Nachrichten", c/o Martina Pülz + Christoph Schlegel, Unterer Pfarrberg 2, 092 93/16 53

8892 Kubach, GA Sandizell/Schrobenhau-sen, c/o Peter Mießel, Oberschönbach 5, 082 59/220

GA heißt Gewaltfreie Aktionsgruppe.

KGW heißt Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Krieg und Militarismus. Die Leute beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit Totalverweigerung.

TK heißt Trainingskollektiv.

Redaktion und Vertrieb Graswurzelrevolution, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, 040/390 92 22

Graswurzelwerkstatt: Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60, 02 21/76 58 42

Bildungs- und Begegnungsstätte für Gewaltfreie Aktion, Kirchstr. 14, 3131 Wustrow, 058 43/507

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, c/o Renate Wanie, Korngasse 14, 6915 Dossenheim, 06221/86 93 72

Versandbuchhandlung und Verlag Weber Zucht & Co, Helga + Wolfgang Weber-Zucht, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel, 05 61/51 91 94

Eigentumsvorbehalt Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

POSTVERTRIEBSSTÜCK C 4025 E
Vertrieb: Verlag Graswurzelrevolution e.V. Nernstweg 32 2000 Hamburg 50

